

Meine Damen und Herren! Die Gemeinden Köflach und Voitsberg haben Grundstücke für Industrieansiedlungen gekauft. Beide Gemeinden haben im Gespräch mit Bewerbern vor allem mit einem Problem zu kämpfen, das ist die schlechte Anbindung an die Autobahn. Es ist mir schon unangenehm, immer wieder darüber sprechen zu müssen, aber solange keine positive Lösung in Sicht ist, ist es unsere Aufgabe und Pflicht, sich für das für den Bezirk so wichtige Projekt mit ganzer Kraft einzusetzen. Seit 14 Jahren warten wir auf diese Straße. Ich weiß schon, Frau Landeshauptmann, daß es auch ein selbstgestricktes Problem ist. Für den Uraltfehler, daß dieser Raum mit seinen rund 55.000 Einwohnern derart schlecht an diesen wichtigen Verkehrsträger angebunden ist; sollten diese Menschen nicht länger büßen. Daher appelliere ich an alle, und die Betroffenen werden schon wissen, wen ich meine, den Ausbau der B 70 nicht mehr länger zu verhindern. An Sie, Frau Landeshauptmann Klasnic, darf ich wieder appellieren, alles zu tun, um die B 70 raschest auszubauen, denn eine zweite Ennstrasse sollten wir vermeiden. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.40 Uhr.)

Präsident Mag Rader: Nächster am Wort ist der Herr Kollege Heibl.

Abg. Heibl (19.40 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich möchte natürlich über die Baubranche sprechen. Es gibt für die gesamte Baubranche, Unternehmer und Arbeitnehmer, so verstehe ich das, natürlich eine neue Situation mit dem Beitritt zur Europäischen Union. Teilweise haben wir das schon miterlebt durch den EWR – das ist keine Frage. Es gibt aber auch eine neue Situation durch die Ostöffnung. Ich möchte hier ein Wort der amerikanischen Botschafterin Swanee Hunt aufgreifen, die vor wenigen Tagen in Graz gesagt hat: „Jetzt haben wir doch endlich die Mauern abgerissen. Bauen wir doch keine neuen, sondern bauen wir Brücken.“ Ich verstehe das Ganze auch so. Meine Damen und Herren! Die österreichische Bauwirtschaft, und die Bauwirtschaft in der Steiermark natürlich auch, ist auf Europa vorbereitet. Was die Leistungsstärke betrifft, was die Konkurrenzfähigkeit betrifft, sind wir in hohem Maße in Wirklichkeit europareif – das ist überhaupt keine Frage. Und wir sind auch clever und fleißig genug, alle miteinander, Unternehmer und Arbeitnehmer, daß wir im Spitzenfeld von Europa mitmischen werden. Davon bin ich überzeugt. Es ist auch die Situation in diesem großen Europa der 360 Millionen Menschen nicht viel anders wie etwa in unserem Land, was die Bauwirtschaft betrifft. Nur stehen wir jetzt einem neuen Markt gegenüber von ungefähr 1,9 Millionen Bauunternehmern mit 10 Millionen Bauarbeitern, etwa 2,5 Millionen, die in der Baustoffindustrie arbeiten und weiteren 900.000 bis eine Million, die in der Planung tätig sind. Allein in der Baubranche sind etwa in diesem großen Raum, dem wir in wenigen Tagen angehören, 14 Millionen Menschen tätig. Auch von den Betriebsgrößen her ist es in Großeuropa nicht anders als bei uns. 97 Prozent der Baufirmen haben auch in Großeuropa, in der EU, weniger als 20 Arbeitnehmer, und 93 Prozent haben

weniger als zehn Arbeitnehmer. Da sind etwa die Betriebsgrößen in unserer Branche in Österreich sogar etwas größer. Also, auch von dieser Seite her brauchen wir uns keine großen Sorgen zu machen.

Vielleicht noch interessant für uns ist, wie sich die Bauleistungen in der EU aufteilen. Wahrscheinlich doch etwas anders. Wir können aber davon ausgehen, daß es auch bei uns in diese Richtung gehen wird. Nur mehr 23 Prozent der Bauleistungen in der EU sind reiner Wohnungsneubau, der sonstige Hochbau, also Schulen, Universitäten, was immer es gibt am sonstigen Hochbau, 21 Prozent der Bauleistungen, der Tiefbau 23 Prozent der gesamten Bauleistungen, aber bereits die Instandhaltung 33 Prozent. Das heißt, der Weg in der Zukunft für die Baubranche geht in starkem Maße in diese Richtung. Zum Bruttoinlandsprodukt: Wir in Österreich haben in der Bauwirtschaft etwa einen Anteil von 8 Prozent. Die EU hat momentan 10 Prozent, also die Bauwirtschaft hat 10 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der EU, und die EU hat bereits 1990 12 Prozent gehabt. Sie hat also abgebaut. Aber zum Vergleich vielleicht andere große Wirtschaftsräume: Bei der Bauwirtschaft haben die Amerikaner etwa 11 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Oder Japan, ein Wirtschaftsraum, mit dem wir uns vergleichen müssen, ein Konkurrent. Dort hat die Bauwirtschaft derzeit einen Anteil von 18 Prozent – das ist ein enormer Anteil. Alle Fachleute, die auf diesem Gebiet tätig sind, die sich damit befassen, sagen, daß wir unsere Bruttoinlandsproduktleistung, also der Bauwirtschaft, mindestens auf 12 Prozent steigern müssen. Das wird uns vorausgesagt. Und wenn es möglich ist, in Jahren auf 14 Prozent zu kommen, das wäre in Wirklichkeit der richtige Wert, der richtige Satz.

Meine Damen und Herren! Jetzt noch zu einigen Dingen in unserem eigenen Land: Die illegale Beschäftigung bei uns, das ist jetzt keine Anschuldigung an irgend welche Unternehmergruppen, nimmt leider zu. Wir schätzen, daß etwa in den Sommermonaten mindestens 10.000 illegal beschäftigte Ausländer in der Steiermark tätig sind und weitere 3000 illegal beschäftigte Inländer. Das ist eine Zahl, die mit Sicherheit viel zu hoch und unerträglich ist. (Abg. Dr. Karisch: „Durch die Nachbarschaftshilfe bauen viele!“) Da ist die Nachbarschaftshilfe nicht dabei, Frau Abgeordnete Karisch. Von der spreche ich gar nicht. Sie wissen, ohne die Nachbarschaftshilfe hätten viele kein Einfamilienhaus usw. Wie gesagt, das ist zu hoch, ohne jetzt konkret irgend jemanden zu beschuldigen oder zu verteufeln. Aber es ist die Tatsache. Aber gerade die Bauwirtschaft wird besonders hier herangezogen, und es wird behauptet, die Bauwirtschaft ist eine, die die meisten Schwarzarbeiter sozusagen beschäftigt. Zum Teil stimmt das, weil immer mehr Firmen eingesetzt werden, vor allem im Hochbau, ohne Gewerbeberechtigung, freies Gewerbe, Innenausbau, Fassaden und so weiter, die Leute beschäftigen, die nur 14 Tage etwa in der Firma sind oder drei Wochen, und dann kommt wieder die nächste Partie und so weiter. Jetzt sind, um diesen Zustand zu korrigieren, sechs große Bauunternehmungen in Österreich hergegangen, die auch in der Steiermark tätig sind, und haben gesagt, wir geben jedem unserer Mitarbeiter auf freiwilliger Basis einen Ausweis, wo sein Bild drauf

ist, wo sein Name drauf ist, wo die Versicherungsnummer drauf ist. Vielleicht können sie sich auch dazu durchringen, daß man auf der Rückseite vielleicht die Blutgruppe oder sonst etwas drauf hat. Wenn jemandem etwas passiert, wäre das sicherlich meiner Meinung nach eine Hilfe und von Vorteil. Wir Gewerkschafter haben dem zugestimmt, und wir haben gesagt, das ist, wenn es betrieblich gemacht wird, sicher vernünftig. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie beim Volksbegehren!“) Wir wollen aber eines nicht, daß die Baubranche allein gesetzlich dazu verpflichtet wird, und alle Branchen, die ähnliche Arbeiten haben, nicht. So geht das nicht. Solange es freiwillig auf Firmenebene passiert, kann das wirklich eine vernünftige und gute Sache sein. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Ich muß aber gleich ein bißchen bremsen. In Deutschland hat man das auf gesetzlicher Basis bei den Bauarbeitern und bei den Reinigungsarbeitern versucht. Es ist gescheitert. Vielleicht machen wir die Fehler nicht, die in Deutschland gemacht wurden, und kommen zu einer besseren Lösung. Entstanden ist das auch, das möchte ich noch dazusagen, daß immer mehr Unternehmer im freien Gewerbe auftreten, von der Branche wenig Ahnung haben, und dadurch nehmen auch die Bauschäden enorm zu. Das ist überhaupt keine Frage, und daher schreit das Ganze nach Lösungen. Jetzt, Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, Sie wollten von mir mehr oder weniger eine Antwort haben über diese Radio-sendung, über diese Aussage gestern in der Früh. Es stimmt, was der Herr Gottlieb dort gesagt hat, das ist die Wahrheit. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Zwölf Monate!“) Ich werde es Ihnen folgendermaßen erklären: Am 22. Dezember, also in wenigen Tagen, werden wahrscheinlich an einem Tag 20.000 Bauarbeiter gekündigt werden. Voriges Jahr war es der 19. Dezember. Und jetzt sage ich Ihnen, warum. Es hat mit dem Wetter nichts zu tun, und es hat auch nichts damit zu tun, daß etwa die Arbeit bereits erledigt ist, sondern das sind rein betriebswirtschaftliche Überlegungen. Und ich verstehe es sogar, es ist verführerisch, es kommen nachher vier, fünf Feiertage, heuer sind es nur zwei, weil der 31. Dezember auf einen Samstag fällt und der Heilige Abend auf einen Samstag fällt. Aber es könnten auch fünf oder sechs Feiertage sein, und das kostet viel Geld. Das verführt den Unternehmer aus betriebswirtschaftlicher Sicht heraus, die Leute vor diesen Feiertagen zu kündigen. Und daher brauchen wir für diese Feiertage zwischen Weihnachten und Neujahr eine Neutralisierung dieser Weihnachtsfeiertage. Wir Bauarbeiter, wir Gewerkschafter, haben hier Modelle vorgelegt, wie wir uns das vorstellen könnten. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen auch ein Exemplar zukommen lassen. Nur, Sie wissen ja, daß wir auch im Sparpaket aufgefordert sind, Unternehmer wie Arbeitnehmer, daß uns dort gesagt wird und die Krampuskarte entgegengehalten wird, entweder schafft ihr Bauarbeiter ein Ganzjahreszeitmodell, oder ihr bezahlt mehr Arbeitslosenversicherung, Unternehmer und Arbeitnehmer. Und wir wissen, daß man das lösen muß. Das ist keine Frage. Nur, es stellt sich die Unternehmenseite vor, daß man eine Jahresarbeitszeit als Lösung sieht, und wir wollen eine Ganzjahresbeschäftigung. Also, irgendwie in der Mitte werden wir uns treffen müssen, weil sonst wird

das Tatsache, daß wir alle miteinander mehr Arbeitslosenbeitrag bezahlen, oder es gibt eine andere Lösung. Aber wir Baugewerkschafter sind zumindest interessiert an einer Lösung.

Und jetzt noch ein Problem, entstanden durch die Öffnung des Ostens. Meine Damen und Herren, auch Kollege Frizberg wird mir hier rechtgeben, etwa die Zementindustrie - gehört auch zu meiner Gewerkschaft, und ich bin eben auch der Vorsitzende dieser Leute. Seit das Zementkontingent freigegeben wurde auf freiwillige Beschränkung, schaut es etwas traurig aus, weil einfach diese Freiwilligkeit ausgenützt wird. In Wirklichkeit kommt wesentlich mehr Zement aus dem Osten, aber auch aus Italien, nach Österreich als vereinbart. Die Tragik wäre nicht einmal so groß, sondern sie liegt auf einer anderen Ebene. Ich erinnere nur, daß etwa Retznei, die Firma Perlmöser in Retznei, sämtliche Autoreifen der Steiermark, Burgenland und Teilen von Niederösterreich dort verbrennt, und zwar rückstandsfrei, weil einfach der Zement - ich habe das schon einmal hier in diesem Haus gesagt - diesen Schwefel, der hier frei wird, benötigt, sonst müßte man ihn zum Zement dazugeben. Und die Zementfabrik in Retznei nimmt noch etwas auf, die ganze Flugasche von Mellach und den Rohgips von Mellach. Das ist eine hervorragende Umweltschiene, die wir nicht verlieren dürfen. Wenn wir das Zementwerk einmal verlieren sollten, dann fehlt uns diese Umweltschiene, und das ganze, was ich jetzt angesprochen habe, ist wahrscheinlich Sondermüll. Wir müssen aufpassen. Und die Firma Perlmöser in Retznei muß heuer bereits vier Monate zusperrn, vier Monate! Und manche sagen, das stimmt ja nicht, weil die müssen ihr Werk reparieren. Das stimmt auch, aber dazu brauchen sie nur vier Wochen oder höchstens sechs Wochen. Was meinen Sie? (Abg. Dr. Karisch: „Warum können keine Reifen angenommen werden?“) Sie können sie deshalb nicht mehr annehmen, weil zuviel Zement auf Halde liegt, weil zuviel aus dem Osten und Italien geliefert wird. Weil die Reifen nur als Ersatzbrennstoff mitgefeuert werden, daher werden während des Betriebsstillstandes keine Altreifen angenommen. Also, wir sollten alle zusammen uns das gut überlegen, was wir hier machen können, daß wir diesen Standort zumindest für diese Aufgaben als zweite Umweltschiene erhalten.

Zur Firma Assmann, was der Herr Klubobman Dipl.-Ing. Vesko gemeint hat, er hat recht, die GBI hat die Firma Assmann auf die Füße gebracht, das ist richtig. Sie werden heuer mit einem Gewinn von 20 Millionen, zugegebenem Gewinn von 20 Millionen abschließen, und die Arbeitnehmer, die dort beschäftigt sind, werden auch heuer bereits eine Gewinnbeteiligung bekommen. Ich sage bravo, daß das so gelungen ist. Und der Weg wird so sein, daß sie dieses Werk in Kürze gewinnbringend abstoßen werden, um die nächste Pleitefirma zu sanieren. Assmann nimmt sogar jetzt Leute auf. Ich sage bravo, das ist gelungen, wir sind mit einem blauen Auge in Wirklichkeit davongekommen. (Allgemeiner Beifall.)

Ein Letztes zum Kollegen Frizberg, weil er uns beide - Trampusch und mich - so angegriffen hat. In Wirklichkeit haben wir nichts anderes als uns über das Grenzland Gedanken gemacht, Kollege Frizberg, bis jetzt wurden wir Politiker und auch die Sozialpartner

im Bezirk Deutschlandsberg, aber auch nicht aus dem Bezirk Leibnitz, in dieser Sache beansprucht oder in Anspruch genommen. Wir haben gesagt, jetzt haben wir noch 14 Tage Zeit, wir müssen doch etwas unternehmen, und ich nehme es als Gewerkschafter auf meine Kappe als überparteiliche Einrichtung. Wir machen uns Gedanken, was könnten wir dazu beitragen. Wir haben nichts anderes gemacht als machbare Vorhaben zusammengestellt und in Wirklichkeit dann an diese Stellen, wie Landeshauptmann, Wirtschaftskammer et cetera, versandt und gebeten, daß man das miteinander. Sie müßten das wirklich als positiven Beitrag sehen, und nicht als negativen Beitrag. (Abg. Kowald: „Jetzt sage ich dir etwas, weil du sagst Rundfunk und Presse. In der Zwischenzeit sind wir alle froh, gemeinsam für die Region zu arbeiten!“) Sepl, du brauchst nur mittun, das war gut gemeint, und daß die Presse darauf einsteigt und der Rundfunk, das ist normal. (Abg. Kowald: „Darf ich etwas sagen?“) Ich höre! (Abg. Kowald: „Warum habt ihr das nicht gemeinsam mit uns gemacht?“) Ist keine Frage, nur eines, Sepl, sage ich dir auch. Wir lassen uns weder in der Südsteiermark – wir Sozialpartner und wir Gewerkschafter – von Brüssel was vorschreiben, noch von Graz, sondern in Wirklichkeit muß die Dynamik und die Kraft aus der Region kommen, und dazu stehe ich. Dazu stehe ich! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.55 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Prof. Jeglitsch.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (19.55 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Klubobmann, wenn Sie mich dazuzählen, mich auch einschließen, freue ich mich, und Sie hören mir zu. (Abg. Trampusch: „Herr Professor, Sie haben mich dazu bewogen, das zu sagen!“) Danke vielmals! Ich hoffe, ich kann mich Ihres Lobes würdig erweisen.

Wie nicht anders zu erwarten, darf ich als Leobner auch ein paar Sätze zur Situation in Donawitz sagen. Es ist mehr als erfreulich, feststellen zu dürfen, daß nach drei Jahren, 1991/92/93, auch das Geschäftsjahr 1994 mit einem deutlich positiven Ergebnis abschließen wird. Und es ist zu wiederholen, daß rund 75 Prozent der Produkte hochqualitative Produkte sind, die aus einem jungfräulichen Rohstahl hergestellt werden müssen, also über die Linie Hochofen-LD-Stahlwerk. Aber das ist nicht von ungefähr gekommen, sondern man hat in den letzten drei Jahren auf der Schmelz- und Sekundärmetallurgieseite 400 Millionen Schilling investiert und auf der qualitativen Seite, also im Schienenwalzwerk, rund 500 Millionen. Man muß diese Investitionen auch als qualitätssichernde Maßnahmen für die Zukunft sehen.

Ich würde auch die drei Herren rechts von mir einschließlich des Präsidenten und auch den Kollegen Purr bitten zuzuhören, es wird über die Wirtschaft gesprochen.

Und die Zukunft für Donawitz – es ist ein ernstes Thema, das zu Recht immer wieder im Landtag behandelt wird – schaut so aus, daß man sich auf einen Hochofenbetrieb konzentriert mit etwa 800.000 Jahrestonnen, mit einer Rohstahlverteilung für

die Schiene mit etwa 350.000 bis 370.000 Tonnen, für die Drahtseite 310.000 Tonnen, für Judenburg – ich komme darauf noch zurück – 20.000 Tonnen und für externe Märkte ebenfalls 20.000 Tonnen vorgesehen sind.

Das heißt, wenn diese Zahlen auf 800.000 Tonnen hochgerechnet werden, daß für Kindberg eine Kapazität von knapp 100.000 Tonnen zur Verfügung steht, obwohl Kindberg rund 300.000 Tonnen verarbeiten könnte. Das bedeutet, wie immer sich die Zukunft von Kindberg gestalten wird, daß sich Donawitz halten könnte, selbst wenn eine Katastrophensituation eintritt. Das wollen wir nicht hoffen. Für den anderen Fall haben die Donawitzer in der Form Vorsorge getroffen, daß bei einer Kapazitätserhöhung in Kindberg eine flexible Inbetriebnahme eines zweiten Hochofens möglich wäre, so wie bereits 1994 für fünf Monate ein zweiter Hochofen mitgefahren wurde.

Ich weiß nicht, ob es bekannt ist, daß das Stahlwerk Donawitz in Europa das erste Unternehmen ist, bei dem eine integrierte Produktkette, also Stahlwerk – fertige Schiene, Stahlwerk – Draht, Stahlwerk – Rohr, ein durchgehendes zertifiziertes Qualitätssicherungssystem gemäß ISO 9001 besitzt – das erste integrierte Stahlwerk in Europa! Das bestätigt auch die Studie von McKinsey; trotzdem ist es den Donawitzern klar, daß auf der Rationalisierungs- und Kostenseite alles getan werden muß, um den Standort zu sichern. Die Studie von McKinsey, die Ende dieses Jahres größtenteils fertiggestellt werden wird, räumt der Flüssigphase in Donawitz sehr gute Chancen ein. Ich will nicht polemisieren, aber doch erinnern, daß es nur ein- einhalb Jahre her ist, daß Aussagen getroffen wurden, daß die österreichische Eisen- und Stahlindustrie einschließlich Donawitz ein Museum ist. Ich will in Erinnerung rufen, daß am 1. April 1993 der zuständige Minister über die flüssige Phase gemeint hat, das sei nur eine emotionale Frage. Weiters will ich in Erinnerung rufen, daß noch am Anfang dieses Jahres Herr Direktor Hollweger gemeint hat, Donawitz hätte in einer gesamteuropäischen Lösung keine Zukunft. Es waren wir alle, die mitgeholfen haben, daß zu Donawitz ein positives Bild entstanden ist. (Abg. Vollmann: „Aber Ihr Bundesparteiobmann hat auch von einem – Sie wissen schon – gesprochen!“) Ich möchte diese Hinweise nicht überbewerten, kann aber an einem weiteren Beispiel zeigen, daß es die Wiener Herren noch immer nicht ganz kapiert haben, wie Donawitz dasteht, und daß man es den Wiener Herren ununterbrochen sagen muß, daß sie sich an Tatsachen zu orientieren haben, und nicht an Meinungsbildnern. Es gab vor kurzem, es ist nur drei Monate her, eine Studie zu einem regionalwirtschaftlichen Konzept der östlichen Obersteiermark. Verantwortlich dafür ist unter anderem auch der Herr Diplomkaufmann Geldner. Was dort noch über Donawitz und über die obersteirische Eisen- und Stahlindustrie, insbesondere über Donawitz, steht, ist nicht nur, gelinde gesagt, falsch und von tiefem Unverständnis geprägt, sondern auch präpotent. Dort steht noch immer, im Hinblick auf die flüssige Phase in Donawitz, „daß Chancen, Risiken und Möglichkeiten des Wandels bei lokalen Entscheidungsträgern häufig noch aus einem eingeschränkten Gesichtspunkt heraus beurteilt wer-

den"; wenn es einen eingeschränkten Gesichtspunkt gibt, dann nicht in der Steiermark. Es hat ein Zweistundengespräch gegeben, und ich möchte mich bei Frau Landeshauptmann Klasnic sehr herzlich bedanken, die diese zwei Stunden anwesend war, ein gemeinsames Gespräch der Vorstandsdirektoren Struzl, Siegmund und meiner Person, wo, und ich will es nicht aggressiv sagen, dem Herrn Diplomkaufmann Geldner nicht nur Informationen, sondern auch Belehrungen zuteil wurden, wie die Situation wirklich ist. Es war ihm klarzumachen, daß Donawitz weltweit der einzige Schienenhersteller ist, der die Schiene just in time direkt zur Baustelle liefern kann, daß die Donawitzer außer dem europäischen Markt in zunehmendem Maße Fernost erschließen können, China, die Vereinigten Staaten, Nordafrika, daß Donawitz weltweit der einzige Lieferant an kopfgehärteten Rillenschienen für die Straßenbahnen ist. Ich möchte im Hinblick auf die kurze Zeit nicht über die Drahtseite sprechen, wo durch eine Rücknahme der Standardqualitäten und eine Fokussierung auf qualitativ hochwertige Produkte auch die Drahtseite weitgehend gut abgesichert ist. Ich will auch nicht über Kindberg sprechen, obwohl hier einiges auszuführen wäre, sondern ich möchte, weil ich noch etwas zu Judenburg sagen möchte, zu Donawitz folgendes anfügen:

Generell befindet sich jetzt die Eisen- und Stahlindustrie wieder in einem gewissen Aufschwung. Sie werden sich erinnern, daß nach dem Zweiten Weltkrieg derzeit die Eisen- und Stahlindustrie etwa den neunten Zyklus erlebt. Es ist abzusehen, daß nach einem Zeitraum von zwei, drei, vier Jahren die Situation wieder schlechter wird. Wenn also an einen Börsengang gedacht ist, an einen Börsengang der gesamten Eisen- und Stahlindustrie, der VOEST-Alpine-Stahl-AG. mit allen Betrieben, dann hat er im Hinblick auf diese Zyklussituation möglichst bald zu erfolgen. Der Herbst 1995 wäre mir wesentlich lieber, und so sieht es auch der Vorstandsdirektor Strahammer, als etwa Mitte 1996, wie es vorgesehen ist.

Im Zusammenhang mit dem Ziel-2-Gebiet habe ich noch ein weiteres Anliegen. Ich hoffe, daß Donawitz, und das wird auch so sein, zur Modernisierung und Weiterentwicklung der Produkte auch unter Berücksichtigung der Umweltauflagen im Rahmen des Ziel-2-Gebietes Projekte einbringt. Aus meiner Sicht haben diese Projekte in dem Sinn Vorrangigkeit, als sie den Intentionen des Ziel-2-Gebietes direkt entsprechen und auch von überregionaler Bedeutung sind, weil mit der Sicherung des Standortes Donawitz oder Leoben als Vormateriallieferant auch Bruck, Kindberg, Kapfenberg und Judenburg unmittelbar angesprochen sind.

Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas zu Judenburg sagen: Ich glaube, wir sind alle einer Meinung, daß die Situation in Judenburg mit allen Kräften zu einem guten Ende zu bringen ist. Einige kennen zwar die Situation, ich will sie aber doch kurz für alle darstellen: Die Georgs-Marien-Hütte, nicht das billigste Angebot, ist bereit, Judenburg mit 150 Millionen Schilling zu übernehmen. Die Firma Eicher bietet 100 Millionen. Damit klafft eine Lücke von 50 Millionen. Ich will nicht die Gründe ausführen, aber alle sind der Meinung, daß das Angebot der Georgs-Marien-Hütte das bessere ist.

Auch die Belegschaft hat sich dafür ausgesprochen. Es ist auch zu sagen, daß in dem Angebot der Georgs-Marien-Hütte 50 Arbeitsplätze mehr gesichert sind und auch zwölf Lehrlingsstellen. Jetzt zur Frage des Aufbringens dieser 50 Millionen: Die VOEST-Alpine-Schiene ist in der Lage, 25 Millionen dazuzugeben. Für die zweiten 25 Millionen gibt es insofern eine Lücke, als der Herr Bundesminister Klima signalisiert hat, daß er bereit wäre, über die ÖIAG 12,5 Millionen zuzuschießen. Nun kommen die Wünsche an das Land. Aber bitte in welcher Form? Ich habe mich noch vor zwei Stunden mit den Mitarbeitern der Frau Landeshauptmann Klasnic über diese Causa präzise informiert. Es ist gar keine Frage, daß das Land und die Frau Landeshauptmann helfen werden. Aber es ist auch keine Frage, und bitte nehmen Sie das zur Kenntnis, daß mit Frau Landeshauptmann bis heute kein Mensch von der Schiene, weder Direktor Struzl noch irgend jemand von Judenburg, gesprochen hat und es kein schriftliches Ansuchen oder Papier gibt. Am vergangenen Freitag hat ein Mitarbeiter, Herr Mag. Schmiedbauer, Herrn Direktor Struzl angerufen. Er ist ihm also nachgelaufen. Am Montag hat Frau Landeshauptmann Klasnic einen Brief geschrieben und auch gefaxt mit einer Verwendungszusage von 8,3 Millionen Schilling. Hier ist kein Wort irgendeiner Kritik zu richten, sondern helfen wir alle mit, daß Judenburg positiv erledigt wird. (Abg. Gennaro: „Es wir keine Kritik geübt!“) Zu den 8,3 Millionen Schilling will ich auch noch etwas sagen.

Das erste ist, wenn zu Judenburg verhandelt wird, von Herrn Direktor Struzl, den ich gut kenne, also es wäre schon angebracht gewesen, wenn ich Geld vom Land haben will, daß ich auch - verdammt und zugenäht - einen offiziellen Brief schreibe. Es wäre auch angebracht gewesen - wenn ich 8 oder 12 Millionen haben will -, daß man die Frau Landeshauptmann persönlich anruft. (Beifall bei der ÖVP.) Bitte, es kann doch nicht sein, daß ich nur das Geld abhole und über Boten ausrichten lasse, was ich brauche. (Abg. Gennaro: „Dem gehen wir nach. Ich habe gehört, es hat eine Aussprache bei Ihnen gegeben!“) Jetzt sage ich noch etwas. Ich habe hier den Brief, der am 12. Dezember, also am Montag, geschrieben wurde, ohne daß es ein Ansuchen gibt, ohne daß es ein Telefonat vom Struzl oder von Judenburg gibt, einen Brief der Frau Landeshauptmann, der für Judenburg gefaxt wurde. Und ich möchte Ihnen auch sagen, wie ich persönlich involviert wurde. Ich bin am Montag zirka um 12 Uhr einige Minuten aus der Staatsprüfung herausgegangen. Dabei erreicht mich der Anruf von Direktor Seinitzer. Bitte, wir brauchen bis morgen 12,5 Millionen Schilling. Tun sie was! Man muß wirklich sagen, irgendwo hört der Spaß auf. (Abg. Gennaro: „Da bin ich mit Ihnen konform!“) Ich habe mich zwar bemüht, aber wenn ich nicht zufällig aus der Staatsprüfung hinausgehe, erwischt er mich nicht einmal. Man hat ja etwas anderes auch noch zu tun. Nun zur Höhe des Betrages. Die Situation ist im allgemeinen so, daß bei der Sicherung von Arbeitsplätzen eine Aufteilungsschlüssel, etwa zwei Drittel öffentliche Hand, also Bund und Einrichtungen, ein Drittel Land existiert. Wenn 25 Millionen fehlen, dann kann man annehmen, daß ein Drittel etwa von Minister Klima kommt, ein Drittel von der ÖIAG und ein Drittel das Land bezahlt. Das sind die 8,3 Millionen Schilling. Es

ist – glaube ich – kein Risiko für Judenburg, mit dieser Erklärung, die die Frau Landeshauptmann Klasnic abgegeben hat, mit der Georgs-Marien-Hütte definitiv zu verhandeln und die anderen zwei Drittel einerseits von der ÖIAG und andererseits von Minister Klima zu holen. Ich glaube, wir sollten zwei Sachen tun: Dort, wo zu helfen ist, zu helfen, aber auch klarzustellen, daß ein Minimum an Korrektheit und Höflichkeit einzuhalten ist, und das Zweite, ich muß es wirklich sagen, und ich sage es nicht polemisch, der Frau Landeshauptmann zu danken, daß sie den Brief geschrieben hat, ohne daß sie selbst ein Ansuchen oder einen Anruf bekommen hat. Ich weiß nicht, ob ich diese Großzügigkeit gehabt hätte, weil das wirklich kein Stil ist. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 20.10 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Korp.

Abg. Korp (20.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Liebe Frau Landeshauptmann!

Herr Professor Jeglitsch hat mit der ihm eigenen Sachlichkeit die Dinge, was die VA Stahl Judenburg betrifft, auf den Punkt gebracht in einer sehr fairen, anständigen Form, wie man das von ihm gewohnt ist. Er hat vor allen Dingen einen Satz gesagt, der mir sehr imponiert hat, nämlich die Feststellung, mit allen Kräften zu einem „guten Ende“ zu kommen. Das ist unser aller Wunsch, und dem kann man sich vollinhaltlich nur anschließen, und wenn der Herr Dr. Frizberg – schön, daß Sie noch da sind, Herr Doktor (Abg. Purr: „Was heißt das?“) – als Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei hier in einer Zwischenbemerkung – ich habe das so empfunden – aus meinem Bemühen und mein Zugehen in der direkten Linie zu unserer zuständigen Frau Wirtschaftslandesrätin, Frau Landeshauptmann Klasnic, geglaubt hat, politisches Kleingeld daraus zu machen, dann ist das etwas, was ich einfach sehr, sehr schlecht vertrage. Dementsprechend ist auch meine heftige Reaktion ausgefallen, weil es einfach so ist, daß der Einsatz für eine Region mir als regionaler Abgeordneter einfach wichtig ist und Verunglimpfungen, egal welcher Art, wenn ich ehrlichen Willens mich um eine Sache bemühe, ich mir einfach nicht gefallen lasse. Hier bleibe ich stehen, und da kann kommen wer will, so etwas lasse ich mir einfach nicht gefallen. Ich bin gerne ein konsensbereiter Mensch, aber Ungerechtigkeiten dieser Art bin ich nicht bereit hinzunehmen.

Nun aber zur Sache selbst: Der Bezirk Judenburg ist ein Bezirk mit klarer Dominanz der Grundstoffindustrie; dessen Bevölkerung – das kann man wirklich sagen – eine außerordentlich große Industriegesinnung besitzt. Die Bevölkerung in unserem Bezirk spricht daher auch nie von Firmen oder Firmennamen, sondern redet immer von „unseren Betrieben“, „unseren Werken“, und allein daran kann man die starke Bindung der Bevölkerung zur Industrie bemerken. Und trotzdem haben, das wurde heute schon angesprochen, auch der Bezirk Judenburg und einige der dort angesiedelten maßgeblichen Industriebetriebe mit Wettbewerbsverschärfungen zu kämpfen, die den Strukturwandel – und das wissen wir alle – nicht gerade erleichtern. Ein signifikantes Beispiel

dafür ist eben die VA Stahl in Judenburg mit ihren mehr als 300 Beschäftigten. Und dieses Unternehmen gehört nun einmal zu den wesentlichen Leitbetrieben nicht nur der Stadt Judenburg, sondern des gesamten Bezirkes Judenburg, vor allem im Bereich der Metallverarbeitung, die insgesamt 25 Prozent der Beschäftigten stellt. Und wie sehr Leitbetriebe von Regionen abhängig sind oder Regionen von ihren Leitbetrieben bedarf hier in diesem Kreis absolut keiner näheren Erläuterung. Auf Grund – Herr Prof. Jeglitsch hat es schon angesprochen – anhaltender struktureller Probleme soll nun die VA Stahl Judenburg von der „Mutter Schiene“ an die Georgs-Marien-Hütte übergeben werden. Verhandlungen dazu laufen in Permanenz, und den derzeitigen Stand dieser Verhandlungen hat Herr Prof. Jeglitsch bereits sehr deutlich und klar ausgeführt. Ich kann mir das hier sparen und abkürzen.

Frau Landeshauptmann, ich komme daher zum Schluß und möchte in dieser Sache, obwohl kein offizieller Antrag vorliegt, und darüber kann ich – das sage ich hier auch ganz offen – nur mein ganz großes Bedauern ausdrücken, Sie persönlich im direkten Weg ersuchen, diese Finanzierungslücke zu schließen. Ich bitte Sie darum. (Beifall bei der SPÖ. – 20.15 Uhr.)

Präsident: Als nächster hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Löcker zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Löcker (20.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mir gedacht, wenn wir über die Wirtschaft diskutieren, dann könnte man auch ein Wort über die Kammern und die Sozialpartnerschaft verlieren, weil sie doch zur Zeit im Interesse verschiedener Organisationen und Kritiker liegen. Die Kammern beziehungsweise deren Vorläufer gibt es ja schon zurückreichend bis zum Mittelalter, wir wissen, es gab damals die Zünfte im Bereich der Wirtschaft, die die Handwerksregeln aufstellten, dann kam das Ende des Absolutismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Bürger gewann an Selbstbewußtsein, die einzelnen Berufsstände begannen sich zu organisieren.

Sie begannen sich deswegen zu organisieren, um den Einfluß der Staatshoheit zurückzudrängen und selbstverwaltete Interessenvertretungen hiefür zu schaffen. Diese Interessenvertretungen haben auch teilweise hoheitliche Aufgaben übernommen bis in unsere Gegenwart. Das ist etwa die Einbindung zur Gesetzesschaffung für die Wirtschaft, die Einbindung im Vollzug der Gewerbeordnung und bei verschiedenen anderen Dingen. Um das Ganze etwas zu relativieren, seien hier immer wieder Beispiele genannt. Es gibt viele, die sagen, wieso habt ihr in Österreich einen so strengen Befähigungsnachweis? Das ist Bürokratie und viel Aufwand. Das gehört abgeschafft. Wir kennen diese Argumente auch. Aber denken Sie an Amerika. Dort gibt es diese Dinge zum Großteil nicht. Was ist die Folge? Es gibt dort keine Qualitätsarbeit beziehungsweise die Arbeit ist so, daß der Konsumentenschutz soweit ausgebaut werden mußte, um die Interessen der Konsumenten zu übernehmen, daß die Produzenten wiederum sich rückversichern mußten, und zum Großteil machen diese

Rückversicherungen für die Reklamationen schon ein Drittel der Produktionskosten aus. Ein Drittel der Produktionskosten als Ersatz für mangelnde Befähigung. Das ist eine sehr teure Lösung. Nicht umsonst sucht jetzt Amerika in Europa nach Vorbildern, um die Berufsorganisation dort auch aufzubauen. Das soll aber nicht heißen, daß die Kammern nicht auch reformbedürftig wären und sich vereinfachen sollten. Das ist auch schon geschehen durch eine Novelle der Gewerbeordnung, wo doch viele Berufe reduziert wurden, Berufsfelder, wo es zu verwandten Berufen kam, zu Nebenrechten und zu sonstigen Liberalisierungen. Es wird immer wieder Kritik an den Kammern und an der Sozialpartnerschaft geübt. Der Grundtenor ist folgender: Es gibt ein übertriebenes Harmoniebedürfnis und eine Kompromißbereitschaft. Insider sagen, das kommt aus der Kenntnis der tieferen Hintergründe. Andere, also Außenstehende, sagen, das ist eine Mauschlerei, und das ist der Krämergeist von unnötigen Organisationen. Ich glaube eher, es ist die politische Arbeit ohne Muskelspiel und ohne Medienpräsenz. Und das, was sich hier gestern in diesem Haus abgespielt hat, spielt sich in den Kammerorganisationen nicht ab. Dort wird konkreter, sachlicher und zielbewußter gearbeitet. Es ist natürlich auch ein Fehler, daß die Öffentlichkeit nicht so erfährt. Dann ist man eben der Meinung, hier geschieht Mauschlerei. Die sogenannte Zwangsmitgliedschaft ist im Blickpunkt der Kritik. Der Titel ist gut gewählt. Wer will den Zwang schon haben? Man schickt zwar Kinder zur Volksschule, ohne daß sie deshalb als Zwangsschulkinder empfunden werden. Man ist sozialversichert, ohne daß man deswegen austreten wollte, weil man glaubt, daß diese Altersversorgung ein Zwang sei. Wenn man dann abstimmen sollte, ob die Menschen Zwangsmitglieder bleiben sollten, dann will man alle abstimmen lassen, also nicht nur die, die für ihre jeweilige Standesvertretung zahlen, sondern das ganze Volk. Unter diesen Kriterien muß ich sagen, müßten sich in Österreich alle Parteien auflösen, denn keine Partei hat mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen hinter sich, wenn man alle abstimmen läßt. Man müßte dann sagen, die einzelnen Parteien sind nicht mit Mehrheit der Bevölkerung gewünscht. Also folglich brauchen wir keine. Es gibt ein Faktum, und das ist wissenschaftlich in ganz Europa belegbar: je stärker die Sozialpartnerschaften in den Ländern sind, umso kleiner sind die Streikstunden, umso größer ist der soziale Frieden, weil die Sozialpartnerschaft als sozialer Puffer wirkt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

In diesen Staaten ist sogar nachweislich, man würde es gar nicht glauben, die Inflationsrate geringer, das ist auch irgendwie verständlich, denn Kollektivvertragsverhandlungen werden eben mit Augenmaß, wie wir wissen, abgeschlossen, und das wirkt sich auch auf eine Inflationsrate aus. Bis auf England gibt es praktisch in jedem europäischen Land irgendeine Pflichtorganisation der Berufsstände. Auch in Holland ist das nicht frei, denn dort ist die Handelsregister-eintragung notwendig. Diese muß dotiert werden und ist wiederum ein Teil der Abgabe zu einer Interessengemeinschaft. Im neuen, freigewordenen Osteuropa war man zuerst bemüht, Standesvertretungen aufzubauen. Die Deutschen mit ihren doch größeren Kapazitäten haben dort überall mitgeholfen, adäquat zum westeuropäischen Muster, Standes-

vertretungen als gesetzliche Pflichtmitgliedschaften der Wirtschaft aufzubauen. Diese werden sich etwas dabei gedacht haben, als sie den Kommunismus losgeworden sind und sich nun freiwillig zu solchen Mitgliedschaften zusammenschließen. Das wird etwas Positives gewesen sein. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Freiwillige Kammern!“)

Darüber werde ich noch reden. Dein Zwischenruf kommt gerade richtig, Wolfgang. Verfassungsrechtler haben sich wegen dieser Freiwilligkeit schon auseinandergesetzt. Jetzt argumentiere ich ganz einfach: Es ist nicht möglich, wenn Menschen Individuen sind, daß freiwillig alle zugleich Mitglieder werden, denn dann wäre es keine beanspruchte Freiwilligkeit, wenn man nicht freiwillig draußen bleiben könnte. Wenn aber von einer Berufsgruppe nicht alle Mitglieder sind, dann ist jener Teil, der dabei ist, keine Standesvertretung im umfassenden Sinn mehr, sondern ein Lobbyismus – ein frei gewählter Lobbyismus. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das heißt?“) Die Gewerkschaft ist ein Lobbyismus für die Interessen der Arbeitnehmer. Sicherlich. Sie ist ein Lobbyismus. Wieso nicht? Das ist ja keine Schande, wenn sich jemand einer Gewerkschaft unterordnet, weil geglaubt wird, daß sie die Interessen vertritt. Als Sozialpartner bei der Gesetzgebung, wie zum Beispiel bei der Gewerbeordnung und in vielen Bereichen, auf die ich noch kommen werde, ist natürlich die Autorisierung als Gesamtberufsvertretung notwendig, denn sonst ist es ein Lobbyismus. Das heißt, daß zum Beispiel auch eine kleine Gruppe durch eine entsprechend große Bezahlung dieselben Rechte hätte und bei der Gesetzgebung genauso mitwirken könnte wie die Gesamtheit. Wenn das nicht so wäre, lieber Wolfgang, wieso, und das ist ganz aktuell, klagen denn jetzt die Großhandelsbetriebe wegen der Pflichtmitgliedschaft, weil, und das werde ich auch noch beweisen, sie ihre Beiträge dort leisten müssen, obwohl sie gar nicht so viel herausholen, sondern die Interessengemeinschaft den Interessenausgleich für die gesamte Interessenvertretung durchführt? Und das liegt den Großen nicht, denn diese könnten mit ihrem Geld ihren eigenen Lobbyismus finanzieren. Das ist der Unterschied. Wenn ihr die Pflichtmitgliedschaft abschafft, das ist logisch, bedeutet das, daß die Kleinen ohne Hilfe auf der Strecke bleiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich werde dir das noch mit Ziffern belegen. Ich bin kein Fanatiker. (Abg. Weilharter: „Weil das Verhältnis Beitrag und Leistung so groß ist!“) Das Problem, Leistung und Beitrag, das du angeschnitten hast, ist sicher eine Kernfrage. Aber ich kann sie dir beantworten. Es ist wahnsinnig schwer, ein Non-Profit-Unternehmen im Dienstleistungsbereich zu bewerten. Wie zufrieden ist ein Mitglied einer Organisation, wenn es hingeht und eine Auskunft bekommt – zu 40 Prozent, zu 80 Prozent oder zu 100 Prozent? Mit welchem Honorar soll das honoriert werden? Welcher Staatsbürger weiß, wie zufrieden er mit seiner Partei ist, ob Gesetze gut oder schlecht sind, welche Hintergründe gibt es? (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wahlen!“) Auch die Kammer hat ihre Wahl, Herr Kollege. Ich bin auch dafür, und da sind wir uns ja einig. Wir haben Nationalratswahlen, wir haben Landtagswahlen und wir haben Kammerwahlen. Und wir respektieren alle diese Wahlen. Aber wir wollen nicht haben, daß an-

dere, die nicht berechtigt sind, hier mitreden. Das ist wohl selbstverständlich. (Beifall bei der SPÖ.) Eines ist klar und eindeutig: Dort, wo die Kammern weniger Einfluß haben, hat der Staat mehr Einfluß. (Abg. Weilharter: „Parteienbeiträge sind freiwillig!“) Gewerkschaftsbeiträge sind auch freiwillig. Wirtschaftsbeiträge sind auch freiwillig. Herr Kollege, wenn du nicht verstehst, daß eine Interessenvertretung nur dann funktionieren kann, wenn sie sich auf die Mitgliedschaft aller in der jeweiligen Sparte vertretenen Mitglieder berufen kann, sondern nur auf ein paar, die ein persönliches Interesse daran haben, dann – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Es gibt auf der ganzen Welt Interessenvertretungen, die keine Pflichtmitgliedschaft haben, und die können auch existieren!“) Herr Klubobmann, es gibt entwickeltere Gesellschaften, und es gibt weniger entwickelte Gesellschaften. Unser Lebensstandard ist nicht gerade ein Beweis, daß wir schlecht entwickelt sind. Und die Kammern und die Sozialpartnerschaft haben einen wesentlichen Beitrag zur Höhe dieses Lebensstandards geleistet. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich weiß schon, es ist bei euch ein ideologischer Hintergrund. Euer Ziel ist die Dritte Republik, und die Zertrümmerung von Interessenvertretungen wäre die Wegschaffung von Stufen zur Dritten Republik. Nichts anderes ist es. Das ist so! (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt den freien Wirtschaftsverband, die Interessenvertretung der Freiheitlichen Partei. (Abg. Weilharter: „Freiwillig!“) Der Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender, Entschuldigung! Ihr habt eine Interessenvertretung in den Kammern und in der Sozialpartnerschaft. (Abg. Weilharter: „Freiwillig!“) Ihr habt freiheitliche Kammerräte, ihr habt freiheitliche Funktionäre in den Wirtschaftskammern (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Richtig!“), die mitstimmen und alles machen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Die sind gegen die Pflichtmitgliedschaft!“) Ihr kennt sie offensichtlich nicht, ihr kennt eure Leute nicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir kennen sie!“) Wirklich, denn wir machen gemeinsam Budgets, wir machen Rechnungsabschluß, in allen diesen Gremien, vom Finanz-Ausschuß über den Vorstand bis zur Kammervollversammlung, sind die Vertreter der Freiheitlichen Partei dabei und stimmen mit. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber die wollen keine Pflichtmitgliedschaft!“) Ich weiß, es gibt viele Menschen in unserem Staat, die die Vorteile konsumieren wollen, ohne daß sie einen Beitrag leisten. Solche gibt es viele, da brauchen wir gar nicht abstimmen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich habe ganz gerne, wenn Zwischenrufe kommen, aber irgendwie habe ich eine Zeitbeschränkung. Ich muß hier weiter. Es tut mir leid. Jetzt kann man darüber reden, ob dieser Kammerapparat so groß sein muß. Da kann man ohne weiteres darüber reden. Aber wer ist schuld zum Teil, daß dieser Apparat so groß ist? Auch die Politik, auch wir. Wir machen so viele Gesetze, die begutachtet werden müssen. Wir befehlen so viele Regulierungen, allein in den Ministerien in Österreich gibt es 90 Kommissionen, die durch die Sozialpartnerschaft besetzt sind. Dort müssen sie überall hin, die gar nicht neugierig darauf sind, daß sie überall sein müssen. Aber die öffentliche Hand bedient sich ihrer bis zur Olympia-Bewerbung, überall sind die Kammern gut genug, nur wenn es um

den Mitgliedsbeitrag geht, dann wollen wir nichts mehr davon wissen. So geht es nicht. Ich muß es euch wirklich sagen. Früher waren sie sogar bei der Zivilkommission und haben das Gewissen befragt. Solchen Nonsens hat es gegeben, aber alles durch das Gesetz, und nicht durch die Kammern, das muß man ja sagen. Und sehr, sehr viele Delegationen durch die Kammerfunktionäre erfolgen kostenlos und aus Idealismus. Allein die steirischen Lehrlingswarte und Prüfer bei den Facharbeiterabschlußprüfungen fahren im Jahr um 3 Millionen Schilling mit den Autos kostenlos, weil sie kein Kilometergeld verlangen. Das ist nur eine ganz kleine Detailsumme. Ich komme jetzt noch weiter. (Abg. Kowald: „Das wird nicht gerne gehört!“) Du, Sepp, halte mich nicht auf, reden wir nachher drüber. Ich höre dich! Die Wirtschaftskammer Steiermark hat im Jahre 1995 ein Budget mit 652 Millionen Schilling, eine gewaltige Summe. Und weil wir hier von Wirtschaftsförderung sprechen, Frau Landeshauptmann, damit werden 800 Menschen beschäftigt. Das scheint ein Riesenapparat zu sein. Aber wie funktioniert das? Ein Drittel dieser 800 tragen die gesamte Organisation. Das ist die Zentralstelle, und das sind alle steirischen Bezirksstellen, die vorhanden sind. Das nächste Drittel verwaltet und betreut die Internate aller steirischen Berufsschulen. Diese machen eine Aufgabe, die vom Gesetz her der Wirtschaft gar nicht zugeteilt wäre, sondern es ist eine freiwillige Finanzierung durch die Wirtschaft für ihren Nachwuchs. Das gibt es in keinem andern Bundesland, nur noch in Niederösterreich, und dort zahlt das Land die gesamten Internatspersonalkosten, bei uns nur die Hälfte. Die zweite Hälfte bezahlen wir mit den Kammermitgliedern, damit die Jugend besser ausgebildet wird. Und das letzte Drittel, das sind die Beschäftigten des Wirtschaftsförderungsinstitutes. Das ist die größte Erwachsenenbildungsorganisation, wie wir schon gesagt haben, Qualifikation Europareife. Der wertvollste Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit Österreichs. 40.000 Kursbesucher im Jahr, im Schnitt werden dort pro Abend 2000 beschäftigt. Diese Gelder sind bestens angelegt, und es gibt niemand, der diese Einrichtungen ersetzen könnte. Niemand, wenn es die nicht gäbe. Wir haben erst diese Woche in Gröbming beziehungsweise in Weiz eine neue Bezirksstelle eröffnet. Diese Bezirksstelle ist der zentrale Punkt der Gesamtwirtschaft, ein offenes Haus, in das alle hineinkommen, vom Jungunternehmer bis zum Rechtshilfesuchenden.

Jetzt möchte ich noch etwas zur Berufsschule sagen. Es gibt 14 Berufsschulinternate und zwei Schülerheime. Allein dieser Abgang, den die Kammer trägt, sind 29,1 Millionen Schilling, und bei uns beträgt ein Kursbeitrag pro Lehrling und Kurs 7030 Schilling, in den anderen österreichischen Bundesländern 9030 Schilling, also um 2000 Schilling pro Lehrling mehr. Und jetzt sage ich Ihnen ein praktisches Beispiel: Ein Unternehmer, der bis 2 Millionen Umsatz macht, ist von der Kammerumlage befreit nach der neuen Kammerfinanzierungsregelung, und er braucht nur seinen sogenannten Fachgruppenbeitrag, das sind zwischen 500 Schilling und 1000 Schilling im Jahr, bezahlen. Das heißt, wenn der einen Lehrling hat, und das sind genau die vielen kleinen Betriebe, die haben allein dadurch, daß sie bei der Kammer Mitglied sind, eine Einsparung von 2000 Schilling und bezahlen

dafür 500 Schilling bis 2000 Schilling. Also, wenn die keine Kammer hätten, müßten sie von vornherein schon einmal 2000 Schilling mehr bezahlen. Ich sage Ihnen noch etwas: Würde die Wirtschaftskammer diese Internate nicht führen und müßten Sie vom öffentlichen Dienst, vom Land Steiermark übernommen werden, dann müßten auf Grund des besseren Besoldungsrechtes des Landes – wie ich mir habe ausrechnen lassen – 40 neue Dienstposten für das Land Steiermark geschaffen und finanziert werden. Die finanziert jetzt auch die Wirtschaftskammer für das Land. Und wir haben gestern darüber geredet, keinen einzigen neuen Dienstposten. Wo sparen wir ein, was machen wir? Eine Kammer zu zertrümmern, ohne zu wissen, wie es weitergehen soll, das ist leicht möglich. Ich kann das nur sagen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Die Kammer, jetzt komme ich schon zum Abschluß, leistet im Jahr aus den Mitgliedsbeiträgen – und für deren Einhebung sich die Funktionäre prügeln lassen, und die Funktionäre bekommen 3,7 Prozent des Budgets, also so sparsam wird die Kammer verwaltet, der Präsident hat weit unter 50.000 Schilling, das ist das höchste Funktionsgehalt, und dann geht es hinunter in die Tausender nur mehr –, diese Kammer fördert die Wirtschaft mit rund 300 Millionen Schilling im Jahr, und wir beschließen heute ein Landesbudget, das eine Förderung von 592 Millionen vorsieht. Und wenn ich noch rechnen würde, wieviel Sparmaßnahmen es durch diese Kammer selbstverwaltung gibt, dann kommt die Wirtschaftsförderung der Kammer in Summe schon nahe an die des Landes heran. (Abg. Weillharter: „Bitte nenne auch die Bezüge der Direktoren!“) Die sind nach dem Kammergesetz geregelt, generell. Es hat niemand mehr, als es im Kammergesetz vorgesehen ist. Sie können auch beim Präsident Gady zur Sprechstunde gehen. (Präsident Mag. Rader: „Entschuldige, bist du Hauptredner zu dieser Gruppe? Wenn du das nicht bist, ist die Großzügigkeit des Hohen Hauses schon sehr in Anspruch genommen!“) Herr Präsident! Ich stimme der Freiheitlichen Partei zu, erstens für eine Urabstimmung unter den Mitgliedern, zweitens für die Einhaltung, und das geschieht schon, der Unvereinbarkeitsbestimmungen, drittens für die Einhaltung des Bezugesgesetzes, das läuft auch schon, und dann, bitte noch etwas, die Kammer hat die Pragmatisierung schon lange abgeschlossen. Ich warte darauf, daß auch die öffentlichen Stellen vielleicht einmal nachfolgen können, um dann wieder ein moralisches Recht zu haben, die Kammer zu kritisieren. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.36 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Schleich. Ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

Abg. Schleich (20.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Tasch: „Bedanke dich für die Werbung!“) Also Kurt, deine Einwendung, ich soll mich bedanken für den freien Wirtschaftsverband oder für die Werbung, die indirekt hier stattgefunden hat – mache ich gerne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt wirklich sehr erklärende Worte über die Sozial-

partnerschaft gehört vom Kollegen. Ich glaube, er hat sich hier nicht nur bemüht, sondern er hat gezeigt, daß wir sie brauchen.

Wenn ich hier zur Wirtschaft Stellung nehme, dann muß ich natürlich auch, weil heute schon sehr viel über die Obersteiermark gesprochen worden ist und ich die Probleme der Obersteiermark nicht nur kenne, sondern auch verstehe, auf das Grenzland aufmerksam machen. Ich glaube, das ist wohl meine Aufgabe. Ich glaube, daß Sie, Frau Landeshauptmann, das verstehen werden. Das wichtigste überhaupt ist einmal, die Infrastruktur aufzuschließen und sie funktionsfähig zu machen. Ich darf den Bezirk Feldbach mit der Bezirkshauptstadt hernehmen, die immerhin die größte Wirtschaftsstadt ist, aber eine hohe Steuerkopfquote auf Grund ihrer kleinen Fläche hat. Wir haben dort große Probleme, und zwar deshalb, weil das Verkehrssystem in sich zusammenbricht und die Wirtschaft darunter leidet. Vor allem jetzt zu Weihnachten merkt man das ganz kraß. Wenn Sie dort fünf Unternehmer fragen, dann sagen sicher vier zu ihnen, das größte Problem ist das Verkehrsproblem. Dieses Verkehrsproblem ist natürlich deshalb vorhanden, weil bis heute, und es geht hier um die Wirtschaft, der Anschluß zur Autobahn nicht möglich war. Ich möchte wirklich an Sie, Frau Landeshauptmann, appellieren, daß hier etwas weitergebracht wird und daß man hier mit dem Bürgermeister ein ernstes Wort spricht. Ich weiß schon, daß Sie noch ein paar Monate warten wollen, und zwar bis die Gemeinderatswahl vorbei ist. Aber ich hoffe, daß danach etwas weitergeht, denn hier ist wirklich Dringlichkeit geboten. (Beifall bei der SPÖ.)

Natürlich gehört, um die Wirtschaft in unserem Bezirk aufrechtzuerhalten, auch der Weiterbau in das Burgenland forciert, da wir das Tor zur EU sein werden. Es sollten Leitersdorf und Perlstein umfahren werden, damit sich hier auch Betriebe ansiedeln können und keine wirtschaftlichen Nachteile haben. Man muß bedenken, daß allein in der Stadt Feldbach, die nur knapp über 4000 Einwohner hat, im Tag zwischen 13.000 und 15.000 Leute sind. Das allein sagt aus, was sich in dieser Stadt abspielt und wie wichtig es wäre, daß diese Umfahrung einen Anschluß bekommt und damit auch seine Wirtschaftlichkeit wieder zurückbekommt, die derzeit im Zentrum im Minus liegt.

Zur EU, Ziel-5b-Gebiete, Entwicklungspläne – alles im Laufen. Die verschiedenen Projekte sind derzeit gerade im Fertigwerden. Wir sind gerade in Bad Gleichenberg und in den Umgebungsgemeinden dabei, dort so ein Projekt zu starten. Bei uns hat das Ganze leider etwas spät begonnen, aber wir sind hier drauf und dran, auch etwas weiterzubringen, um hier die nötigen Förderungen zu bekommen. Eines möchte ich aber auch ganz offen sagen: Ich persönlich erwarte mir nicht das übergroße Geld von der EU, sondern ich glaube, der erste wichtigste Weg ist der, daß wir gemeindeübergreifend Projekte machen und daß nicht jeder in seiner Gemeinde das gleiche Projekt vollzieht, sondern daß man damit einen Zusammenhang findet, den wir zwar über die Raumordnung immer versucht haben, aber der nie funktioniert hat, denn jeder wollte das gleiche. Hier haben wir tatsächlich die Möglichkeit, mit diesen Leaderprojekten für die EU wirklich in

der Region gezielte Investitionen zu machen, so daß die Wirtschaft hier auch leben kann, und daß wir von der Infrastruktur her grenzübergreifend alles anbieten können um ein Geld, das grenzübergreifend gebraucht wird, und vor allem nicht ein jeder einzeln alles hat und am Schluß leer ist. Der Gast schaut nicht, in welcher Gemeinde er ist. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Was mir persönlich natürlich sehr leid tut, und wir hörten es damals aus Brüssel, soll es ja auch die Möglichkeit geben, nicht nur Ziel-1-Gebiete im Burgenland zu fördern. Denn das wird ein weiteres Problem für uns im Grenzland sein, wenn zirka 80 Prozent der Gelder in das Burgenland fließen, und das andere müssen wir uns aufteilen, und das vor allem im Grenzgebiet, von der Förderung her, natürlich die anderen bevorteilt sind, wieso man nicht versucht hat, auf der Nutz-3-Ebene vor allem die Bezirke, die von der Steuerkopfquote, vom Aufkommen des Bruttosozialproduktes wirklich nicht reicher sind als die burgenländischen Bezirke. Im Gegenteil. Wir sind ärmer. Wir haben auch die ärmsten Gemeinden Österreichs bei uns im Grenzland. Hier wäre es ein ganz wichtiger Punkt gewesen, das mitaufzunehmen. Ich will aber hier nicht etwas totjammern, wie es heute schon geheißen hat. Ich glaube, wenn man in drei Jahren wieder in neue Verhandlungen tritt, muß man auf jeden Fall versuchen, ob man hier nicht etwas ändern kann, denn die EU soll ja ausgleichend sein, daß es keine schwächeren und keine stärkeren Gebiete gibt. Hier wird man sehen, daß es mit Sicherheit zu Wettbewerbsverzerrungen kommen wird.

Ich komme nun zur Thermenregion. Ich habe heute zum Fremdenverkehr nicht Stellung genommen, weil ich glaube, daß die Thermenregion vor allem in unserem Bezirk in Wirklichkeit ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, wenn nicht überhaupt einer der wichtigsten. Die Thermenregion, der Fremdenverkehr, die Wirtschaft, die Arbeitnehmer und die Pendler sind davon betroffen. Das ist das Hauptprogramm und das Hauptproblem unseres Bezirkes. Wir haben mit dem Fremdenverkehr mit der Thermenlinie Loipersdorf, Bad Gleichenberg und Radkersburg sicher viele Arbeitsplätze geschaffen und viele dazu bewegt, daß sie Fremdenzimmer ausbauen, und viele Landwirte dazu bewegt, daß sie zur Direktvermarktung gehen und auch in Richtung Unternehmertum. Ich glaube, dorthin wird es auch kommen müssen. Ich erwarte mir daraus, vor allem aber für Bad Gleichenberg, sehr geschätzte Frau Landeshauptmann, und es ist heute schon vom Kollegen Köhldorfer hier erwähnt worden, daß man hier wirklich versucht, demnächst eine Bohrung zu machen, daß es hier auch heißes Wasser gibt, das nicht aufgeheizt werden muß, sondern daß wir hier wirklich konkurrenzfähig sind. Ich möchte das mit einem ganz normalen Ton und mit einer ganz normalen Art hier einbringen, denn ich glaube, es kann nur gemeinsam gehen. Die Menschen dort verstehen uns schon bald nicht mehr, wieso einer der ältesten und einer der schönsten Kurorte mit einem schönen Kurpark nicht die gleiche Hilfe bekommt wie die anderen. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn es schon nicht funktioniert, daß wir dort zu einer Beteiligung kommen, zu der ich nach wie vor stehe, dann glaube ich, sollten wir dieser Region Hilfe anbieten. Es wäre besser, man würde zur Beteiligung gehen, als man

steckt dort Geld hinein, und am Schluß ist keiner mehr da, der verantwortlich ist, und das Geld ist auch weg. Ich glaube, da ist es gescheitert, man hat noch einen Anteil, und man kann mit dem noch etwas machen.

Ich kann natürlich nicht enden, würde ich nicht auf das Problem kommen, das nicht zur Thermenregion paßt, und das ist natürlich bei uns, wie Sie ja alle wissen, die Shredderanlage mit dem Schwelofen. Das ist für mich ein Wirtschaftsfaktor. Würde man diese Anlage in Fehring bauen, dann wäre das sicher ein Einbruch in die Thermenregion, den der Fremde nicht versteht, den der Gewerbetreibende nicht verstehen würde, daß wegen 20 Arbeitsplätzen eine Region zu einer Industrieregion wird, die eigentlich zur Thermenregion erst erwacht ist. Ich würde hier dem Bürgermeister vorschlagen, so wie schon vor zwei Jahren, daß man dieses Grundstück, das ein Grundstücksbesitzer, in Wirklichkeit der Berghofer, verkaufen will, weil er eben dafür ein Geld erzielen will oder weil er es braucht, daß man ihm das Grundstück abkauft, es umwidmet, um dort einen Gewerbepark zu gründen, um dort Betriebe anzusiedeln. Die Lage wäre wirklich gut. Sie ist in der Nähe von Ungarn, ist neben der Bahn und ist aufgeschlossen. Sie ist sicher idealer als mein eigener Gewerbepark im Ort, der keine Bahnlinie hat, und trotzdem kommt jetzt mit März ein Unternehmer, der bereits baut, von Fehring zu uns, und zwar deshalb, weil er dort kein Grundstück bekommen hat. Er baut bei uns auf einem Leasingssystem und muß seinen Betrieb umsiedeln, der normalerweise mit Sicherheit mit 30 Beschäftigten in Fehring geblieben wäre. Ich bin nicht böse, daß er zu uns kommt, aber ich muß ganz ehrlich sagen, wir haben noch zwei Plätze dort. Die hätte man mit Sicherheit auch so füllen können. In dieser Region dort werden die Arbeitsplätze sicherlich abgehen. Aber 20 oder 15 Kilometer werden das nicht ausmachen. So hoffe ich, daß man hier diese Punkte, die ich jetzt versucht habe, in kurzen Worten aufzuzählen, berücksichtigt, und daß wir hier einen gemeinsamen Weg finden und vielleicht wirklich die Möglichkeit haben, dort diese Grundstücke, so wie das in Gleisdorf passiert ist mit über 30 Millionen Schilling, für einen Gewerbepark anzukaufen, um sie dann den zukünftigen Betreibern zur Verfügung zu stellen, und daß wir auch im Grenzland einen Impuls schaffen können. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden, gerade weil wir an der Grenze sind, einen größeren Nachteil haben als die anderen, denn die Ungarn kommen nicht mehr so stark, wie jetzt die Slowenen, nach Leibnitz und nach Graz und natürlich auch zu uns einkaufen, sondern die Ungarn kaufen nur mehr Qualität, denn das andere haben sie bereits im eigenen Land. (Beifall bei der SPÖ.)

Das werden wir auch mit Sicherheit in ein, zwei oder drei Jahren in Slowenien haben. Ich glaube, daher müssen wir auf der Hut sein und müssen früh genug schauen, daß wir nicht nur Nachteile haben, sondern daß wir miteinander auch grenzüberschreitend leben können und vor allem die Wirtschaft und die Arbeitsplätze bei uns gesichert sind. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. – 20.47 Uhr.)

Präsident: Als nächster hat sich Herr Kollege Mag. Rader zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (20.47 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich, bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, doch eine Bemerkung zu den Ausführungen des Kollegen Vizepräsident Löcker machen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich war wirklich tief beeindruckt. Wirklich. Diese Aufzählung der exzellenten Kammerarbeit, die auf Grund der zeitlichen Bescheidenheit, die er an den Tag gelegt hat, natürlich nur bruchstückhaft wahrscheinlich gewesen ist, in Wahrheit noch viel intensiver und deutlicher, als man das jemals hier darstellen konnte, bringt mich eigentlich zur Überzeugung, daß vor den Toren der Wirtschaftskammer in der Steiermark nicht nur die Gewerbetreibenden, die jetzigen Wirtschaftskammerangehörigen, Schlange stehen müssen, um in den Genuß dieser positiven Dinge zu kommen, sondern wahrscheinlich auch noch Leute, die anderen Kammern angehören, betteln und bitten, in dieser Kammer aufgenommen zu werden, weil sie natürlich ein derart ungeheure Leistung vollbringt. Wenn das aber so ist, dann verstehe ich offen gestanden nicht, warum man sich davor fürchtet, die Mitgliedschaft freiwillig zu machen, weil ja nicht nur alle jetzigen Mitglieder dann Mitglied werden und liebend gerne wahrscheinlich auch noch spenden würden, damit zusätzlich die Kammer besser arbeiten würde und damit auch die Kammeramtsdirektoren nicht verarmen insbesondere, sondern auch noch andere dieser Kammer beitreten würden. (Beifall bei der FPÖ.)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, ich weiß daher überhaupt nicht, wovor man sich fürchtet, überhaupt nicht. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Wer fürchtet sich?“) Auf der anderen Seite aber, meine Damen und Herren, verstehe ich nicht, wenn man sich nicht zu fürchten braucht, wie die Frau Landeshauptmann jetzt eingeworfen hat, warum man einem wirklichen Plebiszit über diese Frage ausweichen will. Ich bin zwar sehr froh, daß der Herr Kollege Löcker uns unterstützen möchte bei der Frage der Urabstimmung, aber da braucht er uns nicht zu unterstützen, weil die wollen wir nicht. Ich sage Ihnen ganz offen, warum. An sich wäre das das Logische gewesen zu sagen, okay, machen wir überall faire Urabstimmungen, und was herauskommt, kommt heraus. Aber, nur habe ich nun schon die zweite erlebt. Von einer offenen Frage ist aber keine Rede. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Du hast von fairer Urabstimmung gesprochen!“) Eben, ich habe von fairer Urabstimmung gesprochen. Weil, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz offen, die Fragestellung, die Suggestivfrage, die jetzt schon zum zweiten Mal gestellt worden ist, ich sage bewußt Suggestivfrage, die in den Raum stellt, daß eine berufsständische Vertretung ohne Zwangsmitgliedschaft weder rechtlich noch praktisch möglich ist, schlichtweg falsch ist. (Beifall bei der FPÖ.) Und wenn Sie natürlich fragen, wollen Sie eine funktionierende Kammer haben (mit Pflichtmitgliedschaft) und die Leute natürlich eine funktionierende Kammer haben wollen, möglicherweise auch deswegen, weil Sie der Meinung sind, sie funktioniert jetzt nicht, aber das unterstelle ich Ihnen nicht, und Sie dann ein großes Zustimmungsvotum bekommen, sich hinzustellen und zu sagen, hurra, jetzt haben wir 92 Prozent für die Zwangsmitglied-

schaft, zeigt mir eigentlich nur, daß Sie nicht ordentlich fragen haben wollen. Und wenn es also so ist – wäre, sage ich höflicherweise, wenn es so wäre, daß man denen, die über sich abstimmen lassen, die Fragestellung nicht überlassen sollte, dann darf man sich auf dieses Wagnis der Urabstimmung nicht einlassen, sondern muß bitte von einem nicht betroffenen Gremium, nämlich einer gesetzgebenden Körperschaft, die Frage für eine offene, faire Frage für ein Plebiszit formulieren lassen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich habe schon vor einigen Jahren einen diesbezüglichen Vorstoß gemacht. Ich wäre sehr gerne bereit gewesen, dem Weg der Urabstimmung zuzustimmen, sehr gerne, wenn nur der Ansatz und der Funken einer Möglichkeit gewesen wäre, daß diejenigen, die sie durchführen, auch tatsächlich die Bereitschaft haben, das wirklich offen und ehrlich zu machen. Das habe ich bei der Bauernkammer seinerzeit nicht gesehen, und das habe ich leider Gottes jetzt bei der Landarbeiterkammer auch nicht gesehen. Ich bitte herzlich um Verständnis, daß uns das Vertrauen in die selbstreformatorische Kraft dieser Gremien verlorengegangen ist. Meine Damen und Herren, daher ist mit uns über diese Dinge im Moment nicht zu reden. (Abg. Kowald: „Was wäre gewesen, wenn das Ergebnis anders gewesen wäre? Dann hätte es dir schon gepaßt!“) Ja, dir nicht, nehme ich an! Aber auf diese Frage hat es sich gar nicht ausgehen können. (Abg. Kowald: „Ich habe es entsprechend registriert!“) Eben! Sehen Sie! Aber das nur als Vorbemerkung.

Ich wollte eigentlich etwas Positives sagen. Ich bin positiv berührt von den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Schleich jetzt am Schluß, weil ich gestern gelegentlich den Eindruck bekommen habe, daß diese Dinge mit Regionalförderung in der Europäischen Union nicht so emotionsfrei diskutiert werden. Wir haben gestern einen kleinen Sturm im Wasserglas erlebt. Es war nur wenig Wasser drinnen im Wasserglas. Und es ist auch heute vom Kollegen Frizberg ein Fax bereits angeschnitten worden, das durch die Gegend geht, wo man Protestresolutionen abgibt, weil Gefahr für die Steiermark droht. Meine verehrten Damen und Herren, ich wollte das noch einmal aus meinem Informationsstand und aus meiner Sicht klarstellen. Erstens, es droht im Moment keine Gefahr. Ich habe in der Zwischenzeit noch detaillierter recherchiert. Meine Damen und Herren, selbst die beiden Beamten der Niederösterreichischen Landesregierung, die sich am Mittwoch und Donnerstag in der Generaldirektion 16 der Kommission in Brüssel aufgehalten haben, haben natürlich für den Bereich Wiener Neustadt als Ziel-2-Gebiet argumentiert, allerdings in den von ihnen formulierten Vorgangsweisen nicht auf Kosten der anderen Bundesländer, sondern nach meiner Information haben sie innerniederösterreichisch umschichten wollen. Also bitte, wenn sie das argumentieren und wenn sie das tun, dann soll ihnen das recht sein, wenn das Hand und Fuß hat. Selbst der mündliche Vorstoß der Niederösterreicher ist nicht gegen die anderen Bundesländer gegangen. Also davor hätten wir uns nicht fürchten brauchen. Es hat auch überhaupt keinen Sinn, weil ich jetzt in dieser Resolution lese und auch in einigen Wortmeldungen das so angeklungen ist, daß wir der Kommission gegenüber, einem Standpunkt, der der offizielle Standpunkt der Bundesregierung ist und der an sich

unbestritten ist seitens der Bundesregierung, Sie haben heute mittag, nehme ich an, das Interview der Frau Staatssekretärin Ederer gehört im steirischen Rundfunk, noch einmal zu argumentieren und zu untermauern, weil einen Standpunkt, der so klar ist, noch einmal zu untermauern, stellt man durch diese Untermauerung höchstens nur in Frage, weil die Leute sagen, wenn die das, was eh am Tisch liegt, noch einmal verstärken wollen, dann muß möglicherweise irgendwo der Hund drinnen sein, also der Vorwurf, daß man in dieser Situation nicht, was weiß ich, mit einer Nachtsondermaschine die ganze Bundesregierung, Landesregierung nach Brüssel fliegt, um das zu untermauern, sonst bricht alles zusammen, ist schlichtweg falsch. Es ist bitte im Moment nichts zu tun, außer darauf zu achten, daß sich die Meinung der Bundesregierung nicht ändert, und insbesondere nach dem Interview der Frau Staatssekretärin heute sehe ich keinen Ansatz dazu, daß das überhaupt so sein kann. Also bitte schön, keinen Sturm im Wasserglas. Ich schneide das aber deshalb an, weil natürlich – Sie werden das ja wissen – auch in der Kommission die öffentlichen Aktivitäten insbesondere in den neuen Beitrittsländern sehr penibel verfolgt werden, sehr penibel. Und wenn es jetzt öffentlich und halböffentlich alle möglichen Diskussionen gibt, Protestresolutionen, es ist alles schlecht, um Gottes willen, und es wird alles umstritten, dann sage ich ganz offen, nützt uns das in Brüssel nicht sehr. Das sage ich ganz offen, nützt uns das überhaupt nicht. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Und ich bin bitte nicht der Offizialverteidiger der Frau Landeshauptmann. Ich habe auch die Programmerstellung nicht zu verantworten, das sage ich vorweg. Aber ich halte es auch für richtig, daß man sich engagiert. Ich habe auch positive Beispiele. Der Kollege Vollmann zum Beispiel macht einen weiter hinausgehenden Arbeitskreis, wo er möglichst alle einbinden will, und auch andere tun dies. Das ist richtig und gut. Nur bitte, die öffentliche Diskussion im Vorfeld nicht nur der Programmerstellung, sondern vor allem dann der Projekterstellung, welches besser und schlechter und ob das ein Blödsinn ist oder kein Blödsinn ist, was da an Projekten erstellt worden ist, tut uns bitte auch nicht gut, in dem Augenblick, wo dann die Projekte auch tatsächlich vertreten werden müssen, weil auch alle diese öffentlichen Diskussionen genau und penibel registriert worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich will keinem das politische Engagement absprechen, wenn er sagt, wir wollen, daß es schneller und besser weitergeht. So verstehe ich all diese Vorstöße an sich. Ich möchte diese Gelegenheit dazu benützen, davor zu warnen, diese Diskussionen so ausweiten zu lassen, daß sie dann nicht mehr produktiv, sondern unter dem Strich kontraproduktiv sind. Und das wollen wir hoffentlich alle nicht. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 20.58 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (20.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Zuerst einmal einen herzlichen Dank an Prof. Jeglitsch für die Darstellung des Standortes Judenburg,

und auch einen herzlichen Dank der Frau Landeshauptmann Klasnic für ihr Agieren in dieser Frage, wo ohne Antrag und ohne vorherige Befassung eine Entscheidung der Steiermärkischen Landesregierung für diesen Standort herbeigeführt wurde. Nun zum Abgeordneten Korp: Du hast von der anständigen Form gesprochen. Wir haben bisher eine sehr anständige Form gepflegt. Ich würde daher bitten, diese auch weiter zu pflegen. Zum Anstand gehört aber auch Ehrlichkeit und Offenheit. Ich komme wieder auf die Gemeinsamkeit zurück, die ich heute schon einige Male erwähnt habe und die ich in Judenburg auch praktiziert habe, auch in der ersten Phase der Verstaatlichtenkrise, wo wir gemeinsam, die Arbeiter, die Bauern, die Betriebsräte, die Ärzte und alle, für diesen Standort kämpften, einen Erfolg gehabt haben und wo die Arbeitnehmer dieses Standortes auch große Leistungen erbracht haben mit dem Verzicht auf den Lohn, für den sie heute büßen und kämpfen müssen, daß im großen Konzept der VOEST-Alpine, wie es war, auch ihre damaligen Leistungen gleichwertig anerkannt werden. Aber diese Gemeinsamkeit hat Ehrlichkeit und ein offenes Gespräch erfordert, ganz unabhängig von der politischen Ideologie, ob das der Bürgermeister von Judenburg, der Bürgermeister von Fohnsdorf, du kennst diese ideologischen Einstellungen, oder der ÖVP-Abgeordnete war. Es war aber eine Gemeinsamkeit gegeben. Jetzt habe ich es so erlebt, daß es eine gemeinsame Prägung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei war und daß man versucht hat, die Frau Landeshauptmann in dieser Frage zu treiben, obwohl sie schon entschieden hatte. Ich habe das auch weiterhin erlebt, und ich danke dir, Herr Präsident Rader. Zuerst der Dank und dann das Wort, bei dem wir nicht beisammen sind. Du hast in der EU-Frage eine sehr klare Aussage gemacht. Herr Abgeordneter Grabner, du wirst dich daran erinnern, wir haben uns vor drei Wochen auseinandergesetzt, wie ich dort die Gemeinsamkeit auch beschworen habe und wo ich dort auch darum gebeten habe. (Abg. Korp: „Nicht nur du!“) Du auch, aber ich habe angefangen damit. Stimmt das? Ich habe dort gesagt, daß ich mit dem Regierungsbeschluß vom 3. Oktober nicht ganz einverstanden bin. Aber wir dürfen gerade aus diesem Thema keine parteipolitische Spielerei machen, weil das könnte unter Umständen den Erfolg etwas mindern. Gerade das hat Präsident Rader jetzt bestätigt, wie die Situation auch in Brüssel aussieht. Was habt ihr gemacht? Ihr habt versucht, gleich wie in dieser Frage, die Frau Landeshauptmann im Sommer anzuschütten, ihr jetzt wieder Untätigkeit vorzuwerfen, und ihr habt die Sozialpartnerschaft so gesehen, daß ich auf der Einladungsliste feststellen mußte, daß bei den Sozialpartnern in diesen drei Bezirken 24 SPÖler und nur zwei ÖVPler sind. Das glaubt euch kein Mensch, und das ist offensichtlich, was ihr da wollt. So geht das einfach nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Gemeinsamkeit heißt Ehrlichkeit, heißt Offenheit zueinander. Nur so können wir gemeinsam arbeiten im Interesse unserer Arbeitnehmer, die ohnedies schon geprügelt wurden und die ohnedies jetzt auch in dieser Situation in großer Sorge sind. Nochmals: Bitte keine Spielereien, sondern ehrlich für die Menschen dasein. Das ist mein Wunsch.

Nun zum Präsidenten Rader: Wo ist er? Ach, da ist er ja. Muß ich mich umdrehen, denn da verstehen wir uns nicht ganz. Ich kenne deine Anliegen bezüglich der Kammern. Wollen wir gar nicht lange diskutieren, denn ich möchte die zehn Minuten wirklich nicht überschreiten. Eines möchte ich aber klipp und klar darstellen: Die Entscheidung, ob Kammer ja oder nein, kann nur von den betroffenen Mitgliedern gefällt werden, und das mußt du zur Kenntnis nehmen, bei den Landarbeitern genauso wie bei den Bauern, die das schon vor zwei Jahren gemacht haben. Wir wollen in der Steiermark keine Kärntner Verhältnisse haben, wo man drüberfährt. Danke. (Beifall bei der ÖVP. - 21.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (21.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Wir haben im Bezirk Leoben schon im Jahre 1988 ein Strukturerneuerungsprogramm erstellt, schon deswegen, weil wir es damals für wichtig erachtet haben, nicht nur über verschiedene Situationen zu jammern, sondern ganz einfach uns mit den Menschen zusammenzusetzen, ein Programm zu erstellen, wie wir uns die wirtschaftliche Zukunft dieses Bezirkes vorstellen. Wir haben dieses Programm im Jahre 1990 erneuert und im Jahre 1993 wieder einer Revision unterzogen, weil wir in einer schnellebigen Zeit leben, es aber wichtig ist, daß wir immer am letzten Stand sind. Wir haben dieses Programm selbstverständlich dem Herrn Bundeskanzler, allen Bundesministern, den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und auch den Sozialpartnern übermittelt. In jedem dieser Programme haben wir an der Spitze die Erhaltung der Flüssigphase im Langproduktenbereich in Donawitz gehabt. Es hat mich sehr gefreut, daß alle Betroffenen im Bezirk aus allen Schichten, die mitgearbeitet haben, die Akzeptanz gehabt haben, daß man prinzipiell gesagt hat, für unseren Bezirk ist das Hüttenwerk Donawitz und die Erhaltung der Flüssigphase so wichtig, daß dieser Punkt immer Priorität haben muß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte das bestätigen, was Herr Abgeordneter Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Jeglitsch gesagt hat. Es war ja nicht immer so eitel und Wonne. Die Ausdrücke, die wir in den Zeitungen gelesen haben und die alle erzürnt haben, vom Museum bis Klotz am Bein, von der VOEST Linz waren ja nicht die angenehmsten. Ich habe hier im Hohen Haus einmal eine Mappe mit lauter negativen Berichten über Donawitz gezeigt und habe gesagt, wer soll bei so einer Firma überhaupt etwas kaufen, wenn jeden Tag etwas Negatives drinnensteht? Wir haben eines erreicht - (Abg. Kowald: „Ein Beispiel?“) Du bist ja auch mit Niklasdorf verwandt und kannst daher mitreden. (Abg. Kowald: „Obwohl Radkersburg manchmal mies gemacht wird, fahren viele aus Leibnitz und Graz in die Thermenregion!“) Herzlichen Glückwunsch. Wir freuen uns über alle Aktivitäten in unserer steirischen Heimat.

Aber nun wieder zurück zu Donawitz. Wir haben den Ministern und dem Kanzler nicht nur Briefe geschrieben und Prospekte oder Programme geschickt, sondern wir haben sie auch eingeladen. Der Kanzler war einen halben Tag in Donawitz und ist durchgegangen, und mit dem Minister Klima sind wir von 9 Uhr abends bis 3 Uhr in der Früh durch jeden Betrieb gegangen und da hat sich auch der Minister überzeugen können, was dort los ist. Er konnte mit den Mitarbeitern reden, und vor allem hat er auch einen richtigen Eindruck von diesem Hüttenwerk bekommen. Und nun möchte ich sagen, es war für uns am 2. Dezember sehr erfreulich, die Kollegin Pußwald und der Kollege Gennaro und ich waren bei einer Jubilarehrung in Donawitz. Da war ein Betriebsrat aus der älteren Zeit, der gesagt hat, nur einmal hätte ich so eine Jubilarehrung erleben müssen. Der Kollege Gennaro hat das ja miterlebt, weil er dort ja auch das Wort ergriffen hat. Es war für uns erhebend, als der Vorstandsdirektor Struzl und auch der Vorstandsdirektor Strahammer einen Bericht über das Unternehmen gebracht haben, wie wir ihn seit einigen Jahren nicht mehr gehört haben. Einen Bericht, der uns ganz einfach gefreut hat, ein Produkt, das Weltgeltung hat, eine Schiene, die nur bei uns in dieser Qualität erzeugt werden kann, ein Draht, der Qualität hat und überall seine Abnehmer findet, eine Produktion, die in der Lage ist, „just in time“ zu produzieren, also mit einem Wort gesagt, eine erfreuliche Situation, und der Kollege Gennaro und die Kollegin Pußwald werden mir das bestätigen. Mir ist es heute hier im Hohen Haus ein Bedürfnis, aber auch dem Steiermärkischen Landtag zu danken und auch Ihnen, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, auch dem Landeshauptmann Schachner, weil uns da ganz einfach eines gelungen ist, daß wir gemeinsame Beschlüsse für Donawitz gefaßt haben und daß im Bund-Land-Vertrag durch diese gemeinsamen Beschlüsse in diesem Haus ganz einfach auch dort Priorität für dieses Hüttenwerk erreicht wurde. Ich glaube aber, was heute noch nicht getan wurde, die Kollegen Pußwald und Gennaro werden es mir bestätigen, ich habe dort unter den geehrten 40jährigen und 25jährigen einige gesehen, vor allem unter den 40jährigen, wo ich noch als Praktikant selber in Donawitz mir mein Geld für das Studium mitverdient habe. Und es war natürlich etwas, was mich ganz einfach sehr ergriffen hat. Man hat gespürt, die Leute haben ihre Würde wiedergefunden. Sie wissen, wir arbeiten in einem Unternehmen, wo ein Produkt erzeugt wird, das Weltruf hat. Unterschätzen wir nicht, was es bedeutet, daß diese Menschen diese Würde durch unsere Hilfe wieder erreicht haben. Ich glaube, man muß hier den Mitarbeitern und den Managern danken und uns allen zusammen, weil wir bewiesen haben, daß wir gemeinsam in der Lage sind, etwas zu erreichen, daß wir gemeinsam bewiesen haben, daß nun, von Donawitz ausgehend, doch rund 4000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Langproduktengruppe wieder sichere Arbeitsplätze haben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit mit einem herzlichen Glückauf! (Allgemeiner Beifall. - 21.10 Uhr.)

Präsident: Ich erteile der Frau Landeshauptmannstellvertreterin das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (21.10 Uhr):
Herr Präsident! Hoher Landtag!

Eine ganz eigenwillige Stimmung in Sachen EU, und ich möchte eines richtigstellen, weil ich das Gefühl gehabt habe, jetzt hat der Kollege Korp etwas angefangen, was ein anderer Kollege unterschrieben hat. Er hat wahrscheinlich gar nicht recht gewußt, welches Fax gemeint ist, weil er kein solches ausgesprochen hat. Ich möchte ihm sagen, welches Fax gemeint ist, und zitiere:

„In den letzten Monaten mußten wir mit zunehmender Sorge feststellen, daß das Eintreten der politischen Vertreter der steirischen Landesregierung für diese Maßnahmen, sprich EU, jeglichen Nachdruck vermissen läßt und damit wertvolle Zeit vergeudet wurde und so weiter.“ Und dann steht weiter unten: „Die Vertreter der genannten Bezirke protestieren ...“, und dann steht zum Schluß: „In vieler Hinsicht wurden sie in den letzten Jahrzehnten bei Förderungen benachteiligt, und nicht zuletzt deshalb sind sie in eine schwierige wirtschaftliche Situation geraten.“

Der Herr Kollege, der es unterschrieben hat, weiß es, er sitzt im Haus. Ich sage es nur dazu, und ich lege Wert darauf, daß mir nicht bewußt ist, daß es aus diesen Regionen – zumindest sage ich es jetzt für die letzten sieben Jahre – einen Antrag gibt, der unerledigt geblieben ist oder, wenn er möglich gewesen ist, daß ich nicht einen Versuch gestartet habe, gemeinsam mit Ihnen diese Anträge zu beschließen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe es jetzt nur der Ordnung halber sagen müssen, weil sonst weiß er wirklich nicht, wann Weihnachten ist. Und das war es nicht, es hat eher nach Krampus ausgeschaut. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Sie wissen, wer das verfaßt hat!“) Entschuldigung, Sie haben es unterschrieben. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Verfaßt hat es die Industrie und mir zur Unterschrift übermittelt – ohne mein Zutun, die Industrie!“) Herr Kollege, Sie werden das doch nicht unterschreiben gegen uns selber, ohne daß Sie es glauben. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ich habe es heute morgen per Fax überwiesen bekommen. Das ist die Wahrheit!“) Ich gebe es Ihnen, da steht „Liste der Unterzeichner der Protestnote“, nichts anderes habe ich. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ihre Repräsentanten der Industrie haben das verfaßt!“) Warum unterschreiben Sie es dann, Herr Kollege? (Abg. Tasch: „Eine bodenlose Sauerei!“) Ich lege trotzdem Wert darauf, wenn Sie mir einen einzigen nennen, ich möchte bitte nur einen einzigen Fall mit Name und mit Arbeitnehmerzahl kennen. (Abg. Dörflinger: „Es ist toll, daß Sie glauben, daß der Kollege Grabner etwas für die Industriellen schreiben kann!“) Ich sage auch noch einmal, ich werde auch von diesen Herren, die da mit unterschrieben haben, eine Stellungnahme verlangen, sie sollen mir einen einzigen Fall nennen, bei dem die Steiermärkische Landesregierung – ich bin ja nicht alleine gemeint, ich sage das für alle neun, die da sitzen, das lassen wir uns nicht bieten (Beifall bei der ÖVP.), ich sage das stellvertretend für alle neun – ich werde verlangen, sie sollen uns einen Fall nennen, in dem wir bewußt versagt haben, wenn die Richtlinien gestimmt haben oder wenn das Konzept gestimmt hat, einen einzigen! (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das müssen Sie mit den Industriellen ausmachen!“) Ja, ich werde sie besuchen gehen. Nein, das lassen wir uns

nicht gefallen, und ich hoffe, die anderen werden es auch nicht stillschweigend zur Kenntnis nehmen. Sie sind nur nicht da, und darum habe ich das zu sagen, ich fühle mich verantwortlich. (Abg. Vollmann: „Zuständig sind Sie!“) Zuständig bin ich auch noch dafür. (Abg. Vollmann: „Ihre Zuständigkeit!“)

Zur Ziel-2-Geschichte. Ich glaube, da sollte man auch noch sehr deutlich sagen, für uns ist – und wir haben es auch in einer Studie bekräftigt – das Ziel-2-Gebiet und jetzt auch dieses geschlossene Gebiet westliche Obersteiermark, die gesamte Obersteiermark ist das zentrale Grundstoffgebiet in Österreich, das sich von der restlichen österreichischen Industriestruktur deutlich unterscheidet. Das ist eine der Begründungen, warum wir das erwarten. Das Zweite ist, daß es bestimmte Förderungsmaßnahmen gibt, die nur bei einer bestimmten Größenordnung zum Tragen kommen. Auch aus diesem Grunde, damit die Gemeinschaftsinitiativen zum Tragen kommen, ist es notwendig, diese Zielregion zu verlangen. Und zum Dritten sage ich, es muß eine gemeinsame und tragfähige Konzeption für die gesamte Region werden, weil nur so werden wir unsere Erfolgchancen erhöhen.

Ich glaube, ein Zweites sagen zu dürfen, der Herr Professor Jeglitsch, unser Kollege Abgeordneter, hat es gestern angesprochen, die Unterstützung steirischer Klein- und Mittelbetriebe in Forschung und technologischer Entwicklung, ich nenne nur, daß wir der Ausbildungspartnerschaft Süd über die Wirtschaftsförderung 1,2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt haben, damit diese eine Informationskampagne durchführen und ein begleitendes Projektmanagement für eine Antragstellung bei der EU anbieten kann. Und zu Euro-Cryst hat es letztlich schon eine Aussage vom Kollegen Ussar gegeben. Gestern hat der Kollege Jeglitsch darüber gesprochen. Es gab einen neuen Fragenkatalog. Wir hatten eine Frist von sechs oder sieben Tagen. Ich bedanke mich bei allen, die daran gearbeitet haben, die Fragen sind restlos beantwortet worden, Ergebnis haben wir leider noch keines. Ich habe gestern mit den Kollegen darüber gesprochen, daß wir versuchen werden, einen weiteren Vorstoß auch über die Regierung in der Frage zu machen.

Ein Nächstes, und weil es auch da im Raum steht, ich möchte nur klarstellen, wie sich die Geschichte Judenburg entwickelt hat. Es gibt keinen Antrag, es gab aber sehr wohl einen Anruf. Einen Anruf, den andere nicht wissen können, den ich weiß. Der Herr Kollege Ressel hat mich vorige Woche – ich glaube, am Mittwoch war es, ungefähr um 14 Uhr – im Auto erreicht und hat mir gesagt, daß er einen Anruf bekommen hat und daß man meint, er möge schauen, daß diese Mittel zur Verfügung gestellt werden, und er hat die Herrschaften dann weiterverwiesen, weil er gesagt hat, anderes Ressort. Inzwischen ist der Akt so dick, wir haben eine Entscheidung, die wir anbieten. Ich höre nur, daß die 8,33 nicht reichen, weil man der Meinung ist, daß ÖIAG und Bund dasselbe ist. Für uns ist aber ÖIAG etwas anderes. Das heißt, daß Bundesminister Klima über die ÖIAG 12,5 Millionen Schilling zur Verfügung stellen wird. Hofrat Feil hat heute schon mit dem Büro Bundesminister Hesoun Kontakt aufgenommen, und wir haben gehört, daß sich der

Bund bemühen wird beziehungsweise unsere Verbündeten dort, um das so zu sagen, daß wir zu diesen Mitteln kommen und daß wir die Aufstockung kriegen. Ich sage aber sehr deutlich, und das hier im Steiermärkischen Landtag, daß wir bei einem Betrag in der Größenordnung neben einem Landesregierungsbeschluß auch den Landtag brauchen. Es wird wieder eine Verwendungszusage geben, daß wir diesen Schritt weitergehen – selbstverständlich. Das spürt man auch, daß das Ihnen allen ein Anliegen ist. Es ist mir genauso ein Anliegen, und damit werden wir zu einem guten Ende kommen. Das heißt jetzt nicht, daß wir freiwillig 12,5 Millionen Schilling zahlen und den Bund aus seiner Verantwortung ziehen, sondern wir werden versuchen, ihn soweit als möglich einzubinden. Das ist eine Frage der Verhandlungen, denn manche sind erfolgreich und manche weniger. In dem Fall sind es nicht so große Beträge. Ich habe gehört, die großen Beträge waren heute nicht sehr glücklich. Ich hoffe aber, zu einem guten Ergebnis zu kommen und dem Landtag dann darüber berichten zu können.

Ein Zweites darf ich Ihnen noch dazusagen, weil es mir eigentlich unangenehm ist: Das Wort danke in einer solchen Frage gebührt eigentlich jemand anderem. Im großen und ganzen gebührt der Dank für all das, was wir tun dürfen, den Menschen, die in unserem Land arbeiten. Sie erarbeiten die Steuermittel, und wir dürfen sie gemeinsam verteilen. Das möchte ich sagen, weil ich so den richtigen Weg sehe. Ich muß aber dem Herrn Kollegen Prutsch aus Radkersburg schon sagen, bis halb habe ich Zeit, und ich werde es schaffen, ich bitte Sie, erfinden Sie jetzt keinen neuen Titel. Vor ein paar Jahren ist das Armenhaus herumgegeistert, und Sie haben jetzt ein Trümmerfeld im Bezirk. Sie haben einen Bezirk, der so selten schön ist wie keiner. (Abg. Schleich: „Davon haben wir nichts!“) Ansonsten lade ich Sie ein, fahren Sie wirklich zu einem Trümmerfeld. Das kann doch nicht die Bezeichnung für einen Heimatbezirk sein. (Abg. Schleich: „Was glauben Sie, warum die jungen Leute den Bezirk verlassen? Weil er so schön ist?“) Nicht als persönlichen Angriff, aber als Angriff auf die Steiermark. Dann sage ich Ihnen noch etwas, weil Sie gewerbliche Grundstücke angesprochen haben. Von uns aus gibt es den Auftrag, und es sind drei gewerbliche Grundstücke in Vorberatung. Das Land kann aber nicht alle Grundstücke kaufen. Das wird nicht gehen. Hier versuchen wir, neue Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, zum Beispiel mit den Banken.

Zweites Thema: Es ist die Therme angesprochen worden. Nirgends hat es eine so gute Entwicklung in dem letzten Jahr gegeben wie im Bezirk Radkersburg. Aber ich bin mit Ihnen voll einer Meinung, daß man vom Tourismus allein nicht leben kann. Sie wissen genau, daß wir voriges Jahr zum Beispiel eine Sorge mit einem Unternehmen gehabt haben, das in Konkurs gegangen ist. Wir haben für den einen Teil eine Arbeitsstiftung geschaffen. Eigentlich sind es zwei Betriebe, nämlich in Mureck und in Mettersdorf. Das heißt, die Dinge sind ja lösbar. Gründerzentrum, auch ein Thema für sich und eine lange Geschichte. Etwas darf ich dazusagen: Sie war in der Regierung schon durch, ist dann aber im Landtag geblieben, weil es geheißen hat, die 8,3 sind wahrscheinlich ein

besonders günstiger Preis, ein besonderer Preis von jemandem, der sozusagen zu der Nichtpflichtorganisation Wirtschaftsbund gehört, das heißt, in meinem Vorstand. Das Angebot kann nicht ganz in Ordnung sein. Das wären 8,3 Millionen gewesen. Nachher habe ich keinen mehr gefunden, der es unter 12 gemacht hätte. Inzwischen kommt man drauf, daß man die Dachkonstruktion ändern muß, und das Ganze kommt unter Umständen auf 20 Millionen Schilling. Aber, und jetzt sage ich noch dazu, es ist ein Bund-Land-Vertrag-Projekt. Und hier hoffe ich noch, zu einem zweiten Schritt zu kommen. Ich habe es schon einmal erzählt, daß ich vor einigen Jahren sehr stark bei der Bundesministerin für Unterricht abgeblickt bin, als wir wollten, daß Radkersburg ein Öffentlichkeitsrecht im Gewerbe-BORG bekommt, denn das werden wir brauchen. Ich hoffe, daß es vielleicht jetzt geht. Ich kann es aber auch nicht versprechen. Aber wenn es bisher nicht gegangen ist, vielleicht ist ein neuer Weg der richtige. Wir werden ihn auf alle Fälle versuchen, weil gerade dieses Gewerbe-BORG auch ein Standort ist, wo die jungen Menschen dort eine Ausbildung haben, wo sie zu Hause sind.

Der Kollege Purr hat einen Blick bis in die Alpen-Adria-Region gemacht und hat über Betriebs- und Tourismusziele gesprochen. Ich möchte mich dort anhängen, wo ich glaube, etwas geschafft zu haben. Wir haben gemeinsam am vergangenen Montag im Beirat und dann im Anschluß in der Regierung die Richtlinien für die Nahversorgung beschlossen. Kollege Ressel hat mir gesagt, wenn ich die richtige Post für die Umwidmung finde, dann wird das auch noch gehen. Also werden wir das schaffen, und in der Nahversorgung können wir ein neues Programm anbieten. (Beifall bei der ÖVP.)

Das zweite Thema, das von dir angesprochen wurde, war die Verfahrensbeschleunigung. Da reden wir uns auch manchmal etwas ein. Ich sage das sehr bewußt dazu. Es ist nicht überall gleich. Ich möchte lobend hervorheben, in diesem Fall das Verfahren in der Stadt Graz beim Werk Puch II, Steyr-Fahrzeugtechnik für den Jeep, daß es keinen Einspruch gegeben hat. Dort hat es am 5. Februar eine Kommission gegeben, und viele haben sich gewundert, daß niemand da war, der Einspruch erhoben hat. Wir haben also gelernt, mit Großprojekten umzugehen. Und es ist auch in Graz möglich, damit die Stimmung für den Großraum Graz auch festgehalten ist und wieder ein bißchen besser wird.

Ich bin mit dem Herrn Kollegen Klubobmann Vesko in einigen Dingen fast einer Meinung. Wenn Sie sagen, wir sollten die Förderungsformen begleiten und weiterhin das eine oder andere überdenken, dann darf ich sagen, daß das WIFO mit einer Studie beauftragt wurde, unsere Wirtschaftsförderung zu durchleuchten oder überhaupt die Wirtschaftsförderung anzuschauen. Das ist das eine. Sie haben über Schwerpunkte, wie Kontrollmechanismen und Beteiligungen, gesprochen. Nicht einer Meinung bin ich dort, wo Sie gemeint haben, daß es im Jahre 1994 überhaupt keine Betriebsansiedlungsprojekte gegeben hat. Mir liegen derer 31 vor mit ungefähr 200 Arbeitnehmern – das ist immer auf und ab. Aber oft fangen sie klein an und es geht auch darum, daß manchmal in einem kleinen Betrieb etwas entwickelt und dann in einem größeren Betrieb

produziert wird. Beim Produzieren haben wir auch noch einige Sorgen mit Billiglohnprodukten oder mit Ländern aus der Nachbarrunde.

Der Kollege Gennaro hat sich schon auf Judenburg gestürzt. Das überspringe ich in dem Fall. Zum Kollegen Schuster möchte ich folgendes sagen: Ich habe ihn voll und ganz verstanden, was seine GKB- und ÖDK-Geschichte betrifft. Ich war vorige Woche in Bärnbach. Dort ist der Film „140 Jahre GKB“ beziehungsweise „Weststeirisches oder braunes Gold“ vorgestellt worden. Man hat dort einfach gespürt, welche wirtschaftliche Entwicklung dieser Bergbau in dieser Region bedeutet hat. Gleichzeitig muß ich sagen, daß sich Gott sei Dank, parallel dazu, die Glasindustrie inzwischen wieder zum Teil erfangen hat und daß versucht wird, einiges an Betrieben anzusiedeln. Es ist nicht ganz leicht. Sie haben mit der Geschichte „Straße“ recht. Ich sage nur ganz ehrlich, ich sehe mich bei der B 70 eher hinaus, und zwar; wenn die Gemeinderatswahl vorbei ist – das sage ich offen dazu. Dann wird es zumutbar sein, daß man wieder einmal eine schärfere Entscheidung in den Gemeinden zuläßt. Das gilt aber für alle Gemeinden. Das ist eben so, daß man in solchen Zeiten vorsichtiger agiert und von keiner politischen Situation abhängig ist. Daß es nicht ganz einfach ist, ist mir beim letzten Besuch in Köflach aufgefallen. Da müssen wir wissen, daß es auch der innere Zusammenhang mit der Nahversorgung ist, wenn innerhalb des Stadtkernes in Köflach sieben Geschäfte zugesperrt haben. Sieben Geschäfte sind geschlossen worden. Das muß man wissen, welche Entwicklungen solche Bezirksstädte mit sich nehmen.

Der Kollege Heibl hat uns eine Situation weit über die Grenzen in der Bauwirtschaft gezeigt. Ich habe Ihnen sehr gerne zugehört. Am liebsten hätte ich das aber gerne einmal schriftlich, weil ich würde das gerne lesen, wie sich das in anderen Staaten entwickelt, nämlich kurz. Lange Schwarten bekommt man sowieso immer. Aber wenn es kurz geschrieben wird, ist das sehr angenehm. Über das Modell und über GBI Assmann kann ich mich voll und ganz anschließen, sage aber gleichzeitig dazu, ich hoffe, daß es in anderen Konkursauffanglösungen oder Übernahmslösungen auch so gut klappt wie bei GBI und Assmann, weil wir haben ja einiges an interessanten Fällen in der Wirtschaftsförderung auch in diesem Jahr gehabt. Ich möchte es nur anreißen, beginnend bei der MF Liezen: Dort ist noch nichts ausgestanden, weil es noch einiger Zusagen seitens des Bundes bedarf. Mettersdorf ist auch angesprochen worden. Bei der Firma Leitner ist eigentlich alles wieder in der Schiene mit ausschließlicher Landeshilfe, das sage ich dazu. Dort waren einmal 200, dann 80 und jetzt wieder 120 Arbeitsplätze. In Bruck an der Mur ist es mit einer kleinen Unterstützung faktisch gelungen, die Druckerei Schmerzeck wieder in Schwung zu bringen. Eine große Freude war für uns Philips Lebring. Dort hatte man das Gefühl, daß der Standort geschlossen wird, man aber einen Weg gefunden hat, auch dort die notwendige Hilfestellung zu geben. Die Zellstoff Pöls hat mir mitgeteilt, daß mit der rasch übernommenen Ausfallhaftung man rechnen kann, daß der Finanzreferent nächstes Jahr, jetzt ist er aber leider nicht mehr da, Frau Magister, bitte sagen Sie es ihm, mit

einer Dividende rechnen kann, und zwar in Millionenhöhe. Das heißt, der Ansatz war auch der richtige.

Team 7 in Rottenmann, um ein bißchen weiter hinaufzugehen, fünf Jahre, 45 Arbeitnehmer. Im Bereich Weiz darf man sagen, daß sich die Automobiltechnik Blau – und ich nenne nur die großen – angesiedelt hat mit ungefähr 200 Arbeitnehmern. Und da gibt es Verhandlungen, welche Raumnotwendigkeit noch besteht. Weniger erfolgreich muß man beschreiben Nußmüller, Schwanberg, wo es wohl zwei konkrete Angebote gibt, wo man aber noch sagen muß, daß sich viele der guten Mitarbeiter verlaufen haben und daß eigentlich dieser Spitzenstand von 200 Leuten wahrscheinlich so schnell nicht wieder aufzuholen ist. Die Mattner Holzindustrie wurde dank vieler Organisationen, die mitgeholfen haben, und eines fundierten Wirtschaftskonzeptes wieder in Schwung gebracht, und bei Payer-Lux habe ich das Gefühl, daß es endgültig jetzt auch in die Richtung geht, die wir uns wünschen und wo man sagt, das sind auch Arbeitsplätze, vor allem jene Frauenarbeitsplätze, von denen wir immer reden, daß wir sie brauchen. ÖAF wäre ein Thema für sich, ich werde es in die Regierung nicht einbringen. Ich warte auf die nächsten Medienberichte, hoffe aber, daß sich eine der Interessengruppen, die sich beworben hat, auch wirklich zum Kauf beziehungsweise zur Weiterführung entschließt. Wir haben Arbeitsstiftungen in Liezen, Feldbach, Deutschlandsberg, und vor allem, wir haben Mettersdorf. Da ist auch einiges geschehen, und ich hoffe, daß wir vor allem im nächsten Jahr derer nicht so viele brauchen, daß sich die Dinge von selber in eine andere Richtung entwickeln.

Zu den steirischen Technologiezentren sage ich jetzt nicht sehr viel. Weil es immer wieder angesprochen wird, Technologie als Zukunft, Grambach ist vor der Fertigstellung. Der erste Betrieb ist angesiedelt. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß wir das, was wir uns für die nächste Zeit vornehmen, gemeinsam gut umsetzen können. Es ist auf der einen Seite die Nahversorgungsförderungsaktion, das ist auf der anderen Seite das Hervorheben der jungen und neuen Unternehmer im Jahr 1995, in diesem neuen Jahr, wo wir bei Europa mit dabei sind. Wir wollen weiter Gewerbeparks gründen und Technologiezentren schaffen. Ein technologiepolitisches Konzept ist in Ausarbeitung, nicht nur eines der Bundesregierung, das wohl da ist, weil wir brauchen eigenständige Möglichkeiten, daß wir es aufzeigen, wie schaut die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft aus, Internationalisierung und Technologietransfer. Graz ist inzwischen eine Automobilhauptstadt geworden. Das gehört ausgebaut, wie in weiten Bereichen des Landes. Kommunikationstechnologien sind angesprochen, auch hier denkt man, daß man die steirische Wirtschaft flächendeckend anbinden kann. Über Verfahren habe ich gesprochen, Bilanz und Kontrolle sind auch angesprochen. Das heißt, ich kann ziemlich zum Schluß kommen. Der Hans Löcker hat gesprochen über die Kammer. Ich möchte nur ein Wort in die richtige Schiene bringen. Mir gefällt das Wort „Zwangsmitgliedschaft“ überhaupt nicht. Es ist eine Pflichtmitgliedschaft. Ich gehe auch nicht zwangsweise in die Schule, sondern aus Pflicht. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Eigentlich sage ich ganz ehrlich, ich verstehe manche Diskussionen – (Abg. Mag. Bleckmann: „Für die Schulbildung muß ich nichts bezahlen!“) Es kommt auch darauf an, in welche Schule ich gehe. Wenn ich in so eine elitäre gehe, wie zum Beispiel zu den Ursulinen, muß ich auch etwas bezahlen, und irgendetwas kostet es immer etwas.

Beim Kollegen Schleich darf ich nur noch dazu sagen, Sie waren heute vormittag wahrscheinlich nicht da, als wir über Gleichenberg gesprochen haben. Das Thema war an sich auch bei der Straßengeschichte. Es war ein Thema, ich rede aber gerne mit Ihnen extra darüber. Ich gebe Ihnen noch einmal recht, wenn Sie sagen, es ist ein Gefälle zwischen Nord- und Südburgenland, das heißt, die angrenzenden Bezirke. Und die Shredderanlage betreffend weiß ich, daß nächste Woche ein gemeinsamer Termin ist, wo sich mehr als die halbe Landesregierung einfindet und wo es angeblich zu einer neuen Aussprache kommt.

Noch einmal mein Dank all jenen, die arbeiten und Steuern bezahlen, aber mein Dank vor allem auch jenen, die bei uns arbeiten in weiten Bereichen. Ob das jetzt in der SFG ist, in der Wirtschaftsförderungsabteilung, ob es im Europa-Referat ist, im Zuarbeiten kein leichtes Jahr. Ich bedanke mich beim Wirtschaftskoordinator Hofrat Dr. Feil, der einfach auch unendlich viel unterwegs ist, aber ich bedanke mich auch bei meinem Büro für das Gesamte. Es war heute ein schöner Tag, und es konnte eine gute Bilanz gezogen werden. (Allgemeiner Beifall. – 21.31 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf sein Schlußwort. Ich werde in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7, zweitens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend aktive Arbeitsmarktpolitik, drittens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Tourismusprojekt Eisenerzer Ramsau, viertens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend gesellschaftsrechtliche Beteiligung an Tourismusprojekten, fünftens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Einbeziehung des Bezirkes Voitsberg in das Ziel-2-Gebiet, und sechstens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Projektmanagement für EU-Strukturförderung.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend aktive Arbeitsmarktpolitik, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Tourismusprojekt Eisenerzer Ramsau, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ebenso ersuche ich nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend gesellschaftsrechtliche Beteiligung an Tourismusprojekten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Einbeziehung des Bezirkes Voitsberg in das Ziel-2-Gebiet, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Projektmanagement für EU-Strukturförderung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich unterbreche die heutige Sitzung bis morgen 8.30 Uhr und wünsche einen angenehmen Abend. (Unterbrechung der Sitzung um 21.35 Uhr. – Wiederaufnahme der Sitzung am 15. Dezember 1994 um 8.38 Uhr.)

Guten Morgen! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter, Landtagsabgeordneten Peter Schinnerl, zum zweiten Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung (Ansatz 48) – das Wort.

Abg. Schinnerl (8.39 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wohnbau, Gruppe 4: Wohnbauförderung, allgemeine Wohnbauförderung, Wohnbauförderung, Förderung der Wohnhaussanierung, Förderung der Althausanierung, Bundeswohnbaugesetze und sonstige Maßnahmen.

Ich stelle den Antrag auf Aufnahme der Ansätze in der Gruppe 4, Wohnbauförderung. Einnahmen: 4.328.950.000 Schilling. Ausgaben: 4.372.450.000 Schilling. Ich bitte um Zustimmung. (8.39 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich als erster Hauptredner der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (8.40 Uhr): Einen schönen guten Morgen! Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Thema „Wohnbau“, ein Thema, das sehr viele Menschen in unserem Lande bewegt, und ich denke, wir haben Anlaß, darüber zu befinden, ob es Handlungsbedarf am Wohnbausektor gibt, ob die Aktivitäten der letzten Jahre hinreichend das gebracht haben, was wir uns vorgestellt haben und vorstellen.

Und wir haben uns sehr ernsthaft um einen richtigen Befund der Lage zu bemühen. Wir sollten das tun, ohne an den Tatsachen vorbeizuschauen, ohne zu schönen, aber auch ohne etwas so darzustellen, daß es als Agitation im unangemessenen Sinne bezeichnet werden könnte. Ich denke, hier sollte man insbesondere auf die hören, die betroffen sind, und auf diejenigen, die von Betroffenen berichten.

In den letzten Jahren und auch in den letzten Monaten waren die Zeitungen immer wieder voll mit Überschriften, wie „Wohnbaukosten explodieren, Wohnbau nicht mehr leistbar“ und ähnliche Dinge mehr. Ich denke, über dieses Faktum sollte man insbesondere konstruktiv und gemeinsam nachdenken. Ich erinnere daran, und das ist notwendig, wenn man einen Befund macht, zuerst davon zu reden, wovon sind wir ausgegangen, als wir die Wohnbauförderung neu geregelt haben? Ich erinnere daran, daß wir insbesondere unter drei Prämissen angetreten sind. Erstens: Es müsse die Finanzierbarkeit des Wohnbaus und der Wohnbauförderung auf lange Sicht abgesichert werden. Ich zitiere noch einmal Zeitungen: „Das nahe Ende der vier Wände“, Überschrift und ähnliches mehr. Es war so, daß vor drei Jahren das System der Wohnbauförderung zu kollabieren schien. Wir mußten davon ausgehen, daß wir in den folgenden Jahren, wenn wir linear so fortschreiben würden, wie es bis dorthin geschehen ist, den Wohnbau nicht mehr finanzieren könnten. Das heißt, erster Punkt, Absicherung der Finanzierbarkeit, und zwar nicht nur kurzfristig, sondern auf lange Sicht. Und gleich der Befund dazu: Diese Absicht ist gelungen. Zweiter Punkt: Wir haben auf Grund des unbestreitbaren Faktums und auch von keinem in Zweifel gestellten Faktums erreicht, daß eine beträchtliche Anzahl, es geht nur um Nuancen in der Beurteilung zwischen 33.000, 35.000 Wohnungsuchenden in der Steiermark, die uns damals genannt wurden, Handelskammerstudien und, und, und, und man wußte, daß bis zum Jahr 2000 bei linearer Fortschreibung diese Ziffer als Wohnungsuchende noch bestehen würde. Es war deshalb auch ein klares Anliegen, eine verstärkte Wohnbauoffensive zu starten und zu schauen, wie wir mehr Wohnungen bauen könnten. In den Jahren davor, meine Damen und Herren, wurde mehrmals in diese Richtung mit Sonderwohnbauprogrammen, mit Sonderkontingenten von jährlich 1000, einmal sogar 2000, versucht, hier nachzulegen und versucht, diesen hohen Wohnungsfehlbestand aufzuholen. Wir werden dann darüber zu befinden haben, ob wir hier auch weiter ähnlichen Handlungsbedarf haben. Und ich sehe uns hier durchaus in Übereinstimmung, wenn ich die Pressemeldungen der letzten Tage verfolge und sehe, daß auch Herr Landesrat Schmid und Herr Landesrat Hirschmann in dieser Richtung Vorschläge gemacht haben. Der dritte Punkt, unter dem wir angetreten sind, weil notwendigerweise das jener Punkt ist, der im Zentrum des Interesses derer liegt, die sich das Wohnen nicht mehr leisten können: Das Wohnen muß billiger werden und sollte, auch einvernehmlich damals immer wieder von uns angesprochen, sozial treffsicher werden und die Wohnbauförderung sozial treffsicherer machen. Bei diesen letzten Punkten möchte ich ansetzen und festhalten, daß auch heute noch Wohnungsfehlbestand ein solcher ist, daß wir nach den letzten Recherchen

immer noch, wenn wir fortschreiben, wie wir jetzt bauen, nämlich mit einem Kontingent von 2000 Einheiten pro Jahr im Geschoßbau und dem Kontingent, schwankend 3500, 4500 in der Einfamilienhausförderung und den ebenfalls schwankenden, aber doch irgendwo in einer Größenordnung zwischen 5500, 7000 und ein bißerl mehr Sanierungen, wobei die Sanierungen, insbesondere die umfassenden, natürlich nicht nur oder nicht sehr viel zur Beseitigung des Wohnungsfehlbestandes beitragen, weil es hier im wesentlichen um Verbesserer geht, um Personen, die sich ihre Wohnsituation verbessern wollen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Zirka 2000!“) Ich hätte ein Drittel geschätzt, aber das kommt auf das hin. Ein Drittel ungefähr, können wir sagen, jener, die in sanierten Wohnungen einziehen, daß denen auch tatsächlich neuer Wohnraum für sie selbst angeboten und geschaffen wird. Wenn wir das fortschreiben, und das ist nicht meine Berechnung, sondern die von Leuten, die sich damit statistisch befassen, zum Beispiel das Statistische Zentralamt und ähnliche Institutionen, sind sie nach wie vor der Meinung, daß wir bei diesen Kontingenten den Wohnungsfehlbestand nicht maßgeblich abbauen werden oder zumindest nicht ausreichend, so daß wir jedenfalls in den Jahren bis zum Jahr 2000 und darüber mit Sicherheit immer noch einen für mich zu großen Wohnungsfehlbestand im Lande Steiermark haben. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wieso klatscht ihr? Weil wir einen Fehlbestand haben? Gefällt euch das?“ – Abg. Trampusch: „Es war eine Aufforderung, den abzubauen!“) In diese Kerbe werden wir gemeinsam versuchen vorzupreschen, dorthin, wo wir uns, wie ich glaube, gemeinsam bemühen sollten, hier wirklich etwas zu tun. Ich bin sehr froh, daß nunmehr augenscheinlich in allen Fraktionen dieses Wollen da ist. Ich sage es, daß ich mich gefreut habe, als ich vor wenigen Tagen von der Pressekonferenz erfuhr, daß die beiden Herren Landesräte ebenfalls der Meinung sind, ein Sonderwohnbauprogramm wäre für diesen Punkt, für den Abbau des Wohnungsfehlbestandes, notwendig. Ich erinnere daran, daß wir im Jahre 1992 Anträge eingebracht haben. Ich habe die Anträge hier noch vor mir liegen, einmal 3. Februar 1992, einmal 23. Juni 1992. Ich erinnere an unsere Aussendung vom 30. September dieses Jahres. Also, wir haben das schon mehrfach gemacht. Erst unlängst im September haben wir zum wiederholten Mal aufgefordert, man möge doch Geld in die Hand nehmen und in einem Sonderwohnbauprogramm sozial treffsicher kostengünstige soziale Mietwohnungen errichten in einem Ausmaß von mindestens 1000 pro Jahr. Und hier finden wir uns ja auch in einer Ziffer, die wir gemeinsam genannt haben. Also ich bitte Sie, diesem Antrag beizutreten, den wir schon im Finanz-Ausschuß bei der Budgetberatung als Resolutionsantrag eingebracht haben. Beschlußantrag zur Gruppe 4, der gelautet hat: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine sozial treffsichere Wohnbauoffensive durch ein neues Sonderwohnbauprogramm durchzuführen.“ Dieser wurde aber dort leider noch nicht mit jener Mehrheit ausgestattet, die er gebraucht hätte, um auch wirksam zu werden. Mittlerweile sehe ich, daß Sie dem augenscheinlich auch etwas abgewinnen können. Ich werde mir am Ende meiner Ausführungen gestatten, einen gleichlautenden Beschlußantrag

nochmals einzubringen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, das, was Sie in der Pressekonferenz angekündigt haben, mit uns gemeinsam zu tun, nämlich eine sozial treffsichere Wohnbauoffensive für das Land Steiermark zu starten. Und wir können es uns auch finanzieren. Wenn nämlich davon gesprochen wird, daß durch die seinerzeitige Umschichtung und Verlagerung der Wohnbauförderung, insbesondere Verlagerung hin zu Annuitätenzuschüssen, es sich ergeben hat, daß zwischenzeitlich Summen auf der hohen Kante liegen, vorübergehend, muß ich dazu sagen, dann sollten wir auch darüber gemeinsam nachdenken, was wir mit diesem Geld machen. Hier kann es wohl nur eines geben, es absolut zu 100 Prozent wieder und ausschließlich dem Wohnbau zuzuführen und keinen anderen Dispositionen anheim zu stellen. Das heißt im Klartext, wenn Gelder zur Verfügung stehen, und sie tun es, dann haben sie hier wieder eingesetzt zu werden, wo wir immer gesagt haben, sozial treffsicher, mehr und billiger Wohnungen bauen. Soweit zum Thema „Mehr Wohnungen“.

Zum Thema „Soziale Treffsicherheit – billigeres Wohnen“: Hier gibt es eine Nuance, die für uns aber sehr wichtig erscheint, wo sich unsere Absichten unterscheiden. Während in dem gemeinsamen Pressegespräch die beiden Herren Landesräte von einer Sonderwohnbauprogramminitiative für Mietwohnungen – heißt im Klartext „Mietkauf“ –, also für 1000 Mietwohnungen gesprochen haben, haben wir bisher immer und werden wir auch weiterhin davon sprechen, Sozialmietwohnungen zu bauen, so wie bisher auch immer die Sonderwohnbauprogramme des Landes punktgenau mit dieser besten und günstigsten Förderungsmöglichkeit des Landes Steiermark initiiert wurden. Und wir werden bei dieser guten Tradition bleiben und werden beantragen, auch dieses Mal wieder jährlich mindestens 1000 Sozialmietwohnungen zu bauen, um wirklich sozial treffsicher dorthin zu kommen, wo die Wohnungen gebraucht werden, bei jenen, die sie sich bisher nicht leisten konnten. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dann muß man es reduzieren. Wir werden zukünftig mehr als 1000 Mietwohnungen bauen!“) Ich bin durchaus bereit, darüber zu reden, in welchen Bereichen wir die vorübergehend angesammelten Mittel einsetzen. Ich schlage vor, daß wir im Bereich der Sozialmiete ansetzen, und ich erinnere noch einmal daran, Herr Landesrat, auch die bisherigen Sonderwohnbauprogramme waren immer so angesiedelt, daß sie mit dem günstigsten Förderungsmodell initiiert wurden. Ich würde das bitte auch weiterhin so wollen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Zur Information. Die Sonderprogramme sind leider Gottes zu nicht einmal 50 Prozent verwirklicht, entweder weil die Gemeinden keine Grundstücke gehabt haben oder die Genossenschaften kein Geld zur Durchführung hatten. Darum machen wir es jetzt anders!“) Ich würde um folgendes ersuchen, daß wir uns darüber unterhalten. Ich sage noch einmal, weder die vorübergehend angesammelten Gelder ausschließlich zur besseren Eigenheimförderung, noch ausschließlich für diesen, noch ausschließlich für jenen Bereich, sondern dort treffsicher einsetzen, wo sie auch wirklich gebaut werden und wo sie von den Genossenschaften und mit Unterstützung der Gemein-

den auch gebaut werden können und wollen. Wir wissen ja, oft und oft gibt es die unterschiedlichsten Wünsche seitens der Bauträger, seitens der Gemeinden, und wir sehen oft und oft, daß wir ansetzen im Bereich Mietwohnungen, und dann gibt es dort den überwiegenden Wunsch nach Eigentumswohnungen. Da wird man sich flexibel bewegen müssen. Aber ich ersuche darum, das nicht so fixiert wissen zu wollen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Eigentumswohnung als Mietkauf, da kann sich jeder entscheiden. Null Einstieg für den, der eine Wohnung haben will!“) Für mich ist das Thema „Mietkauf“ die derzeit günstige Möglichkeit, zu Eigentum zu gelangen, die auch die Hürde der Anfangszahlungen beseitigt hat.

In weiterer Folge, meine Damen und Herren, sollten wir nochmals – wir tun das ja schon permanent – darüber nachdenken, was zu günstigeren Mieten beitragen könnte. Ich stelle hier einige Ansätze zur Diskussion, die möglicherweise geeignet erscheinen, die Mieten zu reduzieren. Ich glaube, daß wir die hohe Anfangsbelastung, von der wir gerade gesprochen haben, vielleicht verändern könnten, indem wir eine geringere Anfangsbelastung ansetzen, auch um den Preis einer eventuell länger dauernden Finanzierung. Ich denke zum zweiten, meine Damen und Herren, daß wir darüber nachdenken sollten, ob nicht die Indexierung von 4 Prozent – wie jetzt festgeschrieben, dadurch, daß die Inflationsrate in den letzten Jahren regelmäßig unter 4 Prozent liegt, à la longue zu einer realen Verteuerung der Wohnungen führt, die sich wirklich niemand mehr leisten kann, und ich denke, daß wir bei der Indexierung nachrüsten sollten. Ich denke auch, daß man im Bereich der Sanierungen – und wir haben diesen Vorschlag schon gemacht – wiederum in Diskussion treten sollten, um die Laufzeit noch einmal, nämlich von 15 auf 20 Jahre, zu verlängern. Ich sage das auch insbesondere unter dem Eindruck, daß umfassend sanierte Wohnungen für den Betroffenen heute schon oft teurer sind als Neubauwohnungen, und da gibt es dann Schwierigkeiten, insbesondere haben die natürlich panische Angst davor, was passiert in 15 Jahren? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Völlig deiner Meinung!“) Und wenn wir das versuchen, zumindest auf 20 Jahre auszudehnen, ist erstens einmal die jährliche Belastung und damit die monatliche Belastung eine geringere, wohl wissend, daß es sich hier im hohen Maße um eine Bankenfinanzierung handelt, aber das scheint mir notwendigerweise in Kauf zu nehmen zu sein. Möglicherweise könnten wir überlegen, hier im Bereich Sanierungen verstärkt auf Direktdarlehen umzusteigen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nicht bei der Wohnbeihilfe!“) Das sollten wir uns anschauen, sollten wir mit den Experten der RA 14 diskutieren. Ich könnte mir vorstellen, daß wir hier nichts außer Diskussion stellen, ohne es genau von allen Seiten angeschaut zu haben, wo vielleicht Chancen bestehen, etwas zu verbessern, weil es gibt hier keinen einzelnen Punkt, wo wir sagen, das ist es, und damit wird Wohnbau billiger. Das ist keine monokausale Angelegenheit, sondern hier hat man an einer ganzen Reihe von Schräubchen kleinweise nachjustieren. Das sollten wir tun. Ich halte dafür, daß wir tatsächlich wieder nachjustieren sollten, und wir sind damals auch so angetreten und haben gesagt,

wir verlagern sehr viel an Entscheidungskompetenz auf die Verordnungsebene, um hier möglichst rasch nachjustieren zu können, wenn Bedarf besteht. Ich glaube, es besteht Bedarf. Ich denke auch, daß man bei der Wohnbeihilfe überlegen sollte, Sie werden verstehen, daß ich ebenfalls wieder insbesondere die Wohnbeihilfe für Mietwohnungen, für Sozialmietwohnungen, im Auge habe. Und wenn ich daran denke, daß auch hier die Indexanpassung schon geraume Zeit nicht stattgefunden hat, wir haben nur einmal oben, ich glaube, ab 22.500 Schilling, die Kurve etwas geknickt. Ich denke, daß wir im Bereich der Wohnbauhilfentabelle ebenfalls wieder anpassen sollten. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, wir kommen natürlich zu jenem Punkt, der die Wohnkosten am meisten beeinflusst, nämlich die Kosten des Wohnbaues. Hier gibt es eine Reihe von Ansätzen, die schon oft diskutiert sind. Aber ich möchte zwei ganz besonders herausnehmen, zum Schluß kommend:

Erster Punkt: die den Wohnbaukosten vorgelagerten Kosten, hier insbesondere die Kosten der Grundstücksbeschaffung, hier insbesondere belastet, weil es in einigen Teilen der Steiermark tatsächlich durch knappe Angebote an Bauland sehr hohe Grundstückspreise gibt. Hier haben wir aus anderem Anlaß bei der Raumordnungsgesetzestehung schon mehrfach gesagt, und ich sage es hier nochmals, wir müßten noch deutlicher den Gemeinden dabei helfen, daß sie kostengünstiges Wohnbauland anbieten können, und wir können nicht auf den derzeit bestehenden Instrumentarien bleiben. Ich glaube, daß die Möglichkeit eines Annuitätenzuschusses für finanzschwache Gemeinden bei der Beschaffung von Baugrund – (Präsident Dr. Klausner: „Lieber Heinz, die Zwiegespräche hört erstens niemand, und zweitens muß auch ich dich darauf aufmerksam machen, daß deine Redezeit vorbei ist!“)

Ich komme zu den letzten zwei Punkten in einem Satz. Erster Punkt: ein besonderer Fonds für die Gemeinden, daß sie noch günstiger Wohnbauland beschaffen können. Zweiter Punkt: die Hilfe für die Gemeinden durch Vorbehaltsflächen für Wohnbau, um sich die Flächen auch tatsächlich zu sichern. Letzter Punkt: Wir sollten in der Bauvorbereitungsphase, nämlich in der Planungsphase, ganz entscheidend darauf einwirken, und darum ersuche ich insbesondere den Wohnbautisch, daß hier nicht nur auf die Qualität gesetzt wird, sondern im hohen Maße auf den zu erwartenden Wohnwert und insbesondere auf die zu erwartende Wirtschaftlichkeit von vorgelegten Planungen. Ich würde empfehlen, daß man außer den Mitgliedern, die beim Wohnbautisch derzeit sitzen, hier einen Experten aus der Bautechnik, aus der Praxis, der die Wirtschaftlichkeit wirklich beurteilen kann, beifügt, und ich würde glauben, daß es auch gut wäre, bei den Vorgaben für die Planenden insbesondere die Wirtschaftlichkeit in das Zentrum ihrer Überlegungen zu stellen. Meine Damen und Herren! Ich denke, daß wir mit diesen Ansätzen einige Schritte weiterkommen könnten, und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, unserem Beschlusantrag, den ich nunmehr zur Kenntnis bringen und dann übergeben darf, beizutreten.

Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Budgetgruppe 4 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Dipl.-Ing. Getzinger und Trampusch, betreffend eine sozial treffsichere Wohnbauoffensive. In der Steiermark herrscht vor allem in den Ballungszentren ein Mangel an erschwinglichen Mietwohnungen. Dem entgegenwirkend sollten derzeit vorhandene Wohnbaumittel des Landes Steiermark im Rahmen eines Sonderwohnbauprogrammes für sozial Bedürftige eingesetzt werden, bei dem die Gemeinden Baugrundstücke zur Vergütung stellen und die Bauträger ihre Eigenmittel einsetzen sollen. Mit diesem Sonderwohnbauprogramm könnten rund 700 bis 1000 neue Mietwohnungen gebaut werden. Finanziert werden sollte dieses Sonderwohnbauprogramm nicht nur aus den für den Wohnbau budgetierten Mitteln, sondern auch aus jenen Geldern, die durch die Umstrukturierung der Wohnbauförderung vorläufig angespart werden können. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine sozial treffsichere Wohnbauoffensive durch ein neues Sonderwohnbauprogramm durchzuführen. Diesem letzten Satz können wir uns umfassend anschließen. Ich würde Sie einladen und bitten, diesem Beschlusantrag beizutreten. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 9.03 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Ebner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Ebner (9.03 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Grabner hat richtig mit einem Befund der Wohnbauförderung angefangen, wobei er zurückgegangen ist, wo wir gestanden sind zu Beginn dieser Legislaturperiode, sprich was die Ausgangssituation im Wohnbau war. Er hat zu Recht von einem möglichen Kollaps gesprochen. Ich würde sogar sagen, es war eine katastrophale Situation vorhanden. Als Landesrat Schmid das Ressort übernommen hat, hat er gleich rund eine Milliarde Schilling Schulden mitübernommen. Wir haben uns dann, und dafür bin ich auch dankbar, und zwar alle Parteien, darauf verstanden, daß wir hier eine Umstellung vornehmen müssen und eine Gesetzesänderung notwendig ist. Wir haben dann gemeinsam im neuen Wohnbauförderungsgesetz weitreichende Verordnungsermächtigungen hineingeschrieben, damit man flexibel ist bei Annuitätenzuschüssen oder Direktdarlehen, um hier rasch auf Veränderungen der Notwendigkeiten reagieren zu können. Was ist dadurch erreicht worden? Die Wohnbauleistung konnte immerhin aufrechterhalten werden, die Schulden wurden zur Gänze abgebaut, und die langfristige Finanzierung konnte sichergestellt werden. Es konnte fast die Quadratur des Kreises hier erreicht werden. Mittlerweile gibt es dieses neue Wohnbauförderungsgesetz fast zwei Jahre. Am 1. Jänner 1993 ist es in Kraft getreten. Es ist einfach Zeit, einmal Bilanz zu ziehen, wie sich diese gänzlich neue Art der Förderung, die wegweisend auch für viele andere Bundesländer ist, eigentlich bewährt hat und welche Auswirkungen sie gehabt hat. Es wurden bereits einige Umstellungen als notwendig erkannt. Ich halte

es für gut, daß sie auch vorgenommen werden, wie zum Beispiel eine Anhebung der Einkommensgrenzen, nämlich im Rahmen des Verbraucherpreisindex. Ich würde mir wünschen, wenn die Bundesregierung auch bei der Lohnsteuer, die jeder hier abliefern muß, jährlich eine Anhebung der Einkommensgrenzen macht. Sie macht es nicht, und dadurch fallen immer mehr Leute in eine Steuerprogression hinein, die eigentlich für sie nicht gedacht ist, der sogenannte Mittelstandsbauch, der hier herauskommt und dem Bund sehr viele Einnahmen bringt. Wir machen das nicht, sondern wir stellen hier um, und es kommen wieder mehr Leute in den Genuß einer Wohnbauförderung. Das ist eben möglich geworden durch diese Umstellung der Förderung. Um die Finanzierung aber langfristig zu sichern, und das war auch eine Aufgabe, die wir gestellt haben, ist es einfach notwendig, in den ersten Jahren hier Mittel anzusparen, damit wir auch bis ins nächste Jahrtausend die Wohnbauförderung noch garantieren können. Kollege Grabner hat hier zu Recht gesprochen, daß diese jetzt zirka 700 Millionen Schilling, die hier angespart sind, zu 100 Prozent wieder dem Wohnbau zugute kommen. Darauf haben wir uns alle verstanden. Diese 700 Millionen Schilling können jetzt auch wiederum für den Wohnbau eingesetzt werden. Hier kann man fast von einem Sonderwohnbauprogramm sprechen, nur, es sind nicht mehr Mittel, sondern es sind die Mittel, die eben dem Wohnbau zur Verfügung stehen, die hier eingesetzt werden.

Sonderwohnbauprogramme waren immer zusätzliche Mittel, die aber weder der Bund offenbar noch das Land sich leisten können. Aber durch eine gute Bewirtschaftung können wir jetzt bis 1996 rund 1000 Wohnungen mehr fördern und 1000 Wohnungen mehr bauen. Es ist völlig richtig und auch geplant, daß diese 1000 Wohnungen sozial besonders Bedürftigen zugute kommen sollen. Das heißt, sie sollen vor allem bei Mietwohnungen und Mietkaufwohnungen eingesetzt werden, die doch wesentlich billiger sind, auch auf Grund von steuerlichen Erleichterungen für die Miete. Auch bei den Eigenheimen wird eine Sonderförderung und eine leichte Umstellung der Förderung stattfinden. Für Familien mit drei und mehr Kindern soll es wiederum Direktdarlehen geben. Ich halte das für ein sehr interessantes und sehr wertvolles Signal, daß gerade in Zeiten eines Sparpaketes, das, wie wir alle wissen, gerade kinderreiche Familien benachteiligt, hier das Land Steiermark eine andere Linie einschlägt und gerade kinderreiche Familien jedenfalls bei der Wohnbauförderung wesentlich bevorzugt, und nicht benachteiligt.

Kollege Grabner hat die Kosten der Grundstücksbeschaffung im Rahmen seines Wohnbauprogrammes angesprochen, daß man hier den Gemeinden mehr helfen soll. Ich glaube das auch. Es standen jetzt zwar auch Mittel zur Verfügung, damit die Gemeinden Grundstücksbevorratungen machen können, allerdings offenbar nicht im ausreichenden Ausmaß. Ich bin auch überzeugt davon, daß man hier mehr Mittel wird einsetzen müssen. Allerdings ist das ja nicht einseitig, wenn ich Förderungen zur Verfügung stelle, sondern die müssen ja von den Gemeinden auch angenommen werden. Hier haben wir eher die Probleme, daß die meisten Gemeinden der Steiermark,

mit wenigen wirklich rühmlichen Ausnahmen, keine Grundstücksbevorratung machen. Hier müssen wir wirklich etwas vorantreiben und mit den Bürgermeistern und mit den Gemeinderäten reden. Warum ist das so notwendig? Erstens einmal stelle ich Wohnland zur Verfügung, mache es verfügbar. Zweitens hat es aber auch Kostengründe und große Kostenvorteile. Es ist nämlich tatsächlich so, daß die neuen Wohnungseigentümer de facto zweimal die Grunderwerbssteuer bezahlen. Einmal wird sie gezahlt, wenn die Wohnbaugenossenschaft das Grundstück erwirbt, und einmal wird die Grunderwerbssteuer gezahlt, wenn die Wohnung dann in das Eigentum des Wohnungswerbers übertragen wird. Das ist eigentlich nicht notwendig, denn die Wohnbaugenossenschaft schluckt ja die Grunderwerbssteuer nicht. Sie verrechnet sie natürlich auch weiter an den neuen Wohnungseigentümer. Wenn jedoch die Gemeinde das Grundstück kauft, so ist die Gemeinde Grunderwerbssteuerbefreit. Das ist einmal der rechtliche Zustand. Die Gemeinde sollte daher nicht an Wohnbaugenossenschaften verkaufen, sondern selbst bauen oder Aufträge an Wohnbaugenossenschaften, wie auch immer, geben und dann direkt das Eigentum an die neuen Wohnungseigentümer übertragen, was zu einer wesentlichen Entlastung der neuen Eigentümer führt und einfach Wohnungen verbilligt. Ich halte das für notwendig, sollten es den Gemeinden auch sagen, und man muß hier auch Mittel für die Gemeinden einsetzen. Das werden wir auch tun. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn hier vom Sonderwohnbauprogramm die Rede ist, so darf man nicht übersehen, daß wir uns alle gemeinsam darauf verstanden haben, in den Paragraphen 3a des neuen Wohnbauförderungsgesetzes hineinzuschreiben, daß alle Maßnahmen auf finanzielle Machbarkeit überprüft werden müssen. Wir haben schon gewußt, warum wir das hineinschreiben, weil gerade im sozialen Bereich, und der Wohnbau gehört ja – er ist ja nicht umsonst in derselben Gruppe wie Soziales – im weitesten Sinne zum sozialen Bereich, das Fordern immer sehr leicht ist, aber das Zahlen immer sehr schwierig ist. Das Geld muß ja auch irgendwo aufgetrieben werden. Und das war immerhin ein einstimmiger Beschluß, daß natürlich alle Maßnahmen auf ihre finanzielle Machbarkeit überprüft werden müssen. Wir haben damit auch für den Herrn Landesrat Schmid und insgesamt für die Landesregierung damit auch die Grenze der Verordnungsermächtigung gezogen. Er ist ja sehr frei in der Art der Förderung, die er vornimmt. Um diese Verordnungsermächtigung auch wirklich ausschöpfen zu können, ist es immer notwendig zu wissen, gerade bei diesen langfristigen Rückzahlungsverträgen, Darlehensverträgen im Wohnbau, wie wird sich denn das in der Zukunft entwickeln? Wir wollen ja nicht nur bis zu den nächsten Wahlen 1996 schauen, wie es offenbar vorher passiert ist, wenn man eine Milliarde Schilling Schulden anhäuft, sondern es soll ja langfristig der Wohnbau finanziert werden. Dazu würde, und ich glaube, auch darauf können wir stolz sein, eine Software in der Rechtsabteilung 14 entwickelt, wo jeder einzelne Förderungsfall auf seine finanziellen Auswirkungen auf das Gesamtsystem und auf seine gesamte Laufzeit überprüft werden kann. Das heißt, es kann nicht passieren, daß ich beim Tischtuch hier

ziehe und dort das Glas hinunterfällt. Automatisch wird das in die Software eingegeben. Ich kann die vollen Auswirkungen von jedem einzelnen Fall überprüfen. Umso mehr kann ich natürlich überprüfen, was passiert mit einer Umstellung des Systems? Wenn zum Beispiel jetzt überlegt wird beim Wohnbauscheck, von den Annuitätzuschüssen wieder umzustellen auf Direktdarlehen, gebe ich das in das Programm ein und schaue einmal, wie würde sich denn das auswirken? Positiv oder negativ auf das System? Ich halte das für sehr wesentlich, und hier hat die Steiermark wirklich eine Vorreiterrolle eingenommen, und wir können auch so beweisen, daß die Finanzierung nach diesem System bis ins Jahr 2020 einmal ganz bestimmt gesichert ist. Es ist kein Wunder – und ich glaube, auch darauf können wir stolz sein –, daß sich für dieses Programm bereits zwei österreichische Bundesländer interessiert haben. Ich glaube, insgesamt haben wir in den letzten Jahren seit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz den richtigen Weg eingeschlagen, auch jetzt richtig reagiert, die richtigen Adaptierungen vorgenommen, und darf alle hier im Hohen Haus vertretenen Parteien ersuchen, so wie bisher diesen innovativen Weg weiterzugehen im Interesse der wohnungsuchenden Bevölkerung in der Steiermark. Ich danke! (Beifall bei der FPÖ. – 9.14 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (9.14 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema „Wohnen“ ist nicht nur in den Hirnen der Politiker, sondern vor allem bei den Menschen, die unser Land bewohnen, nach wie vor ein Thema Nummer eins. Bei einer Erhebung hat sich herausgestellt, daß unter allen Sparzielen, die der Mensch hat, noch immer das Wohnen vor den Kategorien Vermögensbildung, Urlaub, Ausbildung der Kinder und Autokauf steht. Das heißt, für die Menschen ist das Wohnen noch immer eines der wesentlichsten Grundbedürfnisse. Und das ist schon der Punkt, wo man ansetzen muß, weil alle Herumrederei letztendlich nichts nützt. Wenn ein Land seinen Bewohnern helfen möchte, dann muß es in erster Linie dort helfen, wo die Grundbedürfnisse befriedigt werden, nämlich beim Wohnen und beim Arbeiten. Wir sprechen heute vom Wohnen, und es wurde bei den beiden Vorrednern viel Richtiges gesagt, mit dem ich völlig übereinstimme. Es muß nur eines ganz klargestellt werden, wir haben mit der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1993 keinen genialen Streich vollbracht, sondern wir haben eine Not-situation bereinigt. Um es ganz deutlich auszudrücken: Es gibt niemanden, da kann er Computerprogramme haben, soviel er möchte, dem es gelingt, mit gleich viel Geld mehr Wohnungen zu bauen oder mit weniger Geld gleich viel Wohnungen zu bauen. Diese Gleichung geht sich nie aus. Und es ist letzten Endes so, daß das Ergebnis dieser Wohnbaureform beziehungsweise dieser Wohnbauförderungsgesetz-novelle 1993 sich jetzt nach einer gewissen Zeit auch ganz eindeutig sehen läßt. Es lautete nämlich: Es ist allen drei Parteien im Landtag erfolgreich gelungen, den Eigentumswohnungsbau, ich möchte nicht sagen

zu vernichten, aber stark zu reduzieren. Es läßt sich auch ganz eindeutig mit Zahlen belegen. In der Steiermark wurden im Vergleich zu den letzten Jahren um zwei Drittel weniger Eigentumswohnungen gebaut. Die Eigentumswohnung ist so teuer geworden, daß sie sich niemand mehr leisten kann, weil die Anzahlung nicht mehr gefördert wird. Das heißt, sie wird über kurz oder lang unfinanzierbar werden. Insbesondere auf dem flachen Land, wo der Eigentumswohnungsbau für viele der Ersatz für den Eigenheimbau war und eine damit wünschenswerte Entwicklung eingetreten ist, indem man sagt, man baut konzentriert in den Kernen der Siedlungen, und nicht mit dem – wie viele sagen und wie ich selber auch ausgeführt habe – großflächenverbrauchenden Eigenheimbau. Das heißt, der Bereich Eigentumswohnungen ist innerhalb eines Jahres von knapp 1400 Eigentumswohnungen im Jahr 1993 auf 630 im Jahr 1994 abgesunken. Jetzt kann man da durchaus der Meinung sein, es ist eigentlich wurscht, wo die Leute wohnen, Hauptsache ist, sie haben eine Wohnung. Nur war unser Bundesland immer stolz darauf, einen guten Anteil der Bevölkerung mit Eigentum zu versorgen. Ich werde es Ihnen sagen, warum ich persönlich glaube, daß das auch richtig ist. Es ist deswegen richtig, weil die Menschen mit ihrem Eigentum besser umgehen als mit fremdem Eigentum. Wir haben jetzt das System, daß manche Häuser, die gebaut werden, mit gemischten Systemen besetzt werden. Das heißt, es sind dort sechs Eigentumswohnungen und sechs Mietwohnungen zum Beispiel. Und es stellt sich heute da und dort schon heraus, daß diejenigen, die die Eigentumswohnungen haben, sich bemühen, sich einsetzen für ihr Eigentum, besonders gut aufpassen, und daß auf der anderen Seite oft in Mietwohnungen nebenan Leute leben, die sagen, ich bin nur zwei Jahre da, mir ist das alles Wurscht, und die nicht mit derselben Sorgfalt mit dieser Wohnung umgehen. Das ist vielleicht ein Vorurteil, auch das wird sich vielleicht herausstellen, daß das nicht so eine tragische Entwicklung ist. Mir persönlich aber als Vertreter der Österreichischen Volkspartei tut es leid, daß diese Entwicklung Platz greift, ich hätte gerne eine andere gesehen, weil wir alle uns immer dazu bekannt haben, daß es gescheit wäre, die Eigentumsbildung der Menschen zu fördern.

Der nächste Punkt, den man hier in diesem Zusammenhang ansprechen kann, ist die Mietkaufwohnung oder die Mietwohnung. Bei der Mietkaufwohnung haben die Menschen auch Sorgen, weil sie nicht wissen, was auf sie zukommt. Das System ist sicher ein gutes System, weil ich dadurch, daß ich eine Wohnung zehn Jahre lang miete, sie nicht kaufen brauche, mir dadurch die Mehrwertsteuer für die Wohnung erspare, weil ich sie ja über die Miete zehn Jahre lang bezahle, und nach zehn Jahren dann mich entscheiden kann beziehungsweise nach zehn Jahren dann die Wohnung ins Eigentum übernehmen kann oder nicht. Mit dem einzigen Haken, daß ich, wenn ich eine solche Mietkaufwohnung jemandem anbiete, ihm nicht sagen kann, was sie kosten wird. Denn der Wert, der Verkehrswert der Wohnung, wird erst dann festgestellt, wenn die zehn Jahre vorbei sind. Das ist etwas, was die Menschen verunsichert, und es geht niemand gerne wo hinein und sagt, so, jetzt zahle ich Grundanteile, er muß ja dann irgendwann sich dafür

entscheiden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das stimmt nicht ganz!“) Das macht nichts, denn du kannst es ja nachher sagen, daß das nicht stimmt. Aber ich sehe es so. Es tut mir leid. Aber aus allen bisher mir bekannten Unterlagen ist es so. Wenn du mir andere zur Verfügung stellen könntest, wäre ich sehr froh. (Präsident Dr. Klauser: „Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß die Stenographinnen bei den Zwiesgesprächen nicht mitkommen und die Zuschauer und Kollegen sie nicht hören. Ich bitte, womöglich darauf zu verzichten. Das gilt auch für den Herrn Landesrat Schmid.“) Sie müssen das dem Herrn Landesrat sagen, weil ich kann nicht verhindern, wenn er Zwischenrufe macht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Darf ich einen Zwischenruf machen? Ich habe gesagt, das stimmt nicht ganz!“) Wenn es aber ein bißchen stimmt, dann freue ich mich schon.

In diesem Sinne nochmals: Es ist durch diese Novelle natürlich eine Systemumstellung in Gang gekommen. Zu dieser haben wir uns bekannt. Ich darf mich auch sehr herzlich bedanken für das, was vorige Woche in einer Pressekonferenz gesagt wurde, nämlich daß es nicht Sinn sein kann, Finanzierungsmittel, die durch eine Umstellung der Förderung übrigbleiben, nicht zu verwenden. Ich danke ausdrücklich dafür, daß Herr Landesrat Schmid für den Geschoßwohnbau und daß Herr Landesrat Hirschmann für seinen Bereich, nämlich den Eigenheimbau, Vorschläge in einer gemeinsamen Pressekonferenz gemacht haben, in der sie gesagt haben, wie diese Mittel verwendet werden. Alles, was hilft, die Bevölkerung mit Wohnungen zu versorgen, ist gut. Wir brauchen keinem viel schenken, sondern wir müssen unterstützen und fördern. Dort muß man aber aufpassen, daß nicht diejenigen, die sich Wohnungen nicht leisten können, denen wir Unterstützung geben müssen, auf Kosten der Allgemeinheit möglicherweise zu Luxus kommen, und die anderen, die es brav zahlen müssen, weil sie die Einkommensgrenzen überschreiten, müssen das selber aufbringen durch eigene Leistungen. Es gibt auch viel Mißbrauch – ich sage das ganz offen. Es gibt viel Mißbrauch und viel Unbehagen in der Wohnversorgung durch die Gewährung von Wohnbeihilfen, wobei ich noch einmal auch hier gesagt haben will, daß ich diese Wohnbeihilfe grundsätzlich für richtig halte! Es kann nur nicht Sinn der Wohnbauförderung sein, daß Menschen sich bemühen, wenig zu verdienen, damit sie ja nicht alles zahlen müssen. Es gibt Leute, die sagen, ich gehe nicht um 9000 Schilling arbeiten, weil dann muß ich um soundso viel mehr bezahlen. Da gehe ich lieber nicht arbeiten, weil ich dann die Wohnbeihilfe bekomme und letzten Endes, ohne mich am Arbeitsmarkt bewähren zu müssen, das gleiche habe wie der andere, der nebenan ist. Das ist etwas, wo man schauen muß, daß man die Kontrollsysteme schärft, denn wir sind nicht dafür da, öffentliche Mittel so irgendwie zu verstreuen und auszugeben. Das muß auch einmal klar gesagt werden. Ich möchte noch einmal sehr herzlich Landesrat Hirschmann dafür danken, daß er bei der Eigenheimförderung, das heißt im Einfamilienhausbau, den sozialen Schritt getan hat, daß bei jenen Menschen, die drei oder mehr Kinder haben, eine Beruhigung in der Förderungssituation eintritt. Ich sage Ihnen ganz offen, wird sind natürlich auch mit der Eigenheimförderung inzwischen im

österreichischen Vergleich sehr weit nach hinten gerutscht – ganz eindeutig, wobei ich aber dazusagen möchte, daß der Eigenheimbereich ein Bereich ist, der dieses Land seit Jahrhunderten prägt und wir auch ein Land der Häuslbauer sind. Natürlich können nicht alle 84 Prozent der Menschen, die sich ein Eigenheim wünschen, auch ein solches bauen. Aber denen, die sich plagen, die sparen, die die ganze Verwandtschaft mobilisieren, die typischen steirischen Häuslbauer, diesen müssen wir zur Seite stehen mit allem, was uns an Mitteln zur Verfügung steht. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt kaum einen Bereich in der Bauwirtschaft, der so viele Kräfte der Bevölkerung mobilisiert, der so viele Leute positiv in Anspruch nimmt, nämlich dadurch, daß sie jahrelang am Wochenende arbeiten, alle aus der Umgebung herbeiholen, um zu diesem Eigentum zu kommen mit der relativ geringsten Förderung, die wir vergeben, nämlich mit der Eigenheimförderung. Das ist die geringste Förderung. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Arbeit ist damit verbunden!“) Damit ist Arbeit verbunden. Das ist richtig. Diejenigen, die viel arbeiten und sich anstrengen, dürfen nicht schlechtergestellt sein als diejenigen, die sich nicht anstrengen. Das muß man auch dazusagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Daher dürfen wir die Förderung der Eigenheimbauer nicht aus den Augen verlieren. Es ist das schönste Wohnen und erfordert die größte Anstrengung. Wir dürfen daher nicht hergehen und diese Anstrengung negieren und nicht fördern. Wir sind mit der Förderung in Österreich, um es noch einmal zu sagen, sehr weit nach hinten gerutscht. Darunter leiden besonders die Gebiete, die Grenzgebiete sind. Ich erwähne hier die Oststeiermark mit den Bezirken Hartberg, Fürstenfeld und Feldbach. Bei uns in Fürstenfeld haben wir zum Beispiel im vorigen Jahr allein 41 Eigenheimbauer an das Burgenland verloren. Aus Gründen der besseren Förderung unter anderem. (Präsident Dr. Klauser: „Weil sie keinen Geschoßbau haben!“) Das ist schon richtig, und ich weiß das. Das war ein Zwischenruf über das Mikrofon. Ich danke für die vorbildliche Vorgangsweise. (Allgemeiner Beifall.)

Natürlich haben die Burgenländer wenig Geschoßbau. Aber es ist so, daß immer mehr Leute aus der Steiermark, die in der Nähe der Grenze sind, abwandern. Bei uns ist das nicht wichtig, ob jemand 2 Kilometer über die Grenze fährt und dort 650.000 Schilling Förderung bekommt, wenn er bei uns nur 450.000 Schilling bekommt. Dort gibt es eine Verzinsung von einem Prozent, von 3 Prozent, in Niederösterreich gibt es zum Teil die Superförderung von null Prozent. Wir müssen uns gerade auf dem Sektor des Wohnbaus besonders anstrengen. Es ist nämlich auch als Folge der Umstellung der Wohnbauförderung 1993 die Zahl der Eigenheime in der Steiermark zurückgegangen, und zwar gar nicht so unwesentlich. 1993 wurden ungefähr 2700 gefördert, und 1994 2200, bis jetzt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist aber auch die Rezession und die wirtschaftliche Lage!“) Das ist richtig. Auch das muß man sehen, daß es die Rezession gibt. Das war wieder ein Zwischenruf der unerlaubten Art. Aber ich werde ihn übersetzen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Kann ich ein Mikrofon

haben?“) Wir müßten jedem diese Knopfmikrofone zur Verfügung stellen, um die Zwischenruffkultur deutlich zu verbessern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nochmals sagen, daß auch dem Bereich der Wohnbeihilfe starkes Augenmerk geschenkt werden muß. Durch gute gesetzliche Vorgangsweisen, daß zum Beispiel die Wohnbauhilfe auch bei Wohnungen, die mit der kleinen Sanierung verbessert worden sind, gezahlt wird. Der Anspruch der Steirer auf Wohnbeihilfe, also für die, die sie tatsächlich beziehen, ist heuer schon auf über 600 Millionen Schilling gestiegen. Das sind Geldmittel, die aus dem Topf der Wohnbauförderung kommen und die in Wahrheit die Leistung für die Schaffung neueren Wohnbaus wiederum minimieren, weil es stehen ja nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Zusammenfassend kann man sagen, daß wir in der Steiermark, und dafür ist durchaus zu danken, mit dieser Novelle 1993 wenigstens einmal eine kleine finanzielle Sicherheit gewonnen haben. Jetzt ist die Zeit da, nachzudenken, ob wir dabei bleiben, ob wir uns dort mehr anstrengen im Sinne von gerechteren Lösungen. Ob wir auf dem Sektor der Mietwohnungen – wie heute hier schon vorgeschlagen wurde, bei der Grundstücksbeschaffung den Gemeinden geholfen wird – mehr tun oder, um es noch einmal zu sagen, ob wir da oder dort den Eigentumsgedanken wieder etwas stärker bewerten. Ich war betroffen, daß der Kollege Grabner in einer Zeitung geschrieben hat, daß der Herr Majcen offenbar der einzige ist, der sich bei der Wohnbauförderung nicht auskennt. Das steht in einer SPÖ-Zeitung. Er ist offenbar der einzige, der mit der Materie befaßt ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Es kennen sich viele andere auch nicht aus!“) Das stimmt deswegen nicht, denn ich bin nicht der einzige, der sich nicht auskennt. Es kennen sich viele nicht aus, Heinz. Anscheinend kennst auch du dich manchmal nicht aus – entschuldige, wenn ich das so zurücksage. (Präsident Mag. Rader: „Ich kenne mich auch nicht aus!“) Ja, das war schon wieder so ein Zwischenruf! (Abg. Trampusch: „Politiker, die sich überall auskennen, sind suspekt!“ – Abg. Schützenhöfer: „Darum ist mir der Flecker suspekt!“) Jedenfalls hat der Herr Abgeordnete Grabner gesagt, die Förderung für die Häuslbauer – um es noch einmal zu sagen – sei auf eine gute und sinnvolle Basis gestellt worden. Heinz, lieber Kollege Grabner von der SPÖ, ich bin dafür, daß wir ideologische Dinge begraben. Es muß nicht so sein, daß die SPÖ gegen die Eigentumswohnungen und gegen die Häuslbauer ist und daß die ÖVP für die Eigentumswohnungen und für die Häuslbauer ist. Wir sollen dafür sein, daß die Menschen Wohnungen bekommen, daß sie Wohnungen haben können (Beifall bei der ÖVP.) und daß sie sich die Wohnungen leisten können. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Sehr richtig!“) Und dafür müssen wir sorgen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Darf ich einen Zwischenruf machen?“) Bitte, wenn der Herr Präsident einen Zwischenruf erlaubt! (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Darf ich dich bitten, den letzten Satz vorzulesen, wo ich betont habe, die SPÖ ist nicht gegen die Förderung des Eigenheimbaus, sondern geht mit allem mit, was in diese Richtung geht. Sie versucht nicht nur den Eigenheimbau, sondern auch die Eigentums- und Mietwohnungen zu verbessern!“) Ich danke dir für den

Zwischenruf. Du kannst von mir nicht verlangen, ich bin von der ÖVP, ich gehe nicht die SPÖ-Propaganda verlesen. Das kannst du von mir nicht verlangen. (Abg. Trampusch: „Jeder soll einmal im Leben etwas Vernünftiges machen!“) Heinz, aber es sind Ansätze richtig, und wir haben in Wahrheit – du weißt das – auch kein Problem, und ich bin auch dankbar dafür, daß wir das in der Weise abwickeln. Das ist etwas, wo ich zwischendurch sagen kann, daß es sowohl mit dem Herrn Landesrat Schmid gute Gespräche gibt, als auch mit den Wohnbausprechern der anderen Parteien. Ich sage es noch einmal, wir müssen die Wohnversorgung der Bevölkerung so betrachten, wie die Bevölkerung es von uns mit Recht verlangen kann. Wenn wir uns dort einigen müssen, daß wir bürokratische Hürden beseitigen, dann ist das auch richtig. Wenn Wohnbaugenossenschaften und Wohnbauträger sagen, sie können um 5 Prozent billiger bauen, wenn man ihnen die Hürden erleichtert, nicht wegräumt, dann, muß man sagen, muß man ernsthaft darüber nachdenken im Geschoßwohnbau. Wenn es Vorschläge dafür gibt, und da bin ich auch dankbar, daß das Unwesen aufgehört hat, für jedes Bauvorhaben die Welt neu erfinden zu wollen, wenn es darum geht, standardisierte Wohnungen zu haben, die durchaus gut sein können, wenn man dadurch billiger bauen kann, dann sollte man auch darüber nachdenken. Wir haben uns in Deutschland Modelle angeschaut, wo für deutsche Rückwanderer aus Rußland Wohnungen gebaut worden sind, die um 15 Prozent billiger sind als die in Normalbauweise errichteten und die sehr schön sind, die mit allem ausgestattet sind, was man braucht. Auf diesem Sektor sollte man auch nachdenken, ob man dort weiterkommt. Das heißt, es gehört die Phantasie aller mobilisiert. Und das ist es, worum ich als Wohnbausprecher der Österreichischen Volkspartei sehr herzlich bitte. (Allgemeiner Beifall. – 9.35 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster gemeldet ist der Herr Kollege Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (9.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Meine Vorredner haben sehr fundierte Aussagen hier abgegeben, vor allem zur Finanzierung im Wohnbau. Ich möchte ein paar andere Fakten hinzufügen, die auch den Wohnbau betreffen. Meine Damen und Herren, es ist einfach unbestritten, daß rund 300.000 Österreicher und Österreicherinnen derzeit auf Wohnungssuche sind und daß die Zahl der Haushalte von derzeit 3,1 Millionen in den nächsten zehn Jahren auf 3,7 Millionen Haushalte steigen wird. (Präsident Dr. Klauser: „Otto, entschuldige, ich habe vergessen, auf der Zuschauergalerie die 60 Schülerinnen von der Landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschule Schloß Halbenrain unter der Leitung von Frau Fachlehrerin Tischler zu begrüßen. Seid herzlich willkommen!“) Die Gründe für diesen riesigen Bedarf an neuem Wohnraum sind uns allen größtenteils zumindest bekannt. Immer mehr Singlehaushalte, Zuwanderung, keine Großfamilien mehr und natürlich auch ein höherer Qualitätsanspruch und so weiter, es gibt natürlich weitere Fakten. In der Steiermark, meine Damen und Herren, sieht es nicht anders aus, ohne jetzt eine konkrete Zahl für den Wohnungs-

fehlbestand nennen zu können. Abgeordneter Grabner hat gemeint, es dürften vielleicht 35.000 oder mehr sein, weil einfach die veröffentlichten Zahlen, die im Raum stehen, von den verschiedenen Stellen, die sich damit befassen, so unterschiedlich in Wirklichkeit sind, daß man sich darauf nicht verlassen kann oder es nur schwer möglich ist, daraus einen Schluß zu ziehen. Eines aber steht mit Sicherheit fest. Die Steiermark hat weiterhin – wir bemühen uns zwar sehr – nach Wien den größten Wohnungsfehlbestand in unserem Staat, obwohl – das muß ich fairerweise auch dazusagen – die Wohnbauleistung in der Steiermark, was die fertiggestellten Wohnungen betrifft, sich stark verbessert hat. Wir haben 1991 5299 Wohnungen fertiggestellt. Wir haben 1992 5490 Wohnungen errichtet. Wir haben 1993 erfreulicherweise 6700 übergeben und fertiggestellt. Das ist eigentlich ein beträchtlicher Zuwachs. Bis 1993 liegen die Zahlen konkret vor, für 1994 gibt es noch keine Zahlen. Österreichweit wurden jedenfalls 1993 43.500 Wohnungen fertiggestellt. Wir alle wissen, daß wir mindestens 57.000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren pro Jahr brauchen werden, daß wir diesen Fehlbestand, den wir haben, in Wirklichkeit aufholen können. Daher ist es in meinen Ohren eigentlich wie Musik, wenn ich höre, daß Hunderte Millionen, ich glaube, es sind 700 Millionen, sich im Wohnbautopf, in dieser Wohnbaukassa angesammelt haben, die zusätzlich eingesetzt werden können in unserem Bundesland. Ich hoffe dabei, daß das hoffentlich unkompliziert der Fall sein wird. Der Wohnbau, die Errichtung von Wohnungen für kinderreiche Familien soll billiger werden, längst überfällig. Wir gestehen, Herr Landesrat, damit ein, daß der Wohnbau für kinderreiche Familien zumindest bis jetzt wahrscheinlich zu wenig beachtet wurde. Auch der Wohnbauscheck wurde bis jetzt nicht in vollem Umfang angenommen, weil er nicht attraktiv genug war oder ist. Es wurden zwar viele Wohnbauvorhaben wohnbauscheckfähig errichtet, nur letztendlich dann meist frei verkauft. Daher ist jede zusätzliche Maßnahme, den Wohnbau voranzutreiben, zu begrüßen. Wir haben das ja oft genug verlangt, und auch von dieser Stelle aus. Vielleicht gelingt es den beiden Landesräten, Herrn Dipl.-Ing. Schmid und Herrn Dr. Hirschmann, die Errichtung dieser angekündigten Sonderwohnbauvorhaben zum Teil auch in den Winter zu verlegen. Denn jede Woche länger Beschäftigung allein in der Baubranche entlastet das Bundesbudget um 200 Millionen Schilling, und um weitere 100 Millionen Schilling sind an indirekten Steuern zu erwarten durch den Mehrverdienst der Beschäftigten in dieser einen Woche, also 300 Millionen Entlastung – eine Woche länger Beschäftigung der Bauarbeiter im Winter. Daher müßte es eigentlich im Interesse aller sein, die hier im Haus sind, auch auf diesem Gebiet Lösungen zu finden. Uns ist auch klar, daß die Gesamtkosten, und es wurde von einigen Vorrednern gesagt, für eine fertiggestellte Wohnung oder besser gesagt für jede fertiggestellte Wohnung in der Steiermark zu hoch sind. Aber nicht die Errichtungskosten sind der Auslöser für die zu hohen Kosten, sondern die Finanzierung und die stark gestiegenen Baugrundpreise in erster Linie. Ich sage immer wieder, was die Finanzierung betrifft, der teuerste Baustoff bei Wohnbau ist nicht der Marmor oder die Exklusivfliese aus Italien,

sondern der teuerste Baustoff ist das Geld. Und das haben meine Vorredner ja auch so empfunden.

Meine Damen und Herren, Bauland wird nach wie vor nicht flächensparend ausgenützt. Der Bedarf an Baulandfläche pro Wohnung oder Gebäude, man könnte es auch so rechnen, hat weiter zugenommen, und nicht abgenommen. Natürlich prägt auch die jeweils gültige Wohnbauförderung zu einem beachtlichen Teil die Bauart unserer Wohngebäude. Wenn wir in den fünfziger Jahren etwa pro Wohnung eine pauschale Förderung gehabt haben, war es logischerweise so, daß kleine Wohnungen errichtet wurden, um den Miet- oder Kaufpreis entsprechend tief zu halten und ihn möglichst zu senken. In den siebziger Jahren, wo Loggien die große Mode waren und auch mitgefördert wurden, wurde zumindest jede zweite Wohnung mit einer Loggia ausgestattet, ob es sinnvoll war oder nicht. Seitdem wir nur mehr die Nettowohnflächen fördern, versucht man eben, die Außenwände so schlank zu halten als möglich, und versucht natürlich auch, vorspringende Teile oder ähnliche Bauteile so schlank als möglich zu gestalten. So hat eben auch das jeweilige Förderungssystem in jedem Bundesland, logischerweise, einen nicht unwesentlichen Anteil oder Einfluß auf die Gestaltung und die Art, wie wir unsere Wohnhäuser errichten. Ein wesentlicher Faktor, warum wir verhältnismäßig hohe Wohnbaukosten haben, ist noch immer, zumindest bis jetzt, die viel zu lange Baudauer. Der Zeitraum zwischen einer Bewilligung und der Fertigstellung betrug bis jetzt im Schnitt dreieinhalb Jahre. Es gibt große Städte, wo wir wissen, daß es beträchtlich länger dauern kann. Daher ist das angekündigte Beschleunigungsverfahren in der steirischen Bauordnung, für Kleinhäuser bis zu 600 Quadratmeter Wohnfläche, meiner Meinung nach ein positiver Weg, um auch eine Kostenminderung zu erreichen, um rascher Wohnbauvorhaben kleineren Ausmaßes zu realisieren.

Meine Damen und Herren! 47 Prozent aller unserer gebauten Wohnungen sind Ein- oder Zweifamilienhäuser. Gerade auf diese Wohnform trifft dieses Beschleunigungsverfahren voll zu. Beschleunigung im Baurecht bedeutet natürlich auch, die Mitsprache der Anrainer, vor allem derer, die sich zu Wort melden, obwohl sie keine Anrainerrechte besitzen, wird geringer. Alles kann man nicht haben: noch mehr Mitsprache und raschere Verfahren, schön wärs, ist aber nicht realisierbar. Auch die beabsichtigte Auskunftspflicht in bezug auf Bauvorhaben ist ein Schritt nach vorne. In vielen Gemeinden, die gut geführt waren und gut geführt sind, war das ohnehin jetzt schon der Fall. Wir schalten damit Leerläufe und Doppelplanungen aus und alles, was es noch an Fehlerquellen gibt bis zu einem bestimmten Grad. Um die Antwort auf die Frage, welche Richtung wird der Wohnbau in Zukunft nehmen, wie gehen wir vor, um weitere Kostensenkungen zu erreichen, um preisgünstigere Wohnungen im geförderten Bereich zu errichten, um diese Antwort werden wir auch in der Steiermark nicht herumkommen. Meine Vorredner haben hier bereits Andeutungen gemacht. Es wird uns von kompetenter Seite, auch aus der Europäischen Union, vorausgesagt, daß sich der Wohnbau und was noch dazugehört, wie zum Beispiel Garagen und

ähnliches, im zunehmenden Maße von der Baustelle in die Fabrik verlagern wird. (Präsident Dr. Klausner: „Ich darf darauf aufmerksam machen, daß zehn Minuten schon vorbei sind!“) Weder unsere Architekten noch unsere Bauarbeiter haben damit eine große Freude, ist aber nicht aufzuhalten, meine Damen und Herren. Rund 20 Prozent der Einfamilienhäuser sind bereits Fertigteilhäuser. Kellerwände, Geschoßdecken, Installationsblöcke und so weiter werden bereits aus den Spezialfabriken geliefert und von denen meistens auch gleich montiert. Aufpassen müssen wir trotzdem, um nicht einer Einheitsmasche zu verfallen. Ein Großteil der Touristen, die eigentlich in unser Land oder nach Mitteleuropa kommen, kommen nicht nur deswegen her, weil es schön zum Schifahren oder zum Baden bei uns ist, sondern in Wirklichkeit deswegen, weil sie unsere schönen Bauten in unseren Städten und Dörfern und unsere gepflegte Landschaft sehen wollen. Wir haben natürlich auch unsere historischen Bauten und Wohnbauten erhalten und gepflegt, wie kaum in anderen Gegenden und Regionen. Hoffentlich laufen wir nicht Gefahr, meine Damen und Herren, wenn die Industrialisierung auch beim Wohnbau so weitergeht, daß wir unsere Vorrangstellung anderen Wirtschaftsräumen gegenüber verlieren und das Bild unserer Städte ähnlich ideenlos wird, wie zum Beispiel in Japan oder in Amerika. Hoffentlich wird das nicht der Fall sein. Bei all den positiven Zeichen, meine Damen und Herren, in der nächsten Zeit durch die Erneuerung der Steiermärkischen Bauordnung, die auf uns zukommt, bin ich trotzdem überzeugt, daß wir es nach wie vor nicht geschafft haben, etwa im Zivilschutz, mit einer bundeseinheitlichen Lösung vorzugehen. Das soll aber kein Vorwurf an die Steiermark allein sein. Das bedeutet, daß es im Wohnbau, vor allem weder für den Schutzraumbau noch für die Sicherheitswohnung, die momentan in Diskussion ist, keine einheitliche Lösung geben wird. Es wird weiterhin eine steirische Lösung bleiben. Alle anderen Bundesländer werden ihre eigenen Lösungen haben. Dasselbe gilt etwa, und ich komme schon zum Ende, für den Bau der seniorengerechten Wohnungen und der behindertengerechten Wohnungen. Auch hier gibt es keine bundeseinheitliche Lösung. Schade. Auf der Strecke bleiben in Wirklichkeit die Behinderten. Wir bauen unsere Wohnungen behindertenfreundlich, weil barrierefreies Bauen teilweise gesetzlich vorgegeben ist. (Präsident Dr. Klausner: „Otto, bitte rede in das Mikrofon, weil anders hört man nichts!“) In Wirklichkeit aber bauen wir sie nicht behindertengerecht und altengerecht.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben. Ich möchte zum Schluß den eingebrachten Beschlußantrag des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner zurückziehen und durch einen neuen ersetzen, der die Zustimmung aller drei Parteien hat. Ich darf ihn vorlesen: Beschlußantrag, eingebracht von den Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Majcen, Dr. Ebner, Heibl, Kanduth und Schinnerl, betreffend eine sozial treffsichere Wohnbauoffensive. In der Steiermark herrscht ein Mangel an erschwinglichen Mietwohnungen beziehungsweise Mietkaufwohnungen. Dem entgegenwirkend sollten derzeit vorhandene Wohnbaumittel des Landes Steiermark im Rahmen eines Sonderwohnbauprogrammes für sozial

Bedürftige eingesetzt werden, bei dem die Gemeinden Baugrundstücke zur Verfügung stellen und die Bau-träger ihre Eigenmittel einsetzen sollen. Mit diesem Sonderwohnbauprogramm könnten rund 700 bis 1000 neue Mietwohnungen gebaut werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine sozial treffsichere Wohnbau-offensive durchzuführen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 9.50 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (9.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, werte Zuhörer!

Vorweg ein Dankeschön für die Änderung der Tagesordnung. Dadurch wurde uns ermöglicht, den Wohnbau bereits in der Früh zu diskutieren. Gestern konnten wir ihn ja nicht diskutieren, weil mein Kollege Hirschmann nicht im Hause war. Wir haben daher diese Änderung vorgenommen. Ein weiteres Dankeschön, und das aus vollem Herzen, für die Art der Diskussion und für die Fülle an konstruktiven Beiträgen in dieser Debatte. Ich persönlich genieße es, daß so hohe Kompetenz hier im Hause ist und wir dadurch gemeinsam, und ich diese Ideen nutzen kann, zu einer Vorgangsweise kommen, die dem Wohnbau hilft. Ich glaube, das ist aus jeder einzelnen Wortmeldung hervorgegangen, und das sollte auch einmal unterstrichen werden. In der Berichterstattung kommt es ja üblicherweise nicht vor, weil es lustiger ist, über jene Dinge zu berichten, wo dieses Einvernehmen nicht so herrscht. Wie ernst zu nehmen dieses Thema ist, das ist uns allen bewußt. Ich möchte daher punktuell auf die eine oder andere Anregung der Debattenbeiträge eingehen.

Explosion der Wohnungskosten: Das stimmt für die Steiermark, was die Wohnerrichtungskosten anbelangt, nicht in dem Ausmaß, wie man es vermutet. Wir haben zum Beispiel mit der Änderung des immer zitierten Mietkaufes eine Reduktion der Wohnbaukosten in der Höhe der Mehrwertsteuer bewirkt. Das sind von oben gerechnet über 16 Prozent – schlagartig, mit der Änderung des hier im Haus beschlossenen Gesetzes. Ich habe mir das jetzt auch angeschaut. Wir haben in den letzten drei Jahren von den Sätzen pro Quadratmeter eine einzige Indexerhöhung gehabt. Es gab keine jährliche Erhöhung, sondern eine kleine Erhöhung 1993, und die nächste wird sicher nicht mehr heuer sein. Es ist auch nicht sicher, ob im nächsten Jahr eine kommt. Die Maßnahme, die wir gesetzt haben und die auch richtigerweise gefordert wurde in bezug auf Beobachtung der Wirtschaftlichkeit der Ausführung, ein Beispiel: Vor 14 Tagen haben wir in Graz – der Herr Stadtrat Strobl, den habe ich früher gesehen – einen Spatenstich gehabt, Arland-Gründe, die Reserven für die Errichtungskosten betragen dort 12 Prozent. Das heißt, auf Grund der eingelangten Angebote gehen wir davon aus, daß bei diesen Bauvorhaben die Baukosten, wie sie vorgesehen sind, um 12 Prozent geringer sind. Ich verrate hier einen kleinen Trick, wie wir bei den Genossenschaften die Bereitschaft heben, hier sehr wirtschaftlich umzugehen, indem ich ihnen in Aussicht gestellt habe, daß die

eingesparten Mittel von den jeweiligen Genossenschaften für von ihnen nach ihren eigenen Vorstellungen benötigte Einheiten verwendet werden können. Das heißt, wenn er sich dort etwas einspart, dann kann er damit etwas anderes machen, weil man ja die Genossenschaften oder die Bauträger nicht bestrafen sollte, wenn sie etwas günstiger bauen. Soweit zu diesen Explosionen, aber dazu eine ganz spezielle Sorge meinerseits. Ich sehe auf diesen unzähligen Sprechtagen, die ich habe, daß es eigentlich nicht die Rückzahlungen sind, die den sozial Bedürftigen, den wir ja sehr treffsicher mit Wohnbeihilfe unterstützen, an den Rand der Existenzfähigkeit bringen, sondern die exorbitante Ausweitung der Betriebskosten. Ich habe gerade vor zwei Tagen jemanden bei mir gehabt, der eine Wohnungsrückzahlung von 2300 Schilling und Betriebskosten von 3800 Schilling hat. Jetzt helfen wir ihm zwar bei den permanent gleichbleibenden Quadratmetersätzen bei den Rückzahlungen, aber in den letzten drei Jahren sind um 700 Schilling oder 800 Schilling die Betriebskosten gestiegen. Dort hilft ihm niemand. Es ist heute vom Kollegen Grabner der Hinweis gekommen, ob man nicht die Wohnbeihilfe indexieren sollte. Ich habe bei den sozial Schwächsten das Problem, und wir haben unzählige, die keinen Schilling Rückzahlung leisten. Da hilft kein Index, beim wirklich sozial Schwachen. Wenn ich den Index jetzt anhebe, helfe ich wieder einem gewissen Mittelstand, der sich helfen kann, aber dem wir zu 100 Prozent die Rückzahlungen abdecken, können wir dabei nicht helfen. Da ist ein Vorschlag meinerseits: Ein Hauptproblem bei diesen vielen Gesprächen, die ich führe, ist die Anrechnung der Lehrlingsbeihilfe als Einkommen. Ganz interessant, seit 1989 ist das bei uns aus der Wohnbeihilfe herausgenommen, das Einkommen des Lehrlings zählt. Ich habe konkrete Situationen, wo die Lehrlinge zu Hause ausziehen, weil die Eltern dann das Geld, das sie als Lehrlingsbeihilfe bekommen, zumindest teilweise fordern, weil ich ihnen vielleicht 1500 Schilling Wohnbeihilfe wegnehme, wenn der Lehrling 2500 Schilling oder 2800 Schilling Lehrlingsentschädigung hat. (Abg. Gennaro: „Studienbeihilfe!“) Das heißt, wenn der Lehrling dann auszieht, braucht er auch wieder eine Wohnung und fällt uns woanders zur Last, weil wir, wie du sagst, Studiengebühr, dort auch eine Wohnbeihilfe geben. Wir werden uns in den nächsten Tagen wirklich diese finanzielle Entwicklung bei der Wohnbeihilfe anschauen, aber ich glaube, der Handlungsbedarf ist dort vielleicht höher oder wir können dort besser helfen, und das wollen wir alle gemeinsam, wenn wir darüber nachdenken, ob die Lehrlingsbeihilfe vielleicht nur zu einem Prozentsatz oder nicht angerechnet wird. Ich stelle das nur zur Diskussion. (Allgemeiner Beifall.) Wenn diese Diskussion sachlich geführt wird – und da bin ich mir sicher –, kommen wir vielleicht auch zu einem sehr guten Ergebnis. Es ist heute mehrfach gesagt worden, und das hört man ja bei einer Budgetdebatte in dem Haus wahrscheinlich alle 20 Jahre, daß hier im Wohnbau Ansparungen von etwa 700 Millionen Schilling sind. Es ist richtig, daß Mittel vorhanden sind, nur, den Begriff „Ansparung“ muß ich leider Gottes etwas relativieren. Wir haben in der Vorberechnung, wie wir unser System auf rückzahlbare Annuitätzuschüsse umgestellt haben, natürlich

gewußt, und es ist eins zu eins eingetroffen – wir haben alles nachberechnet, im Computer gespeichert –, daß in den nächsten Jahren es zu „Ansparungen“ kommt. Aber dann, wenn die Annuitätzuschüsse kumulieren, wenn sie zusammengezählt werden, haben wir einen Bedarf, mit diesen Geldern im Jahre 2005, 2006 – wir haben das auf 20 Jahre vorberechnet – das wieder abzudecken. Das heißt, die prognostizierten und richtig eingetroffenen Ansparungen werden benötigt. Aber auf Grund der Möglichkeit der Nachjustierung, wie der Heinz Grabner sagt, an dem Schraubchen drehen, oder der Franz Majcen auch gesagt hat, an dem Schraubchen drehen, können wir nachweisen, wenn wir zum Beispiel Annuitätzuschüsse im Scheck und im Einfamilienhausbereich zurücknehmen, also dort, wo es keine Wohnbeihilfe gibt und wo wir relativ rasch einen Mittelrücklauf haben, daß auch zusätzliche Maßnahmen zu setzen sind. Das sind diese 700 bis 1000 Sozialwohnungen oder die kinderreichen Familien im Einfamilienhaus, nur durch die Maßnahme, Annuitätzuschüsse gegen Direktdarlehen auszutauschen. Es ist eine rein budgettäre finanzielle Maßnahme, aber wir können es machen, und ich stehe auch dazu.

Und dann zum Gesamtbedarf, zur Statistik, wie der Herr Kollege Heibl auch aufgezeigt hat. Wir haben eine Vorberechnung jüngsten Datums, eine auf den letzten Stand gebrachte Statistik, die für die Steiermark für die Jahre 1991 bis 2006 einen Bedarf von 80.000 Wohnungen ermittelt. Dies sind jährlich etwa diese 5500 bis 6000 Wohnungen. In den letzten beiden, zweieinhalb Jahren haben wir 24.000 Wohneinheiten durch die Regierung gebracht. Das sind etwa 9000 Wohnungen. Wir liegen dort gar nicht so schlecht, nur, die einzelnen Bereiche sind sicherlich nicht befriedigend bedient und daher verstärkt zu bearbeiten. Ein Problem haben wir natürlich in dem Zusammenhang, daß wir in der Umsetzung nach Regierungsbeschluß, nach Beiratsbeschluß bis zur Ausführung – da bin ich mit dem Kollegen Heibl völlig einer Meinung – keine Handhabe mehr haben, einzugreifen. (Abg. Heibl: „Es spielen nicht alle mit!“) Ja, so ist es! Wir haben eben auf Grund einer Information vom Kollegen Heibl geprüft und im Juni festgestellt, daß etwa 800 Wohnungen, die im Beirat waren, seit 1991 nicht zur Zweiteinreichung gekommen sind. Man hat sich die Programme abgesichert, man war da durch und hat dann mit dem Baubeginn wahrscheinlich zugewartet, bis der eigene Betriebsablauf es besonders günstig macht. Ich habe dann die Betroffenen angeschrieben, es waren etwa 800 Wohnungen in der Steiermark, und habe eine kleine Fristsetzung gemacht, eine kalte Erpressung, wenn man es so nennen kann, und gemeint, wenn wir innerhalb von drei Wochen keine Information haben, dann gehen wir davon aus, daß diese Einheiten nicht mehr benötigt werden. Es sind nur acht Einheiten übriggeblieben, alles andere wurde sehr rasch hereingemeldet und ist jetzt durch die Zweiteinreichung durch. Das heißt, daß diese Vorgangsweise dadurch etwas beschleunigt wurde. Aber was wir noch immer nicht schaffen werden, das ist, daß wir in eine Winterphase hineinkommen, daß wir von unserer Seite das beeinflussen können. Die großen Sanierungen, Dachgeschoßausbauten, die wirkliche Winterbaustellen sind, bewirken einiges, aber bei weitem nicht in diesem Ausmaß, wie

es erforderlich wäre. 300 Millionen Schilling, eine Woche mehr Winterarbeit, ist eine unwahrscheinliche Zahl, die uns heute genannt worden ist, und wir werden von unserer Seite, von unseren Möglichkeiten auch darüber nachdenken, ob wir behilflich sein können. Ich will nur da hier nicht zuviel versprechen, weil nicht alles unser Handlungsbereich ist. (Abg. Heibl: „Sozialministerium!“) Ich habe früher von den Betriebskosten gesprochen. Ein zweiter, ganz wesentlicher Bereich sind die Grundkosten. In Graz ist die Belastung der Grundstückskosten pro Quadratmeter Nutzfläche teilweise bei 6000 Schilling. Und wenn wir jetzt die Nettobaukosten von oben herunter rechnen und irgendwo bei 11.000 Schilling, 12.000 Schilling liegen, die netto, rein für die Wirtschaft relevanten Kosten, dann weiß man, was hier in diesem Bereich eigentlich für Belastungen sind. Daher – und es war heute auch einheitlich – die Form des Mietkaufes. Das heißt, daß ich bei Einstieg nicht diese hohe Belastung habe. Es ist – glaube ich – jetzt in das allgemeine Bewußtsein gegangen, und wir werden im nächsten Jahr die ersten Wohnungen in dieser Form am Markt haben und in den Jahren darauf – und das war das, was ich zu dir gemeint habe, Heinz – fast ausschließlich auf diese Form zurückkommen. Der Zwischenruf, lieber Franz Majcen, man weiß schon, wie der einzelne belastet wird, von meiner Seite, der ist auch richtig.

Die Form der Abwicklung ist jedem klar. Wir haben in den ersten drei Jahren jeweils 17 Prozent der Grundstückskosten, dann jeweils 7 Prozent der Grundstückskosten zu bezahlen, und die Rückzahlungen sind in dieser valorisierten Form zu leisten. Das ist die Situation, auch nachdem er Eigentümer ist. Es gibt einen einzigen Punkt, wo es eine Ungewißheit für den einzelnen gibt. Das ist, wenn er dann das Eigentum sofort komplett erwerben und zahlen will. Jetzt erinnere ich hier an eines und sage eines in aller Offenheit: Diese Form, auch des begünstigten Rückkaufes, hat nur dazu geführt, daß die hervorragend geförderten Wohnungen zu Spekulationsobjekten der ersten Kategorie geworden sind. Das ist doch klar, wenn ich mit 55 Prozent eine Wohnung in Graz, ich nehme unsere Landeshauptstadt her, begünstigt als Eigentum erwerbe, dann um 8000 Schilling vermiete oder mit einer Million Schilling Gewinn auf den Markt bringe, ist das ein gutes Spekulationsgeschäft für den, aber nicht für uns. Dort, wo wir unsere, und dazu stehe ich jetzt, und das in Offenheit, Mittel einsetzen, wo wir den sozial Bedürftigen helfen, wollen wir keine Förderung der Spekulation haben. Das heißt, nach zehn Jahren ist selbstverständlich dann der Verkaufswert dieser Wohnung durch die rückzahlbaren Annuitätenzuschüsse ein wesentlich höherer, und er wird keine Lust haben, das zurückzuzahlen. Auch ich habe keine Lust, daß wir dem da hier die Wohnbauförderung, die Sozialmittel geben, damit er ein Geschäft mit dieser Wohnung macht. Das ist das Faktum. Wenn er drinnen wohnen will, dann hat er seine ganz klare Rückzahlungsrate und den Wohnbeihilfenanspruch. Das ist auch ein anständiges Verhältnis.

Zu den Grundstückskosten noch ein Wort: Wir haben durch die Änderung der Dichteverordnung die Möglichkeit aufgemacht, genau im sozialen Wohnbau

die Dichten sogar über das ausgewiesene Maß hinaus zu erhöhen, damit man dort auch zu günstigeren Grundstücksbedingungen kommt. Ich glaube, daß das auch eine Auswirkung auf das ganze haben kann. Die Planung und Wirtschaftlichkeit habe ich bereits erwähnt. Einen Vorschlag darf ich noch machen, den ich bereits schon gemacht habe, das ist der Zinsenzuschuß für die Grundstücksbevorratung, die von den Gemeinden gemacht wird. Diese Form der Grundstücksbevorratung, die für unsere Gemeinden eine der wichtigsten Instrumente überhaupt für ihre Entwicklung sein wird, ist gut. Jede Gemeinde, die selbst ein Grundstück besitzt, kann darüber verfügen, ob das jetzt vom Grundverkehr in Richtung ausländische Hände geht und so weiter. Ich glaube, daß wir dort großen Handlungsbedarf haben. Mit der Einschränkung auf sozial schwache Gemeinden haben wir nicht den entsprechenden Erfolg. Das ist nämlich eine kleine Fehlkalkulation gewesen, weil gerade die finanzschwachen Gemeinden, das sind die kleinen Gemeinden, einen nur sehr geringen Bedarf haben für eine Grundstücksbevorratung. Dort, wo ich wirklichen Handlungsbedarf habe, das sind dann schon größere Gemeinden oder auch Städte. Mein Diskussionsbeitrag hier für unsere nächste Nachjustierung wird der sein, daß wir diese Formulierung der finanzschwachen Gemeinde weglassen und eigentlich jeder Gemeinde, wie auch die Stadt Graz keinen Quadratmeter Grundstücksbevorratung hat, diesen Zinsenzuschuß zur Verfügung stellen, damit die Gemeinden so quasi zum Nulltarif, 6 Prozent Zinsenzuschuß, hier tätig werden können. Man kann das Ganze dann zeitlich befristen. Wenn die Gemeinde das Ganze dann nicht umsetzt, kann man hier diese Zuschußgewährung auch abstellen. Ich bin damit am Ende.

Kollege Hirschmann wird dann über das Einfamilienhaus, wo wir eine sehr gute Zusammenarbeit haben, auch noch etwas sagen. Abschließend ein herzlicher Dank an die Mitarbeiter der Rechtsabteilung 14 und ein herzlicher Dank an alle Wohnbauträger. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir mit unserer Gesetzesänderung die Verwaltung ja nicht vereinfacht haben, aber dadurch in eine Situation gekommen sind im Wohnbau, weitere große Schritte zu machen. Ich bedanke mich aber auch ganz besonders nochmals und abschließend hier im Hohen Haus für die gute Diskussion und für die gute Zusammenarbeit. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 10.06 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Herr Landesrat Dr. Hirschmann ist am Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (10.06 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte dem Landesrat Schmid danken und allen, denen er soeben in seinem Schlußwort gedankt hat, für die gute Zusammenarbeit im Bereich des Wohnbaus. Das ist eine wichtige Sache für unsere Landespolitik – ein zentraler Faktor. Ich habe dem eigentlich nichts hinzuzufügen. Zu den Eigenheimen, die angesprochen wurden, möchte ich aber doch etwas sagen: Auch hier haben wir bekanntlich eine Reformmaßnahme setzen müssen. Ich glaube, sie war insofern eine gute und verkraftbare, als sie von den Leuten

auch angenommen und akzeptiert wird. Wir haben uns jetzt aber auf Grund der letzten Entwicklung, die eingetreten ist und die Landesrat Schmid mit den Kurven der finanziellen Entwicklung dargestellt hat, vorgenommen, daß wir für kinderreiche Familien, also für Familien mit drei und mehr Kindern, eine zusätzliche Förderungskomponente einführen werden. Ich glaube, daß das ein kleines Zeichen ist, wo wir diesen Familien, die sich besonders schwer tun, auch zusätzlich helfen können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich möchte abschließend noch einmal vor allem den Herren der Rechtsabteilung 14, die da hinten sitzen, gleich wie Michael Schmid danken, die sehr viel Arbeit haben. Wir haben auch im Personalkapitel schon über die Rechtsabteilung 14 gesprochen. Herr Hofrat, ich bedanke mich bei Ihnen und beim Stellvertreter, der da sitzt, daß ihr mit dem Personal, das ihr habt, auskommen werdet. Wir haben das ausgediskutiert. Ich weiß, daß ihr außerordentlich viel Arbeit macht. Wir bleiben aber auch dabei, daß wir das auch insofern als ein Modellprojekt sehen, daß eine Abteilung, die sehr viel an Kundendienst und an Bürgerservice zu tun hat, auch in einer schwierigen Aufgabenstellung sagt, wir nehmen das auf uns, und wir machen das. Und dafür, Herr Hofrat, Ihnen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort einen großen Dank und ein schönes Weihnachtsfest. (Allgemeiner Beifall. – 10.10 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt zu diesem Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung, nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag aller drei Parteien, betreffend eine sozial treffsichere Wohnbauoffensive. Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen. Ich komme zur Abstimmung, und zwar erstens über den Antrag des Berichterstatters und zweitens über den erwähnten Beschlußantrag.

Erstens: Wer dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Wer dem Beschlußantrag aller drei Parteien, betreffend eine sozial treffsichere Wohnbauoffensive, die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Meine Damen und Herren! Ich erteile nun dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Günther Prutsch, zum ersten Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt (Ansätze 41 bis 46), das Wort.

Abg. Günther Prutsch (10.11 Uhr): In der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt – finden Sie folgende Ansätze: Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, Einrichtungen der allgemeinen Sozialhilfe, Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Maß-

nahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegesicherung, freie Wohlfahrt, Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Jugendwohlfahrt, Erziehungsheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Behebung von Notständen, Maßnahmen, sozialpolitische Maßnahmen, Altersvorsorge, sonstige Maßnahmen, familienpolitische Maßnahmen, Familienlastenausgleich sowie sonstige Maßnahmen. In diesen Ansätzen 41 bis 46 stehen Einnahmen von 1.556.008.000 Schilling Ausgaben in der Größenordnung von 3.644.441.000 Schilling gegenüber. Ich stelle den Antrag auf Annahme der Ansätze für den Bereich soziale Wohlfahrt. (10.12 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Minder. Ich erteile es ihr.

Abg. Minder (10.12 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Am Ende eines Jahres ist es üblich, Bilanz zu ziehen und Vorschau auf die künftige Arbeit zu geben. Ich möchte dies ganz kurz für den Sozialbereich versuchen. Im heurigen Jahr wurde vom Landtag das Pflegeheimgesetz beschlossen, das nun zu greifen beginnen muß, eine Verordnung zum Betreuungsschlüssel ist in Ausarbeitung. Wir stehen in Parteienverhandlungen zum Sozialhilfegesetz mit Änderungen im organisatorischen Bereich, mit der Einführung der Sozial- und Gesundheitssprengel und Anpassungen im materiellrechtlichen Teil. Nach eineinhalb Jahren Pflegegeldgesetz zeigen sich nun aber auch Schwachpunkte dieses an sich bahnbrechenden Gesetzes. Es gilt, schneller als vorgesehen den Rechtsanspruch auch für die Stufen 3 bis 7 zu fixieren, da doch recht häufig Klagen über falsche Einstufungen zu hören sind.

Zum Paragraphen 11 des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes, der den Übergang und das Ruhen des Anspruches beinhaltet, wurde von uns ein Antrag eingebracht, eine sachlich gerechtfertigte und sozial akzeptable Neuregelung zu finden. Die derzeitige Regelung über den Anspruchsübergang des Pflegegeldes erscheint gerade den Angehörigen einer pflegebedürftigen Person dann unbefriedigend und ungerecht, wenn eine Unterbringung in Tageswerkstätten oder heilpädagogischen Kindergärten tagsüber auf Kosten der Behindertenhilfe erfolgt. Das pflegebezogene Taschengeld ermöglicht gerade bei schwerer körperlicher und Mehrfachbehinderung nicht die vom Gesetz beabsichtigte Entlastung der pflegenden Familienangehörigen. Der erarbeitete Vorschlag der Rechtsabteilung 9, der einer internen Begutachtung zugeführt wurde, hat zu einer Reihe von Stellungnahmen geführt, und aus denen ist erkennbar, daß es noch einer Diskussion bedarf, um hier eine gerechte Lösung zu finden. Für die Steiermark wäre es natürlich wünschenswert, wenn es zu einer bundeseinheitlichen Regelung kommen könnte.

In Begutachtung ist beziehungsweise war das Steiermärkische Alten- und Heimhilfegesetz. Wie ich aus den mir zugegangenen Stellungnahmen ersehen kann, wird dies ein ganz harter Brocken. Als Arbeit-

nehmersvertreterin bekenne ich mich zu den Forderungen des ÖGB Steiermark, nämlich nach der Schaffung eines Dachverbandes aller Trägerorganisationen. Ich glaube, hier ist Handlungsbedarf dringend notwendig, aber soviel ich weiß, sind die ersten Schritte dazu schon gesetzt. Wir brauchen ein einheitliches Berufsbild sowohl für die Altenhelfer als auch für Heimhilfen. Wir brauchen einen Landeskollektivvertrag, denn derzeit gelten für diese Berufsgruppen unterschiedliche Qualitätsvoraussetzungen, unterschiedliche Arbeitsbedingungen und unterschiedliche Bezahlung. Wir brauchen aber auch eine Konzentration der finanziellen Mittel, um eine einheitliche Vergabemodalität garantieren zu können. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie wissen schon, daß 1991 seitens unserer Fraktion ein Antrag eingebracht wurde?“) Ja, da gehen wir ja konform, Herr Abgeordneter. In sozialen Bereichen sind wir nicht immer anderer Meinung.

Wir wollen aber auch keine öffentlichen Gelder bei Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen ohne sozialrechtliche und arbeitsrechtliche Absicherung. Wir fordern aber auch Ausbildungsmöglichkeiten, die so gestaltet werden, daß die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Helfergruppen gewährleistet ist.

Von Seiten der Gemeinden wird auf die Finanzierbarkeit des Personalaufwandes hingewiesen und festgestellt, daß die Gemeinden an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Im Interesse pflegebedürftiger Personen, die ein Anrecht auf bestmögliche Betreuung haben, aber auch im Interesse der in diesem Bereich Beschäftigten muß es dennoch zu akzeptablen Lösungen kommen.

Mit 1. Jänner 1995 wird eine Novelle zur Konkursordnung in Kraft treten, die auch die Möglichkeit eines Privatkonkurses vorsieht. In Österreich sind derzeit 10.000 private Haushalte so verschuldet, daß sie nicht in der Lage sind, ihre laufenden Verpflichtungen, wie Miete oder Raten, zu erfüllen. Ursache der Zahlungsschwierigkeit ist, daß sich entweder nach einer Kreditaufnahme die Einkommenssituation durch unvorhergesehene Umstände, Krankheit, Unfall, Ehescheidung, Tod des Partners, Arbeitslosigkeit, so verschlechtert hat oder daß Schuldner ihre finanziellen Möglichkeiten von Anfang an überschätzt haben. Der Schuldenberg wächst durch die Zinsenbelastung und die laufenden Exekutionen, ohne daß eine Aussicht auf ein Ende der finanziellen Notsituation besteht. Durch diesen möglichen Privatkonkurs könnte es in der oft aussichtslosen Situation verschuldeter Privater zu einer Lösung kommen. Da der Schuldner dies aber nicht allein bewerkstelligen kann, ist es zweckmäßig, eine Schuldnerberatungsstelle in Anspruch zu nehmen und in diesen ganz krassen Fällen eine „bevorrechtete Schuldnerberatungsstelle“, die die Betroffenen neben der Hilfe beim Ausgleichsverfahren auch vor Gericht vertreten können. Aber die optimale Lösung wäre erst dann erreicht, wenn nicht nur eine Einzel-, sondern auch eine Familienentschuldung auf diesem Wege erreicht werden könnte, damit nicht, und vor allem hier sind die Frauen betroffen, die Bürgschaften unterschrieben haben und meist nach einer Trennung vom Kreditnehmer ein Leben lang auf einem Schuldenberg sitzen.

Im April 1994 gab es für 1,185.000 Steirer und Steirerinnen nur sechs Beratungsstellen, das heißt, daß auf 250.000 Einwohner ein Berater oder eine Beraterin kommt. Im Sinne eines flächendeckenden Schuldnerberatungsnetzes für die gesamte Steiermark sollte es aber zu einem Schlüssel von eins zu 100.000 kommen. Professionelle Schuldnerberatung ist in einem sozialen Gemeinwesen nicht nur aus sozialen und humanitären Gründen unverzichtbar, auch die Einbindung möglichst vieler Personen in den Arbeitsprozeß ist notwendig, was auch positiv im volkswirtschaftlichen Sinn ihren Niederschlag findet.

Eine erfolgreiche Schuldnerberatung erspart der öffentlichen Hand direkt oder indirekt enorme Folgekosten. Unter Mithilfe des Bundes und der Rechtsträgerschaft durch „Rettet das Kind – Steiermark“ wird es notwendig sein, daß auch das Land Steiermark die erforderlichen Beträge bereitstellt. Und jetzt gleich ein Danke an unsere Frau Landesrätin, sie hat im Budget vorgesorgt. Wir werden sehen, wie weit wir mit dem Betrag kommen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, es ist sehr gut angelegtes Geld.

Namens unserer Fraktion bringe ich einen Beschlusantrag zur Budgetgruppe 4 der Abgeordneten Minder, Ussar, Gross und Korp, betreffend die Ausfinanzierung der Geschützten Werkstätte Trieben, ein. Behinderte Menschen sind trotz des Behinderteneinstellungsgesetzes oft nur sehr schwer in den normalen Arbeitsprozeß integrierbar. Gerade schwer- und mehrfach behinderte Menschen haben oftmals nur die Chance, in einer geschützten Werkstätte Arbeit zu finden. Arbeit ist für viele behinderte Menschen, aber auch für nichtbehinderte, ein wesentlicher Faktor für die Erlangung eines persönlichen Selbstwertgefühles. In diesem Sinne erscheint der mit dem Bund ausverhandelte Finanzierungsmodus sinnvoll, weshalb das Land möglichst rasch, spätestens jedoch 1996, den Restbetrag zur Ausfinanzierung dieser Geschützten Werkstätte Trieben zur Verfügung stellen soll.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Ausfinanzierung der Geschützten Werkstätte Trieben spätestens 1996 den mit dem Bund vereinbarten Restbetrag zur Verfügung zu stellen. Herr Präsident, ich darf dir den Beschlusantrag übermitteln. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 10.21 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (10.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eine breite Palette von verschiedenen Diensten und Einrichtungen, die teilweise der öffentlichen Wohlfahrt sowie privaten Initiativen zuzurechnen sind, gilt es, durch das Landesbudget zu unterstützen. Projekte decken Lücken und Mängel in der Gesellschaft ab, die von der öffentlichen Hand nicht geleistet werden können. Mängel und Defizite in der Gesellschaft wachsen leider ständig, nicht nur, weil es da eine Gruppe von Menschen gäbe, die nicht wollen, sondern weil gelegentlich die Rahmenbedingungen, von der Politik ausgedacht, so sind, daß sie von den Menschen

nicht mehr immer erfüllbar sind. Durch diese äußeren Bedingungen verursacht, werden immer schwierigere Aufgaben an die Öffentlichkeit abgegeben. Der Kreis schließt sich. Frauen sind nicht mehr bereit, zum Nulltarif wesentliche gesellschaftliche und menschliche Notwendigkeiten zu tragen und die Aufgaben der Erziehung und der Betreuung zu leisten. Die Ansprüche der, des einzelnen stehen den Bedürfnissen und Vorstellungen der Gesellschaft gegenüber. Gesetze und Rahmenbedingungen sind für viele Jahre festgelegt, so daß wesentliche Aufgaben, von denen Dr. Karisch vorgestern in ihrer Generalrede zum Thema „Familienpolitik“ gesprochen hat, oft nicht mehr geleistet werden können. Immer mehr Menschen fallen unter den Rost.

Was ist nun diese soziale Gerechtigkeit? Ich möchte beim Prinzip der Steuergerechtigkeit beginnen. Die Steuergerechtigkeit hätte die Aufgabe, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen zu berücksichtigen und ein steuerfreies Existenzminimum zur Deckung des Lebensbedarfes unbedingt sicherzustellen und natürlich – die entsprechenden Steuerquoten auf die Wirtschaftskraft des einzelnen abgestimmt – einzuheben. Zur Zeit gibt es dieses steuerfreie Existenzminimum nicht, wohl aber die Staffelung nach der Wirtschaftskraft. So sind die ersten 50.000 Schilling eines Jahreseinkommens mit nur 10 Prozent besteuert, die nächsten 100.000 Schilling mit 22 Prozent, die 150.000 mit 32 Prozent, über 300.000 mit 42 Prozent und über 700.000 mit 50 Prozent besteuert. Das steuerfreie Existenzminimum ist bei null Schilling. Es gibt dann den Absatzbetrag, zur Zeit jährlich von 8840 Schilling. Was steckt aber dahinter? Dieses System verschleiert eigentlich die Grundtatsache, daß die Existenzgrundlage, das Existenzminimum nicht mehr von vornherein gesichert ist. Außerdem hat hier der Staat sehr wohl die Möglichkeit, auf verschiedenen Ebenen, wie es halt dann auch entsprechend von der politischen Seite her günstig erscheint, Nachlässe und Absatzbeträge großzügig einzuräumen. Zur Zeit haben wir die Problematik mit den Mehrkindfamilien und vor allem mit den sozial Ärmern. Unsere Sozialpolitik ist nicht wirklich sozial gerecht. Wir sprechen so oft von sozialer Gerechtigkeit und sind nicht fähig, diesen Ansprüchen zum Recht zu verhelfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine klare Übersicht und Trennung zwischen Geben und zwischen Nehmen würde für viele Menschen den sozialen Anspruch an die Öffentlichkeit verringern. Was ist noch soziale Gerechtigkeit, wenn man die letzten Lohnsteuerrunden betrachtet? Die Runde mit den Pensionisten und mit dem öffentlichen Dienst? Keine Staffelung, wie es dem Empfinden der einzelnen Menschen entgegenkommt, war möglich, immer nur lineare Ansätze und damit ein Weiterschreiben der Ungerechtigkeit. Die Schere zwischen den Minderbezahlten und den Gutdotierten klafft weiter auseinander. Das ist es, was wirklich nicht unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist und was öffentlich anzuprangern ist. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist gegeben, trotz gleicher Arbeit unterschiedliche Bezahlung! Natürlich kommt die naturgegebene Rolle der Mutterschaft noch dazu. Sozialrechtliche Bestimmungen, die ausschließlich auf

Berufstätigkeit abzielen und mit Berufstätigkeit verknüpft sind, setzen Frauen automatisch in die zweite Position. So sind es dann oft Mütter von Mehrkindfamilien, die in der Praxis tatsächlich keiner öffentlich bezahlten Arbeit oder keiner Arbeit im herkömmlichen Sinn nachgehen können, die bezahlt wird, die sich entschlossen haben, mehreren Kindern das Leben zu geben, die dann momentan durch alle Roste fallen. Sie sind es sogar, die den Kinderlosen durch ihre Kinder später einmal die Pensionen bezahlen – auch eine soziale Gerechtigkeit, in der Tat. Die Politik ist hier wirklich aufgefordert, klare, nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen. Im Gesundheitswesen haben wir bereits den Slogan „Vorbeugen ist besser als heilen“. Auch im Sozialen müssen wir uns dazu bekennen. Frau Kollegin Minder hat die Steiermark schon angesprochen. Wir sind mitten in den Verhandlungen zum Sozialhilfegesetz und Gesetzen, die dieses begleiten. Es dient den Personen, die unter den Rost zu fallen drohen, die aber durch das Sozialhilfegesetz die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für sich selbst in Anspruch nehmen können oder auch, wenn sie in speziellen Notfällen sind, daß sie Möglichkeiten der Absicherung finden. In Anbetracht des vorher Genannten ist es eine besonders wichtige Aufgabe, soziale Dienste zu ermöglichen, etwa für alle Bürger gleichartig, finanzierbar und erreichbar. Das sind die im Sozialhilfegesetz genannten integrierten Gesundheits- und Sozialsprengel, die verpflichtend für alle Sozialhilfeverbände einzurichten sein sollten. Ich halte das im gegebenen Zeitpunkt für äußerst bedenklich. Unsere Gemeinden sind im Moment in der Finanzierung sehr überfordert. Die Hauskrankenpflege 1994 wurde zusammen mit den KRAZAF-Mitteln zu gleich großen Teilen von Gemeinden, vom KRAZAF und Sozialhilfeverbänden getragen. Es ist äußerste Zurückhaltung dort zu üben, wo es Bürokratie und wo es Strukturen gilt aufzubauen. Wir müssen schauen, daß diese vorhandenen finanziellen Mittel an die Bedürftigen gehen, und nicht in der Bürokratie umkommen. Nachdem nächstes Jahr die KRAZAF-Mittel überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen, glaube ich, muß es eine neue Überlegung in der Zielrichtung und in der Finanzierung geben. Die Vorgabe, Essenzustelldienste, verschiedene Wäschedienste, Kontaktendienste, Transportdienste einzurichten, ist gut. Es ist auch wichtig, weil die Vereinsamung ständig zunimmt und der einzelne diese Tätigkeiten vielfach nicht mehr machen kann. Aber muß dies alles von der Öffentlichkeit gemacht werden, sollen nicht in erster Linie private Strukturen herangezogen werden? Vermittlerdienste ja, indem ein Pool im Bezirk, im Sozialhilfeverband aufliegt, wo es Möglichkeiten gibt, anzudocken, weiterzuvermitteln. Ich glaube auch, daß es wichtig wäre, und Frau Kollegin Kaufmann hat gestern die Chance angesprochen für die bäuerliche Bevölkerung, Nebenerwerbschancen zu kreieren, die Hilfe für Bedürftige und Chancen für bäuerliche Betriebe bringen. Dort, wo es von der Arbeitsorganisation und von der Bereitschaft her möglich ist, könnten Wäschedienste, aber auch Besuchs-, Gesprächs- und Transportdienste organisiert werden. Mir erscheint sehr wichtig, daß es zu einer laufenden Schulung aller im Pflegedienst tätigen Personen kommt und daß es eine ständige Schulungsmöglichkeit gibt für die-

jenigen, die sich in Sozialdienste einbinden wollen. Nämlich nicht nur von Berufs wegen, sondern auch für sich selbst, dort, wo Familienangehörige betreut und gepflegt werden müssen, sind erreichbare und finanzierbare Schulungsmaßnahmen anzubieten. Will diese geschulte Kraft dann öffentlich im Bereich Nachbarschaftshilfe tätig sein, so hat sie gleichzeitig eine anerkannte Qualifizierung. Das Angebot ist zu schaffen, die Zufriedenheit der Konsumenten, derjenigen, die es brauchen, wird die beste Werbung sein, und ich sehe auch darin eine große Aufgabe in den Erwachsenenbildungseinrichtungen, die Nachschulung, Neuschulung und ständige Begleitung anbieten könnten.

Die Frau Kollegin Minder hat auch auf die Pflegeplätze hingewiesen. In der Steiermark sollen in den nächsten drei Jahren rund 1084 Pflegeplätze errichtet werden. Davon sind 41 Prozent durch Adaptierungen und 59 Prozent durch Neubau abgedeckt. Ein Betrag von rund 961 Millionen Schilling ist nötig, der zum Großteil von den Bezirken aufgebracht werden soll, weil es richtigerweise nicht zentrale Großeinheiten geben soll, sondern kleine Strukturen, die bürgerbezogen und bürgernahe sind. Wir haben sechs Bezirke, die praktisch voll ausgestattet sind, fünf Bezirke, die zu rund 80 Prozent abgedeckt sind, in drei Bezirken ist eine Versorgungsquote zwischen 60 und 70 Prozent erreicht, und drei Bezirke liegen bei etwa 50 Prozent der Versorgung. Ich möchte auch an dieser Stelle aller jener Personen gedenken und ihnen ein Danke aussprechen, Pfleger, Pflegerinnen, Pflegehelfer, Ärzte, Sozialarbeiter, die in diesen Heimen ihren Dienst machen, dort, wo sonst kaum jemand mehr bereit ist, mit den Menschen zu arbeiten, wo Familien sie weitergeben, weil die Schwierigkeit eine enorme geworden ist in der Pflege und Betreuung. Mir fällt aus meiner Tätigkeit im Bezirk im Moment ein konkretes Beispiel ein, das zeigt, wie sehr auch die Pflegepersonen mit ihren Betreuten in Verbindung stehen. Ein Mann, mehrfach schwerst behindert, in einem Landespflegeheim der Steiermark untergebracht, wird nach 17jährigem Dort-Leben von seinem Sachwalter und Bruder, Halbbruder, entdeckt und mehr oder weniger gewaltsam aus diesem Heim, das ihm wirklich zum Heim geworden ist, wo er zu Hause war, wo er die Personen, die ihn pflegten, und die Mitgepflegten bestens kannte, herausgenommen und in ein dem Sachwalter näheres Landespflegeheim gebracht. Mir tun diese Personen leid. Und wissen Sie, daß die betreuende Schwester gesagt hat, das kann den Tod des Sepples - wie sie ihn genannt haben - bedeuten, weil er nach 17 Jahren mit seiner Behinderung wahrscheinlich nicht mehr fähig sein wird oder könnte, sich einzugliedern. Noch einmal all den Pflegerinnen und Pflegern in den Heimen, die Größtes leisten und von denen ich bei jedem und nach jedem Besuch größte Hochachtung habe, ein herzliches Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Einige Gedanken zur Jugendwohlfahrt: Vor einiger Zeit fand das Hearing zum Kinder- und Jugendanwalt statt. Aus einer stattlichen Anzahl von Bewerbern wurden in einer Vorentscheidung 17 Kandidaten herausgewählt und fünf Kandidaten der Landesregierung zur Entscheidung vorgelegt. Als Mitglied dieses Hearings habe ich den Eindruck, daß hier sehr

objektiv gearbeitet wurde und daß es eine gute Form einer Auswahlmöglichkeit zwischen qualifiziertesten Leuten ist, die hier getroffen wurde. Natürlich sind noch einige Dinge offen und zu erledigen. Wo ist das Büro dieses Kinder- und Jugendanwalts? Wie kann die Ausstattung des Büros sein? Das wird uns sicherlich noch im Landtag befassen. Ein Anliegen möchte ich hier an dieser Stelle schon sagen, er ist dazu berufen, Stellung zu beziehen für die Kinder, die keine Lobby haben, die Vorkommnisse aus der Sicht der Kinder zu betrachten und auch öffentlich darzustellen. Eine große Sorge erwächst mir, wenn ich den österreichischen Rundfunk und wenn ich überhaupt die europäische Dateninformation und Kommunikation anschau. Muß es sein, daß wir schon am frühen Morgen Kinderprogramme ins Haus geliefert bekommen als stille Babysitter? Wieviel Gewalt wird Kindern demonstriert, und wie wenig werden gute Filme zu Zeiten gebracht, wo Kinder den Zugang hätten, wo sie neben Unterhaltung auch Information im positivsten Sinne bekommen könnten? Ich denke, das ist ein Punkt, der bestens aufzubereiten ist.

Der psychologische Beratungsdienst in den Bezirken, in Schulen, in Lebensberatungsstellen ist ein sehr wesentlicher Beziehungspartner zwischen Schulen und zwischen Sozialarbeitern geworden. Die Selbstmordrate Österreichs ist sehr besorgniserregend. Die Steiermark und einige Bezirke der Steiermark liegen an vorderster Stelle! Es wäre notwendig, darüber nachzudenken, was ist denn die Ursache, warum greifen denn die Menschen zu dieser letzten Möglichkeit, selbst ihrem Leben ein Ende zu bereiten? Was sind die Vorausgaben, die dazu führen? Psychologen allein schaffen es nicht. Ich denke, es sind wieder Strukturen, die untersucht werden müssen und die einfach verändert werden müssen.

Zur Integration Behinderter möchte ich mich auch anschließen, was Kollegin Minder gesagt hat. Es kann nicht nur bei der Frühförderung aufhören beziehungsweise bei diesen guten Möglichkeiten, die die Frühförderung bietet, die manche Schwächen zu Teilleistungsschwächen adaptiert, wo sehr viel Positives geschieht, jedoch klagen auch manche Eltern darüber, daß sie es lieber hätten, daß die Frühförderinnen und Frühförderer sich intensiv während ihrer gesamten Betreuungszeit mit den Kindern auseinandersetzen, und nicht zu sehr mit den Eltern. Ich weiß, daß das nicht generell Gültigkeit hat, aber es sind Eltern, die irrsinnig bemüht sind, ein großes Fachwissen und Sachwissen sich angeeignet haben, und es notwendig wäre, daß ein Frühförderer genau darauf reagiert. Wo es notwendig ist, daß die Eltern psychologisch begleitet und betreut werden und wo es möglich ist, daß sie diese Betreuung bei den Eltern in einem kurzen Gespräch abwickeln, den Ist-Zustand darlegen und dann wieder sich dem Kind zuwenden. Die Integrationsklassen in der Schule dienen, wie mir aus den Vorgaben von Bundesseite erscheint, sehr dem sozialen Wohlbefinden. Das ist ein ganz wichtiger zwischenmenschlicher Bereich. Aus dem normalen Schulalltag ist bekannt, wenn die soziale Ebene nicht stimmt, dann kann auch die intellektuelle Ebene nicht angesprochen werden. Aber ich hoffe, daß über diese Integration auch die Fähigkeit mitkommt, die Autonomie des einzelnen zu stärken, daß er Chancen, die

er hat, einfach besonders gefördert bekommt, um seine Autonomie im Leben zu entwickeln. Hier habe ich ein bißchen Sorge, daß es fast eine Moderscheinung ist, nur die soziale Integration zu pflegen, und nicht die Lebenstüchtigkeit des einzelnen anzusprechen. Nach der Schule muß Integration weitergehen. Ein Dank an das Land. 380 geschützte Arbeitsplätze, die Tageswerkstätten und die geschützten Werkstätten sind schon erwähnt worden. Gott sei Dank gibt es diese Einrichtungen, jedoch auch hier hörte ich vor einiger Zeit sehr harsche Kritik an den Anforderungen, die gerade auch in geschützten Werkstätten an die Behinderten gestellt werden, daß der Leistungsdruck ähnlich ist wie im öffentlichen oder im privaten Bereich.

Geschützte Werkstätten sollten doch auch auf die dort betreuten Personen eingehen, wie in etwa diese soziale Komponente, die in den Schulen sehr stark gemacht wird, auch dort weitergetragen werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Die Teilleistungsschwäche, von denen viele unserer Jugendlichen und Kinder betroffen sind, ist ein weiteres Kapitel, das hier angesprochen werden soll. Nach dem Berufsausbildungsgesetz können Kinder und Jugendliche mit Teilleistungsschwäche nicht die Lehrabschlussprüfung bestehen, weil sie einfach nicht so weit fähig sind, das gesamte Ausbildungsprogramm theoretisch und praktisch nachzuvollziehen. Hier ist es Frau Dr. Lilli Lötsch, die mit unendlicher Energie und Zielstrebigkeit nach einer Sonderregelung für ihre Anlehre kämpft. Mir scheint, es ist ein neuer Schritt weitergegangen, so daß vom Bundesministerium für Soziales, auch die Schulen sind dabei, das Wirtschaftsministerium ist eingegliedert, eine neue gesetzliche Grundlage gelegt wird für Personen, für Jugendliche, die sich nicht mit der Lehrabschlussprüfung identifizieren können, ihnen eine qualifizierte Ausbildung zu geben, die auch in der Wirtschaft gut einsetzbar ist. (Präsident Dr. Klauser: „Frau Kollegin, darf ich darauf aufmerksam machen, daß Sie 20 Minuten verbraucht haben!“) Ich komme schon zum Schluß. Dort, wo sie konkrete Anweisungen bekommen, ist es ihnen möglich, ihren Arbeitsplatz voll und ganz auch zur Zufriedenheit der jeweiligen Betriebsführer auszuüben. (Abg. Gennaro: „Nur, ausgenutzt dürfen sie nicht werden!“ – Abg. Kowald: „Es gibt keine Ausnützer!“) Da sind wir uns einig, und da bin ich voll dabei. Es gäbe noch so vieles zu sagen. Auf den neuen Notstand, der da ist, möchte ich besonders hinweisen. Das sind die von einer Scheidung betroffenen Kinder. Die Kindernot ist bei Scheidungen ganz besonders groß. Dort, wo es um kleine Kinder geht, sehen wir das manchesmal und empfinden es nach. Aber auch größere Kinder leiden unter der Trennung ihrer Eltern, die sich in vielfältiger Weise auftut. Hier gibt es das Projekt „Rainbow“, das großartige und beste Arbeit leistet. Zum Frauenhaus habe ich schon das letzte Mal gesprochen.

Ich möchte als Abschluß etwas sagen: Sie sehen, welch großer Bedarf an verschiedenen Einrichtungen da ist und welch großer Bedarf sich wahrscheinlich auch in Zukunft noch weiterentwickeln wird, weil einzelne in manchen Dingen entmündigt werden. Das Ziel jeder sozialpolitischen Maßnahme muß es aber sein, daß die Autonomie, die persönliche Kompetenz

des einzelnen hochgehoben, gestärkt wird. Dieses Angebot gilt es zu unterstützen. Und das muß auch die Linie im sozialen Bereich des Landes für die Zukunft sein. Denn die Volkswisheit „helf dir selbst, dann hilft dir Gott“ darf nicht für alle im gleichen Ausmaß Gültigkeit haben. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 10.45 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Schinnerl (10.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, daß ich die Möglichkeit habe, nach den zwei Vorrednerinnen hier zum Thema „Soziales“ Stellung zu nehmen. Wie wir alle wissen, ist die ganze Entwicklung im Sozialbereich in Bewegung geraten. Es gibt immer mehr Veränderungen, und wir sind immer mehr gefordert, in diesem Bereich uns zu bewegen und zu arbeiten und für die Bevölkerung, die armen, kranken, hilfsbedürftigen und behinderten Menschen da zu sein. Wir wissen, daß es in erster Linie immer nur um den Menschen geht. Hier sind wir aufgerufen, diesen Menschen zu helfen. Es betrifft alle, von der Geburt bis zum Tod. Wir im Sozialbereich Tätigen und auch dafür Verantwortlichen, ich meine hier alle Verantwortlichen von jeder Fraktion, sind mit diesem Problem konfrontiert. Wir wissen auch ganz genau, welche Probleme, welche Vorstellungen, welche Umwälzungen hier in letzter Zeit stattfinden. Wir dürfen nicht glauben, daß es, so wie jetzt, aus ist, sondern es wird noch immer mehr werden. Wir sind gerade zwischendrin, alle diese Gesetze zu ändern und an die Gegebenheiten anzupassen. Ich denke daran, als wir beim Sozialhilfegesetz angefangen haben. Wir haben schon sechs Parteienverhandlungen gehabt. Das soll aber jetzt nicht heißen, daß wir nicht weitergekommen sind. Wir sind sehr wohl weitergekommen. Aber es hat sich auch in dieser Zeit einiges geändert. Auch diesen Änderungen müssen wir ständig Rechnung tragen und auch dafür sorgen, daß wir das miteinbeziehen, um bei der Gesetzeswerdung alles zu erreichen, was wir uns vorstellen. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, daß man sich zwar vieles wünschen kann und daß wir auch wissen, daß sehr vieles auch notwendig ist. Wir müssen aber auch schauen und trachten, daß es auch tatsächlich finanzierbar ist. Wenn uns hier die Ausgaben davonrennen, dann werden in Zukunft die wirklich Hilfebedürftigen unter die Räder kommen. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir doch alle nicht. Ich bin froh und glücklich, daß es gerade im Sozialbereich keine Einsparungen im Budget gibt. Das soll aber nicht heißen, daß wir uns in Zukunft alles leisten können und daß wir alles, so wie es jetzt auf Grund der Gesetze festgeschrieben ist, auch weiter so belassen können. Das wird auch nicht der Fall sein. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß es gerade für den Sozialbereich sehr wichtig ist, daß auch der wirtschaftliche Bereich im gesamten stimmt, denn wir alle wissen, daß wir die Gelder, die wir so dringend für den Sozialbereich benötigen, auch tatsächlich erst erwirtschaften müssen. Wir können auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben, als wir zur Verfügung haben.

Wenn ich hier an die Wirtschaft denke, dann geht es in erster Linie wieder um Arbeitsplätze, es geht um die Beschäftigten und es geht darum, daß diese Wirtschaftstreibenden auch Gewinne machen. Ich weiß, daß manche das nicht gerne hören, daß Gewerbetreibende Gewinne machen, aber das ist doch das Normalste und das Wichtigste, daß ein Gewerbebetrieb, wenn er arbeitet, auch nur mit Gewinnen weiterleben und überleben kann. (Abg. Dr. Lopatka: „Einfach ist das nicht!“) Wenn man dann Gewinne hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kann man investieren, dann kann man wieder Leute beschäftigen und die Arbeitsplätze sicherstellen. Genauso wichtig ist es auch für den sozialen Bereich. Ich sage dies deswegen, weil wir einen Teil des erwirtschafteten Geldes im Sozialbereich auch wirklich notwendig brauchen. Gerade auf diese Verteilung kommt es dann an. Diese Verteilung, und wir wissen das alle ganz genau, ist sehr, sehr schwierig, denn jeder will eine Hilfe oder Unterstützung vom Land haben. Ich glaube, die Frau Landesrätin weiß es am besten, wer und welche Organisationen zu ihr kommen und um Hilfe ersuchen. Sie wird es auch nicht immer sehr leicht haben, jedes Anliegen positiv zu erledigen. Je mehr Geld wir zur Verfügung haben und uns auch leisten können, desto mehr Leistungen können wir auch im Sozialbereich wieder erbringen. Der Sozialbereich ist genauso eine wirtschaftliche Komponente, denn es sind auch sehr, sehr viele durch diese sozialen Geschehnisse und sozialen Verpflichtungen beschäftigt. Wir haben auch von unserer Vorrednerin, Frau Abgeordneten Minder, schon gehört, wie wichtig es ist, daß wir das Altenhelfer- und Heimhilfegesetz zum Abschluß bringen. Es haben auch dort schon Verhandlungen stattgefunden. Es gibt eine Begutachtungsfrist. Ich weiß, daß es sehr schwierig ist. Derzeit ist es für meine Begriffe im Sozialbereich noch nicht sehr überschaubar, aber ich glaube, wir werden auch das in die richtigen Bahnen leiten können, daß wir dort zu einem Abschluß kommen.

Ich schließe mich vollinhaltlich an, wenn es heißt, es muß auch für diese Personengruppe eine eigene Berufsgruppe geben, es muß für diesen Personenkreis einen Kollektivvertrag geben, es muß Bedingungen geben, daß auch dieser Personenkreis, der harte und härteste Arbeit zu erbringen hat, wirklich auch finanziell abgesichert ist. Ich glaube, das sind wir all diesen Personen, die für die anderen, für die hilfsbedürftigen Menschen, da sind, einfach schuldig. Ich habe mir schon einmal erlaubt zu sagen, daß ich eigentlich annehme, daß gerade diese Pflegehelfer und Heimhilfen genauso entlohnt gehören wie Kindergärtnerinnen und Kindergartenhelfer, denn ich glaube, daß diese Aufgabe genauso wichtig, genauso notwendig und genauso anstrengend für die Personen ist. Daher glaube ich, daß man diese Personengruppe nicht schlechterstellen darf. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen einmal feststellen, welche Sozialfälle gibt es? Es gibt nach meinem Dafürhalten Notfälle und Normalfälle. Und hier geht es immer um die Umverteilung. Ich glaube, daß Sozialleistungen nicht für den Normalfall zur Verfügung stehen müssen, sondern in erster Linie nur für Nötfälle. Diesen Grundsatz sollen wir uns einprägen. Es soll Sozialförderungen nur für

wirklich sozial bedürftige Personen geben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir das im Sozialbereich irgendwie so vorgestellt und möchte Sie heute fragen, vor welcher Situation stehen wir im Sozialbereich wirklich? Ich glaube, auf der einen Seite unter Punkt eins müssen wir feststellen, das Sozialbudget explodiert. Es werden immer mehr Nachfragen über eine Förderung kommen. Und der zweite Bereich oder die zweite Seite ist, wir brauchen das Höchstmaß als Sozialmaßnahmen für wirklich Bedürftige. Und diese zwei Gruppen müssen wir uns immer vor Augen halten, auf der einen Seite das Budget, das machbare, und auf der anderen Seite, wie kann ich hilfsbedürftigen Personen zu ihren notwendigen Unterstützungen verhelfen? Wenn ich sage, das Sozialbudget explodiert, dann meine ich damit, daß wir hier alle aufgerufen sind umzudenken, damit wir auch in Hinkunft die Finanzierbarkeit feststellen können und festigen können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen erreichen, daß der Umdenkprozeß sofort stattfinden muß und daß wir die anstehenden Probleme sofort zu lösen haben. Ich meine, es ist im Sozialbereich hier fünf Minuten vor Zwölf.

Ich darf daher die Frau Landesrätin ersuchen, hier mit uns gemeinsam Veränderungen vorzunehmen. Wir müssen in Hinkunft gerade im Sozialbereich alle Leistungen auf ihre Treffsicherheit überprüfen. Und es wurde heute schon einmal gesagt, ich glaube, beim Kapitel Wohnbau, ja, man muß überall schauen, damit man eine bessere Treffsicherheit hat. Und gerade hier im Sozialressort ist es von besonderer Wichtigkeit. Ich glaube, wir müssen einmal von vornherein den Adressatenkreis feststellen, wer sind die Personen, die immer wieder kommen und eine Sozialhilfe beanspruchen? Wer sind diese Personen, die immer wieder als Förderungswerber kommen und immer wieder diese Mittel aus diesem Sozialtopf beanspruchen? Ich weiß, es wird im höchsten Maß eine gerechtfertigte Forderung sein. Aber ich glaube auch, daß es hier notwendig ist, daß man gewisse Nachjustierungen vornehmen muß. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist uns allen bewußt, daß wir für die sozial bedürftigen keinen Sozialabbau zulassen dürfen. (Allgemeiner Beifall.)

Im Landeskompetenzbereich ist für eine unbedingt notwendige stärkere und genauere Treffsicherheit zu sorgen, damit wir in Hinkunft unbedingt die notwendigen finanziellen Mittel für wirklich förderungswürdige Personen zur Verfügung stellen können. Auf der anderen Seite brauchen wir das Höchstmaß als Sozialmaßnahmen für wirklich Bedürftige. Und da haben wir eine Reihe von verschiedensten Gruppierungen, die immer wieder ihre Ansprüche – ich habe schon gesagt, meistens gerecht, fordern. Auf die Novellierung des Sozialhilfegesetzes will ich nicht mehr näher eingehen. Wir wissen, daß es sehr, sehr notwendig ist. Ich bin aber auch froh, daß wir die Zeit genutzt haben, um hier wirklich intensiv zu verhandeln. Es sind auch in der Zwischenzeit einige Änderungen vorgenommen worden. Es wurden neue Vorschläge eingebracht, und ich möchte drei Punkte herausgreifen, die mir sehr wichtig erscheinen, die aus dieser ersten Novelle, aus diesem ersten Vorschlag weggenommen wurden. Erstens einmal die große finanzielle Belastung der Sozialhilfeträger. Man hat

hier durch diese Herausnahme 400 bis 500 Millionen Schilling eingespart. Wir hätten dies nicht finanzieren können. Ebenfalls mußte eine Änderung vorgenommen werden, weil das Steiermärkische Pflegeheimgesetz gesondert verabschiedet worden ist. Ich glaube, das war gut so, daß wir ein eigenes steirisches Pflegeheimgesetz gemacht haben. Und der dritte Punkt, warum eine Herausnahme oder Neuvollziehung notwendig war, war die Regelung des Taschengeldes. Auch das hätte zu einer Explosion im Sozialbudget geführt. Des weiteren bin ich sehr froh, wie die Frau Abgeordnete Minder schon gesagt hat, daß hier von den Trägerorganisationen ein Dachverband gegründet wird. Ich glaube nur, daß diese Berichterstattung in der Zeitung falsch war, wo drinnen steht, „Sozialhilfverbände rücken zusammen“. (Abg. Minder: „Ja!“) Ich glaube, hier hätte es heißen müssen „Sozialhilfevereine“, denn die Sozialhilfverbände können hier keine eigene Organisation gründen, denn die unterstehen doch schließlich dem Ressort Soziales und somit dem Land Steiermark. Ich glaube, daß das hier etwas verwechselt wurde, stehe zu dem, freue mich, daß hier etwas unternommen wird, und ich finde es gut. Das Steiermärkische Alten- und Heimhilfegesetz wurde auch schon kurz angesprochen, daß hier Stellungnahmen vorliegen. Ich freue mich, daß auch eine Stellungnahme vom Dachverband der Pflegeheime, vom Herrn Spari, vorliegt, der der Obmann dieses Dachverbandes ist. Ich habe die Stellungnahme ganz genau gelesen, er nimmt nämlich zum Personalschlüssel Stellung, zum Verhältnis Pflegung und Pflegepersonal. Und ich meine, daß er es in seiner umfangreichen Stellungnahme doch einigermaßen auf den Punkt gebracht hat, und ich könnte mir vorstellen, daß wir einigermaßen diesen Weg, der dort vorgeschlagen wird, gehen können. Ich glaube, daß diese Idee und diese Vorschläge, die hier eingebracht wurden, auch tatsächlich finanzierbar sein werden.

Ich möchte weiter noch einmal zurück zum Pflegegeldgesetz. Wir wissen ganz genau, daß die größten Budgetbrocken dieses Pflegegeld betreffen. Wir haben hier im Budget für 1995 eine 30prozentige Steigerung beim Pflegegeld. Ich kann mich noch ganz genau erinnern, wie wir diesen Beschluß gefaßt haben für dieses steirische Pflegegeldgesetz, wo wir, die Freiheitlichen, gefordert haben, daß in dieses Gesetz eine Befristung eingebaut werden soll. Wir haben damals auf Grund der Auskünfte des damaligen Landesrates Tschernitz gesagt, daß die Aussagen und Berechnungen ungenau sind und daß wir nicht genau wissen, wieviel es uns kosten wird, und haben deshalb dort vorgeschlagen, im Gesetz eine Befristung einzubauen. Wir sind damals leider, und das möchte ich sagen, in der Minderheit geblieben. Wenn ich jetzigen Zeitungsartikeln folgen darf, wo Klubobmann Schützenhöfer schreibt, daß man sich das in Hinkunft ohne weiteres vorstellen kann, Gesetze zu befristen, dann freue ich mich. Ich glaube, wir werden hier Partner werden können. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir suchen Mitarbeiter. Du kannst bei uns arbeiten!“) Denn ich bin der Meinung, man soll neue Gesetze, die eine finanzielle Auswirkung haben, doch befristen. Wenn später alles machbar und alles finanzierbar ist, kann man das Gesetz, ohne Punkt und Beistrich zu ändern, weiter so übernehmen, weiter gelten lassen,

und wenn nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann sind wir gezwungen und aufgerufen, dringendst Änderungen vorzunehmen und das Gesetz den neuen Verhältnissen anzupassen. Ich freue mich, daß das von der ÖVP auch so gesehen wird. Wir haben das vor einigen Jahren schon so gesehen, und ich hoffe, daß wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte noch zum „Internationalen Jahr der Familie 1994“. Ich kann mich noch gut an die ersten Tage im Jahr 1994 erinnern, wie man hier geredet hat, was man alles machen will, wie man den Familien helfen wird und was man alles leisten wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Genau das Gegenteil erfolgte. Wenn ich auf die gestrige Wortmeldung der Frau Abgeordneten Bachmaier-Geltewa zurückkomme, die genau dieses Problem auf den Punkt gebracht hat, wo sie gesagt hat, wie die Familien, die Kleinstverdiener durch diese Koalitionsregierung benachteiligt werden, dann stimme ich 100prozentig mit ihr überein. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Es ist eine Schande im „Jahr der Familie“, daß man mit der Familie so umgeht. Ich würde ersuchen, diese Rede von Bachmaier-Geltewa der Bundesregierung zuzusenden, damit sie auch einmal weiß, welche Fehler sie gemacht hat und wie die Familie von ihr mit Füßen getreten wird, und das im „Jahr der Familie“. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Taten statt Worte ist maßgebend. Nicht nur reden, sondern handeln. (Beifall bei der FPÖ.)

Die Zeit rennt mir davon, denn ich bräuchte noch sehr lange, um alles zu sagen, was noch zu sagen wäre. Wir Freiheitlichen, meine sehr verehrten Damen und Herren, fordern eine Durchforstung der Sozialgesetze in jede Richtung. Wir wollen wissen, inwieweit die Treffsicherheit bei jedem einzelnen Punkt, bei jedem einzelnen Gesetz noch gegeben ist. (Abg. Kowald: „Soll das heißen, was die Anträge kosten?“) Wir treten auch dafür ein, daß das vorhandene Sozialschmarotzertum eingeschränkt wird. Ich weiß aber ganz genau, daß wir es nicht ganz abstellen können. Aber in diesem Ausmaß dürfen wir es nicht weiterblühen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Purr: „Paß auf, daß du nicht ein paar eigene erwischst!“) Das wird kaum der Fall sein. (Abg. Kowald: „Es gibt genug, die nur auf ihre eigenen Säckel schauen!“) Jetzt noch ein paar treffende Sätze. Heute scheint es zum guten Ton zu gehören, daß Personen, und es sind nicht sehr wenige, bestrebt sind, sämtliche Förderungen und Sozialmittel zu lukrieren beziehungsweise zu beanspruchen, welche überhaupt nicht zum förderungswürdigen Personenkreis gehören. Somit wird die sinnvolle Intention der gesetzlichen Bestimmungen ausgehöhlt. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir nicht. (Beifall bei der FPÖ.)

Leider ist es zur Tradition geworden, daß heute fast jeder versucht, vom Staat Geld zu kassieren. Wenn es keine Unterstützung vom Staat gibt, dann denkt er selbst einmal nach, ob er es nicht selbst bewältigen kann. Hier soll es ein Umdenken geben. Jeder Staatsbürger ist aufgerufen, selbst einmal zu schauen, daß er seine finanziellen Sachen in Ordnung bringt, was er selbst erledigen kann. Wenn er dann festgestellt hat,

daß er das aus eigener Kraft nicht schafft, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll er erst versuchen, die Förderungsmittel zu beanspruchen. Und diese gibt es für die förderungswürdigen Personen. (Abg. Dörflinger: „Wer soll überprüfen, ob er alle finanziellen Möglichkeiten ausgeschöpft hat?“) Jeder selbst. Wenn er dann kommt, muß man überprüfen, ob er förderungswürdig ist oder nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Wort zum Rationalisierungs-Ausschuß: Der Rationalisierungs-Ausschuß, und das ist unbestreitbar, hat seine Erfolge gezeigt. Ich bin gestern und vorgestern, als ich gewisse Debattenbeiträge gehört habe, frustriert gewesen, weil man festgestellt hat, ihr habt zwar 430 Millionen Schilling eingespart, aber in Wirklichkeit habt ihr um 600 Millionen Schilling mehr ausgegeben. Das war eine Freude, meine sehr verehrten Damen und Herren der linken Hälfte. So soll man Politik wirklich nicht betreiben. (Abg. Dörflinger: „Ihr habt überall mitgestimmt. Wir haben 400 Millionen eingespart und 600 Millionen ausgegeben!“ – Abg. Gennaro: „Es ist ums Aufzeigen gegangen!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren der Sozialdemokratischen Partei! (Abg. Dörflinger: „Wir haben den Leuten keinen Schmah erzählt beim letzten Budget!“) Nur noch ein paar Worte: Ihr habt einen Landesrat, der für die Finanzen verantwortlich ist. (Abg. Dörflinger: „Zum Glück!“) Zum Glück. Ich könnte mir überhaupt nicht vorstellen, wenn das ein anderer einer anderen Partei wäre. Was ihr mit ihm schon aufgeführt habt. Wie ihr mit euren eigenen Leuten umgeht, das ist ja Wahnsinn. Ihr bringt euren eigenen Landesrat täglich in Schwierigkeiten, täglich. (Abg. Dörflinger: „Erkläre das!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratie, noch ein Wort: (Präsident Mag. Rader: „Lieber Kollege Schinnerl, wenn du die Zeit weiter überziehst, bringst du deinen Präsidenten in Schwierigkeiten!“) Wenn ihr mit dem eigenen Geld genauso sorglos umgeht wie mit dem des Landes, dann werdet ihr die ersten sein, die die Schuldnerberatung in Anspruch nehmen müssen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Minder: „Du sagst, daß wir mit dem Geld sorglos umgehen. Nimm das zurück!“) Ihr habt bei der Budgeterstellung mitgearbeitet. Ihr versucht, immer wieder neue Dinge ins Spiel zu bringen. Ihr müßt euren Landesrat einmal unterstützen. (Abg. Gennaro: „Du hast gesagt, daß im Sozialbereich nichts eingespart worden ist, und dich darüber gefreut! Das nimm zur Kenntnis, und unterstelle nicht Dinge, die nicht den Tatsachen entsprechen!“) Ja, ich freue mich, daß wir dieses Budget so beschließen können. Meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Budget 1995 ist gleich wie das Budget 1994. (Präsident Mag. Rader: „Das war ein guter Schluß!“)

Hätte es keinen Rationalisierungs-Ausschuß gegeben, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre die Sache viel, viel schlimmer geworden. (Beifall bei der FPÖ. – Präsident Mag. Rader: „Das war noch ein besserer Schluß!“) Wir Freiheitlichen stimmen der Budgetgruppe 4 zu. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 11.11 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Das war der beste Schluß. Danke herzlichst. Ich bitte um Verständnis, daß ich die Zwischenrufe eingerechnet habe, aber diese Budgetdebatte zeichnet sich von einer großen Langweiligkeit aus, daher sollte man – glaube ich –, wenn die Debatte wirklich ausbricht, das auch zulassen.

Der nächste ist der Herr Kollege Günther Prutsch. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

Abg. Günther Prutsch (11.12 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Quasi in Vertretung der Kollegin Barbara Gross möchte ich zu einigen Problemen in der experimentellen Arbeitsmarktpolitik beziehungsweise in der Frage von Sozialprojekten Stellung nehmen. Ich möchte mit einem Wort eines für mich sehr großen Sozialpolitikers unseres Landes, er ist leider sehr frühzeitig verstorben, nämlich Alfred Dallinger, beginnen, und ich zitiere ihn: „Politiker sind oft geneigt, höchstens im Zeitablauf der jeweiligen Legislaturperiode zu denken und alle Fragen, die weit darüber hinausgreifen, zu ignorieren oder als Ausschmückung von Sonntagsreden zu verwenden. Ich halte dieses Augenverschließen der Politiker vor langfristigen politischen Optionen nicht nur von der Sachlage her für verhängnisvoll, sondern auch für eine zunehmende politische Resignation weiter Kreise der Bevölkerung verantwortlich. Wenn wir die längerfristigen gesellschaftlichen Entwicklungslinien nicht in Form verschiedener realer politischer Optionen zur Diskussion stellen, dann ist es auch verständlich, daß politischer Fatalismus und Zynismus zum dominierenden Erscheinungsbild werden.“ Zitat Ende.

Meine Damen und Herren! Beratungseinrichtungen, Beschäftigungs- und Kursprojekte bemühen sich seit mehr als einem Jahrzehnt auch in der Steiermark auf unterschiedlichste Art um die Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Normalarbeitsmarkt. Die diversen Formen der experimentellen Arbeitsmarktpolitik waren von jeher alles andere als romantische Experimente, sondern harte Arbeit. Experimentelle Arbeitsmarktpolitik wird dort verstärkt zum Tragen kommen, wo sonst keine anderen Hilfsmöglichkeiten des Arbeitsmarktservices zur Verfügung stehen, und zwar an den immer größer werdenden Randgruppen der Gesellschaft. Es wird darauf ankommen, vor allem dort Widerstandslinien gegen Ausgrenzung und Abwärtsmobilität aufzubauen. Trotz dieser Erkenntnis ist zur Zeit der politische Wille mancher in diesem Haus, aber nicht nur in diesem Haus, nicht besonders ausgeprägt, gezielt in offensive Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu investieren. Das wird auch angesichts der aktuellen, massiv steigenden Arbeitslosenrate und der fortschreitenden Strukturierung von Problemgruppen am Arbeitsmarkt deutlich. Auch aus dem Umstand heraus, daß aktuell Sozialpolitik verstärkt unter budgetkonsolidierenden Auspizien betrieben wird, wird von Projekten eine stärkere Leistungsorientiertheit, eine bessere Wirtschaftlichkeit, eine höhere Effizienz und insgesamt mehr Erfolg verlangt. Über die Tätigkeit der Projekte geschehen sowohl die Abdeckung wichtiger gesellschaftlicher Bedürfnisse als auch über Multiplikatoreffekte positive volkswirtschaftliche Auswirkungen. Sozialinitiativen haben trotz ihrer teilweise erst kurzen

Vergangenheit schon eine abwechslungsreiche Geschichte und Entwicklung hinter sich. Die meisten von ihnen entstanden aus dem Anliegen, in Bereichen der Sozial- und Kulturarbeit neue Arbeitsplätze und alternative Modelle zur herkömmlichen staatlichen Verwaltung zu entwickeln. Um einer veränderten gesellschaftlichen Situation gerecht zu werden, wurden Formen sozialer Dienstleistungen entwickelt, die in kleinen Einheiten dezentral organisiert, rasch und unbürokratisch auf die Bedürfnisse und Anliegen rat- und hilfeschender Menschen reagieren können. So wurden seit den frühen achtziger Jahren Initiativen, Einrichtungen und Projekte aufgebaut und diese Arbeiten in Bereichen, wie der Beratung, der Betreuung, der Qualifizierung, der Arbeitsplatzbeschaffung, Bildung, Kultur und Selbsthilfe. Die Tätigkeit ist auf folgende Zielgruppen im wesentlichen abgestimmt: Auf Jugendliche und Kinder, auf Familien, Frauen, arbeitsuchende Menschen, behinderte Menschen, psychisch kranke Menschen, Ausländer, wohnungslose Menschen und vor allem auch aus sonstigen Gründen benachteiligte Menschen. Diese Projekte entstehen häufig als Reaktion auf mangelnde oder fehlende Angebote sozialer Dienstleistungen und Informationsmöglichkeiten in bestimmten Bereichen beziehungsweise wird versucht, sozialen und politischen Ausgrenzungsmechanismen entgegenzuwirken. Oft bedeuten sie das Auffangbecken für jene, die bereits durch das so gerühmte soziale Netz gefallen sind.

Ein Schwerpunkt, der sich beinahe durch alle Konzepte zieht, ist das Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit, das Mitte der achtziger Jahre brisant wurde und bis heute gerade in der Steiermark nichts an Aktualität eingebüßt hat. Im November 1994 stehen in der Steiermark 34.900 vorgemerkte Arbeitslose einem Stellenangebot von 3544 offenen Stellen gegenüber. Besonders schlimm ist, daß der Jugendanteil davon 20,9 Prozent beträgt, der Österreich-Anteil ist zwar auch nicht gering, aber immerhin um einiges geringer gegenüber der Steiermark, er beträgt nämlich 18,2 Prozent. Diese Entwicklung am Arbeitsmarkt macht verstärkt Ausgrenzungsmechanismen sichtbar, die vor allem diejenigen treffen, die, aus welchen Gründen auch immer, den Anforderungen der Arbeitswelt nicht mehr gerecht werden können. Die Bezeichnung „schwer vermittelbar“ ist bereits für viele zu einer schmerzlichen Erfahrung geworden.

Nun zum lieben Geld. Diese Projekte sind meist als private gemeinnützige Vereine organisiert und zum größten Teil durch Subventionen aus der öffentlichen Hand finanziert. Diese Abhängigkeit von öffentlichen Geldern und die damit verbundenen Probleme des Geldaufbringens, der jährlich von neuem notwendigen Existenzabsicherung der Arbeit sind ein Faktum, das allen Projekten und Initiativen gemeinsam ist. Eine längerfristige Absicherung der Initiativen und ihrer Arbeit über ein Jahr hinaus ist noch nicht in Sicht, vielmehr treten immer wieder Situationen ein, die einzelne Projekte extrem gefährden beziehungsweise zum Zusperrern verurteilen. Es sind dies Vereine, wie zum Beispiel „BAN“, „Bicycle“ und „Modello“ in Graz, der Verein „Bunte Fabrik“ in Bruck, der Verein „Bucklkraxn“ in Leoben, der Verein „Blasio“ in St. Radegund, der Verein „Chance B“ in Gleisdorf, die

Vereine „Leonhard Werkstätte“ und „Regionalprojekt Frauen“ in Feldbach und zuletzt auch der Verein „Lebenshilfe Radkersburg“ in Mureck. Der Finanzbedarf für diese Projekte für 1994 wurde mit insgesamt 56 Millionen Schilling festgestellt. Im Jahr 1995 ist für die sozialökonomischen Projekte noch ein großer Fehlbestand festzustellen, der im Budget nicht verankert werden konnte. Ich ersuche die Regierung schon jetzt, bei der Problemlösung zumindest die gleiche Flexibilität einzubringen, wie sie sie 1994 bereits bewiesen hat. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.21 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bin wegen meiner Aussage, die Budgetdebatte sei langweilig, kritisiert worden. Ich ziehe sie daher ersatzlos zurück. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (11.21 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf einleitend sehr klar hier festhalten, was bisher meines Erachtens zu wenig geschehen ist und womit wir uns in den nächsten Jahren sehr intensiv beschäftigen müssen, nämlich mit der Entwicklung der Sozialausgaben in unserem Budget überhaupt. Die Steiermark hat in den letzten Jahren, im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, einen weit höheren Anstieg der Sozialausgaben gehabt. Bei uns sind die Sozialausgaben im Jahresschnitt um 29,5 Prozent gestiegen, in den anderen Ländern um 18,5 Prozent. Es ist so, und hier darf ich nur mit einem Satz Prof. Lehner zitieren, daß der starke Anstieg der Sozialausgaben ein wachsendes Problem im steirischen Landeshaushalt werden könnte, das große Aufmerksamkeit erfordert. Es ist die Dynamik, zumal andere Länder ihre Sozialausgaben schwächer ausweiten. Hier bin ich schon einer Meinung mit dem Kollegen Schinnerl, daß es die Aufgabe vom Sozialausschuß sein wird, aber auch von der zuständigen Landesrätin, diese mühsame Arbeit in Angriff zu nehmen, um hier dann nicht zu einem Punkt zu kommen, wo wir dann nicht sozial gerechtfertigt linear kürzen müssen. Denn es gibt sicherlich auch bei uns den einen oder anderen Bereich, den man sich bisher zu wenig angesehen hat.

Ich darf einen zweiten Punkt erwähnen, den ich für ganz wesentlich halte. Wir werden in der Sozialpolitik nur dann erfolgreich sein können, wenn die privaten Träger Vertrauen zu uns haben und als Partner, und nicht als Untergebene behandelt werden. Hier ist Ihnen, Frau Landesrätin, und ich kann es Ihnen nicht ersparen, bereits ein schwerer Fehler passiert. Ich werde es noch ausführen und mit Zitaten von freien Trägern, nicht von irgendwelchen Trägern, Kollege Gennaro, belegen. Infolge des ab 1. Jänner 1995 in Kraft tretenden Privatinsolvenzgesetzes haben die Bundesländer nun Schuldnerberatungen aufzubauen. Das geschieht auch bei uns. Aber das geschieht gegen die Intention der bisher in der Schuldnerberatung sehr engagiert und auch, soweit hier Erfolge möglich sind, erfolgreich tätigen Träger. Das sind die Caritas, der Verein „BAN“, das Beratungszentrum in Judenburg, um nur einige dieser Träger zu nennen. Frau Landesrätin Rieder hat nun, entgegen dem Willen der bisherigen Träger, landesweit die Organisation „Rettet

das Kind“ mit dem Aufbau der Schuldnerberatung beauftragt. Diese Organisation hat bisher nur in Leoben Schuldnerberatung angeboten. Als sich die anderen Träger an Frau Landesrätin Rieder gewandt haben, weil sie hier miteingebunden werden wollten, hat sie einer, und ich zitiere aus einem Brief von Frau Landesrätin Rieder, Organisation mitgeteilt, ich zitiere wortwörtlich: „Ich muß meine Entscheidungen vor den bereits in der Schuldnerberatung tätigen Organisationen nicht rechtfertigen.“ Aber es wäre wohl zu erwarten gewesen, daß sie mit den anderen Organisationen, die in der Schuldnerberatung tätig sind, das Gespräch sucht und deren Vorschlag ernsthaft diskutiert. Diese haben nämlich einen Vorschlag und ein Konzept ausgearbeitet, wo die bisher in der Schuldnerberatung tätigen Träger miteingebunden sein wollten, nämlich in der Form eines Dachverbandes. Das ist sehr rasch von Frau Landesrätin Rieder vom Tisch gewischt worden und hat natürlich bei den freien Trägern nicht nur Unmut, sondern auch Frustration und Unverständnis ausgelöst. Ich darf hier wieder freie Träger zitieren, zum Beispiel das Beratungszentrum in Judenburg, wo Herr Direktor Mag. Knauer federführend ist, der zu dieser Vorgangsweise Frau Landesrätin Rieder mitgeteilt hat: „Als Demokrat kann ich zwar diese Vorgangsweise nicht für möglich halten.“ Er muß sich aber mit der Information, die er hat, daß nämlich nur ein Träger die Schuldnerberatung in Zukunft machen soll, doch auseinandersetzen. „Abgesehen davon, daß das Modell des Dachvereines viel demokratischer und ehrlicher ist, verstehe ich die Wahl von ‚Rettet das Kind‘ nicht“, schreibt der Leiter dieser Judenburger Organisation. Kinder werden kaum Schulden machen, die zum Privatkonkurs führen. Er schreibt weiter: „Sind es vielleicht parteipolitische Gründe, die zu dieser Wahl geführt haben?“ (Abg. Minder: „Er gehört nicht zu uns!“) Der Herr Knauer gehört nicht zu unserer Partei, Frau Kollegin Minder. (Landesrat Dr. Rieder: „Zu uns auch nicht!“) Eben, weil er sich wehrt. Es gibt auch Unabhängige in diesem Land – Sie werden es nicht für möglich halten –, die in der Sozialpolitik tätig sind. (Abg. Gennaro: „Die Unabhängigen habt ihr integriert. Das ist der Witz!“) Aber auch die Caritas, die landesweit schon sehr viel im Bereich der Schuldnerberatung geleistet hat, hat Frau Landesrätin Rieder mitgeteilt: „Warum nun aber in Zukunft ausschließlich der Verein ‚Rettet das Kind‘ die Schuldnerberatung übernehmen soll, ist uns nicht verständlich. Diese Lösung“, wortwörtliches Zitat von der Caritas, „ist alles andere als zufriedenstellend.“ Wie will ich in der Sozialpolitik etwas weiterbringen, wie will ich private Träger motivieren, wenn sie das Gefühl haben, und ich könnte Ihnen noch sehr lange hier Zitate zum besten bringen (Landesrat Dr. Rieder: „Tun Sie es ruhig!“), daß sie überhaupt nicht ernst genommen werden, daß auf sie nicht eingegangen wird, daß sehr rasch, über die Köpfe dieser Organisationen hinweg, eine Entscheidung getroffen wird, die die anderen Träger, und ich habe mit einer Vielzahl von Trägern gesprochen, überhaupt nicht ermuntert, in diesem Bereich, der so wichtig ist, weiterhin Arbeit zu leisten. (Abg. Korp: „Den Herrn Mag. Knauer brauchen wir nicht motivieren!“) Soll ich weiter vorlesen, was er von dieser Vorgangsweise hält? (Abg. Korp: „Er ist motiviert!“) Wenn Sie es

wünschen, kann ich es gerne machen. (Abg. Korp: „Wenn Sie das Bedürfnis haben!“ – Abg. Gennaro: „Sie haben den falschen Zettel!“) Ich habe schon den richtigen Zettel hier. Dr. Knauer hat weiters, Frau Landesrätin Rieder, über die Infrastruktur berichtet, die er in seinem Beratungszentrum hat. Sie wissen dort nicht, wie es weitergehen soll, wie sie ihre Sozialarbeit machen sollen. Er weiß nicht, was er mit seiner Mitarbeiterin machen soll. Er weiß überhaupt nicht Bescheid. Abschließend ein menschlicher Gedanke, den soll es auch geben in der Sozialpolitik, daß sich seine Mitarbeiterin, Namen tun nichts zur Sache, bestens bewährt hat und daß er jetzt einfach gezwungen wird, sich hier bei „Rettet das Kind“ unterzuordnen und nicht selbständig als gleichberechtigter Partner innerhalb eines Dachverbandes zu arbeiten. Österreichweit ist das oberösterreichische Modell anerkannt. Das ist das genaue Gegenstück des Modells von Frau Landesrätin Rieder. Dieses Modell der ARGE Schuldnerberatung in Oberösterreich, das von Fachleuten als vorbildlich bezeichnet wird – nehmen Sie das „Profil“ dieser Woche zur Hand –, ist das genaue Gegenteil von Ihrem Vorschlag. Im übrigen hätten Sie sich auch den Vorwurf erspart, hier parteipolitisch zu agieren. Das war Ihre erste Entscheidung, die Sie in dem Bereich getroffen haben. (Landesrat Dr. Rieder: „In ‚Rettet das Kind‘ sind nicht unsere Leute!“) Das war nicht mein Vorwurf. Das ist der Vorwurf von Herrn Direktor Knauer. (Abg. Minder: „Sie sagen, das ist Parteipolitik!“) Nein. Ich gebe nur Zitate wieder. Wenn Sie das nicht vertragen, tut es mir leid. Ich zitiere noch einmal Herrn Direktor Knauer, der meint: „Kinder werden kaum Schulden machen, die zum Privatkonkurs führen. Sind es vielleicht parteipolitische Gründe, die zu dieser Wahl geführt haben?“ Wortwörtliches Zitat. Ich kann Ihnen gerne diesen Brief überlassen. Das müssen Sie schon vertragen, wenn Sie eine solche Vorgangsweise wählen. Noch werden die freien Träger in diesem Land das sagen dürfen, was sie für richtig halten. Dafür werden wir sorgen, auch wenn Sie es nicht sehr gerne haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf einen weiteren Punkt nennen, wo es wieder darum geht, vor Ort Verständnis für Sozialaktivitäten zu finden oder mit Zwangsmaßnahmen vom Land her vorzugehen. Ich sage Ihnen, wenn Sie im Sozialhilfegesetz per Zwang durchsetzen wollen, daß sich die Gemeinden zusammenschließen müssen zu integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln und im Gesetz mit Ersatzvornahmen drohen, dann ist das nicht die beste Basis für die Arbeit. Man muß hier die Bereitschaft wecken und den Gemeinden die Möglichkeit geben, diese integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel aufzubauen, wobei wir an zwei Grundsätzen festhalten werden und, ich glaube, hier auch beim Kollegen Schinnerl und bei der FPÖ die Unterstützung finden werden, nämlich daß wir zu keinen neuen Sozialbürokratien kommen neben dem Land, neben den Sozialhilfeverbänden. Das ist das eine. Das Zweite ist, daß wir hier die Gemeinden finanziell nicht überfordern dürfen. Kollege Korp, Sie werden wissen, welche Probleme jetzt schon der Sozialhilfeverband in Judenburg hat und sich nur mit einer Darlehensaufnahme imstande gesehen hat, seinen ordentlichen Haushalt zu finanzieren. Hier müssen wir sehr behutsam und vorsichtig vorgehen,

da eine erfolgreiche Sozialpolitik nur dezentral, auch was die Entscheidungsfindung betrifft, vor Ort stattfinden kann, und nicht vom Land zentral verordnet wird.

Wenn ich mir den ersten Entwurf zum Sozialhilfegesetz ansehe, noch aus Tschernitz-Zeiten, mit Sozialmanagern, die 55 Millionen Schilling gekostet hätten, mit Geschäftsführern auf Landesebene, einem integrierten Fonds auf Landesebene, zuerst waren zwei Geschäftsführer vorgesehen, jetzt plötzlich geht es mit einem Geschäftsführer. Ich sage, es funktioniert mit keinem Geschäftsführer ebenso gut, wenn vor Ort von uns her die Bereitschaft entsprechend geweckt wird, wenn es uns gelingt, die soziale Verantwortung dort festzumachen, wo sie am besten gelöst wird, nämlich auf Gemeindeebene, jawohl, übergreifend über die Gemeindegrenzen mit integrierten sozialen Gesundheitssprengeln. Aber das muß von der Gemeinde heraus wachsen, und darf nicht vom Land her aufgezwungen werden. Wir sagen sicherlich ja zu einer modernen Sozialpolitik, wenn sie dezentral gestaltet ist, wenn die Gemeinden mitreden dürfen. Daher unterstützen wir auch den Vorschlag, daß in Zukunft ein Bürgermeister den Vorsitz haben soll im Sozialhilfeverband, was sicherlich zu einer Verbesserung da und dort führen wird, wo bisher die Sozialverbände eher weniger gemacht haben. Ja zu einer modernen Sozialpolitik, aber nein zu neuen Sozialbürokratien, ja zu einer Miteinbindung der privaten Trägerorganisationen als gleichberechtigte Partner, aber nicht als Bittsteller. (Beifall bei der ÖVP. – 11.34 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Wortmeldung ist die Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (11.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das menschliche Zusammenleben ist in der heutigen, schnellebigen Zeit trotz – oder vielleicht gerade wegen – des relativen Wohlstandes, in dem wir uns in Österreich befinden, immer komplizierter. Zwischenmenschliche Beziehungen bleiben manchmal auf der Strecke, Solidarität tritt immer mehr zurück. Die Familie als Keimzelle menschlichen Wirkens scheint in manchen Bereichen an Bedeutung zu verlieren. Psychologische Beratungszentren werden immer mehr in Anspruch genommen, viele Ehen zerbröckeln, meist sind Frauen und Kinder die Leidtragenden. Gewalt nimmt nicht nur in der rechts-extremen Szene zu, mit Gewalt geht so mancher heute zu leichtfertig um. Gewalt ist häufig Ausdruck einer bestimmten Schwäche, die damit kompensiert wird. Unter Gewalt leidet im allgemeinen der körperlich Schwächere, was, umgelegt auf den familiären Bereich, Frauen und Kinder sind. Empirische Untersuchungen haben ergeben, daß jährlich rund 300.000 Frauen in Österreich mißhandelt werden. Das sind mehr als 800 pro Tag. Jede fünfte in einer Beziehung lebende Frau wird Opfer von körperlicher Gewalt. Jährlich werden zirka 500 Anzeigen wegen sexueller Mißhandlung von Kindern gemacht. Die Dunkelziffer von Kindern, die Opfer sexueller Mißhandlung sind, ist mit 25.000 erschreckend hoch. Nicht zuletzt durch die wirtschaftliche Krisensituation stiegen auch in der

Obersteiermark die sozialen Spannungen und die Gewalt in der Familie. Frauen und Kinder als die schwächsten Glieder der Gesellschaft werden oft von Männern benützt, um Aggressionen abzubauen.

Allein im psychologischen Beratungszentrum Kapfenberg wurden im Zeitraum von nur acht Monaten 114 Fälle von psychischer und physischer Gewalt registriert. Von 1990 bis 1993 wurden über die Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Mur 72 Frauen und Mädchen wegen Mißhandlung betreut. Eine Unterbringung in einem Frauenhaus wäre bei 30 Personen notwendig gewesen laut Auskunft des Sozialhilfereferates der BH Bruck an der Mur. In den Bezirken Mürzzuschlag und Leoben stellt sich die Situation ähnlich dar. Der Bedarf für ein Frauenhaus in dieser Region ist daher eindeutig gegeben. Es zählt – und da werden Sie mir sicher beipflichten – zu den Aufgaben unserer Gesellschaft, den Schwächeren zu helfen. Diese Hilfe muß neben psychologischer Beratung auch in der Form erfolgen, daß eine Unterbringungsmöglichkeit für mißhandelte Frauen und Kinder geschaffen wird. Gemäß einer Empfehlung des Europarates, nämlich ein Frauenhaus pro 10.000 Einwohner, sind in unserem Lande dringend weitere Frauenhäuser notwendig und auch entsprechend zu finanzieren. Wir haben derzeit in der Steiermark ein Frauenhaus in Graz. Viele Frauen sind wegen Beruf, Kinder und Schule ortsgebunden. Wir würden, wie die vorhin erwähnten Zahlen ergeben, für die Obersteiermark dringend ein weiteres Frauenhaus benötigen. Im Mai dieses Jahres wurde im Bezirk Bruck an der Mur ein Arbeitskreis gegründet, der sich mit der Errichtung eines Frauenhauses in der Obersteiermark für vorerst 20 Schützlinge beschäftigt. Zehn Dienstverhältnisse sollen schließlich gegründet werden. Daher hat die Errichtung eines Frauenhauses auch eine arbeitsmarktpolitische Dimension. Mitfinanziert soll das Projekt durch das Arbeitsmarktservice und die Sozialhilfeverbände der Bezirke Bruck an der Mur, Leoben und Mürzzuschlag werden. In Anwendung der Grundsätze des Sozialhilfegesetzes bestünde bei Notwendigkeit der Aufnahme in ein Frauenhaus ein Rechtsanspruch auf Übernahme der Kosten im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes. Das hätte den Vorteil, daß ein in der Obersteiermark zu errichtendes Frauenhaus nicht unbedingt nur von Subventionen abhängig ist, womit eine finanzielle Absicherung eines derartigen Projektes gegeben wäre. Ich appelliere daher an alle Verantwortlichen in unserem Lande, diesem Projekt Frauenhaus in der Obersteiermark positiv gegenüberzustehen, die entsprechenden Beschlüsse in den zuständigen Gremien herbeizuführen und die Ausfinanzierung sicherzustellen. Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang Frau Landesrätin Dr. Rieder, die spontan ihre Hilfe zugesagt hat und das Projekt nach ihren Möglichkeiten unterstützt. (Beifall bei der SPÖ.)

Lassen Sie mich aber, meine Damen und Herren, abschließend einen Beschlusantrag unserer Fraktion einbringen, der folgendermaßen lautet:

Die in den letzten Jahren vom Grazer Frauenhaus und anderen Fraueninitiativen in der Steiermark geleistete Arbeit findet allgemein Anerkennung. Damit diese Fraueninitiativen auch weiterhin ihre gute Arbeit leisten können, bedarf es der ausreichenden

Finanzierung dieser Projekte. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für Fraueninitiativen, Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder im Jahr 1996 Förderungsmittel in ausreichender Höhe bereitzustellen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag beizutreten, und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. - 11.40 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Kollegin Zach.

Abg. Zach (11.40 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Viele von Ihnen haben sich - so auch ich - hier in diesem Hause mit der Bevölkerungsentwicklung auseinandergesetzt, mit den Veränderungen in der Familie, mit dem Anstieg der Senioren in unserer Bevölkerung, mit dem damit verbundenen Anstieg der Pflegebedürftigkeit, und der Ist-Zustand unserer Sozialeinrichtungen stand dabei genauso zur Debatte wie das, was die Zukunft von uns verlangt.

Ich möchte Ihnen heute am Beginn einen Einblick in den Ablauf eines ganz gewöhnlichen Tag- und Nachtdienstes auf meiner Krankenstation geben, und das im Bezirksaltenheim Voitsberg. Wir haben derzeit 96 pflegebedürftige Menschen zu betreuen, 40 davon sind gehfähig und nur teils pflegebedürftig, 56 Schwerstpflegebedürftige. Wenn ich von mir spreche, dann meine ich zehn Diplomkrankenschwestern und 17 ausgebildete Stationsgehilfen. Wir sind derzeit gut besetzt. Derzeit befindet sich auch unser Haus im Umbau. Im Juni 1995 sollte eine 24-Betten-Station fertiggestellt sein. Dieser Umbau benötigt ganz große Vorbereitungen in der Personalbedarfsberechnung und in der kompletten Umorganisation des Hauses. Der Betrieb muß mit 1. Juni laufen. Der Tagdienst beträgt zehn Stunden, der Nachtdienst wird mit zwölf Stunden berechnet. Tagsüber muß eine Mindestbesetzung von einer Stationschwester, einer Diplomkrankenschwester und mindestens sechs bis sieben Stationsgehilfen sein. Der Nachtdienst wird von einer Diplomkrankenschwester und einer Stationsgehilfin durchgeführt. Vorausschicken möchte ich, daß der gemeinsame Grundsatz aller Pflegenden die Förderung der Selbständigkeit und Aktivität bei allen Heimbewohnern ist. Bei Schwerstkranken ist das nur teilweise möglich, weil sie selbst nicht so viel mitarbeiten können. Hier wird das geschulte Pflegepersonal eingesetzt.

Nun komme ich auf den Tagdienst zurück. Unser Dienst beginnt um 6.45 Uhr mit der Dienstübergabe. Der Nachtdienst geht um 8 Uhr außer Haus. Wir beginnen mit den Morgenarbeiten. Diplomkrankenschwestern und SHD waschen die Patienten. Sie werden angezogen, in den Rollstuhl gesetzt und zum Frühstückstisch gebracht. Die Tische werden gedeckt, das Frühstück ausgeteilt, die Morgenmedikamente von der diensthabenden Diplomkrankenschwester verabreicht, und so auch das Insulin. Die gesamte Versorgung ist zirka um 9 Uhr beendet. Im weiteren Verlauf müssen auch sogenannte Nebentätigkeiten durchgeführt werden, wie das Bettenbeziehen, das

Baden, Wäsche holen, Behandlungspflege nach ärztlicher Anordnung und natürlich auch die täglichen Ambulanzfahrten. Das Mittagessen kommt um 11.30 Uhr. Wiederum werden die Medikamente verabreicht. Anschließend können die Patienten ruhen, wenn sie es wollen. Viele bekommen Besuch, manche überhaupt keinen. Diese sind natürlich sehr einsam, sehr traurig und teilweise auch aggressiv. Am Nachmittag finden in unserem Haus Veranstaltungen statt, die sehr gerne angenommen werden. 21 Ärzte besuchen im Laufe der Woche unser Haus, weil es eine freie Arztwahl gibt. Das bedeutet, es werden Medikamente verschrieben, Infusionen angehängt, und es bedeutet sehr, sehr viel Arbeit für das Personal, denn jeder will die Schwester. Um 16.30 Uhr gibt es das Abendessen, und die Medikamente und Injektionen werden verabreicht. Zwischendurch, irgendwann, wenn ein bißchen Zeit ist, werden die schriftlichen Pflichtarbeiten erledigt, die sogenannten Pflegedokumentationen. Um 17.45 Uhr findet die mündliche Dienstübergabe zwischen Tag- und Nachtdienst statt. Manche Heimbewohner gehen dann ins Bett, und manche gehen ins Fernsehzimmer. Sie werden teils auch für die Nacht gelagert. Bei Schwerstkranken findet die Lagerung alle sechs Stunden statt. Im Intensivzimmer, wir haben Gott sei Dank eines, sind manchmal ein bis zwei Sterbende noch an Infusionen, am Absauggerät, am Sauerstoff angehängt. Der Priester wird geholt. Die Verwandten haben die Möglichkeit, rund um die Uhr bei ihrem Patienten zu sein. Wir versuchen, den Sterbenden zu begleiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sterbebegleitung ist seelische Schwerarbeit, und manche Diplomkrankenschwester scheitert daran. Die steirische Hospizbewegung, die ehrenamtlich in den Spitälern, so auch in den Heimen, tätig ist, ist nur zu begrüßen. Der Nachtdienst beginnt um 18 Uhr, und dann folgen zwölf Stunden Dauereinsatz, denn keine Nacht ist wie die andere. Immer wieder kommt es zu den akuten Verwirrheitszuständen, hervorgerufen durch den momentanen Blutdruckabfall bei den Patienten, oder der Blutzuckerspiegel fällt ab. Nachtdienst bedeutet hohe Verantwortung, bei uns dürfen die Patienten grundsätzlich nicht fixiert werden. Für 96 Patienten müssen als Vorbereitung für den Tagdienst die Medikamente hergerichtet werden, sag „eingeschachtelt“ werden. Während der ständig wiederkehrenden Tätigkeiten eines Nachtdienstes, wie Aufsicht, Prophylaxe, Pflege, Lagerung, Toiletentraining, werden auch die vielen Spätmahlzeiten gegeben, die unbedingt notwendig sind für die Diabetiker. Die tägliche Grundpflege und die Versorgung sind wichtig, und sie sind notwendig, aber nicht alles. Ich habe versucht, in wenigen Sätzen einen Tagesablauf, der in Wirklichkeit viel, viel Mehrarbeit bedeutet, zu beschreiben. Die psychische Betreuung, das Reden, das Zuhören, das Zeithaben, die Zuwendung, ein bißchen Liebe und Geborgenheit geben, das alles, was wir selber wollen, was wir uns alle wünschen, das ist das Wichtigste für unsere Menschen in den Heimen, aber nicht nur für den alten Menschen, sondern für die vielen jungen behinderten Menschen, die immer mehr in den Pflegeheimen aufgenommen werden müssen, weil sie nirgendwo ein Zuhause haben. Abschiednehmen von den Liebgewonnen, vom

Partner, vom Haus, von der Wohnung, das Loslassenkönnen ist sehr, sehr schwer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Steiermark werden wir in 45 Jahren mit 37 Prozent den höchsten Anteil an alten Menschen, österreichweit, haben. Das Land muß sich bemühen, mit der Entwicklung schrittzuhalten, um endlich zur Vorsorge zu kommen. Mit der Einführung des Pflegegeld- und des Pflegeheimgesetzes ist der erste Schritt gesetzt. Der Lernprozeß um das Alter ist aber noch lange nicht abgeschlossen, weder für die Gesellschaft noch für die Politik. Es gibt so vieles zu tun. Wir haben derzeit in der Steiermark Seniorenwohnheime, Altenheime mit angrenzender Pflegestation, vier Landesaltenpflegeheime, die kaum einen freien Platz haben, obwohl die Plätze sehr teuer sind, es gib auch zu wenig Kurzzeitpflegeplätze. Von Altenwohn- und -pflegeplätzen entfallen 18 Prozent auf reine Altenwohnheime, 32 Prozent auf die Pflegeheime und 43 Prozent auf Heime mit Wohn- und Pflegebetten. Die mobilen Sozialdienste, die es in der Steiermark gibt, müssen in Zukunft mehr angenommen und mehr ausgebaut werden. Sie ermöglichen die Pflege der Menschen in den eigenen vier Wänden, umgeben von menschlicher Wärme und Nähe. Wir brauchen in der Steiermark nicht nur einen integrierten Gesundheitsplan, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern auch einen Sozialplan, der funktioniert und der vernetzt zu sehen ist zum Gesundheitsplan. Menschen, die heute in ein Heim wollen, haben die Möglichkeit, aus dem Angebot der Heimbetreiber zu wählen. Hier entsteht eine Frage, braucht ein Heim ein Leitbild? In Deutschland gibt es so etwas. Die Stadt Dornbirn hat ein Führungshandbuch herausgegeben. Leitbild, das ist eine Schaffung von Richtlinien, von Leitlinien zur Führung eines Alten- und Pflegeheimes, Leitlinien, die eine erfolgreiche Betriebsführung ermöglichen, Ziele vorgeben. Ziele, die eine hohe Wohn- und Lebensqualität anstreben und der Achtung, der Würde, der Persönlichkeit und Rechte jedes Heimbewohners dienen. Das kostet überhaupt nichts, nur einen persönlichen Einsatz und viel Kreativität. Den gleichen positiven Effekt verspreche ich mir von einer Heimleiterausbildung. Das kann ruhig berufsbegleitend geschehen.

Wer oder was ist ein Heimleiter? Gibt es das Berufsbild? Die Betreuung unserer Menschen in den Heimen ist auch von der Qualifikation eines Heimleiters geprägt. Damit ich aber nicht mißverstanden werde, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Pflegeheime sind bis jetzt gut geführt worden, vorbildlich. Um aber gleiche Richtlinien für alle Einrichtungen und für die Zukunft zu schaffen, wünschen sich die Betroffenen selbst eine Aufwertung ihrer Tätigkeit durch ein Berufsbild. Von einer Führungskraft – ich vergleiche das immer mit einem Managerposten – wird heute sehr, sehr viel verlangt, und Deutschland spielt hier wieder eine Vorreiterrolle. Nicht immer und überall wird mit dem Begriff Ausbildung sofort Positives verbunden, und vor allem dann nicht, wenn Ängste bestehen. Die gesetzliche Regelung der Arbeit, der Ausbildung von Altenhelfern, von Heimhelfern ist notwendig, und dadurch wird eine ganz große Lücke draußen im ambulanten Bereich, aber auch im stationären Bereich in der Betreuung der alten

Menschen geschlossen. Für sehr notwendig finde ich – ich habe es heute von der Kollegin Minder schon gehört – die Kompetenzabgrenzung zwischen Diplomkrankenschwestern, Altenhelfern und Heimhilfen. Am zielführendsten wäre hier ein Tätigkeitskatalog steiermarkweit einheitlich, österreichweit, vielleicht im Hinblick auf die EU. Die Ausbildung der Heimhilfe ist zu begrüßen, bringt aber sehr viel Ängste mit sich. Ich selbst bin im Sozialausschuß der Stadt Voitsberg, habe mit sehr vielen Heimhelferinnen zu tun. (Präsident Mag. Rader: „Darf ich bitten, zum Schluß zu kommen!“) Ich bin gleich soweit, Herr Präsident.

Sie sagen, haben wir bis jetzt nicht gut für die Menschen draußen gesorgt? Warum muß jetzt eine Ausbildung her? Wir können auf diese Arbeit nicht verzichten, und trotzdem müssen wir für die Zukunft Regeln aufstellen. Die Steiermark sollte sich am dreimonatigen Ausbildungsmodell des Bundeslandes Wien orientieren. Nachdem meine Redezeit schon vorbei ist, werde ich mich kurz halten. Der Personaldefizit in den Heimen könnte durch verstärkten Einsatz von Zivildienern verbessert werden. Fünf Sozialhilfeverbände und elf Einrichtungen haben bisher mit Zivildienern gute Erfahrung gemacht. Der Sozialbereich hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. So wichtig Sparmaßnahmen sind, so dürfen sie nicht auf Kosten der Ärmsten und sozial Schwachen in unserem Lande gehen. So auch ein Ausspruch unseres Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer, dem ich dafür recht herzlich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 11.55 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Wortmeldung ist die Frau Monika Kaufmann, die es sich heute nicht nehmen läßt, ans Rednerpult zu gehen. Ich danke herzlich.

Abg. Kaufmann: Was tut man nicht alles, damit man den Präsidenten ein bißchen unterhält.

Präsident Mag. Rader: Das hat durchaus einen Applaus verdient, glaube ich. (Allgemeiner Beifall.) Und weil wir gerade beim Applaudieren sind, vielleicht hat der Landtag auch registriert, daß die beiden Damen in der Landesregierung diese Budgetdebatte am eifrigsten und ausdauerndsten verfolgen. Ich glaube, sie haben auch einen Sonderapplaus verdient. Bitte schön! (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Kaufmann (11.56 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt rund 208.000 Kinder in der Steiermark, die im betreuungspflichtigen Alter sind. Dem stehen aber nur 27.000 Betreuungsplätze gegenüber. Also nur rund 13 Prozent der steirischen Kinder, der betroffenen Kinder, können in Betreuungseinrichtungen versorgt werden, während 87 Prozent anderwärtig betreut werden müssen. Und was bedeutet anderwärtig? Anderwärtig bedeutet zumeist eine nicht berufstätige Mutter, aber in den meisten Fällen bedeutet es wohl, daß die Kinder bei den Großeltern belassen werden und von diesen versorgt werden, während die Mutter ihrem Beruf nachgeht. Gerade im ländlichen Raum zeigt sich aber, daß diese Entwicklung an ihre Grenzen stößt. Bedingt durch den immer rascheren

sozialen Wandel, der sich in der Familie und im Umfeld der Familie vollzieht. Ich denke hier an die Abnahme der Anzahl der Großfamilien, an die Zunahme sogenannter unvollständiger Familien, also von Alleinerziehern, und letztendlich eine Zunahme der Familienhaushalte, in welchen sich keine Eltern-generation mehr befindet, welchen die Kinderbetreuung übernehmen würde. Dies führt gerade im ländlichen Bereich zu immer größeren Schwierigkeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mehr als zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe werden im Nebenerwerb geführt. Das bedeutet für die Bäuerinnen, daß sie mit dem Großteil der landwirtschaftlichen Arbeit, dem Haushalt, der Altenbetreuung und nicht zuletzt der Kinderbetreuung alleine sind. Gerade dann, wenn in der Landwirtschaft die meiste Arbeit anfällt, also im Sommer, bei der Erntezeit, sind die Kindergärten geschlossen. Das zweite Problem ist, daß es im ländlichen Raum kaum eine Kinderbetreuungsstelle oder kaum einen Kindergarten gibt, in dem man Kinder unter vier Jahre unterbringen oder zur Beaufsichtigung hinbringen könnte. Und wie viele Gefahren auf die Kinder im ländlichen Raum lauern, zeigen leider die Unfallstatistik und in vielen Fällen tragischerweise auch die Todesstatistik der Versicherungsanstalten. Gerade hier könnte mit Tagesmutterprojekten geholfen und sehr viel Leid verhindert werden. Sicher stellt sich auch hier die Frage der Finanzierung. Aber es erscheint mir auch nicht realistisch, daß im gesamten ländlichen Raum unseres Bundeslandes Kindergärten errichtet werden können, um für alle Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. Gerade wenn ich die finanziellen Möglichkeiten der steirischen Gemeinden betrachte, dann zeigt es, daß es eine Illusion wäre zu glauben, daß Kinder in der Zukunft eben dort genügend Kindergartenplätze finden werden. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Einrichtung von Tagesmüttern nicht nur ein wichtiger Bestandteil bei der Kinderbetreuung ist, sondern in Zukunft noch ein wichtigerer Bestandteil werden muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Mit den Tagesmutterprojekten bietet man Frauen, die den Beruf einer Tagesmutter ausüben wollen, die Chance, Beruf und Familie zu verbinden. Ihr Arbeitsplatz befindet sich ja im eigenen Haushalt bei ihren Kindern. Damit bietet man vielen Frauen auch die Möglichkeit zum Wiedereinstieg ins Berufsleben, und andererseits bietet es die Gewißheit, daß die Kinder während der beruflichen Tätigkeit von Mutter oder Vater oder beiden gut aufgehoben sind. Aus diesem Grund bin ich der Überzeugung, daß die Entwicklung der Tagesmutterprojekte in der Steiermark politisch und finanziell weiter unterstützt beziehungsweise ausgebaut werden muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Bis jetzt war es so, daß die Tagesmutterprojekte seitens der Arbeitsmarktverwaltung über drei Jahre gefördert wurden. Nun stehen die Projekte vor der Gegebenheit, daß die Förderungen auslaufen und keine bindenden Zusagen seitens der Arbeitsmarktverwaltung für eine weitere Projektfinanzierung gegeben sind. Die Elternbeiträge können aus sozialen Zumutbarkeitsgründen nicht wesentlich erhöht werden. Also wird der Subventionsbedarf für die Tagesmutterprojekte aus dem Sozialbudget des

Landes im gleichen Ausmaß steigen. Und zu dieser Steigerung sollten wir uns als politisch Verantwortliche im Interesse der Kinder und im Interesse der Zukunft von uns allen deutlich bekennen. Eine gesetzliche Regelung über die Finanzierung von Tagesmutterprojekten sollte daher von allen hier vertreten werden. Ich bin überzeugt davon, daß die Betreuungsform der Tagesmütter zeitgemäß und flexibel genug sein wird, mit den künftigen Entwicklungen der Arbeits- und Familienwelt in den steirischen Gemeinden Schritt halten zu können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 12.00 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke! Nächste Wortmeldung ist der Herr Kollege Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (12.00 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Als Vater von vier Kindern möchte ich mich aus Sorge um die kinderreichen Familien kurz zu Wort melden. Wir sagen oft, Kinder sind der Motor unserer Gesellschaft. Ich füge hinzu, Mehrkinderfamilien sind die Motoren unserer Gesellschaft. Familie erlebt und lebt jeder einmal in seinem Leben. Die Familie ist der erste und der wichtigste Ort für jeden Menschen. Familie, das wissen wir alle, ist für die Gesellschaft unverzichtbar. Und die Gesellschaft und wir alle sind für die Familien verantwortlich.

Auch wir als Landtag sind für unsere Familien in der Steiermark verantwortlich. Im Sparpaket der Bundesregierung sollen Mehrkinderfamilien die Draufzahler sein. Meine Damen und Herren, dagegen müssen wir uns wehren. Die Steirische Volkspartei hat sich in der Bundesparteileitung massiv gegen den Entfall der Mehrkinderstaffelung gewehrt. Es wurde im Koalitionsübereinkommen vereinbart, daß über dieses Problem nochmals klar und eindeutig diskutiert werden muß. Ich ersuche daher die Landesregierung im Interesse der sozial schwachen Familien, diese Aufhebung der Mehrkinderstaffelung zu diskutieren und die Bundesregierung aufzufordern, dies zu unterlassen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn der Motor stirbt, stirbt auch unsere Gesellschaft. Ich bitte Sie alle, dies zu bedenken. (Allgemeiner Beifall. - 12.02 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bedanke mich nicht nur für den Inhalt sehr herzlich, sondern für die beispielhafte Kürze der Wortmeldung. Letzter Redner ist der Herr Abgeordnete Herrmann.

Abg. Herrmann (12.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Werte Damen und Herren!

In der sozialen Wohlfahrt zieht sich sozusagen ein roter Faden durch, daß die Mehrbegüterten und Starken eintreten für die Ärmeren und Schwachen. Bei einer Post oder einem Ansatz habe ich aber den Verdacht, daß es hier umgekehrt ist, und das ist der Ansatz 451 „Altersvorsorge“. Wenn ich hier im Voranschlag die Beiträge sehe, und ich weiß, daß ich jetzt, wie man auf steirisch sagt, in ein Wespennest „einistier“, der Gemeinden von den Entgelten der nicht öffentlich-rechtlichen Gemeindebediensteten sind 249,300,000 Schilling. Aus diesen Beiträgen, die

wir hier einzahlen, bekommen wir unsere Abfertigungen für unsere Vertragsbediensteten. Hier sehe ich, daß an Abfertigungen nur 55 Millionen Schilling ausbezahlt werden sollen. Es gibt daher einen Überhang von 194,300.000 Schilling. Ich konnte aber nirgends finden, daß dieser Überschuß auf eine Rücklage gekommen ist. Wenn ich das in meiner Gemeinde betrachte, dann könnte ich mit diesen Beiträgen jährlich einen Gemeindevertragsbediensteten mit 25 Jahren in Pension schicken. Darum gibt es den Verdacht. Wenn man weitersieht in diesem Voranschlag, sind die Ruhebezüge der öffentlich-rechtlichen Bediensteten 341 Millionen und die Versorgungsbezüge, diese sind für die Hinterbliebenen, 90,200.000 Schilling, insgesamt also 431,200.000 Ausgaben, an Einnahmen sind aber nur 47,200.000 von den Beamten und die Beiträge von den Gemeinden für die Beamten 161,500.000. Das macht insgesamt 208,700.000 Schilling Einnahmen. Demgegenüber stehen 431,200.000 Schilling an Ausgaben, es ist also ein Abgang von 222 Millionen Schilling. Wenn nun wir, und darum ist der Verdacht gegeben, die kleinen Gemeinden, für die größeren hier die Zahler sind, dann muß ich sagen, ist das gelinde gesagt ein Skandal. In der heutigen Zeit, wo überall vom Sparen gesprochen wird, wo alles im Fluß ist, muß man auch über diese Möglichkeit, über diesen Mißstand berichten können. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir, die kleinen Gemeinden, werden immer mehr zu Arbeiten herangezogen, die nicht entlohnt werden. Ich nenne hier das Tourismusgesetz. Wir bekommen von diesen Einnahmen nur 8 Prozent. Mit diesen 8 Prozent ist unsere Arbeit nicht abgegolten. Nun will man die Lustbarkeitsabgabe, die auch für das Land eingehoben wird, nur mit 6 Prozent entlohnen. Ich kann daher bei der Lustbarkeitsabgabe dem Paragraphen 5 sicher nicht zustimmen. Liebe Freunde! So geht es nicht weiter! Wir Kleinen, ich bin ein Vertreter einer kleinen Gemeinde, werden uns das nicht mehr gefallen lassen. Wir sind natürlich nur die Davids, und der Goliath ist der Bund, das Land und die großen Städte. Eines sage ich euch: Wir haben nun die Steinschleuder mit dem heutigen Tag ausgepackt, und wir werden unser Recht bekommen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.07 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu einer kurzen Wortmeldung hat sich noch die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa gemeldet.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (12.07 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Meine Rede ist kurz, aber umso wichtiger. Ich darf den vorhin gestellten Beschlußantrag zurückziehen und folgenden geänderten Beschlußantrag einbringen, der nicht nur von unserer Fraktion, sondern erfreulicherweise nun auch von der ÖVP-Fraktion mitgetragen wird. Mir tut es nur sehr leid, daß die FPÖ hier nicht mitgeht. Kollege Schinnerl hätte das gerne gemacht, aber anscheinend herrscht bei der FPÖ so ein starker Klubzwang, daß man sich dem beugen muß. Aber vielleicht ändert sich das irgendwann einmal. Ich darf nun den Beschlußantrag vorlesen: Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Pußwald, Minder und Dr. Lopatka,

betreffend die finanzielle Absicherung von Fraueninitiativen. Die in den letzten Jahren vom Grazer Frauenhaus und anderen Fraueninitiativen in der Steiermark geleistete Arbeit findet allgemeine Anerkennung. Damit diese Fraueninitiativen auch weiterhin ihre gute Arbeit leisten können, bedarf es der ausreichenden Finanzierung dieser Projekte. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für Fraueninitiativen, Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder, Förderungsmittel gemeinsam mit den Sozialhilfeverbänden in ausreichender Höhe bereitzustellen. Ich bitte Sie, den Antrag in der Form zu beschließen, und darf ihn dem Herrn Präsidenten übergeben. (Beifall bei der SPÖ. – 12.09 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke. Die Frau Kollegin hat gleichzeitig auch die Frau Kollegin Mag. Bleckmann an das Rednerpult gelockt. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (12.10 Uhr): Soweit mir bekannt ist, ist die zuständige Landesrätin eine Landesrätin der Sozialdemokratischen Partei, die sehr wohl weiß, daß sie bis jetzt in der Voranschlagsstelle immer nur 900.000 Schilling drinnenstehen hatte, und schon sehr lange weiß, daß sie für diese Stelle, für die Frauenhäuser, schon seit drei Jahren immer 1,5 oder 1,6 Millionen Schilling gebraucht hat. Wenn ich das weiß, dann sollte ich doch im Zuge der Budgetwahrheit das auch hineinschreiben und dann nicht das Budget sofort unterlaufen, indem ich im Budgetlandtag einen Antrag stelle. Ich würde es ja noch eher verstehen, wenn dieser Antrag zu irgendeiner anderen Zeit käme. Das ist ein so schönes Beispiel, von dem Sie bei meiner Generalrede gesprochen haben. Sagen Sie mir ein Beispiel. Genau das ist eines dieser Beispiele, wo Sie bereits jetzt das Budget unterlaufen. Ich verstehe da die Kollegen der ÖVP nicht, warum sie hier mitgehen. Aber ich weiß sehr wohl, daß dieses Projekt sehr wichtig ist. Ich habe das Frauenhaus selber besucht und würde es auch für sehr notwendig halten. Ich sehe nicht ein, daß da hier etwas mißbraucht wird dafür, das Budget wieder zu unterlaufen. Weil, wenn ich das vorher schon weiß, dann muß ich das auch hineinschreiben. Und uns jetzt zu sagen, wir stehen unter dem Druck unserer Fraktion, dann ist das wirklich schon eine Unterstellung, die Sie uns hier liefern, weil Sie ganz genau gesehen haben, daß wir keinen Zwang haben, denn unser Kollege Peinhaupt stimmt einem Teil des Budgets nicht zu, weil er sich damit nicht vereinbaren kann. Da haben wir keinen Zwang. Bei Ihnen ist das jetzt, seit es den Kollegen Wabl nicht mehr gibt, nicht mehr möglich. Und das uns jetzt vorzuwerfen, ist wirklich eine bodenlose Unterstellung. (Abg. Dörflinger: „Nein, nein, nein!“) Und das werfe ich Ihnen vor. (Abg. Mag. Erlitz: „Schinnerl wäre gerne mitgegangen!“) Sie können sich hier nicht hinstellen und es einfach sagen, wenn Sie überhaupt nicht wissen, daß das bei uns ganz anders ist als bei Ihnen. Wir haben keinen Klubzwang. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 12.11 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Das Wort hat die Frau Landesrätin. Ich würde vorschlagen, die Verfassung zu lesen, dort kommt der Klubzwang nicht vor. Jetzt hat die Frau Landesrätin das Wort.

Landesrat Dr. Rieder (12.11 Uhr): Herr Präsident!

Ich danke Ihnen für das Wort. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich bin nun ein Jahr als Sozialreferentin im Amt, zuständig für die Bereiche Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt, Sozialhilfe. Ich habe dieses Jahr genützt, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, ein Jahr der Erfahrungen zu sammeln und auch des Lernens. In diesem Jahr war es aber auch möglich, wichtige Gesetzesänderungen durchzubringen und auch strukturelle Neuerungen. Ich darf anmerken, die Schuldnerberatung wurde neu organisiert, das Pflegeheimgesetz wurde im Oktober in diesem Landtag beschlossen, das Alten- und Heimhilfegesetz ist soweit fertig, daß ich einen Entwurf an die politischen Parteien, aber auch an die interessierten Organisationen verschicken konnte, und hoffe, daß ich zu Beginn des kommenden Jahres das Gesetz in die Regierung einbringen werde.

Zum Pflegegeld- und zum Sozialhilfegesetz gab es Parteienverhandlungen. Ich möchte daher gleich am Beginn meiner Worte danken allen jenen, die über Parteigrenzen hinweg mir den Einstieg in meine Tätigkeit erleichtert haben. Ich möchte mich bedanken bei meinen unmittelbaren Mitarbeitern im Büro für die wirklich tolle und volle Unterstützung, und bei jenen Damen und Herren meiner Rechtsabteilung 9, die mich unterstützt haben bei jenen Maßnahmen, die einfach dazu da sind, allen jenen Menschen zu helfen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Letztendlich möchte ich mich bedanken bei allen Debattenrednern zur Gruppe 4, so kontroversiell die Standpunkte auch dargelegt werden, weil einfach durch ihre Wortmeldung die Wichtigkeit und die unbestrittene Notwendigkeit eines gut funktionierenden Sozialnetzes in unserer Steiermark unterstrichen wurde.

Bevor ich auf die nüchternen Zahlen eines Budgets zu sprechen komme, gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen. In den letzten Wochen und Monaten war immer von neuen Herausforderungen in der Politik zu hören, auch für den Sozialbereich, obwohl die Koalitionsverhandlungen zur Gründung der neuen Bundesregierung einen anderen Eindruck erweckten. Den Eindruck nämlich, daß in unserem Land alles übersozial wäre und Leistungen zumeist unberechtigt in Anspruch genommen werden. Kurz, es wurde der Anschein erweckt, als ob ausschließlich mehr Sparsamkeit die neue Herausforderung wäre. Kein Wort davon, daß wir immer mehr behinderte Menschen haben, die auf unsere Hilfe angewiesen sind, kein Wort mehr, daß die demographischen Entwicklungen darauf hindeuten, daß wir in einigen Jahren und Jahrzehnten immer mehr ältere und pflegebedürftige Menschen zu versorgen haben werden, und kein Wort davon, daß immer mehr Kinder und Jugendliche auf Grund einer kinderfeindlichen Gesellschaft Aggressionen zeigen, Verhaltensauffälligkeiten und Verhaltensstörungen. Statt dessen spricht Herr Bundespräsident Dr. Klestil von der

Abschaffung nicht mehr zeitgemäßer Sozialleistungen anlässlich seiner Rede zum Nationalfeiertag, statt dessen sprechen die Koalitionspartner von der wahrscheinlichen Zurücknahme der Sonderunterstützung für Langzeitarbeitslose, sprechen von einer Vereinheitlichung der Familienbeihilfe und des Karenzgeldes. Für mich als Sozialdemokratin und Landesrätin ist diese Art und viele Bereiche des Sparpaketes undiskutabel. Es kann nicht Ziel der Sozialpolitik sein, neue Sozialfälle zu schaffen, denn eines muß uns im klaren sein, wenn dieses Sparpaket tatsächlich zum Tragen kommt, dann treffen wir viele Betroffene wieder, und zwar als Antragsteller bei unseren Sozialhilfeverbänden in den Bezirken.

Budgetkonsolidierung ja, aber nicht ausschließlich zu Lasten der kleinen und mittleren Bezieher und nicht im Sozialbereich. Ja zu Maßnahmen gegen einen etwaigen Sozialmißbrauch, nein aber zu einem Klima des geistigen Sozialabbaues.

Nun zum steirischen Sozialbudget für das kommende Jahr. Im ordentlichen Haushalt sind 2869 Millionen Schilling präliminiert oder 7,5 Prozent des Gesamtbudgets. Im außerordentlichen Haushalt sind 4 Millionen Schilling vorgesehen, das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 8,9 Prozent. Zurückzuführen ist diese Steigerung auf die Indexanpassungen bei den Pflichtleistungen und beim Pflegegeld, wo vermehrt Anträge gestellt werden. Allerdings ist auch vorgemerkt, daß die Anpassung, wie sie jetzt vom Sozialminister mit 2,8 Prozent bekanntgegeben wurde, auch berücksichtigt ist. Ich glaube sagen zu können, daß der Voranschlag des Sozialressorts wieder mit dem erforderlichen Augenmaß erstellt ist, knapp 97 Prozent dieses Budgets fallen in den Pflichtleistungsbereich, auf den ein gesetzlicher Anspruch besteht.

Noch ein Wort zum Budgetprovisorium. Und zwar deshalb, weil dieses Provisorium Schwierigkeiten bei der Erstellung der Tagsätze in den Sozialhilfe-, Behinderten- und Jugendwohlfahrtseinrichtungen verursacht hat. Getroffen hat es im besonderen die Sozialhilfeverbände aus dem Grund, weil sie ihre Budgets nicht mehr rechtzeitig anpassen konnten, und der zweite Grund ist darin zu finden oder zu erklären, daß die Personalausstattung nachgezogen werden mußte. Das hat eben zu erheblichen, zum Teil überproportionalen Steigerungen geführt. Ich hoffe aber, daß das in der Zukunft nicht der Fall sein wird. Darüber hinaus hat meine Abteilung ein neues Konzept in Ausarbeitung, das vorsieht eine Verkürzung des Verwaltungs- und Abrechnungsweges wie auch eine raschere Überprüfung der Tagsätze. Zusammenfassend glaube ich, dem Pflichtausgabenbereich kein schlechtes Zeugnis ausstellen zu müssen, er ist getragen vom Aspekt der Sparsamkeit. Ich darf erwähnen, daß das Ruhegeld für Pflegeeltern beziehungsweise das Pflegeeltern geld nicht erhöht wurden. Ich glaube, es bildet eine gute Grundlage, den hilfe- und pflegebedürftigen Menschen in unserem Bundesland tatsächlich helfen zu können.

Anders sieht die Situation im Förderungsbereich aus. Der Gestaltungsrahmen liegt bei 89 Millionen Schilling oder 0,22 Prozent des Landesbudgets. Bedauerlicherweise wurden die Zahlen wiederum seit 1992 fortgeschrieben mit zwei Ausnahmen, auf die ich

noch zu sprechen komme. Diese Tatsache ist sicherlich unbefriedigend, weil überhaupt kein Spielraum gegeben ist, nämlich eine förderungsgerechte Politik durchzuführen. Außerdem ist das ein falsches Signal an die privaten Wohlfahrtseinrichtungen, Sozialinitiativen, Gemeinden und Sozialhilfeverbände, sie entlasten die öffentliche Hand durch ihre Arbeit ganz wesentlich, und sie können schwer verstehen, warum nicht einmal die jährlichen Steigerungsraten der allgemeinen Preisentwicklung berücksichtigt werden konnten. Davon betroffen ist das Frauenhaus Graz, das im Budget mit nur 900.000 Schilling vorgesehen ist, obwohl ich, Frau Abgeordnete Bleckmann, sehr wohl den notwendigen Betrag von 1,6 Millionen Schilling angemeldet habe. Weiters betroffen sind die sozialökonomischen Betriebe, dotiert mit 10 Millionen anstatt der notwendigen 18 Millionen, um alle Projekte ausfinanzieren zu können. Auch betroffen die geschützte Werkstätte in Trieben, wo 11 Millionen Schilling zu wenig dotiert wurden. Die Behindertenorganisationen sind ebenfalls nur mit 5 Millionen Schilling im Budget vorgesehen. Die Situation ist aber nicht bedenklich, nachdem erfreulicherweise die Parteienverhandlungen zum Lustbarkeitsabgabegesetz so schnell über die Bühne gegangen sind und noch im Zuge dieses Landtages die Beschlußfassung erfolgen wird. Zusätzliche Mittel sind dadurch gegeben für die Behindertenorganisationen, für den Kriegsopferversband und für die Flüchtlinge. Erfreulich ist hingegen die Situation bei den Tagesmüttern. Hier wurde der Budgetansatz von 4 auf 10 Millionen Schilling erhöht. Erfreulich deshalb, weil mit diesen Mitteln nicht nur die bestehenden Projekte ausfinanziert werden können, sondern auch ein moderater Ausbau in der Steiermark möglich sein wird. Ich glaube nämlich, daß diese Mittel einen doppelten positiven Effekt haben. Zum einen haben die Tagesmütter in ihrer Familie einen Arbeitsplatz, zum anderen ist es den leiblichen Eltern, Mutter, Vater, je nachdem, möglich, ebenfalls einer Arbeit nachzugehen.

Neu im Budget, und damit komme ich zum zweiten positiven Aspekt, ist die Schuldnerberatung. Sie wissen, das neue Insolvenzrecht wird mit Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten. Es ermöglicht einen Privatkonkurs. Deshalb ist es notwendig, die Schuldnerberatung in der Steiermark flächendeckend auszubauen, und zwar mit sogenannten bevorrechteten Schuldnerberatungsstellen, weil nur diese sind berechtigt, neben Rechtsanwälten, die Vertretung von Privatschuldnern im Gerichtsverfahren durchzuführen. Die Einrichtung „Rettet das Kind“ wurde mit der Schuldnerberatung beauftragt. Sie ist seit vielen Jahren mit großem Erfolg tätig. Herr Abgeordneter Lopatka, ich hätte mir gedacht, Sie recherchieren besser. Wenn Sie sagen, daß Sie mit vielen Privatorganisationen, unter anderem mit „BAN“, gesprochen haben – (Abg. Dr. Lopatka: „BAN“ habe ich nicht gesagt!) Sie haben es hier sehr wohl zitiert. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich habe nie gesagt, daß ich mit ‚BAN‘ gesprochen habe!“) Sie haben am Anfang gesagt, Sie haben sehr viele Kontakte. Ich habe sehr gut aufgepaßt. „BAN“ ist nämlich seit einem halben Jahr in der Schuldnerberatung nicht mehr tätig. Aber ich komme jetzt auf den Brief des Direktor Knauer aus Judenburg zu sprechen. Er hat mir in einem Brief

vorgeworfen, ich hätte nie das Gespräch mit ihm geführt. Ich darf dazusagen, es hat sehr wohl Besprechungen bei der Rechtsabteilung 9 gegeben, wo er die Möglichkeit gehabt hätte, seinen Wunsch zu deponieren. Ich habe ihm daraufhin einen Brief geschrieben und ihm eine Einladung angeboten. Diese hat er aber nicht angenommen. (Abg. Mag. Erlitz: „Jetzt schaut es schon anders aus!“) Es ist für mich weiters verwunderlich, daß sich Herr Direktor Knauer nicht besser informiert. In seinem sehr anmaßenden Brief schreibt er nämlich, er wundert sich über mich, daß ich die Organisation „Rettet das Kind“ einschalte. Nur, weil im Vereinsnamen der Begriff „Kind“ vorkommt, ist es sicherlich nicht zu erwarten, daß Kinder in diesen Beratungsstellen tätig sind. Ich habe ihm natürlich einen sehr aufklärenden Brief geschrieben. Das ist auch notwendig, weil sonst ist er über die Situation weiter nicht informiert. Ich darf jedenfalls, was die Organisation „Rettet das Kind“ betrifft, folgendes feststellen: Das ist erstens eine Organisation, die seit Jahren in der Schuldnerberatung mit Erfolg tätig ist. Die Organisation wurde deshalb von mir beauftragt, weil sie die kostengünstigste Variante vorgelegt hat, und zwar eine solche, die um 2 Millionen Schilling billiger ist als die andere vorgelegte. Für mich ist Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit kein Lippenbekenntnis. Das möchte ich damit sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der dritte positive Aspekt ist der, daß alle diejenigen Damen und Herren, die schon bisher in der Schuldnerberatung in der Steiermark tätig waren, ihren Arbeitsplatz wechseln können und bei „Rettet das Kind“ angestellt werden. Ich glaube, das sind sicherlich Aspekte, über die auch Sie nicht hinwegkommen. (Abg. Dr. Lopatka: „Gegen den Willen!“) Wieso gegen den Willen? Es wird ja niemand gezwungen. (Abg. Dr. Lopatka: „Was sollen die Leute?“) Abschließend darf ich zu Ihrem Zitat in der Zeitung „Der Grazer“ feststellen, wo Sie heute sagen, „zweifelhafter Zuschlag für SP-nahen Verein bei der Schuldnerberatung“. (Abg. Dr. Lopatka: „Das sagt der Redakteur!“) Die Bundesvorsitzende ist die Frau Hofrat Dr. Mock. Sie werden sicherlich nicht sagen, daß sie uns nahesteht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Eine Frage!“ – Abg. Dörflinger: „Das ist keine Fragestunde!“) Ich habe es schon beantwortet, bevor Sie mich fragen, um 2 Millionen Schilling billiger. Ist das nicht gut? (Abg. Dr. Lopatka: „Sie haben mir nicht gesagt, ob es eine billigere Lösung gibt!“) Es hat eine Debatte bei der Rechtsabteilung 9 gegeben. Dann wurden Projekte vorgelegt. Ich habe das kostengünstigere davon gewählt, und jeder hätte die Möglichkeit gehabt, ein weiteres Projekt vorzulegen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „So werden Sie das Vertrauen der freien Träger nicht gewinnen!“) Sie täuschen sich, Herr Abgeordneter. Wenn Sie jetzt von dem Herrn der Caritas sprechen, dann darf ich Ihnen sagen, ich habe kein Wort vom Herrn Caritasdirektor im negativen Sinn gehört. (Abg. Dr. Lopatka: „Er hat sich dort zu Wort gemeldet!“) Ich habe nichts gehört, vielleicht dann bei Ihnen. (Präsident Mag. Rader: „Jedenfalls nicht zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lopatka, bitte Frau Landesrätin!“) Zusammenfassend darf ich zu diesem Punkt sagen: 3,5 Millionen Schilling sind im Budget dafür vorgesehen. Es ist ein schöner Anfang, aber eine

flächendeckende Vollversorgung wird mit diesem Betrag nicht möglich sein. Trotz dieser beiden positiven Ausnahmen, eigentlich sind es drei, weil ja das Lustbarkeitsabgabegesetz auch noch beschlossen werden wird, ist der Förderungsbereich unbefriedigend, weil er eben nur bedingt die Möglichkeit bietet, Akzente in Richtung einer flexiblen und modernen Sozialpolitik zu setzen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir es im Sozialbereich in erster Linie mit Menschen zu tun haben, die meist unverschuldet von Krankheiten befallen sind, Behinderungen haben, persönliche Handikaps, daher große Probleme, keine Lobby haben und daher auf unsere Solidarität angewiesen sind. Ich ersuche Sie daher sehr eindringlich, die verschiedenen Anträge, nämlich Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für das Frauenhaus, die sozialökonomischen Betriebe und die geschützte Werkstätte in Trieben, zu unterstützen. Keiner dieser Betroffenen würde einsehen, daß wir für sie kein Geld haben, während wir in anderen Bereichen ganz locker über Milliardenbeträge sprechen und dabei der Anschein erweckt wird, Geld würde keine Rolle spielen. Sie würden jedenfalls mit der Zustimmung zu diesen Anträgen zum Ausdruck bringen, daß wir für Menschen mit sozialen Problemen sehr viel übrig haben. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 12.28 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Wir haben drei Abstimmungen vorzunehmen.

Erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum ersten Teil der Gruppe 4 (Ansätze 41 bis 46), zweitens über den Beschlußantrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Finanzierung der geschützten Werkstätte in Trieben, und drittens über den Beschlußantrag der sozialdemokratischen Fraktion und der Österreichischen Volkspartei, betreffend die finanzielle Absicherung von Fraueninitiativen. Die beiden Beschlußanträge wurden ausreichend unterstützt. Ich komme nun zur Abstimmung:

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum ersten Teil der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt (Ansätze 41 bis 46) die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wer dem Beschlußantrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Finanzierung der geschützten Werkstätte in Trieben, die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Wer dem Beschlußantrag der sozialdemokratischen Fraktion und der Österreichischen Volkspartei, betreffend die finanzielle Absicherung von Fraueninitiativen, die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Gruppe 5, Gesundheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günter Dörflinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dörflinger (12.30 Uhr): Hoher Landtag!

Angesichts der Bedeutung des Budgetkapitels 5 gehe ich davon aus, daß Sie die Ansätze kennen. Ich

sage vorher die Einnahmen: 3.194,748.000 Schilling, Ausgaben 3.844,513.000 Schilling. Zusätzlich gibt es einen mündlichen Bericht. Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1994 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/1, über den Landesvoranschlag 1995, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan über Beschlußanträge beraten und zur Gruppe 5 nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage folgende Beschlußanträge beschließen:

Gruppe 5: Ertsens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erstellung der zukünftigen Landesvoranschläge auf Grund der prekären Situation eine Schwerpunktsetzung für eine aktive Umwelt- und Naturschutzpolitik zu praktizieren. Besonders sind ausreichende Mittel für den Abschluß der landesweiten Biotopkartierung und für weitere dringend notwendige Naturschutzmaßnahmen vorzusehen.

Zweitens: Darüber hinaus wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, im Europäischen Naturschutzjahr 1995 einschneidende Signale zugunsten des Natur- und Umweltschutzes durch gezielte Projektunterstützung zu setzen. Die Antragsteller sind die Abgeordneten Trampusch, Ussar, Dr. Karisch, Tasch, Dr. Ebner und Mag. Bleckmann.

Nächster Antrag: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ehebaldigst moderne „Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen der Abwasserbehandlung“ zu beschließen. Dabei sollte insbesondere auf die immer mehr an Bedeutung gewinnenden dezentralen Methoden der Abwasserbehandlung, wie zum Beispiel Pflanzenkläranlagen, Bedacht genommen werden. Antragsteller: Trampusch, Schleich, Majcen, Riebenbauer, Schinnerl und Dr. Ebner.

Nächster Antrag: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, wann mit der Errichtung einer Müllverbrennungsanlage zu rechnen ist und wie das bereits durch einen einstimmigen Regierungsbeschluß dokumentierte Ziel der Errichtung erreicht werden soll. Weiters sind die von der AVG dem Land Steiermark vorgelegten Raum- und Umweltverträglichkeitserklärungen dem Landtag zur Kenntnis zu bringen. Antragsteller: Dr. Ebner, Mag. Bleckmann, Dr. Karisch, Schützenhöfer, Gennaro, Trampusch.

Letzter Antrag: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Koordination zwischen den betroffenen Abfallwirtschaftsverbänden, der Stadt Graz und den möglichen Errichtern beziehungsweise Betreibern – STEWEAG beziehungsweise ENAGES und Grazer Stadtwerke – einer Müllverbrennungsanlage nach Erlassung einer Deponieverordnung mit dem Ziel einer raschen Errichtung einer derartigen Anlage wahrzunehmen. Antragsteller: Dr. Ebner, Mag. Bleckmann, Dr. Karisch, Schützenhöfer, Trampusch, Gennaro.

Ich danke für die große Aufmerksamkeit. (12.33 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke herzlich! Ich nehme an, Sie stimmen zu, wie die Präsidialkanzlei Ihnen

vorschlägt, diese Gruppe zu teilen. Nämlich wieder in einen ersten Teil „Umweltschutz“ und in einen zweiten Teil „Gesundheit“. Ich gehe davon aus, daß Sie das tun. Daher steigen wir ein in die Diskussion zum ersten Teil „Umweltschutz“. Und weil ich immer wieder gefragt werde, wie lange es dauert, gebe ich Ihnen einen prognostizierten Zwischenzustand. Im Moment liegen Wortmeldungen vor, daß – wenn alle ihre Zeit ausschöpfen – die Zeit von 90 Minuten gebraucht wird. Es sind insgesamt sechs Wortmeldungen.

Erste am Wort ist die Frau Kollegin Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (12.34 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts hat sich die Weltbevölkerung vervierfacht. Allen Vorhersagen nach wird sie Mitte des nächsten Jahrhunderts zumindest noch einmal verdoppelt sein. Die Aktivitäten von so vielen Menschen, dazu noch der technologische Fortschritt, haben das Antlitz unserer Erde bereits verändert.

Wenn man die Gesamtgeschichte der Menschheit betrachtet, so kann man feststellen, daß die großen Bevölkerungsexplosionen, der Schritt nach vorne, immer mit bahnbrechenden technologischen Erfindungen, Revolutionen zusammengefallen sind. Die erste große Revolution sozusagen, die kulturelle Revolution, hat mit der Herstellung von Werkzeugen vor mehr als einer Million Jahren begonnen – damals ist die Menschheit auf fünf Millionen angewachsen. In der sogenannten jungsteinzeitlichen Revolution, als Ackerbau und Viehzucht erfunden wurden, als es gelang, Pflanzen und Tiere zu domestizieren, ist die Bevölkerung um das Hundertfache auf 500 Millionen gestiegen. Das waren kleine Entwicklungen, verglichen mit dem, was die wissenschaftlich-industrielle Revolution der letzten 300 Jahre bewirkt hat. Heute beträgt die Bevölkerung auf der Erde 5,6 Milliarden Menschen, und, meine Damen und Herren, es wird rapide weitergehen. Nach den Vorhersagen der Vereinten Nationen können wir Mitte des nächsten Jahrhunderts bereits mit zehn Milliarden Menschen rechnen.

Wird uns die Erde alle tragen? Wird die Erde uns alle ernähren können? Gibt es genug materielle Ressourcen, genug Energie? Oder wird unser Ökosystem und damit wir Menschen zerstört werden? Das ist die Frage. Das Institut für Systemanalyse in Laxenburg hat schon 1989 den Bedarf für zehn Milliarden Menschen vorausberechnet. Das Ergebnis war eine Vervierfachung der landwirtschaftlichen Produktion, eine Versechsfachung des Energieverbrauches und eine Verachtfachung des Weltsozialproduktes. Kann es gelingen, eine Umweltkatastrophe auf einer wärmeren, dichter bevölkerten Erde zu vermeiden, oder entwickeln wir uns dem Abgrund zu? Der Herr Klubobmann Vesko hat gestern den Schneemangel beklagt. Inzwischen ist Schnee gekommen. Er hat gemeint, wir würden hier auf diesem Teppich Schneetänze oder Regentänze aufführen müssen. Kann uns das in Zukunft überhaupt noch helfen? Derzeit haben wir alle paar Jahre einmal einen relativ warmen Dezember. Wenn sich gewisse Vorhersagen erfüllen, dann könnte es sein, daß wir in unseren

Breitengraden überhaupt keinen Schnee mehr haben werden und daß wir unseren Wintersport vergessen können.

Die Vereinten Nationen sagen uns für das nächste Jahrhundert Städte mit 30 Millionen Einwohnern vorher, Ballungszentren, die kaum noch im Griff zu haben sind, mit allen negativen Entwicklungen. Heute haben wir schon Horrorstädte, denken Sie an Kairo oder denken Sie an Mexiko City, dessen Luftverschmutzung so groß ist, daß manchmal ganze Vogelschwärme vergiftet vom Himmel fallen, wie uns seriöse Berichte mitteilen.

Wird uns die Erde alle tragen? Kann sie uns alle tragen? Experten der UNO haben festgestellt, daß die Erde uns alle tragen und ernähren kann, daß für eine tragfähige Entwicklung der Erde durchaus genügend Rohstoffe vorhanden sind, vorausgesetzt wir nutzen sie verantwortungsvoll. Nicht die Anzahl der Menschen, sondern in erster Linie wie wir leben beeinflußt die Umwelt. Die Statistik zeigt uns deutlich, daß wir – die Bewohner der Industrieländer des Nordens – für die Umweltverschmutzung wesentlich stärker verantwortlich sind als die Entwicklungsländer. Obwohl wir nur ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, verbrauchen wir doch 60 Prozent aller Nahrungsmittel, 82 Prozent der Energie und verursachen 75 Prozent aller Treibhausgase. Würden alle Menschen so leben wie wir in Mitteleuropa oder in Nordamerika, und viele Völker sind dabei, uns nachzueifern, von Asien angefangen bis nach Südamerika, dann wäre die Welt in kurzer Zeit nicht mehr bewohnbar.

Meine Damen und Herren, die Ernährung von 10 Milliarden Menschen ist möglich. Mahatma Gandhi hat einmal etwas sehr Treffendes vorhergesagt und festgestellt: „Die Erde hat genug für alle, nicht aber genug für die Gier von wenigen.“ Es wird also an uns liegen, unsere Lebensweise zu verändern und die Reichtümer gerechter zu verteilen. Wir werden in den reichen Ländern unsere Bewirtschaftungsweise umstellen müssen, wir werden die Ressourcen schonen müssen, damit sie morgen für alle reichen. Wir Österreicher gehören zu den reichen Ländern der Welt. Wir haben, anders als andere Länder, die Umweltproblematik frühzeitig erkannt und bereits vieles in die Wege geleitet, aber längst noch nicht genug. Die Steiermark war und ist ein Umweltpionierland. Wir haben begonnen, es bleibt aber viel zu tun, und ich möchte heute aus der Fülle der Aufgaben nur vier Bereiche herausgreifen.

Einen der wichtigsten Bereiche für die nächsten Jahre sehe ich im Energiebereich. Hier haben wir großen Handlungsbedarf. Die Energiepolitik ist eine Schlüsselpolitik, ähnlich wie die Verkehrspolitik. In Österreich fehlen uns weitgehend die Ziele dafür. Ich möchte fünf Punkte kurz charakterisieren:

Erstens: Wir verbrauchen in Österreich viel mehr Energie als notwendig ist. Einsparungspotentiale sind möglich, seriöse Schätzungen dafür: 20 Prozent könnten locker eingespart werden. Das bitte müssen wir erreichen. Es gibt heute zu wenig Anreize seitens der Politik für das Energiesparen.

Zweitens: Wir haben zuviel Energie. Sie erinnern sich alle, das ist gestern schon andiskutiert worden, es war der Herr Kollege Gennaro, der jetzt nicht herinnen

ist. Der Herr Direktor Sereinig von der Verbundgesellschaft hat gesagt, daß das Kraftwerk Freudenau eine Stromüberproduktion von 18 Prozent habe, und das im Winter. Meine Damen und Herren, wir scheinen in der Vergangenheit falschen Gutachten vor allem vom Verbund aufgesessen zu sein. Da waren anscheinend Märchenerzähler unterwegs. Wir haben im Moment einen Überschuß an Energie. Wir befinden uns heute zehn Jahre nach Hainburg, die Lichter sind nicht ausgegangen! Wir haben mehr Energie, als wir brauchen.

Wir haben also mehr Energie, als wir brauchen. Dazu ein kurzes Wort zu unserer Situation in der Steiermark, zu einer politischen Frage, die vor der Tür steht, wörtlich vor der Tür. Meines Wissens wird es übermorgen zu Demonstrationen kommen. Anlaß ist die 380-kV-Leitung. Ich persönlich bin nicht davon überzeugt, daß sie in dieser Form notwendig ist. Es gehört ordentlich überprüft, ob wir sie brauchen, wozu wir sie brauchen und ob sie nicht nur eine Stromautobahn durch unser Land ist, um Atomenergiestrom von Mochovce irgend woanders hinzuleiten. In diesem Fall würden wir uns sogar damit daran beteiligen, daß dieses Mochovce gebaut wird, was wir im Grunde genommen alle gar nicht wollen, weil die Gefahr dieser Atomkraftwerke sehr groß für uns ist.

Drittens: Der Energiepreis ist zu niedrig. Es gibt heute keinen Ansporn, Energie einzusparen. Es spielt keine Rolle zu sparen, denn sie ist zu billig, und jeder kann sich Energie leisten. Es besteht auch zu wenig Ansporn, auf erneuerbare Energiearten umzusteigen. Hier muß sich etwas ändern.

Viertens: Energiesteuern müssen endlich eingeführt werden. Sie wären ein hervorragendes Steuerungsinstrument für erneuerbare Energien. Heute sind nicht einmal die Hälfte der Energieträger mit einer Mineralölsteuer belegt. Auch hier muß aufgeholt werden. Ich möchte nicht behaupten, daß alle Energieträger gleich besteuert und belastet werden sollen. Da könnte man differenzieren, das wäre Energiepolitik. Ich habe keine Sorge, daß eine ökologische Steuerreform die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gefährden würde. Im Gegenteil, ich glaube, daß gesamtwirtschaftlich längerfristig gesehen zusätzliche Arbeitsplätze möglich wären. Der Energieverbrauch und die Kohlendioxidemission hingegen würden deutlich vermindert werden. Das ergibt auch eine Studie der Wiener Energieverwertungsagentur gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Fünftens: Ich wünsche mir einen kräftigen Umstieg auf die erneuerbare Energie. Hier ist die Steiermark ein Musterland. Der Anteil an erneuerbarer Energie ist allerdings noch recht klein. Dieser begonnene Weg muß fortgesetzt werden. Ich bin unserem Herrn Landesrat sehr dankbar, daß er hier immer wieder Impulse setzt nach dem Motto: „Spaltet Holz statt Atome.“ Der Ausbau der Biomasse ist in der Steiermark so weit voraus wie sonst fast nirgendwo. Wir haben 80 Nah- beziehungsweise Fernwärmenetze in Betrieb. Die Gesamtkesselleistung beträgt bereits 120 Megawatt. In diesem Zusammenhang darf ich sagen und voraus ankündigen, daß Herr Kollege Getzinger dann einen Antrag einbringen wird, wo wir

gerne mitgehen werden. Es geht um eine Direktförderung von Pflanzenkläranlagen.

Wir haben Europaführung im Solarbereich. Wir haben bereits eine Gesamtkollektorfläche in der Steiermark von 240.000 Quadratmetern.

Meine Damen und Herren! Das alles war ein Einstieg in erneuerbare Energie, ist aber noch viel zu wenig. Ein Experte von der Universität Graz, Herr Dozent Schnitzer, hat unlängst festgestellt, daß er es für möglich hält, daß wir Österreicher in absehbarer Zeit zu 100 Prozent auf alternative Energieträger umsteigen könnten: Solarenergie, Photovoltaik, Windkraft, Biomasse, Kleinwasserkraftwerke. Das sollten wir anstreben, wenn es auch nicht gleich geht. Aber in diese Richtung müssen wir in den nächsten Jahren in der Energiepolitik arbeiten. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Sofort!“) Wir müssen sofort anfangen. Ich meine, wir werden nicht in zwei Jahren die 100 Prozent schaffen, aber angefangen haben wir schon in vielen Bereichen vorbildlich. Nur, das müssen wir intensivieren und dynamisieren.

Ein zweiter Punkt, den ich hier bringen will, obwohl ich weiß, daß wir ihn miteinander nicht lösen werden, ein Umweltbelasteter, der immer wieder übersehen wird, das ist der Flugverkehr. Meine Damen und Herren! Es gibt Umweltbelasteter und Energiefresser. Auch hier ist ein Umdenken notwendig, auch wenn es unbequem ist. Ein paar Bemerkungen:

Erstens: Flugzeuge verursachen eine sehr große Schadstoffemission an Stickoxiden, CO₂ und auch an Ozon. Jährlich werden 90 Millionen Tonnen Abgaswasserstoffdampf in die Stratosphäre abgegeben und tragen zur Entstehung der Ozonlöcher bei. Flugzeuge, die so hoch fliegen, sind ganz besonders gefährlich, denn dort wird das jahrelang nicht abgebaut. Ein einziger Jumbojet erzeugt im durchschnittlichen Flug gleichviel NO_x wie 70.000 laufende Ölheizungen. Diese Größenordnung muß uns einmal bewußt werden.

Zweitens: Das Flugzeug hat beim Personentransport einen rund dreimal höheren Energiebedarf als die Eisenbahn, und im Frachttransport, meine Damen und Herren, sechzigmal soviel! Der Flugverkehr nimmt enorm zu, auch im Nahverkehr. Und das wird so nicht weitergehen können. Er ist auch zu billig. Die Luft-hansa hat nach eigenen Angaben 1991 – und inzwischen ist es sicher mehr – allein 13.700 Stunden für Warteschleifen verfliegen, nur weil der Luftraum überlastet war.

Drittens: Etwas, was wir bei uns auch regeln könnten, ist der Zubringerverkehr zum Flughafen. In Österreich schreibt der Gesetzgeber nicht einmal eine Anbindung für den öffentlichen Verkehr vor. Das ist dem Privatverkehr überlassen. Es gibt da und dort ein paar öffentliche Busse. Da sind wir hinten. In Deutschland sind öffentliche Anbindungen längst selbstverständlich, und es ist auch möglich, das Gepäck bereits in Bahnhöfen einzuchecken und dann mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zum Flughafen zu bringen. Hier wird sich einiges ändern müssen.

Meine Damen und Herren! Wir werden aber auch, so weh uns das tun wird, uns diesen exzessiven Flugverkehr für kurze Strecken und für die Fracht nicht mehr im bisherigen Umfang leisten können. Ich

sage das heute vorher. Hier werden wir manches verändern müssen, denn sonst sind die Versprechungen von Toronto und aus dem Klimabündnis einfach nicht einzuhalten. Wir Österreicher werden das nicht allein können. Wir müssen uns aber überlegen, ob wir in unserem Bereich, wir alle, jeder einzelne von uns, nicht etwas beitragen können. Der eine oder die andere von Ihnen wird sagen, ich fliege doch fast nie. Aber wir alle konsumieren jetzt im Winter Erdbeeren aus Israel, wir konsumieren täglich Früchte und Gemüse von weiß Gott wo her, und dazu brauchen wir sehr viele Transporte, die der Umwelt zuliebe eigentlich nicht mehr verantwortbar sind. Das möchte ich sozusagen als Denkimpuls geben.

Ein dritter Bereich: Die Abfallwirtschaft. Was haben wir vor? Als erstes möchte ich hier das Positive sagen. Wir können stolz sein, es ist in der Steiermark bereits sehr, sehr viel gelungen. Wir haben in letzter Zeit oft darüber gesprochen. Ich habe es auch schon in der Generalrede gesagt. Es ist gelungen, das Pro-Kopf-Aufkommen an Restmüll auf 142 Kilo pro Einwohner und Jahr zu senken. Es ist uns gelungen, die Trennmaßnahmen sehr wesentlich voranzutreiben. Wir haben ein sehr hohes Altsstoffaufkommen, auch da sind wir besser als andere Bundesländer. Es läuft eine Reihe von Pilotprojekten, die auch finanziell von unserem Landesrat unterstützt werden. Da sind wir vorbildlich. Ich nenne nur ganz kurz Altspeiseöl als Ökodiesel, ich nenne ganz kurz die Verfütterung anfallender Speisereste. Andere Projekte sind in Vorbereitung. Hier denken wir vor. Pilotprojekte aus der Steiermark sind schon sehr oft dann von anderen Ländern übernommen worden.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen aber auch etwas sagen, was mich sehr ärgert, und nicht nur mich, sondern andere Menschen auch. Wir trennen sehr fleißig den Müll. Die Bevölkerung hat aber oft den Eindruck, daß man nicht so genau weiß, was mit diesem getrennten Müll passiert. Sehr vieles landet auf Halden oder wird dann wieder zusammengeschmissen. Etwas, was sehr viel Anlaß zu Ärger gibt, ist der Kunststoff. Sie haben wahrscheinlich alle in den letzten Wochen und Monaten die wunderschönen Inserate „Kein Altplastik in den Mistkübel“ gesehen. Es gibt diese Inserate ununterbrochen. Sie sind sehr aggressiv, und so etwas ist in der Werbewirtschaft natürlich etwas Gutes, weil sie Aufmerksamkeit erregen. Aber was wollen sie uns vermitteln? Sie wollen Konsumenten einreden, daß Kunststoff, und vor allem Altplastik, etwas Wertvolles ist. Wir sollen das ruhig kaufen, das bringt man uns auf unsere eigenen Kosten bei. Denn der Verein, der diese Inserate aufgibt, er heißt „Initiative Grüne Augen“, ist nichts anderes als ein Kind des Österreichischen Kunststoffkreislaufes. Es sind dieselben handelnden Personen. Man schätzt, daß seit dem Herbst diese doppelseitigen Inserate 13 Millionen Schilling gekostet haben. Heute war wieder eines in der „Kleinen Zeitung“.

Das ist nichts gegen die „Kleine Zeitung“, die Inserate findet man überall. Diese kosten ein Vermögen, das sind letztlich die Verwertungsbeiträge von Konsumenten. Was passiert mit diesem Altkunststoff? Sehr viel ist zwischengelagert. 60 Prozent – ich habe mir die Zahlen für 1994 angeschaut – sind in gewissen

Häfen zwischengelagert, vor allem in Krems und in Wien, und sollen später einmal verbrannt werden. Nur 40 Prozent der gesammelten Kunststoffverpackungen werden wirklich recycelt. Das ist eine Täuschung von Konsumenten und Bürgern, die brav sammeln, und ich glaube, das sollte nicht passieren. Da sollte sich etwas ändern. Noch dazu wird auch Altplastik in diesen Inseraten als wertvoll hingestellt. Altplastik enthält noch immer PVC, das bei der Verbrennung, wenn sie nicht ordentlich erfolgt, unter Umständen Dioxin hervorruft. Verpackungsmaterialien sind bereits harmloser, da ist weniger PVC drinnen.

Vierter und letzter Bereich: Meine Damen und Herren! Wir begehen im Jahr 1995 das Europäische Naturschutzjahr, und ich wünsche diesem Jahr sehr, daß es ihm besser ergehen möge als dem Internationalen Jahr der Familie, das aus meiner Sicht in Österreich auf Grund der letzten Ereignisse ein Flop geworden ist. Das Sparpaket für die Familien wurde bereits ausführlich behandelt. Ich wünsche diesem Naturschutzjahr, daß es ihm besser ergehen möge. Es ist wichtig, daß wir Vielfalt erhalten, daß wir unser breites genetisches Potential erhalten, der Kollege Getzinger hat bereits darauf hingewiesen. In der Tierwelt, in der Pflanzenwelt bedeutet genetische Breite Zukunftschancen und gibt uns die Möglichkeit, auch in Zukunft noch vieles selbst gestalten zu können.

Es ist heuer gelungen, das im Jahr 1991 unter Schutz gestellte 5000 Hektar große Gebiet der ALWA-AG. im Ennstal auszuverhandeln und die Entschädigung zu bezahlen. Also da ist ein guter Schritt weitergegangen. Ich wünsche mir, daß es auch im Jahr des Naturschutzes positiv weitergeht, die Budgetmittel sind natürlich beschränkt, aber Projekte sind vorbereitet. Ich wünsche dem Naturschutzjahr 1995 viel Erfolg. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 12.54 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner.

Abg. Dr. Ebner (12.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Alljährlich bekommen wir nun auch Berichte des Umweltbundesamtes vorgelegt. Auf Grund eines Berichtes, des letzten Berichtes, schreibt eine Zeitung, man könnte Österreich als Umweltmusterland bezeichnen, wird hier geschrieben. Aber gleichzeitig, doch auch richtigerweise vermeldet, daß zum Jubeln kein Grund vorhanden ist. Es gibt zwar Verbesserungen insbesondere bei der Luft, bei Schwefeldioxidemissionen. Aber vieles ist noch zu tun bei Stickoxiden und, wie wir alle wissen, auch bei CO₂-Emissionen und bei sonstigen Treibhausgasen. Wir sind gut und voran bei den erneuerbaren Energieträgern, tun trotzdem noch viel zu wenig, wie die Frau Kollegin Karisch bereits hier angemerkt hat. Bei den Gewässern hat sich zwar die Gewässergüte der Seen und Flüsse verbessert, aber wir müssen beim Grundwasser noch sehr viel machen und auch bei den Böden noch viel. Beim Wald hat sich beim sauren Regen einiges gebessert, die Schwermetallbelastung macht nunmehr dem Wald zu schaffen. Wir werden in der Zukunft nicht mehr so wie in der Vergangenheit

mit einer oder wenigen Maßnahmen zu großen Reduzierungen kommen, wir werden einfach unsere Politik auch umstellen müssen. Wir müssen viele kleine Schritte setzen, die allerdings in Summe auch wiederum zu großen Emissionsreduktionen führen können. Und ich darf hier erwähnen, daß gerade Graz, unsere Landeshauptstadt, mit Umweltstadtrat Peter Weinmeister wirklich eine Vorreiterrolle eingenommen hat, und zwar unbestritten von allen mit ihren Projekten Ökoprofit, Ökodrive und Thermo-profit. Ich habe bereits 1992 den Antrag gestellt, dieses Projekt Ökoprofit auf das ganze Land auszudehnen. Ich höre, daß einiges hier geschehen ist, aber offiziell habe ich von diesem Antrag bis heute nichts mehr gehört. Ich darf in diesem Zusammenhang auch die Frau Kollegin Karisch zitieren, die in ihrer Generalrede vom rechtzeitigen Säen gesprochen hat, daß das eine vorausschauende und verantwortungsvolle Politik ist, und ich möchte meinen, gerade auf die Umweltpolitik trifft diese Aussage ganz besonders zu, daß man rechtzeitig säen soll. Sie hat hier gesagt, daß Josef Riegler und Hermann Schaller vieles gesät haben, hat dann eine Pause gemacht und hat hinzugefügt, Erich Pörtl setzt das weiter fort. Das war für mich symptomatisch. Meiner Meinung nach hat nämlich Erich Pörtl als Landesrat für die Umwelt weder etwas gesät, ja ich behaupte sogar, daß er nicht einmal noch den Boden gepflügt hat. In Wahrheit hat er nämlich nur zugeschaut, wie das, was seine Vorgänger gesät haben, diese Pflänzchen gewachsen sind. Er hat diese Pflänzchen gehegt und gepflegt, aber er hat nichts Neues gesät. (Abg. Kowald: „Du kennst dich nicht aus!“) Ich weiß schon, daß du vom Säen was verstehst als Bauer, aber von der Umweltpolitik wahrscheinlich nicht allzuviel.

Was mir ganz einfach abgeht, ich sage es dir ganz offen, weil ich hier schon so oft zur Umwelt gesprochen habe und weil wir so oft in der Umweltpolitik versucht haben, etwas weiterzutreiben, was mir einfach abgeht, ist das, was man bei den Vorgängern von Landesrat Pörtl gemerkt hat, ist das persönliche Engagement. Mir geht einfach das persönliche Engagement in der Umweltpolitik beim Landesrat ab. Und gerade die Umweltpolitik braucht das persönliche Engagement. (Abg. Dr. Karisch: „Das ist nicht wahr!“) Frau Kollegin Karisch, Sie können sich gerne wieder zu Wort melden, der Herr Landesrat Pörtl wird sich ja auch zu Wort melden. Ich gebe meinen Eindruck hier weiter, daß mir das persönliche Engagement (Abg. Purr: „Du hast die Augen verschlossen!“) des Landesrates einfach abgeht. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Pörtl: „Wo ist euer Engagement?“) Ich komme jetzt zum Thema Abfallwirtschaft, Herr Landesrat. (Landesrat Pörtl: „Wo ist es?“) Aber lieber Herr Landesrat, du kannst ja gerne mir den Sessel überlassen, aber du bist der Umweltlandesrat, und ich bin nicht der Umweltlandesrat, und das Engagement erwarte ich mir vom Verantwortlichen. (Landesrat Pörtl: „So schnell wirst du mich nicht abschaffen!“) Ich komme schon zum Thema Abfallwirtschaft, da haben sich bereits vor vielen Jahren alle drei im Landtag vertretenen Parteien dazu verstanden, nach Vermeidung und Verwertung und so weiter aus ökologischen Gründen den Weg der Müllverbrennung zumindest einmal ins Auge zu fassen. Ich habe hier noch keinen Vorschlag des Herrn Landesrates gehört, wie wir das Abfallwirt-

schaftsgesetz in diese Richtung novellieren sollten. Es läuft einfach dahin, es tröpfelt so dahin. Das Engagement war, daß man eine Raumverträglichkeitserklärung gemacht hat, die AVG, wo das Land, Städtebund, Gemeindebund beteiligt sind, da kamen zwei Standorte in Graz – wie bekannt – als möglich heraus. Die beiden Standorte sind geeignet. Ich frage mich auch, wo ist denn hier das persönliche Engagement des Herrn Landesrates? Stattdessen interpretiert er das Abfallwirtschaftsgesetz, das bestehende, in die Richtung, daß eine Standortverordnung nicht notwendig ist. Ich kann als Jurist dieser Interpretation durchaus etwas abgewinnen, ich sage, sie ist eine mögliche Interpretation. Aber es geht hier ganz einfach nicht um Gesetzesauslegung, es geht einfach darum, daß man auf diesem Sektor etwas weiterbringt. Wir haben Deponieraum, wir haben viel Deponieraum, aber der ist ja auch nicht ewig vorhanden. Der ist für zirka zehn Jahre vorhanden. Und wenn man weiß, wie lange Verfahren für Müllverbrennungen dauern, nämlich international gesehen zirka diese zehn Jahre, dann muß ich heute säen, um in zehn Jahren ernten zu können. Und das geht mir ab. (Abg. Dr. Karisch: „Heute verbrennen die Zementwerke, und die sind nicht ausgelastet!“) Frau Kollegin Karisch, da habe ich meine größten Bedenken, wenn Sie das jetzt gerade ansprechen – die Dinge, die in die gelbe Tonne zum Beispiel hineinkommen. Kollege Getzinger und ich, wir haben hier beide von diesem Pult aus unsere Bedenken deutlich dokumentiert, daß wir für Müllverbrennungsanlagen sehr strenge Grenzwerte haben, international die strengsten haben, die technisch auch einhaltbar sind, gerade noch einhaltbar sind und machbar sind, die wir weder für Zementwerke noch für sonstige Industrieanlagen haben, wo dann einfach der Müll mitverbrannt wird, wo wesentlich mehr Emissionen dann herauskommen als bei Müllverbrennungsanlagen. Da ist mir eine gute Müllverbrennungsanlage wesentlich lieber, als wenn ich sie einfach zu irgendeinem Produktionsprozeß dazuhäue. (Abg. Purr: „Das ist deine Meinung!“) Das ist nicht nur meine persönliche Meinung, Kollege Purr. Ich bin gerne bereit zu sagen, ja, geben wir sie dazu zu diesen Industriebetrieben, wenn sie den gleichen strengen Grenzwerten wie die Müllverbrennungsanlagen unterliegen und diese Grenzwerte auch einhalten. Da ist es mir dann völlig gleich, wie der Verfahrensprozeß aussieht. Für mich ist wichtig, wie wird die Umwelt belastet und was kommt am Ende dann heraus. Ich darf zur Müllverbrennung zurückkommen. Es gibt zwei mögliche Standorte in Graz. STEWEAG und Stadtwerke bemühen sich, hier etwas weiterzubringen. Aber de facto ist politisch jetzt überhaupt niemand mehr zuständig. Landesrat Pörtl braucht, zugegebenermaßen, keine Standortverordnung erlassen. Die Stadt Graz sagt, das machen die Stadtwerke oder die STEWEAG. Sie sollen einmal irgendwelche Entwürfe vorlegen. Aber wirklich zuständig fühlt sich niemand. Es hat jeder Angst, daß man bei der Müllverbrennung sich auch einmal politisch die Finger verbrennen kann, wie das so schön heißt. Und da läßt leider jeder gleich einmal die Finger davon, nämlich von dieser Müllverbrennung.

Herr Landesrat Pörtl, ich gebe dir völlig recht. Auch die Stadt Graz hält sich da völlig heraus. (Landesrat Pörtl: „Hat sich die Stadt Graz schon geäußert? Die ist

jetzt am Zug!") Die ist auch am Zug, Herr Landesrat, und die Verantwortlichen dort haben offenbar auch Angst. Genau, du sagst es. Die wollen uns das zuschieben. So geht das Beispiel eigentlich hin und her. Das Land, sprich du, willst dir das nicht zuschieben lassen, und es passiert einfach nichts auf dem Gebiet. Man sollte doch wenigstens einmal den Versuch unternehmen, hier etwas weiterzubringen. Im Strafrecht ist es oft so, daß der Versuch schon strafbar ist. Das darf ich als Jurist sagen. Ich sage ganz offen, bei der Umwelt ist es meiner Meinung nach schon so, daß der unterlassene Versuch strafbar ist. Das muß man auch einmal ganz deutlich sagen. Und der Versuch wird unterlassen. (Landesrat Pörtl: „Ich will einen Betreiber haben!") Frau Kollegin Karisch, ich weiß auch, daß niemand für den Erfolg garantieren kann und daß dabei dann eine Lösung herauskommt. (Landesrat Pörtl: „Kennst du schon die Gegenüberstellungen Puchwerke und Gaswerk?") Die würde ich ja gerne einmal wissen. Herr Landesrat, warum treibst du dann nichts weiter, daß hier einmal etwas weitergeht? Ich frage mich das wirklich. Ich weiß nur, daß die beiden Standorte möglich und geeignet sind. Aber hier muß einmal etwas weitergehen. (Landesrat Pörtl: „Ich habe leider nicht die Kompetenz, als Betreiber zu fungieren. Ihr wollt mir alles anhängen!") Ich will dir nicht alles anhängen, Herr Landesrat. Ich fordere dich nur auf, starte wenigstens den Versuch, im Interesse einer nachhaltigen, langfristigen und ökologischen Umweltpolitik, eine Lösung des Abfallproblems zustandezubringen. (Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: „Herr Abgeordneter! Selbst bei großzügigster Einrechnung aller Zwiesgespräche, die ich Ihnen natürlich zubillige, würde ich bitten, zu einem Schluß zu kommen, damit die zehn Minuten eingehalten werden können." – Abg. Mag. Bleckmann: „20 Minuten! – Präsident: „Es steht hier nichts von einem Hauptredner. Ich bitte um Entschuldigung. Herr Abgeordneter, Sie haben noch sieben Minuten!") Herr Präsident, in Klammer steht klein HR. Ich habe es selbst gesehen, und ich bin auch Hauptredner. Der Herr Kollege Rader hat eine etwas kleine Schrift.

Um zum Abfallproblem zurückzukommen: Herr Landesrat, ich darf nochmals sagen: Probiere es doch einfach einmal. Starte einmal den Versuch, alle an einen Tisch zu bringen und koordinierend tätig zu sein. Denn wer soll denn sonst die Koordination unter den verschiedenen Abfallwirtschaftsverbänden und den verschiedenen möglichen Betreibern mit der Stadt Graz machen? Wer denn sonst, wenn nicht der zuständige Umweltlandesrat? (Abg. Dr. Karisch: „Die Stadt Graz muß sich selber kümmern!") Die Stadt Graz gehört da natürlich dazu und eingebunden. Sie gehört auch aufgefordert, auch einmal ihre Stellungnahme abzugeben. Aber wer soll sie denn auffordern, wenn nicht der zuständige Landesrat, deren persönliches Engagement ich hier an den Tag lege? Was hat bei den Stadt-Land-Gesprächen denn herausgeschaut? (Landesrat Pörtl: „Wer hat sie veranstaltet?") Gar nichts. Nachgelassen hast du dann auch, denn es haben schon lange keine Stadt-Land-Gespräche mehr stattgefunden. Das muß ich auch sagen. Herausgeschaut hat überhaupt nichts, außer daß jeder gesagt hat, ich bin nicht zuständig. (Abg. Dr. Karisch: „Warum funktioniert es in anderen Städten so gut, nur in Graz nicht?") Es ist der andere zuständig. Und so

kann es in der Politik auch nicht gehen. Das verstehen doch die Bürger nicht mehr, daß sich dann niemand mehr für zuständig fühlt. Ich sage dir, Herr Landesrat, wage den Versuch einmal. Das erwarten jedenfalls wir, und das erwarten die Menschen in der Steiermark von einem für die Umwelt zuständigen Landesrat. Ich darf dich ersuchen und fordere dich auf, fange in der Abfallwirtschaftspolitik und in der Umweltpolitik insgesamt an zu säen, denn das Feld ist bereits besser gepflügt als du offenbar glaubst. Die Ernte würde jedenfalls allen Steiererinnen und Steirern zugutekommen. Ich hoffe, daß es so rasch wie möglich angeht. (Beifall bei der FPÖ. – 13.06 Uhr.)

Präsident: Der nächste Hauptredner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (13.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich in diesem Kapitel einige Worte über die Wasserpolitik in unserem Bundesland verliere. Ich denke, die Bedeutung der Wasserpolitik – Abwasser-, Trinkwasserpolitik, Grundwasserpolitik – wird allein dadurch schon deutlich, daß sie in zwei Budgetkapiteln untergebracht ist, sowohl in der Wasserwirtschaft, wir haben dieses Kapitel gestern diskutiert, als auch im Kapitel „Umweltschutz“, nämlich unter „Reinhaltung der Gewässer“. Die Bedeutung der Wasserpolitik in unserem Bundesland wird wohl auch dadurch unterstrichen, daß kürzlich von der Josef-Krainer-Akademie eine äußerst lesenswerte Broschüre herausgegeben wurde, nämlich das „Politikum“ zu Wasser – Element, Lebensmittel, Wirtschaftsgut. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich kann Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lektüre dieser Broschüre wirklich sehr ans Herz legen. Sie ist äußerst informativ. Sie bezieht politisch Stellung, manchmal in einem Sinn, wie ich ihn nicht vertreten kann, aber zum allergrößten Teil in einem Sinn, wie er wirklich hier in diesem Hohen Haus konsens ist. Einige kritische Punkte, die hier von der ÖVP, so darf ich ja wohl sagen, vertreten werden, möchte ich ansprechen. Sie sind schon in anderen Zusammenhängen ebenfalls angesprochen worden. Ein Autor, ein Freund und Studienkollege von mir, Igo Huber, kritisiert die Nitratgrenzwerte für Grundwasser. Er meint, daß diese Nitratgrenzwerte im Grundwasser vom Gesetzgeber beziehungsweise von der Europäischen Union zu niedrig angesetzt wurden. Die Europäische Union hat diesbezüglich eine sehr strenge Richtlinie erlassen. Igo Huber meint, daß die Grenzwerte politische Werte seien. Nun, diese zweite Aussage stimmt zu einem gewissen Maße. Grenzwerte haben auch eine politische Komponente. Grundsätzlich, muß man allerdings sagen, basieren Grenzwerte auf medizinisch-toxikologischen Untersuchungen, medizinisch-toxikologischen Erkenntnissen. Sie haben nur auch eine zusätzliche politische Komponente, nämlich dann etwa, Beispiel Nitratwerte, wenn es einen sogenannten Reduktionsstufenplan gibt. Ein Stufenplan ist eine politische Entscheidung. Das hat mit Toxikologie und Medizin natürlich nichts zu tun. Da geht es darum, was wirtschaftlich verkraftbar ist, sowohl auf volkswirtschaftlicher Ebene als auch etwa

auf der Ebene der betroffenen Bäuerinnen und Bauern. Ich persönlich bin allerdings der Ansicht, daß die derzeitigen Nitratgrenzwerte und der gültige Stufenplan - in der Grundwasserschwellenwertverordnung ist dieser Stufenplan festgeschrieben - eine sehr gute medizinisch-toxikologische Begründung haben. Ich darf Ihnen vielleicht ein kleines Zitat aus dem Lexikon „Ökotoxikologie“ von Bruno Streit geben: „Nitrat kann selber nicht als toxisch bezeichnet werden“ - eine sehr wichtige Aussage. Nitrat selber als Molekül ist nicht toxisch. „Durch Nitratreduktion im Verdauungstrakt kann allerdings Nitrit gebildet werden, das durch Methämoglobinbildung giftig wirkt und das mit sekundären Aminen die Nitrosamine bildet.“ Nitrosamine ist der entscheidende Begriff. Es bilden sich, wie gesagt, im Verdauungstrakt bei Aufnahme von Nitraten sogenannte Nitrosamine. Ich zitiere weiter: „Nitrosamine, die als karzinogen eingestuft werden.“ Dies ist der Grund für die Festlegung eines Grenzwertes für Nitrat. Es geht also nicht in erster Linie um Nitrat, es geht um die sekundär gebildeten Nitrite, und es geht um die tertiär gebildeten Nitrosamine, die als krebserregende Substanzen zu bezeichnen sind. Bei krebserregenden Substanzen ist es bezeichnend, daß bereits ein einziges Molekül Krebs auslösen kann; ähnlich wie bei Asbest: eine einzige Asbestfaser genügt bereits, um einen Lungenkrebs auszulösen. Aus dem Grund werden bei Asbest beispielsweise in der Liste der maximalen Arbeitsplatzkonzentration, einer Verordnung des Sozialministeriums, keine Grenzwerte mehr angegeben, sondern nur mehr Richtwerte, weil man weiß, daß Asbest auch weiterhin in manchen speziellen Anwendungsbereichen Verwendung finden wird; ein toxikologisch belegter Grenzwert ist für Asbest nicht mehr angebar. Der Auftrag des Gesetzgebers lautet, Asbest aus unserer Umwelt zu verbannen. Ein ähnlicher Auftrag, wenngleich nicht so streng formuliert, gilt von seiten des Gesetzgebers auch für Nitrat. Wie gesagt, das bezieht sich auf das daraus gebildete Nitrosamin. Daher, meine Damen und Herren, wegen dieser eminenten Gesundheitsgefährdung durch Nitrat im Trinkwasser und im Grundwasser gibt es einen strengen Grenzwert für Nitrat, zu dem ich mich ausdrücklich hier bekenne, und ich würde doch auch die ÖVP, den Autor dieses Artikels, Igo Huber, die Landwirtschaftskammer, die kürzlich eine diesbezügliche Resolution verabschiedet hat, dringend ersuchen, sich ihre Argumentation zu überlegen und zu revidieren und sich zu diesem Grenzwert, der, wie gesagt, auch europaweit sehr intensiv diskutiert wurde, zu bekennen.

Meine Damen und Herren, warum ist Nitrat ein Problem in der Steiermark? Wir wissen das aus den verschiedensten Umweltberichten: zum Beispiel, weil 77 Prozent der Proben, die im unteren Murtal, also im Bezirk Radkersburg, gezogen wurden, einen überhöhten Nitratwert aufweisen. Das bedeutet, daß sie jenseits der EU-Richtlinie von 25 Milligramm pro Liter zu liegen gekommen sind. Auch die Kosten, die Igo Huber in diesem Politikum errechnet, für die Sanierung des Grundwassers, schrecken mich persönlich nicht. Er errechnet etwa 3 Milliarden Schilling für die Sanierung des Grundwassers. 3 Milliarden Schilling ist in etwa jener Betrag, der in unserem Bundesland jährlich für die Abwasserwirtschaft auf-

gebracht wird. Das ist also aus Perspektive der Wasserwirtschaft insgesamt gar kein allzu großer Betrag. Ich persönlich bin der Ansicht, daß dieser Betrag aufgebracht werden muß, sowohl von der privaten Seite als auch von der öffentlichen Hand. Meine Damen und Herren, Grundwasser in Trinkwasserqualität wieder herzustellen - das ist ein sehr hohes Ziel der Wasserpolitik in unserem Bundesland - kostet Geld. Die Ressource „reines Wasser“, die Ressource „Trinkwasser“ wurde bisher wohl unterbewertet. Ich persönlich bin der Ansicht, daß schließlich sich mittlerweile auch Fachleute in diesem Bereich an, daß Trinkwasser zu billig ist, daß es jedenfalls so kommen wird in den nächsten fünf, zehn Jahren, daß Trinkwasser wesentlich teurer werden wird, schon allein auf Grund dieser Bemühungen, die wir unternehmen müssen zur Reinhaltung und zur Wiederherstellung der Qualität des Grundwassers. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, und nur aus diesem Grund fordere ich etwa auch im Bereich der Bauordnung die Verschreibung von sogenannten Wohnungswasserzählern, weil es einfach eine Frage der Gerechtigkeit werden wird, wie der Trinkwasserverbrauch abgerechnet wird. Hier, glaube ich, sollte man auf eine verbrauchsbezogene Abrechnung übergehen. Ich fordere auch - hier wäre eigentlich, er ist nicht anwesend, Landesrat Schmid der Ansprechpartner - Untersuchungen hinsichtlich der Möglichkeiten der Nutzung von Regenwasser, von Grauwasser, von Brauchwasser, zunächst einmal nur als Forschungsprojekt im Rahmen der Wohnbauforschung. Wir wissen, daß sich diese Dinge zur Zeit noch nicht amortisieren in verträglichen Zeiten. Es gibt eine Untersuchung der Rechtsabteilung 14, die errechnet hat, daß derartige Investitionen in diesem Bereich sich erst in etwa 80 Jahren amortisieren. Das ist natürlich ein zu großer Zeitraum, um das der Bevölkerung zumuten zu können. Ich glaube aber, daß hier Forschungsbedarf besteht, zumindest ein Modellgebäude sollte einmal mit Mitteln der Wohnbauförderung errichtet werden, um hier lernen zu können hinsichtlich der Nutzung von Regenwasser, Grauwasser und Brauchwasser. Ich bin aber auch der festen Überzeugung, hier komme ich wieder auf das Nitrat im Grundwasser zu sprechen, daß Anfang nächsten Jahres Grundwassersanierungsgebiete ausgewiesen werden müssen. Im Frühjahr 1995 wird es wohl soweit sein. Das bedeutet, daß im Bereich der Landwirtschaft ein Förderungs- und Beratungsschwerpunkt eingerichtet werden muß. Es geht um die Umstellung auf biologischen Landbau, jene Art der Bewirtschaftung des Bodens, die wohl als die umweltverträglichste zu bezeichnen ist. Es geht um eine Umstellung auf „immergrüne“ Bodenbewirtschaftung. Wir wissen, daß die Gründecke in der Lage ist, die Nitratwerte im Grundwasser zu reduzieren, Nitrate im Boden zurückzuhalten. Es geht um Extensivierung, es geht um die Schaffung eines dichten Biotopverbundsystems. Wir haben in diese Richtung einen wichtigen Schritt bei der Novellierung des Zusammenlegungsgesetzes gemacht. Es geht um die Forcierung der Fruchtfolge. All das sind Methoden, wie man Nitrat im Grundwasser und letztendlich im Trinkwasser reduzieren kann.

Kurz noch einige Worte zu den Oberflächengewässern in der Steiermark. Unsere Seen sind in

durchwegs sehr gutem Zustand. Bei den Flüssen muß ich allerdings meiner Kollegin Karisch widersprechen. Sie hat in ihrer Generalrede zum Budget gemeint, daß unsere Flüsse, unser Fließgewässer faktisch sauber wären. Das ist leider noch nicht der Fall. Wir sind davon doch noch gut ein Jahrzehnt entfernt. Mehr als 400 Kilometer Fließgewässer in der Steiermark weisen eine Wassergüte größer als zwei auf. Das bedeutet, diese Flüsse sind als deutlich belastet zu bezeichnen. 400 Kilometer, das entspricht etwa 15 Prozent der Fließstrecke der steirischen Bäche und Flüsse. Wenn wir das Ziel der Wasserqualität zwei haben bei unseren Fließgewässern, dann müssen wir hier auch ähnlich wie beim Mur- und Raabsanierungsprogramm Schwerpunkte setzen.

Die Ursache für Gewässerbelastung, Belastung auch des Grundwassers, sind neben der Landwirtschaft, die ich bereits angesprochen habe, selbstverständlich häusliche und betriebliche Abwässer. Auf der Basis der Abwasseremissionsverordnungen, der Immissionsverordnung und des Umweltförderungsgesetzes tut sich bei den Fließgewässern und bei der Qualität der Fließgewässer einiges. Allerdings, es müssen auch in diesem Bereich in den nächsten Jahren Schwerpunkte gesetzt werden, Schwerpunkte, wie sie etwa jetzt im kürzlich vorgestellten Abwasserwirtschaftsplan vorgeschlagen werden. Ich zähle die aus meiner Perspektive wichtigsten Schwerpunkte auf.

Es geht um eine Verbesserung der Dichtheit von bestehenden Kanälen.

Es geht um eine Verbesserung der Leistung von bestehenden Kläranlagen. Alleine bei der Kläranlage Graz-Gössendorf werden rund 700 Millionen Schilling in die Sanierung investiert werden in den nächsten Jahren.

Es geht um die Errichtung von betrieblichen Kläranlagen. Das ist eine sehr entscheidende Strategie, weil damit kommunale Kläranlagen entlastet werden können, sowohl quantitativ als auch qualitativ. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, darf ich hier nochmals meine dringende Forderung, mein dringendes Ersuchen hinsichtlich der Einrichtung, der Institutionalisierung einer ökologischen Betriebsberatung in unserem Bundesland formulieren. Ich bin der Ansicht, daß große Kosten im Bereich der Abwasserreinigung, die den Betrieben bevorstehen, eingespart werden könnten, wenn es gelänge, bestimmte Verfahren, bestimmte Technologien, bestimmte Materialien in der betrieblichen Produktion durch harmlosere Stoffe, durch bessere, ökologischere Verfahren zu ersetzen.

Ein vierter Schwerpunkt, den ich nennen möchte, ist die Klärschlammbehandlung und -verwertung. Hier tun sich tatsächlich ganz neue Horizonte auf, als wir sie noch vor fünf Jahren gesehen haben. Klärschlamm, insbesondere aus kommunalen Anlagen, weist eine immer besser werdende Qualität auf, so daß Kompostierung und Vererdung von Klärschlamm möglich wird. Es sind neue Kooperationen mit der Landwirtschaft und mit dem Landschaftsbau anzustreben. Erste positive Zeichen kommen sogar aus der sehr, sehr sensiblen Ecke des biologischen Landbaues.

Meine Damen und Herren, einige Worte noch zur Abwasserreinigung im ländlichen Raum – eine Domäne meines Kollegen Chibidziura, den ich hier

explizit erwähnen möchte. Er bemüht sich in diesem Zusammenhang schon fast seit Jahrzehnten um einen fortschrittlichen Kurs in unserem Bundesland. Auch hier gibt der neue Abwasserwirtschaftsplan die Linie vor. Das Schlagwort, das kein Schlagwort bleiben soll, sondern die grundlegende Leitlinie in unserem Bundesland werden muß, heißt, „so dezentral wie möglich, so zentral wie notwendig“. Welche Elemente sind zur Durchsetzung dieser Strategie, dieses Leitbildes noch notwendig, welche Elemente fehlen noch?

Erstens: Mit dem Umweltförderungsgesetz wurde ein neues rationales Instrument zur Festlegung der örtlichen Abwasserstrategie eingeführt, die sogenannte „Gelbe Linie“, die auf der Basis von Variantenuntersuchungen zu erstellen ist. Variantenuntersuchungen sollen Optima in drei Bereichen erzielen, und zwar auf der betriebswirtschaftlichen Ebene, auf der volkswirtschaftlichen Ebene und auf der ökologischen Ebene. Die beiden ersten Bereiche sind sehr leicht zu quantifizieren. Sie sind in Heller und Pfennig auszudrücken. Der dritte Bereich ist ein schwierig zu quantifizierender Bereich, aber explizit im Gesetz gefordert. Es ist das ökologische Optimum der Abwasserreinigung auch im ländlichen Raum anzustreben. Es geht nicht nur ums Geld, meine Damen und Herren, es geht auch um das ökologische Optimum. Wenn man von Optimierungsproblemen spricht, möchte ich eine Anmerkung des Herrn Kollegen Prof. Jeglitsch in seiner Rede zum Wissenschaftskapitel in Erinnerung rufen. Wir haben in Graz die große Ehre und das große Glück, einen Sonderforschungsbereich, „Optimierung und Kontrolle“, eingerichtet zu bekommen, dotiert in zweistelliger Millionenhöhe. Das bedeutet, daß in Graz ein exzellentes Know-how hinsichtlich Optimierungsproblemen vorhanden ist, sei es an den betriebswirtschaftlichen Instituten, sei es am Institut für Operationsresearch, sei es an den volkswirtschaftlichen Instituten. Ich glaube, wir sollten dieses Optimierungsproblem, das ich im Bereich der Abwasserwirtschaft angesprochen habe, mit Hilfe des Know-how, das an der Universität Graz vorhanden ist, versuchen zu lösen. (Beifall bei der FPÖ.) Einen ersten Schritt in diese Richtung, in Richtung eines rationellen Verfahrens zur Variantenuntersuchung, gibt es bereits. Es gibt einen Merkblattentwurf der Landesregierung. Ich glaube, wir sollten jetzt in intensive Beratungen mit diesen Wissenschaftlern von der Universität Graz treten, um dieses Optimierungsproblem auf wissenschaftlich einwandfreie Weise zu lösen. Die Initiative ÖKAB – Ökologische Abwasserberatung – fordert das ebenso ebenso wie Kollege Chibidziura und meine Wenigkeit. (Landesrat Pörtl: „Es ist bereits geschehen!“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wir haben davon noch nichts gemerkt!“) Das freut mich zu hören. Ich glaube, daß das ein Diskussionsprozeß ist, der jetzt längere Zeit anzuhalten hat. Ich glaube, daß wir hier auch hinsichtlich des demokratischen Verfahrens, das hinführt zu einer optimalen Variantenrechnung, ein Optimierungsproblem haben, das wir gemeinsam lösen werden. Meine Damen und Herren! Zentrale Lösungen wurden bisher bevorzugt. Ich glaube, das doch in dieser Deutlichkeit ausdrücken zu können; aus unterschiedlichsten Gründen – klarerweise. Bei der Abwasserreinigung, wenn es um die zentralen

Lösungen geht, gibt es eine sehr tatkräftige und sehr wortreiche Lobby, die in diese Richtung wirkt. Ich glaube aber, daß den ökologischen Vorteilen der dezentralen Abwasserreinigung mehr Gewicht gegeben werden sollte, ökologische Vorteile, wie etwa, daß Wasser in der Region gehalten wird, wie etwa, daß bei Pflanzenkläranlagen kein Klärschlamm anfällt, wie etwa, daß die Verantwortung hinsichtlich des Abwassers bei dezentralen Lösungen doch wieder mehr beim einzelnen Bürger, bei der Familie liegt.

Ich möchte einen zweiten Bereich ansprechen. Ich bin sehr froh, daß wir Einstimmigkeit erzielt haben hinsichtlich der Notwendigkeit der Förderung von Pflanzenkläranlagen. Ich werde mir erlauben, später diesbezüglich noch einen Beschlußantrag einzubringen. Das soll eigentlich nur als Unterstützung gedacht sein für den ohnehin schon von Landesrat Pörtl beschrittenen Weg. Ich glaube, daß damit ein sehr wichtiges Signal sowohl in Richtung Bürger, insbesondere bäuerliche Bevölkerung, aber auch in Richtung Verwaltung gegeben wird, daß sich das Land, insbesondere die politischen Verantwortungsträger im Land Steiermark, eindeutig zu diesen Pflanzenkläranlagen, die dem Stand der Technik entsprechen, bekennt. Es ist ein Arbeitsauftrag für die Verwaltung sowohl hier in Graz als auch in den Bezirken.

Meine Damen und Herren, ein drittes Element hinsichtlich der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum möchte ich auch noch ansprechen. Es fehlt im Rahmen dieser, ja fast Kaskade von Emissionsverordnungen zum Wasserrechtsgesetz noch eine Emissionsverordnung, nämlich diejenige für sehr kleine Anlagen, Anlagen unter 50 Einwohnergleichwerten. Ich persönlich plädiere dafür, falls diese Emissionsverordnung jetzt wieder in Diskussion kommen sollte, und der neue Landwirtschaftsminister wird sich damit zu befassen haben, daß nicht ausschließlich Konzentrationen, gemessen in Milligramm pro Liter, in dieser Verordnung festgehalten werden, sondern daß diese Emissionsverordnung mehr und mehr aus der Perspektive der „Fracht“ verfaßt wird. Was meine ich damit? Das ist sehr einfach zu verstehen. Stellen Sie sich eine Abwasseranlage vor, die eintausend Liter pro Tag emittiert mit einer Konzentration von einem Gramm irgendeiner Substanz, eines Schadstoffes, eines Stoffes pro Liter. Das ergibt eine tägliche Fracht von einem Kilogramm. Eine Abwasseranlage mit einer Million Liter pro Tag bei gleicher Konzentration von einem Gramm pro Liter emittiert in den Vorfluter eine Fracht von einer Tonne dieses Stoffes. Dieses Beispiel versucht ein wenig darzustellen, wie entscheidend diese Perspektive der Fracht bei der Belastung unserer Fließgewässer ist. Sie können sich vorstellen, daß ein und derselbe Vorfluter selbstverständlich von einer Tonne Schadstoffen wesentlich mehr beeinträchtigt wird als von einer kleinen Anlage mit nur einem Kilogramm Fracht.

Soviel, meine Damen und Herren, zum Bereich Wasserpolitik in der Steiermark. Ich werde mir erlauben, am Ende meiner Rede noch einen Beschlußantrag diesbezüglich einzubringen. Erlauben Sie mir aber noch einige Worte zum Klimabündnis europäischer Städte und Regionen mit Amazonien. Dieses Klimabündnis ist außerordentlich erfolgreich. Es gibt

mittlerweile 380 Mitgliedsstädte und Regionen in etwa zehn europäischen Nationen. 16 steirische Gemeinden sind diesem Klimabündnis beigetreten. Dieses Klimabündnis ist, wie Sie wissen, etwas, was im wesentlichen aus zwei Teilen besteht, und zwar aus dem energiepolitischen Teil zu Hause, hier in der Steiermark, in Österreich, und aus dem entwicklungspolitischen Teil. Es geht um die Unterstützung der indigenen Völker im Amazonasgebiet. Warum geht es um die Unterstützung von Menschen in einem Urwaldgebiet? Weil diese Bevölkerung im Amazonasgebiet sozusagen der Wächter des Regenwaldes ist. Diese Bevölkerung, diese indigenen Völker leben vom Regenwald. Sie zerstören den Regenwald nicht, im Gegenteil, sie haben größtes Interesse an der Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, sowohl aus ethischen Gründen, die ebenfalls Kollegin Karisch in ihrer Generalrede angesprochen hat, aber auch aus den Gründen des Eigennutzes sollten wir uns auch an diesem Teil des Klimabündnisses beteiligen. Wir haben ja grundsätzlich die Verpflichtung, uns an diesem Teil zu beteiligen, weil wir diesen internationalen Vertrag eingegangen sind. Ich bin daher der Ansicht, daß wir auch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mit den indigenen Völkern in Amazonien unterstützen sollten. Wir haben das für heuer bereits getan. Wir haben einen nicht allzu großen Betrag, etwa 200.000 Schilling, in diesem Bereich aufgebracht. Damit sind Boote angekauft worden von den Indianern im Amazonasgebiet, Boote, die im Amazonasgebiet zum Transport von Waren und Nahrungsmitteln dienen. Es ist sozusagen ein Direktvermarktungsprojekt, wenn man so will. Wir wissen aus der Diskussion in unserem Bundesland, wie wichtig Direktvermarktung für die Überlebensfähigkeit und für die Lebensfähigkeit der bäuerlichen Bevölkerung hier in der Steiermark wie auch im Amazonasgebiet ist. Meine Damen und Herren, ich komme zum Abschluß und erlaube mir nunmehr, zwei Beschlußanträge einzubringen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Chibidziura und Trampusch, betreffend die Förderung von Pflanzenkläranlagen.

Das Problem der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum wird nur bei forcierter Nutzung dezentraler Verfahren der Abwasserbehandlung zu lösen sein. Pflanzenkläranlagen, die dem Stand der Technik entsprechen, haben den Beweis erbracht, daß sie in ländlichen Regionen zur Lösung des Abwasserproblems beitragen können. Um einen Anreiz für die Errichtung solcher Anlagen zu geben und um der Öffentlichkeit das Interesse des Landes Steiermark zu signalisieren, sollte eine Direktförderung von Pflanzenkläranlagen – analog zur Direktförderung von Sonnenkollektoren – eingerichtet werden.

Es wird der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Direktförderung für die Errichtung von Pflanzenkläranlagen – analog zur Direktförderung von Sonnenkollektoren – einzurichten. Nach Möglichkeit sollte dabei eine Umschichtung von

für Großanlagen vorgesehenen Förderungsmitteln erfolgen.

Ich möchte aber auch einen zweiten Beschlußantrag einbringen, betreffend das Klimabündnis und den Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit.

Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch, Mag. Erlitz und Trampusch – also die nötige Anzahl von Abgeordneten ist vorhanden –, betreffend die Unterstützung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit im Amazonasgebiet.

Als Klimabündnismitglied ist die Steiermark verpflichtet, einen Beitrag zur Erhaltung des Regenwaldes im Amazonasgebiet zu leisten. Dies geschieht in Form einer finanziellen Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit mit den Bewohnern dieses Regenwaldes, den dortigen indigenen Völkern. Diese Völker leben im und vom Regenwald und haben daher größtes Interesse an seiner Erhaltung. Die Erhaltung dieses Regenwaldes hat wiederum größte Bedeutung für die Stabilität des Weltklimas.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, 1995 250.000 Schilling für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mit Amazonien zur Erfüllung der aus der Mitgliedschaft beim Klimabündnis sich ergebenden Verpflichtung zur Verfügung zu stellen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 13.33 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich begrüße im Zuschauerraum einen Gast, der sich das erste Mal seit seinem Amtsantritt das Vergnügen macht und Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Ehre bereitet, hier im Landtag anlässlich der Budgetdebatte anwesend zu sein. Ich begrüße den Intendanten des Landesstudios Steiermark des ORF, Herrn Dr. Kurt Bergmann. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Frieß. Ich erteile es ihr.

Abg. Frieß (13.34 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn in der Umwelt alles stimmen würde und wenn wir unsere Lebensführung so ausrichten könnten, daß wir keine Probleme hätten, dann würden wir heute diese Diskussion nicht brauchen, dann würden wir keine Landesmittel brauchen, und unter Umständen würden wir nicht einmal einen Umweltlandesrat brauchen. Aber ausgerechnet dem Erich Pörtl vorzuwerfen, daß er Versäumnisse in Sachen Umwelt vorzuweisen hätte, das finde ich wirklich eine sehr große Frechheit. Ich möchte dem auch wirklich sehr deutlich entgegensetzen. Ich darf an deine Adresse wirklich auch einen Gruß an deinen Stadtrat Weinmeister senden und möchte dir ein Beispiel nennen, wo ich auch Versäumnisse von seiner Seite her aufzählen kann. Ich denke da an das Müllaufkommen in der Steiermark, und da kann ich sehr klar aufzählen, daß zum Beispiel in Graz es 217 Kilogramm beträgt, in Weiz, in den Bezirken draußen, wo wir die Möglichkeiten haben, auch entscheidende Schritte zu setzen und sie Erich Pörtl auch gesetzt hat, 90 Kilogramm, in seinem Bezirk 77 Kilogramm, da muß ich wirklich sehr

deutlich sagen, lieben Gruß! In Sachen Müllvermeidung könnte der Herr Stadtrat Weinmeister Graz sehr wohl auf Trab bringen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Aber es gibt auch einen zuständigen Umweltstadtrat, und Müllvermeidung gehört durchaus in diese Kompetenz. Ich möchte aber nun zu meinem Thema kommen und eines auch sehr deutlich sagen: Eine Forderung von seiten der Konsumenten, eine umfassende Umweltinformation zugänglich zu machen, der ist deutlich Rechnung zu tragen. Und eines möchte ich auch zu diesem Zeitpunkt feststellen. Gerade die Landwirtschaft und gerade Landesrat Erich Pörtl haben sich diesbezüglich immer sehr, sehr offen gezeigt und sehr, sehr gesprächsbereit. Ich möchte daher durchaus auch auf zahlreiche Maßnahmen und Programme speziell zum Bodenschutz im Bereich der Landwirtschaft hinweisen. Steiermarkweit wird eine Bodenkontrolle mit der Bodenzustandsinventur durchgeführt, die sich sehen lassen kann. Eine so große Offenheit würde ich mir wirklich auch in anderen Bereichen der Gesellschaft wünschen. Den Böden, deren Belastbarkeit lange Zeit als unbegrenzt galt, fällt es immer schwerer, Interaktionen der modernen Gesellschaft zu verkraften. Der Boden ist ein sehr sensibles Ökosystem, ein ganz wesentliches Ökosystem, und wir finden das allzu selbstverständlich, den gesund zu haben. Die aktuellen Ergebnisse der Untersuchungen in bezug auf Schwermetalle in steirischen Böden schließen eine Gefährdung von Pflanzen, Tieren oder Menschen in einigen, Gott sei Dank aber wenigen Standorten nicht aus. Die Analysenwerte zeigen aber auch, daß einzelne Formen von der Natur vorgegeben, und nicht umweltbedingt sind. Arsen und Nickel zum Beispiel sind keine Schadstoffeintragungen, sondern einfach Naturvorkommen in der erzeichen Steiermark, also ganz geogene Faktoren. Wenn wir auch feststellen, daß Magnesium stark ausgewaschen ist, und wir haben heute auch schon andere Beispiele gehört, so müssen wir natürlich auch alles daransetzen, solche einzelne Bereiche sehr deutlich zu beachten und nicht noch mehr zu verbrauchen. Außerdem können durch niedrige pH-Werte viele Mikroorganismen nicht überleben. Da hat sich die steirische Landwirtschaft deutlich, zahlreiche, innovative Programme ausgedacht unter der Führung von Erich Pörtl. Natürlich ist es auch so, daß er viele Ernten machen kann, weil auch seine Vorgänger sehr, sehr gut gearbeitet haben und auch diesbezüglich große Möglichkeiten gesetzt haben. Ich denke da zum Beispiel an das steirische Extensivierungsprogramm, Projekt Erosionsschutz und Ackeraufbau, der Nitratbus, zahlreiche Umweltberater in der ganzen Steiermark, 1500 Hektar Schutzgebiete, 1000 Hektar Schongebiete, hohe Anteile an Alternativen in der Fruchtfolge. Also, alles Leistungen von Erich Pörtl. Deutliche Erfolge werden auch in bezug auf die Bodenerosion mit Winterbegrünung, abfrostenden Zwischenkulturen, geeignete Bodenbearbeitung und andere Maßnahmen erzielt. Das möchte ich auch unserem Freund Getzinger sehr deutlich sagen. Und eines, da stimme ich durchaus bei, Grünlandgebiete können bei mittlerer Belastung und Intensität und natürlich bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung, wie wir es von unseren Bauern gewohnt sind, als Wasserschon- und Schutzgebiete bezeichnet

werden, ohne daß wir sie extra entsprechend da festlegen in den einzelnen Berichten. Aber auch im Rahmen des ÖKUL, des Ökoprogrammes in der Landwirtschaft, sind Richtlinien vorgegeben, die eine zusätzliche Reduktion der Schadstoffe sehr realistisch erscheinen lassen. Das betrifft natürlich auch die gesamte Problematik der Klärschlamm- und Gülleentsorgung, weil es ja wirklich so ist, daß die Landwirtschaft viele, viele Belastungen von der Gesellschaft zu tragen hat. Aber eines, meine Damen und Herren, muß man sehr deutlich sagen, Umweltschäden kennen keine Grenzen. Und natürlich ist es auch notwendig, da entsprechend überregional zu arbeiten. Es ist auch notwendig, die Masse der Bevölkerung bei der Wiedergewinnung von Boden, beim Recycling sozusagen, zur verstärkten Mitarbeit aufzufordern. Die Komposttrennung nach Önorm muß in ein Gesetz aufgenommen werden und muß ein hohes Anliegen aller sein. Es müssen wirklich die Ausgangsmaterialien stimmen. Die Einschränkung von Bodenversiegelung, Verminderung von Bodenverdichtungen, natürlich auch die Reduzierung von Schadstoffeintritten in die Böden bis hin zum Recycling sind sehr, sehr wertvolle Investitionen für die Zukunft. Bodenschutz ist also auch natürlich Wasserschutz, Naturschutz, insgesamt könnten wir ihn als Lebensschutz bezeichnen. Daher ist natürlich auch zu diesem Thema eines ganz klar zu sagen und festzustellen. Die durch die Konsumgesellschaft erzwungenen Aktivitäten in Verbindung mit intensiver Bodennutzung und darüber hinaus die Schadstoffzufuhr über Luft und Abwasser führen dazu, daß es über die Böden direkt oder über Rückkoppelungseffekte zu vermehrter Abgasung kommt.

Es mehren sich natürlich dadurch, und das haben wir heute schon sehr deutlich gehört, die Indizien für einen durchaus großen, ernst zu nehmenden Klimawandel. Daher sind nicht nur an die Landwirtschaft, sondern an uns alle in der Gesellschaft und Wirtschaft immer wieder erneute Forderungen zu stellen nach Ausrichtung einer nachhaltigen Lebensführung. Und das meine ich gerade im Freizeitbereich. Die Steiermark ist ein Umweltmusterland. Darauf können wir wirklich sehr stolz sein. Wir sollten gemeinsam alles daransetzen im Sinne der Menschen und der Bevölkerung, das Umweltprogramm fortzusetzen und diesbezüglich auch unsere Zukunft abzusichern. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Dipl.-Ing. Chibidziura (13.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich habe dieses „Politikum“ nun erhalten und kann feststellen, daß es eine nette Zusammenstellung über Wasser und Probleme mit dem Wasser ist. Ich stehe auch nicht an zu sagen, es gefällt mir, habe es aber noch nicht ganz durchgelesen. Zuerst war natürlich mein Blick in Richtung Pflanzenkläranlagen. Da bin ich ein bißchen aufgeschreckt, weil der nötige Abstand zu anderen Dingen nicht in der Optik gegeben ist. Sonst können wir aber darüber reden. Das

ist etwas, was sicherlich ein gutes und nettes Handbuch ist für den Normalverbraucher. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Landesrat Erich Pörtl hat natürlich auch hier einen Spruch drinnen, der heißt: „Wir dürfen nicht so sehr, vor allem nicht unbedacht, in die Selbstregulation der Wasserläufe eingreifen, denn nur Kreisläufe sorgen für Gleichgewicht und damit für stabile Zustände.“ Ich gebe ihm vollkommen recht. Es ist das Denken in Kreisläufen notwendig, es ist das Arbeiten in Kreisläufen notwendig, und es ist auch das Leben in Kreisläufen notwendig. Aber, ehrlich gesagt, zwischen Theorie und Praxis gibt es doch immer wieder Unterschiede. Gerade beim Abwasser ist es richtig, daß die schönen Reden allein nicht genügen. Es muß etwas geschehen, auf gut deutsch, es passiert mir ein bißchen zuwenig. Ich hoffe aber, daß der Nachdruck groß genug ist, daß hier der Druck erhöht wird, daß hier einiges im Laufen und Verbessern ist. Ein Wort zur zweiten Abwasseremissionsverordnung für Anlagen bis 50 EGW, 10 Milligramm Ammoniak. Ich weiß schon, es ist hier ein politischer Grenzwert, aber man muß auch über Grenzwerte diskutieren können. Wir wissen alle, daß bei Großkläranlagen die 5 Milligramm sind. Aber man muß auch sehen, was ist die Fracht. Und Kollege Getzinger hat das schon herausgearbeitet. Die Immission in den einzelnen Flüssen ist auch ein Wertmaßstab, wie weit der Fluß vorbelastet ist, und wie weit kann ich ihn überhaupt noch belasten. Wir stellen fest, daß über weite Bereiche unsere Flüsse durch den Ablauf unserer Kläranlagen über Kilometer überbelastet sind und gerade in jenen Bereichen ausgesprochene Algenbildungen vorhanden sind. Wie sich auch feststellen läßt, ist die Biologie in diesem Bereich tot. Wir sehen dort auch keine Fische. Warum? Zu einem großen Teil sind natürlich die Unmengen an Tensiden und Weichmachern im Wasser soweit, daß das Wasser entspannt ist. Es kann nicht einmal mehr ein Wasserläufer über das Wasser laufen, und damit ist natürlich auch die Nahrungskette für die Fische unterbrochen, wobei natürlich die Tenside selbst auf die Kiemen wirken und die Fische damit nicht mehr in diesen Bereichen sind. Es ist für diese Emissionsverordnung notwendig, daß es möglich ist, die Nachreinigungsstrecken in die Beurteilung der Abwasser und der Grenzwerte einzubeziehen. Wir sehen, daß hier die Theorie und die Praxis wirklich auseinanderklaffen. Wir haben bei Einzelkläranlagen in Einzellagen meist noch Strecken über Wiesen, Gräben und kleine Bacherln, wo auch sehr viel Gras wächst, wo eine Nachreinigungsstrecke vorhanden ist und wo wir das auch wirklich beurteilen können, daß hier eine zusätzliche Reinigung da ist. Herr Ministerialrat Häfler hat gesagt, er ist selbst nicht glücklich mit diesen Grenzwerten. Diese wurden politisch festgelegt. Er wurde überhaupt nur zu Beginn einmal gefragt. Dann wurde mehr oder minder ihm dieser Grenzwert serviert. (Landesrat Pörtl: „Das sind die mutigen Burschen!“) Das sind die mutigen Burschen. Das ist gar keine Frage.

Die Herrschaften theoretisieren und sind dann nicht bereit zu sagen, Herrschaften, da müßt ihr die Nachreinigungsstrecken miteinrechnen, das ist möglich. Wenn dann Sachverständige da sind, die hier vielleicht zuwenig Mut haben, dann gibt es natürlich Probleme. Man kann die Dinge natürlich auf diese

eine Seite auslegen wie auch auf eine andere. Es ist unsere Aufgabe, die Belastung der Fließwässer zu minimieren und die Frage der Fracht zu betrachten.

Denken wir aber auch ein bißchen weiter an unsere Bauern, die in Wirklichkeit eine Pflanzenkläranlage zur Verfügung haben, eine aufgebretete Pflanzenkläranlage in Form einer Wiese, wo sie auch ihre Gülle ausbringen. Theoretisch dürfte das aber nicht sein, aber seit Jahrhunderten ist das Praxis. Es hat sich eines herausgestellt, daß in den letzten Jahrzehnten die Tierhaltung sich etwas verändert hat, und mit der Schwemmenmistung, mit der Gülle, die Mengen, die dann ausgebracht werden, einfach in manchen Bereichen zu hoch sind, die Konzentration zu hoch, die Verdünnung zu gering. Die Theorie müßte natürlich auch hinterfragt werden, wieweit muß ich verdünnen, und wieweit ist es dann möglich, daß ich die Belastung für eine Wiese, den Acker minimieren kann, also in dem Fall für den Boden gerechnet. Hier hat Professor Deutsch, ein Experte der Praxis, einiges ausgearbeitet. Er hat festgestellt, daß es sehr stark davon abhängig ist, wie gesund unser Boden ist, welche Anteile von Mikroorganismen vorhanden sind. Da kann man natürlich etwas mehr zumuten, wenn hier ein gesunder Boden vorhanden ist. Überlegenswert ist auch, wie soll es in unseren Berggebieten, in unseren Almgebieten ausschauen. Soll ich da, wie in Sankt Anna ob Obdach, für 15 Häuser eine Abwasserentsorgung bis nach Obdach machen, sechs Kilometer Kanal bauen? Ich glaube, das ist verfehlt. Wir müssen dort auch überlegen, was kann ich dem Boden auf den Almen zumuten, wie löse ich das Problem, ohne horrenden Summen ausgeben zu müssen. Ich glaube, das Projekt hat eine Größenordnung von 16 Millionen Schilling. Ich glaube, daß Prof. Deutsch sehr recht hat, wenn er sagt, das Abwasser von einer Person kann man 200 Jahre lang auf einem Hektar aufbringen. Dann hat man erst eine ähnliche Belastung, als wenn man einmal im Jahr einen Klärschlamm aufbringt. Zum Beschlußantrag muß ich sagen, ich bin froh, daß wir ihn eingebracht haben. Er ist ein Signal für alle auf dem Land, und ich hoffe, daß es sich auch bis in die einzelnen Bezirkshauptmannschaften durchspricht, daß hier der politische Wille sichtbar und auch hörbar wird, so daß wir hoffen können, daß wir in gegenseitiger Abwägung der Vorteile und Nachteile eine ordentliche Abwasserentsorgung in der Zukunft zusammenbringen. In diesem Sinne recht herzlich danke. (Beifall bei der FPÖ. – 13.51 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung stammt vom Herrn Abgeordneten Franz Trampusch.

Abg. Trampusch (13.52 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist jetzt sehr viel gesagt worden zum Bereich Natur- und Umweltschutz. Es ist auch richtig so, denn wir haben hier viel zu tun. Ich darf auch ganz kurz zu drei Themen etwas sagen. Frau Kollegin Karisch, ich bin mit allem einverstanden, was Sie heute in dem Zusammenhang gesagt haben. Ich mache nur eine kleine Anmerkung dazu. Sie haben richtigerweise den Mahatma Gandhi zitiert mit seiner Äußerung, es ist Platz für alle Menschen auf der Erde. Wenn alle so ausschauen von der Figur wie der Mahatma Gandhi,

selbstverständlich, wenn aber alle so ausschauen wie der Kollege Vesko oder Heibl, dann hat nur mehr die Hälfte Platz. Das heißt, wir haben es auch mit der Arten- und Formenvielfalt des Homo Sapiens zu tun und auch mit all seinen Problemen in der Zivilisation, und das bringt uns ja zu allen Umwelt- und Naturproblemen, die wir zu behandeln haben. Aber ich möchte sehr ernsthaft zu einem anderen Thema etwas sagen.

Wir haben auch im Bereich der Raumordnung, die da hineinspielt, einige Änderungen vorgenommen, etwa mit den neuen Möglichkeiten, Flächenwidmungspläne sehr rasch und auch sehr individuell zu ändern. Und das steht nicht mehr ganz im Einklang mit jenen Richtlinien, die etwa für die Festlegung der sogenannten gelben Linien also auch beschlossen worden ist. Auch da sollten wir sehr rasch wieder versuchen, auch im Interesse der Abwasserreinigung in unserem Lande und der Effizienz bei den Kosten, hier diese Symbiose wieder herzustellen.

Und ein drittes: Es gibt einen Beschlußantrag, den wir gemeinsam im Finanz-Ausschuß vertreten haben, wo davon die Rede ist, daß es eine Schwerpunktsetzung im Naturschutzjahr 1995 geben soll. Das ist jetzt eine verbale Erklärung aller Fraktionen, sie soll aber auch umgesetzt werden. Ich sage es sehr offen, wir haben in den letzten Jahren einige Male eine Diskussion in der Öffentlichkeit gehabt, wie es in der Steiermark mit der sogenannten Ökoabgabe ausschaut. Ich erinnere mich auch daran, daß es hier unterschiedlichste Reaktionen gegeben hat. Es war ein Lernprozeß und könnte ein Ergebnis dieses Naturschutzjahres 1995 sein, daß wir uns gemeinsam zu einer solchen Abgabe bekennen sollten. Ich glaube, die Zeit ist reif, wenn nicht überreif. Die anderen Bundesländer haben, mit einer Ausnahme – Oberösterreich ist, glaube ich, noch nicht so weit –, hier bereits Wege beschritten, wie wir auch sozusagen der Reparatur der Natur wieder Mittel zuführen, ohne den allgemeinen Haushalt zu belasten. Ich sage sehr offen, unser Klub macht gerne mit, wenn es zu einer gemeinsamen Regelung in der Steiermark kommt. Die kann aber nur so ausschauen, daß man jetzt nicht nur über eine Ökoabgabe im Zusammenhang mit Schotterentnahme letztlich redet, sondern auch darüber, das kann nur der Anfang sein, daß man überall dort, wo man aus der Natur etwas entnimmt und damit ein Geschäft macht, auch Mittel dafür aufbringt, um wieder zu einer vernünftigen, behutsamen Renaturalisierung zu kommen. Dazu ein Letztes: Wir machen heute vielleicht in diesem Zusammenhang auch manchmal zuviel des Guten. Da werden Auflagen etwa für die Renaturalisierung von Schottergruben oder anderen Bereichen vorgeschrieben, die gar nicht so sehr wirken. Da wäre es vielleicht manchmal besser, die Natur selbst wieder stärker miteinbeziehen zu lassen und wieder sozusagen diese Artenvielfalt eintreten zu lassen. Auch das wäre eine gemeinsame Aufgabe, die wir in diesem Naturschutzjahr 1995 zu bewältigen hätten.

Liebe Kollegin Frieß, ich stimme dem gerne zu, daß in der Steiermark sehr viel geschehen ist im Bereich des Umweltschutzes. Ich würde aber vorschlagen, reden wir nicht immer davon, daß die Steiermark ein Musterland des Umwelt- und Naturschutzes ist, weil

das würde manchen dazu verleiten, sich zurückzulehnen und zu sagen, wir haben schon alles gemacht. Es ist, glaube ich, wichtig festzustellen – ich sage es noch einmal –, es ist für mich geschehen, aber wir haben noch sehr, sehr viel zu tun. Und in dem Sinne sollten wir uns gemeinsam und sinngemäß zu diesem Beschlusstrag in der Gruppe 5 bekennen. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 13.58 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kinsky (13.58 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte zum Thema Umwelt und auch zum Thema Naturschutz ein paar Dinge sagen aus der Sicht derer, die in der Steiermark unseren steirischen Wald besitzen, dort pflegen und dort wirtschaften. Es ist nachweislich, daß die Natur auf umweltproblematische Luftverschmutzungen sehr viel schneller reagiert wie der Mensch, ebenso auf Klimaveränderungen. Es wurde heute schon erwähnt, daß sich der Waldzustand im heurigen Jahr gegenüber dem vergangenen Jahr leicht verbessert hat. Ich muß aber betonen, daß wir immer noch 70.000 Hektar Waldfläche in der Steiermark haben, die durch Luftverunreinigung geschädigt sind, vor allem in den Industrieregionen des Mur- und Mürztales sowie des Palten- und Liesingtales und in den Regionen Gratkorn, Grazer Feld, Voitsberg, Deutschlandsberg und einzelnen Gebieten der Oststeiermark. Zweites Faktum ist, daß die von der negativen Lufteinwirkung geschwächten Wälder besonders kritisch auf extreme Witterungssituationen reagieren. Wir haben das im vergangenen Jahr durch die lange Trockenperiode sehr klar vor Augen geführt bekommen. Wenn man sich vorstellt, daß von der gesamten Holzernie in der Steiermark im vergangenen Jahr 36,8 Prozent Schadholzanfall war und in den besonders kritischen Regionen der Bezirke Leibnitz, Radkersburg und Feldbach der Anteil der Gesamtholzernte über 50 Prozent Schadholz war. Diese Ziffern müssen einem zu denken geben, und darum wiederhole ich noch einmal, was ich im Rahmen der Agrardebatte schon gesagt habe. Wir brauchen dringend eine Besteuerung der fossilen Brennstoffe. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, nicht nur im Bewußtsein, daß Verbrennung von fossilen Brennstoffen einfach unsere Luft verschmutzt und die Natur zunichte macht, ich habe es bereits betont auch in der Agrardebatte, wir haben genug wieder wachsende Ressourcen im Land Steiermark, um hier weiter Bioheizkraftwerke zu errichten, obwohl wir – wie das die Frau Dr. Karisch bereits erwähnt hat – führend in allen Bundesländern mit solchen Anlagen sind. Ich hoffe nur, daß sich die politischen Verantwortungsträger nicht durch Aussagen und Ausschreibungen der Autofahrerklubs jetzt wieder daran hindern lassen, so eine Steuer einzuführen.

Ein Wort zum Naturschutz. Ich möchte ganz klar sagen, die Eigentümer des steirischen Waldes und damit die Eigentümer von 60 Prozent unseres Bundeslandes bekennen sich zur Pflege, Erhaltung und zum Schutz der Natur. (Allgemeiner Beifall.)

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte auch betonen, Grundvoraussetzung für die Erhaltung unserer Wälder wird auch in Zukunft sein, daß die Wirtschaftlichkeit und die Nutzung dieser Wälder garantiert sind. Ich habe derzeit den Eindruck, daß von manchen Naturschutz- und Umweltorganisationen im Untergrund Reklame betrieben wird mit dem Ziel, das Wirtschaften im Wald unmöglich zu machen. Und hier hätte ich eine Bitte an den Kollegen Getzinger, der, wie ich weiß, sehr enge Kontakte zu diesen Gruppen hat. Meine geschätzten Damen und Herren! Eine Organisation wie Greenpeace hat in vier Wochenmagazinen eine Seite dieser Reklame veröffentlicht. Hier ist ein Kinderkopf – dahinter Holz, die Motorsäge saust durch das Holz und in weiterer Folge auf den Kinderkopf – abgebildet. Dort steht die Frage: „Kommt der Wald auch in den Himmel?“ Den Wäldern werden Tag für Tag, Stunde für Stunde, Sekunde für Sekunde unheilbare Wunden zugefügt. Bäumen wir uns auf, es liegt an uns, wenn wir etwas gegen die Zerstörung der Wälder tun wollen. Meine Damen und Herren! In ganz Europa ist anerkannt, daß die steirische und österreichische Forstwirtschaft mustergültig ist. (Beifall bei der FPÖ.) Wir hätten heute die Wälder nicht in dem Zustand, wenn sie nicht durch Generationen hervorragend geführt worden wären. (Allgemeiner Beifall.)

Noch ein Wort: Ich will Ihnen jetzt nicht Komikhefte vorlesen. Aber, meine Damen und Herren, ich nehme so etwas ernst. Für kleine Sparer wird in Banken zu Weihnachten das Weihnachtsheft aufgelegt. In diesem Weihnachtsheft gehen die Sumsis in den Wald. Die Sumsis unterhalten sich darüber, wo der dickste und wo der schönste Baum steht. Dann kommt der böse Sumsi. (Abg. Dr. Lopatka: „Wer ist das?“) Der sagt: „Aber, meine lieben Sumsis, wenn ihr hier einen Baum umschneiden wollt, dann müßt ihr auch etwas dafür bezahlen.“ Der Rest der Sumsis sagt: „Bezahlen! Euch ist wohl der Verstand eingefroren. Der Wald gehört doch allen.“ Meine geschätzten Damen und Herren! Ich fordere die Politik auf, daß das Eigentumsrecht, und ich bin der Überzeugung, daß dieses Recht auf Eigentum von allen politischen Fraktionen, die hier sind, akzeptiert wird. Wenn solche Dinge bereits den kleinen Kindern nach Hause gegeben werden, dann sehe ich das als eine Gefahr für das Eigentum an, und wenn dieses Eigentumsrecht unterbrochen wird, dann garantiere ich Ihnen, wird es sehr schnell gehen und unsere Wälder werden umfallen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Die steirische Forstwirtschaft war in vielen Bereichen, vor allem im Bereich des Marketing, immer führend. Auch wir haben in der vergangenen Woche, am 5. Dezember, eine Aktivität im Rahmen des kommenden Naturschutzjahres gesetzt. Es wurde von Waldbesitzern, von den kleinsten bis zu den größeren, ein neuer Verein hier in Graz für ganz Österreich mit dem Namen „Biosphäre Austria – Verein für dynamisches Biotopmanagement“, kurz heißt dieser Verein BIOSA, gegründet. Was wollen wir? Wir wollen als Grundeigentümer Biotope in diesen Verein einbringen und über diese Biotope gemeinsam mit den jeweiligen Landesregierungen einen Vertragsnaturschutz erreichen. Wir wollen diese Flächen auf freiwilliger Basis einbringen. In diesem

Vertragsnaturschutz, meine Damen und Herren, muß auch ganz klar die Haftungsfrage geklärt werden. Heute stehen wir vor der Problematik, daß dort und da ein Baum unter Naturschutz gestellt wird. Haften, wenn etwas passiert, tut der Grundeigentümer. Wir haben bereits in Österreich vier Prozesse laufen. Derzeit läuft ein Prozeß in meinem eigenen Bezirk, wo bei einem Bauern eine 250 Jahre alte Buche unter Naturschutz gestellt worden ist, ein Ast ist heruntergefallen und hat ein Auto beschädigt. Haftbar ist der Grundeigentümer. Meine Damen und Herren! Wir sind zum Vertragsnaturschutz gerne bereit, nur, die Haftungsfrage für die Eigentümer muß hier ganz klar von der Behörde übernommen werden. Ich glaube, daß sich hier die Naturbewußten und die Naturschützer mit den Eigentümern zusammentun sollten. Und hier bin ich dem Herrn Landesrat Dr. Hirschmann sehr dankbar für seine Aussage, daß es Naturschutz ohne die Grundeigentümer oder gegen die Grundeigentümer in der Steiermark nicht geben wird. In Gemeinsamkeit sollten wir für die Eigentümer unserer Wälder alles tun, damit sie auch dort ihren Lebensunterhalt in Zukunft erwirtschaften können. Wenn das möglich ist, dann ist mir um die Zukunft unserer steirischen Landschaft, die zu einer der schönsten zählt, die es in Europa gibt, nicht bange. In diesem Sinne hoffe ich, daß uns allen das gelingen möge. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.08 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glössl. Ich erteile es ihm.

Abg. Glössl (14.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist so vieles über Umwelt gesprochen worden, und es freut mich auch, daß sehr viele Abgeordnete dieses Hauses so engagiert zum Thema „Umwelt“ diskutiert haben. Ich war nicht vorgesehen, aber ich fühle mich jetzt verpflichtet als einer derjenigen, der nicht nur politisch, in meiner Funktion als Bürgermeister, sondern auch in meinem Berufsleben mit diesem Thema „Abfall“ sehr eng verbunden ist. Wenn heute Herr Dr. Ebner die Aktivitäten des Landesrates so kritisiert hat, daß es zu langsam vorwärts geht in Sachen Müllverbrennung, dann muß ich dir sagen, bin ich eigentlich froh, daß es nicht schneller gegangen ist. Ich habe es in meiner Gemeinde miterlebt. Vor fünf Jahren haben wir uns dafür interessiert, eine Müllverbrennung aufstellen zu lassen. Wir haben schon einige Genehmigungsverhandlungen durchgeführt. Wir hatten die Bevölkerung in der Gemeinde so weit, daß sie Vertrauen zur Gemeinde gehabt haben. Dann hat es sich bei den Standortuntersuchungen ergeben, daß der Standort doch nicht der richtige war. (Abg. Dr. Ebner: „Das kann sein!“) Herr Abgeordneter Ebner, ich will dir etwas anderes sagen: Wir sind bei diesen Verfahren dann draufgekommen, daß man damals, vor fünf Jahren, eine Müllverbrennungsanlage als Wirtschaftlichkeitsfaktor herbeigezogen hat, ich sage bewußt Müllverbrennungsanlage. Es hat geheißen, wir brauchen 300.000 Jahrestonnen, damit sich das ganze dort überhaupt rechnet. In der Zwischenzeit sind fünf Jahre vergangen. Jetzt sind wir draufgekommen, daß es mit 100.000 Jahrestonnen auch schon wirtschaftlich wird. Jetzt auf einmal, wo

die Verpackungsverordnung in Kraft getreten ist und wo man diese thermischen Fraktionen irgendwo verbrennen soll, kommt man drauf, daß man auf Grund der Zuzahlung aus der ÖKK vielleicht mit weniger Tonnagen auch schon auskommt. Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, hätte man vor fünf Jahren damals rascher gehandelt, wäre vielleicht in Röthelstein oder Umgebung eine Verbrennung installiert worden. Wir hätten dann eine Anlage gebaut und hätten den Abfall heute in der gesamten Steiermark nicht mehr zur Verfügung, den man dort verbrennen müßte. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Warten wir 20 Jahre, dann brauchen wir es nicht mehr!“) Nicht zehn Jahre. Ich will damit aber eines noch sagen, daß sich die Industrie, und, lieber Ebner, du hast auch die Industrie angesprochen, wo du gesagt hast, du siehst das nicht sinnvoll, damit beschäftigt, Müll oder Abfälle zu verbrennen. Es hat sich doch bestens bewährt. In Bruck hat die Leykam mitten am Standort Bruck eine bestens funktionierende Reststoffverbrennungsanlage installiert und dadurch sehr vieles vom Müllaufkommen weggebracht. Hätten wir damals in Frohnleiten am Standort Frohnleiten/Kartonfabrik auch eine Reststoffverbrennungsanlage gebaut, so wie es die Industriellen der Kartonfabrik vorgehabt haben, dann hätten wir das Thema wieder dort reduzieren können. Schaue in das Spital Bruck. Dort gibt es eine bestens funktionierende Verbrennungsanlage der Reststoffe aus dem Spitalsbereich.

Und ich meine damit, daß man durch diese dezentrale Organisation, durch diese Dezentralisierung dieser Abfallmengen doch das ein bißchen verteilt und in der Zwischenzeit lernt und in Erfahrung bringt, daß man doch einige Dinge in der Industrie verwerten kann. Die Zementindustrie hast du angesprochen, und uns allen ist bekannt, daß die Zementindustrie die einzige ist, die durch diese hohen Temperaturen vieles mitverbrennt. Zementsinterung braucht zwischen 1200 und 1600 Grad. In der Müllverbrennung haben wir 500 Grad. Also, da gibt es auch einige Vorteile, die die Zementindustrie dort mitbringt. Die gibt es in der Zementindustrie. (Abg. Dr. Ebner: „Ich weiß, wovon du redest!“) Über die Zementindustrie brauchst du mir nichts erzählen, da sind wir zu Hause. Ich wollte nur sagen, man soll nicht einfach sagen, die Zementindustrie, das ist schlecht, und die Müllverbrennungsanlage wäre dir lieber, wenn man nur so rasch wie möglich eine baut. Ich glaube, du hast das Thema nur genommen, um den Landesrat zu belasten. (Abg. Dr. Ebner: „Da muß ich etwas richtigstellen. Ich will nur haben, daß eine Umweltverträglichkeitsprüfung kommt, um zu wissen, was richtig ist!“) Ich weiß schon, aber ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, daß die Zeit in dieser Frage für uns arbeitet. Wir haben doch, wie die Verpackungsverordnung in Kraft getreten ist – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Nichts tun ist auch eine Lösung!“) Nein, Nichtstun ist für mich als Unternehmer keine Lösung! (Landesrat Pörtl: „Ich werde dazu schon etwas sagen!“) Die Zeit arbeitet dort. Herr Klubobmann Vesko, wenn ich nur zurückdenke, wir haben, als die Verpackungsverordnung in Kraft getreten ist, uns darüber Gedanken gemacht, was dort stofflich verwertet wird, was dort thermisch verwertet wird und was aus dieser gelben Tonne dann noch letztendlich

deponiert werden soll. Wir haben auch geglaubt, wir brauchen eine thermische Verwertung, weil wir ungefähr 50 Prozent aus dieser gelben Tonne heraus thermisch verwerten müssen. In der Zwischenzeit haben wir auch – und wir haben unseren eigenen Unternehmer – eine Firma installiert und gegründet, die sich damit beschäftigt, wo wir diese stofflichen thermischen Abfallprodukte aus der gelben Tonne auch wiederum stofflich verwerten. Wir brauchen nicht mehr 50 Prozent verheizen, sondern es sind dann noch 20 oder 25 Prozent. Ich will damit nur sagen, daß eine gewaltige Entwicklung in diesem Bereich momentan über die Bühne läuft und – ich bin sicher für die thermische Verwertung – wir müssen auch schauen, daß wir diese irgendwo installieren. Ich glaube nur eines, es hilft nichts, wenn wir Grundsatzbeschlüsse im Hause fassen und sagen, wir brauchen sie, und alle Fraktionen sind für die thermische Verwertung, nur, wenn sie dann irgendwo hinkommt, wenn sie nach Röthelstein kommt, dann gibt es in Röthelstein wahrscheinlich ein paar Politiker, die dagegen sind. Und wir haben es in Frohnleiten, lieber Wolfgang Erlitz, miterlebt, wir haben uns dort wirklich intensiv eingesetzt dafür, da hat es wieder ein paar gegeben, die dagegen sind. Und jetzt – ich weiß es, weil ich selbst in der Gesellschaft drinnen sitze, die sich jetzt in Niklasdorf darum bemüht – gibt es jede Menge von Politikern auch aus diesem Hause, die sagen, dort wollen wir sie nicht haben. Wenn wir nicht den Standort hier einfach beschließen und sagen, dort gehört sie hin, werden wir es nicht zusammenbringen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Zur Müllsortierung noch ganz kurz: Müllsortierung, weil auch das Wort gefallen ist, daß man eine Verpackungsverordnung ins Leben gerufen hat, daß man Müll sortiert, und dann wird es leider Gottes wieder auf die Deponie geschmissen. Dazu muß ich eines sagen, stimmt auch nicht. Stimmt nicht! Der Müll wird heute wirklich so heikel behandelt, und ich lade alle gerne ein, zu uns in den Betrieb zu kommen. Wir haben in der Obersteiermark einen Sortierbetrieb, und wir bekommen die gelbe Tonne aus dem Bezirk Mürzzuschlag, aus dem Bezirk Bruck an der Mur und auch aus Teilen des Bezirkes Graz-Umgebung, der wird dort wirklich ganz säuberlich sortiert, und er kommt wirklich zur Verwertung. Das glauben viele nicht. Und deshalb hat auch diese ÖKK jetzt eine Organisation ins Leben gerufen, wo sie alle Bürgermeister, Abfallberater, Gemeindebedienstete zu den Anlagen einlädt. Vorige Woche haben wir so eine Exkursion gehabt, damit Politiker, Gemeindebedienstete und Wähler sich das wirklich einmal anschauen, wo der Abfall hinkommt. Wir sind heute in der Situation, daß wir auf unserem Sortierbetrieb diese Kunststofffraktionen, die wir heraussortieren, in diesem Umfang gar nicht zur Verfügung haben, wie die Industrie in der Lage ist, es zu verwerten. Die rufen ständig an. Diese Ökoplast in Wildon, die ruft heute an, bitte können wir wieder kommen, können wir euch wieder Fraktionen abnehmen. Wir bringen diese Fraktionen nicht heraus, so rasch, wie sie verwertet werden können. Also, ich sage noch einmal, da gibt es nur die thermische, die uns momentan Sorgen bereitet, und alles andere ist geregelt.

Ganz kurz noch zum Abfallwirtschaftsgesetz, darunter fällt auch die Kompostierung, die überall in der Steiermark gut angenommen worden ist, vor allem im ländlichen Bereich und in den Gemeinden. Wir haben nur ein Problem dabei, wir waren eine der ersten Gemeinden in der Obersteiermark, die sich mit der Kompostierung beschäftigt hat. Die Leute waren begeistert dabei, und jetzt komme ich auf ein Thema, das sichtlich heikel ist für die Jägerschaft. Mir persönlich, in meiner Gemeinde, bei meinem Haus, fällt auf, daß man mit dieser Heimkompostierung etwas züchtet, was uns Probleme schafft. Das Raubwild – ich sage Fuchs, Marder und alle diese Wildarten – nimmt gewaltig zu, und ich kann beobachten von meinem Haus aus, wo die letzten Jahre nie ein Fuchs gesichtet worden ist, wo man nie einen Marder gesehen hat, wo man nie ein Raubtier gesehen hat, daß diese dort auf einmal Einzug halten, nicht nur in den Siedlungen, nicht nur im städtischen Bereich, weil sie dort, wo es Kompost gibt, eine Brutstätte anfinden. Ich sage von dieser Stelle aus – ich weiß, viele wollen es nicht hören –, es wird das Thema Falle noch einmal zur Diskussion gestellt werden müssen, weil ich mir nicht vorstellen kann, wie ich in einer Siedlung einen Fuchs, einen Marder oder diese Wildarten bekämpfe. Es kommt das Thema noch einmal auf uns zurück. Ich sage es euch! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Abschließend zur Ökoabgabe: Wir diskutieren, und ihr wißt alle, ich bin einmal in die Presse damit gegangen, mich hat das wirklich gewundert, daß gerade wir aus der Sand- und Kiesbranche, wo wir uns bereit-erklärt haben, etwas zu tun. Und wir sind heuer wieder zusammengessessen, und die Kiesleute sind bereit, gerade für das Naturschutzjahr 1995 ihren Beitrag zu leisten. Sie sind bereit, diese Ökoabgabe zu zahlen, aber es war bis heute nicht möglich, diese Abgabe gesetzlich irgendwie zu regeln. Und jetzt höre ich, daß der Klubobmann Trampusch sich dafür einsetzt, daß man auch diese Ökoabgabe so rasch wie möglich als Zeichen für das kommende Naturschutzjahr setzen soll. Ich frage mich nur, warum Landesrat Ressel keinen Antrag einbringt, indem man diese Ökoabgabe einfach einhebt. Alle wollen sie, alle reden davon, alle wissen wir, daß wir für das Naturschutzjahr noch kein Geld zur Verfügung haben (Abg. Purr: „Wir zahlen gern!“), aber es wird kein Antrag gestellt. Ich bitte noch einmal alle hier in diesem Hause, daß wir endlich zu dieser Ökoabgabe – wie sie auch heißen soll –, wir aus der Kiesbranche sind dazu bereit, wir wollen für den Kies bezahlen, und ich habe euch schon einmal in der Zeitung geschrieben, wenn der Kies allein einen Schilling bezahlt, dann sind es 30 bis 40 Millionen Schilling. Wenn alle etwas machen, sind es weit mehr. Ich kann mir vorstellen, daß da 100 bis 200 Millionen in Summe locker irgendwo zu finden sind. Nur sind wir der Meinung, daß wirklich alle bezahlen müssen, nicht nur wir Kiesleute. Und es wäre auch schlecht, wenn eine Berufsgruppe für die anderen irgendwie einen Beitrag bringt.

Eine Sache noch ganz kurz, weil uns rundum das Geld ausgeht, und weil wir für das Naturschutzjahr Geld brauchen. Ich bin der Meinung, daß man nachdenken soll und daß man überprüfen soll, ob genug und wohin diese Altlastensanierungsbeiträge zur Zeit

fließen. Ich habe eine Aufstellung in die Hand bekommen, wo das Land Steiermark in den letzten Jahren – nicht das Land, Entschuldigung, sondern die Unternehmer aus dem Land Steiermark – zwischen 15 und 16 Millionen Schilling an Altlastensanierungsbeiträgen nach Wien abliefern. Dieser Fonds, dieser Topf, wissen wir alle, ist leer. Es gibt dort kein Geld, und wenn ich die Betriebe anschau, wie die Mülldeponie Frohnleiten, die ich sicher zu denen zähle, die am ordentlichsten geführt sind, und wo sicher alles dort ordentlich abgeliefert wird, wenn ich die Deponie in Halbenrain anschau, wenn ich allein diese zwei Tonnagen zusammenzähle, müßten die allein 18 Millionen bezahlen. Jetzt frage ich, wo die vielen steirischen Mülldeponien, Abfallwirtschaftsverbände haben ja auch einige Deponien, da gibt es am Pauliberg eine und ich weiß nicht, wo noch überall, wo die ihre Geldbeträge hinliefern, wo die ganzen Bauschuttdeponien ihre Geldbeträge hinliefern. Ich habe das einmal grob überschlagen, dort fehlen 100 Millionen Schilling. Man sollte ein System einführen, daß man das besser kontrolliert. Mein Vorschlag wäre natürlich, daß man wieder mit den Gemeinden enger zusammensteht, denn nur der Bürgermeister weiß, was in seiner Gemeinde passiert, wo die Deponien in seiner Gemeinde sind, wo genehmigte und nicht genehmigte Deponien sind, wo der Bauschutt einfach hinlandet. Und wenn man die Gemeinde dazu einbindet, dann hätten wir sofort quer durch die Steiermark gleich einmal an die 1000 Überwachungsorgane, wenn der Bürgermeister mit seinem Amtssekretär das durchführt. Wir müßten den Gemeinden etwas zufließen lassen. Und wenn ich einen Teil davon in der Gemeinde lasse, ich sage einmal 50 Prozent von den Einnahmen in der Gemeinde lassen könnte und nur 50 Prozent nach Wien abliefern würde, dann hätte der Altlastensanierungsfonds anstatt von der Steiermark 15 oder 16 Millionen, vielleicht dann 50 Millionen, und allen wäre gedient. Das wäre ein Beitrag zum Naturschutzjahr 1995. Es liegen die Gelder irgendwo. Ich weiß aber nicht, wo. Einige gibt es, die das nicht so ordnungsgemäß abliefern, das sage ich von dieser Stelle aus. Es wird auch nicht kontrolliert. Wir haben eine genehmigte Deponie in Bruck und eine in Graz. Ich habe einmal beim Finanzamt gesagt, weil wir immer wieder kontrolliert werden, warum immer bei mir kontrolliert wird. Man sagte mir: „Lieber Glössl, im Bezirk Bruck ist nur deine Deponie genehmigt.“ Die nicht genehmigten Deponien kann er nicht kontrollieren, weil er sie nicht auf der Liste hat. Also, die nicht genehmigten Deponien werden nicht kontrolliert, wir werden kontrolliert. So schaut das aus. (Abg. Purr: „Das ist das System!“) Ich bitte nur, daß man da vielleicht auch nachdenkt und eine Regelung herbeiführt. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 14.22 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (14.22 Uhr): Herr Kollege Glössl, ich habe Ihre Ausführungen mit sehr viel Interesse verfolgt. Sie haben sehr viel Wertvolles hier beigetragen, insbesondere schätze ich Ihre Sicht „von

innen heraus“, was die Abfallwirtschaft betrifft. Ich glaube, daß Sie hier doch Entwicklungen mitbekommen, die tatsächlich nur Sie, der Sie an der Quelle sitzen, uns vermitteln können. Allerdings bin ich nicht Ihrer Ansicht, was das Vorankommen im Bereich des Ökoschillings betrifft, Herr Kollege. Sie versuchen wieder, dieses Spiel zu spielen, entschuldigen Sie, wenn ich das so sage, daß man die Verantwortung herumschiebt in der Regierung. Sie haben gemeint, daß es Landesrat Ressel sei, der hier endlich mit einem Vorschlag kommen sollte. Ihnen ist es vielleicht entgangen, daß Landesrat Ressel bereits einen Vorschlag eingebracht hat. Auch im Umweltausschuß ist das bereits diskutiert worden. Landesrat Ressel hat auf der Basis einer Studie sowohl eine Schotterentnahmeabgabe als auch eine Wasserentnahmeabgabe als möglich gesehen. Wir haben beschlossen, dieses Stück wieder der Regierung zur weiteren Beratung zuzuweisen. Wir haben in einer der letzten Sitzungen, Ihnen ist das vielleicht entgangen, gemeinsam beschlossen, sowohl Landesrat Hirschmann – als den inhaltlich in erster Linie Verantwortlichen – als auch Landesrat Ressel – als den technisch in erster Linie Verantwortlichen – zu beauftragen, einen entsprechenden Entwurf dem Landtag zukommen zu lassen. Ich halte diese von Klubobmann Trampusch vorgeschlagene Vorgangsweise hinsichtlich der Ökoabgabe, die in gewisser Weise, weil sie eben eine Abgabe ist, politisch unangenehm ist, für äußerst klug. Vor allem halte ich diese Vorgangsweise, daß sie von allen Parteien getragen wird und daß sie von allen Parteien diskutiert wird, für bei weitem fruchtbarer, als den schwarzer Peter einer Partei oder einer Person zuzuschieben. Ich hielte viel davon, wenn wir uns wirklich auf der Basis dieses gemeinsames Beschlusses vom letzten oder vorletzten Landtag verständigen, daß die beiden Hauptverantwortlichen sich zusammensetzen und die technische und die inhaltliche Ausgestaltung eines derartigen Abgabengesetzes formulieren. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 14.25 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (14.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben bei der jetzigen, aber auch bei der vergangenen Diskussion erlebt, wie umfassend in Wahrheit die ganze Thematik der Umweltpolitik sich darstellt und im Grunde alle Lebenselemente und Lebensvoraussetzungen, von der Pflanzen- und Tierwelt bis zu uns Menschen, umfaßt. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum ich nicht so spektakulär dazukomme, Dinge immer wieder zu eröffnen oder neu zu kreieren. Der Abgeordnete Ebner hat gemeint, er wartet schon längst auf Sensationen von mir, wo ich mich persönlich darstellen kann, um attraktiv und aggressiv meine Umweltpolitik zu präsentieren. Ich will es nicht so einfach darstellen. Vor kurzem habe ich eine Pressekonferenz gegeben und habe gesagt, daß ich leider das Problem habe, daß ich vor lauter arbeiten, schlichten, schöpfen, neu orientieren, mit Bürgerinitiativen durchargumentieren leider nicht zu dem komme, was jede Henne tut. Wenn sie ein Ei

gelegt hat, dann kann sie fest gackern. Und das könnte der Fehler sein. Das könnte aber auch für einen Abgeordneten eine Qualifikation sein, daß eine gewisse Holschuld auf dem Gebiet nicht ungut wäre. Gerade der Herr Abgeordnete Glössl hat es dargestellt, in welchen turbulenten Phasen wir uns befinden, zum Beispiel in dieser Frage der Abfallwirtschaft. Wir haben insgesamt fünf Stadt-Land-Gespräche, die ich initiiert habe, teilweise in Absprache mit Bürgermeister Stingl, durchgeführt, wo wir zu Beginn der Diskussion eine fast 80prozentige andere Ausgangsphase gehabt haben, auch bei der Beschlussfassung hier im Landtag, und wie wir sie im Grunde derzeit vorfinden. Derzeit liegt das Faktum am Tisch, daß Umweltverträglichkeitserklärungen für die zwei Standorte in Graz vorliegen, Puchstraße und Gaswerkstraße. In Wahrheit ergibt sich die Frage, welche Unternehmensgruppe stellt den Antrag auf Genehmigung für dieses Verfahren, weil beide Standorte im I-2 stehen. Wenn die politischen Wünsche in den Raum gestellt werden, daß wir vom Land das mittragen, dann sind wir selbstverständlich gerne bereit dazu. Prof. Wielinger hat erklärt, wenn wir einen Standort verordnen, glaubt er, daß das gar nicht möglich und auch nicht notwendig ist, ist die Chance einer mindestens zweijährigen Verhinderungsstrategie dieses verordneten Standortes gegeben. Wir sind selbstverständlich bereit, im Sinne des Landtagsbeschlusses und des gemeinsamen Regierungsbeschlusses, wenn dieser Antrag klarstellt, wo diese Anlage beantragt wird, auch mit einem Regierungsbeschluß, und wenn es sein muß mit einem Landtagsbeschluß, das zu untermauern. Das ist aber eigentlich im Grunde nicht die Frage. Die Frage der Unternehmer ist, wer garantiert, zu welchen Preisen und Konditionen die Voraussetzungen, damit das Unternehmen auch wirtschaftlich geführt wird oder in Konkurrenz stehend mit anderen Entsorgungsstrategien bestehen kann. Das ist vor allem die Wiederverwertungsstrategie, die Kollege Glössl angesprochen hat. Ich bin vor einigen Monaten in Gleisdorf geladen gewesen, wo aus der Wehrtechnik eine Selektierungsmaschine entwickelt wurde, wo 125 verschiedenartige Plastikflaschen oder Behälter selektiert werden können, um die Wiederverwertung maximal weiterzutreiben. Selbstverständlich wissen wir, daß auch in dieser Wiederverwertung die thermische Verwertung einen Fixpunkt hat, aber nur im allerletzten Bereich dieser Kette. Das ist das Ringen. Zu uns kommen europäische Betreiber, und ich sage das ganz offen im Landtag, die uns erklären, bis jetzt nur erklären, daß es auch Anlagen gibt mit fünf-, zehn-, fünfzehn-, zwanzig- oder dreißigtausend Tonnen, die sie errichten und auch betreiben zu Preisen, wo wir derzeit zum Teil in der Nähe der Deponiepreise sind. Diese Entwicklungen müssen wir sehr, sehr gründlich hinterfragen, um nicht sozusagen im Blindflug eine Anlage zu fixieren und damit als Abfall- und Brennstofflieferanten andere Strategien schachmatt setzen. Vor allem aber, und das ist unsere Hauptaufgabe, muß diese Vermeidungsstrategie mit aller Intelligenz und mit aller Intensität weitergetrieben werden. (Abg. Dr. Ebner: „Ist doch gar nicht wahr. Das ist das letzte Glied der Kette. So lautet der Regierungsbeschluß – dazu bekennen wir uns alle. Eirie Kette ist nur voll, wenn sie das letzte Glied auch hat. Dahinter

ist noch immer die Deponie!“) Der Applaus widerspiegelt etwas anderes, als die Wortmeldung war. (Abg. Dr. Ebner: „Ich habe vom Pult aus gesagt, ich stimme der Auslegung, die du vom Abfallwirtschaftsgesetz hast, zu!“) Es steht aber fest, daß ich keinen Betreiber bei den Ohren herziehen und sagen kann, jetzt mußt du auf dem Standort, den ich dir verordne, eine Anlage finanzieren und betreiben zu jenen Preisen, die im Grunde die Stadt Graz eigentlich mit der zweiprozentigen Golden-Sher-Variante damals die gesamte Diskussion unterbrochen hat, weil das war die eigentliche Frage. Daher ist es bei solchen Entscheidungen sehr wesentlich, ich muß jetzt leider mit Schlagworten herumdressen, wenn es um die Frage des gläsernen Preises und um die Frage des Nichtausnehmökennens geht. Das ist ja längst im Deponiebereich eine wesentliche Frage, daß Kapazitäten derzeit am Markt sind, die mit Dumpingpreisen normale Deponien wirtschaftlich schachmatt setzen und in kurzen Zeiten dort Veränderungen auslösen, wo diese Wiederverwertung letzten Endes sogar in Frage gestellt wird.

Ich will mich aber nicht nur mit dem Bereich der abfallwirtschaftlichen Maßnahmen beschäftigen, was eigentlich letzten Endes sehr wesentliche Dinge sind. Wir haben gerade in letzter Zeit gewissermaßen dogmatisch einen Impuls gesetzt, der nicht so spektakulär angenommen worden ist bei der Präsentation des Politikums, um unser Element und Lebensmittel und Wirtschaftsgut Wasser, wo wir gesagt haben, wir werden in Zukunft Umweltpolitik mit einer ökologischen Stadt- und Dorferneuerung in Verbindung bringen. Das heißt, die Gesamtzusammenfassung im Bereich der Energiewirtschaft, im Bereich der Wasserwirtschaft, im Bereich der Verbraucherkultur, im Bereich der Abfallwirtschaft. Wir haben also in der Zwischenzeit einige selbstentwickelte Strategien forciert, zum Beispiel, wenn ich an das Problem mit der „Braunen Tonne“ beziehungsweise den biogenen Abfällen denke, war das Hauptproblem, wie wir mit den Speiseabfällen um die Runden kommen. Wir haben heute Hunderte, die Speiseabfälle über die tierische Veredelung verwerten nach den modernsten Voraussetzungen, natürlich auch mit Investitionen und mit Förderungsmaßnahmen des Landes, wo wir vor allem in den steirischen Bezirken diese Veredelungsstrategie im Grunde weitergetrieben haben. Wir haben also in weiten Bereichen einen Ansatz, wo wir auch eine Neuorientierung geschaffen haben, wie wir in Zukunft unsere Maßstäbe im abfallwirtschaftlichen Bereich setzen. Wir haben in der Fortschreibung nach dem Ökoprogramm 2000, ich schätze meine Vorgänger sehr, aber nur Programme erstellen, verkünden, gesetzlich vorbereiten ist ein Teil, aber das beinharte Umsetzen, das ist der wesentlichste Teil. Ich glaube, daß der Beginn, das Motivieren der Bevölkerung, speziell am erfolgreichsten im Bereich der Jugend, gelungen ist, in der letzten Zeit im Bereich der Wirtschaft ein psychologischer Vorgang war, daß wir uns sozusagen in der Partnerschaft die Chancen und die Möglichkeiten erarbeiten. Wir haben im Restabfallbereich hochgerechnet, auch wissenschaftlich abgedeckt durch Müllanalysen derzeitigen Standards und den voraussehbaren Möglichkeiten der Wiederverwertung und der Vermeidung, unsere Standards für das Jahr 2000 revidiert. Und wir werden die Ziel-

setzung bezüglich Restmüll mit 128 Kilogramm festlegen, und wir sind überzeugt, daß wir das auch erreichen, beim Altpapier auf 52 Kilogramm pro Einwohner, bei Altglas auf 27 Kilogramm, bei Altmessing auf 16 Kilogramm und bei Altkunststoffen von derzeit einem Kilogramm auf 17 Kilogramm, wo wir registrieren, daß gerade dort die Wiederverwertung sozusagen am dynamischsten laufen wird. Meine Damen und Herren, ich möchte daher wirklich bitten, daß wir in dieser Dynamik so weiterentwickeln, daß permanent auch Ziel und Erreichbarkeit im Einklang stehen. Was die Frau Abgeordnete Karisch dargelegt hat, ist im Grunde das Phänomen, das wir derzeit registrieren in dieser geschichtlichen Darstellung, wo die Menschheit sich am Erdball breitgemacht hat. Ich war einmal bei der Urania, ich glaube, ich habe es im Landtag noch nicht erzählt, es war ein Synonym, der Pellariga hat dort ein Referat gehalten, das das Thema gehabt hat „Ist der Mensch des Menschen größter Feind?“. Er hat einfach gesagt: „Liebe Freunde, zupft's euch von der Erdkugel.“ Am allerärgsten sind diejenigen, die sich für Umweltpolitik und für Naturschutz einsetzen, denn je länger diese Aktivitäten dauern, umso länger muß das Leben auf unserem Globus leiden. Das heißt, schön schnell sollen wir Menschen uns verabschieden. Wir haben ihn Gott sei Dank nicht ganz ernst genommen. Mit dem Prof. Wolkinger hatten wir ihn leider nicht Auge in Auge, sondern er ist in einem anderen Raum gesessen und hat uns ferngesteuert die Leviten gelesen, den hätte ich gerne in Augenkontakt gehabt. Da hätten wir ihm ein „Reiberl“ verpaßt. Wir haben es ihm über das Mikrofon erklärt, aber das Phänomen ist, daß wir uns Jahrhunderte, Jahrtausende vor der Natur und vor der Umwelt als Menschen schützen haben müssen. Wir haben sehr viele Dinge jetzt als Relikte da.

Weil der Kollege Glössl die Fallen angesprochen hat, ohne Falle hätte die Menschheit zu Beginn der Zeit gar nicht leben können. Und heute fürchten sich alle im Grunde vor der Falle, und wir haben versucht, eine Regelung zu treffen, daß dieses Urinstrument in der jagdlichen Ausübung auch erhalten bleibt. (Abg. Peinhaupt: „Was steht im Gesetz?“) Moment! Nein, nein! Auch erhalten bleibt! Ich sage das ganz offen. Wir sind da schon bereit, wenn man das verpolitisieren will, kann man das schon machen. (Abg. Peinhaupt: „Was steht drinnen?“) Ja, ja, das war auch ein Vorschlag der steirischen Jägerschaft, in allen österreichischen Ländern klar, daß es in Zukunft grundsätzlich nicht mehr notwendig ist, mit der Falle zu jagen. (Abg. Dr. Karisch: „Das haben die Salzburger und Tiroler schon lange!“) Alle Bundesländer! Aber es muß eine Regelung getroffen werden, dort, wo sie notwendig ist. Ich weiß nicht, ob du ein Jäger bist, ob du den „Anblick“ liest, ob du die Experten einmal aufgenommen hast, die um diese Jagd existentiell kämpfen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Jäger sind keine Experten!“) Nein, nein, ich habe da überhaupt keine Probleme. Peinhaupt, du kannst dich ruhig für die Fallen berühmt machen. Ich schicke dir natürlich alle anderen, die dagegen sind. Da bin ich gespannt, wie berühmt du wirklich wirst in dieser Frage. (Abg. Peinhaupt: „Jagdschutzverein ist auch Jägerschaft!“) Das ist ja auch eine Form der demokratischen Ausübung, was in einer Demokratie möglich ist. Ihr laßt mich nicht ausreden. (Abg. Peinhaupt: „Die Abgeord-

neten, die es mitgetragen haben, sind berühmt geworden!“) Wir wollen mit diesem attraktiveren Entwickeln der Falle – muß man ganz ehrlich sagen, seit Jahrhunderten ist dieses Instrument vernachlässigt worden. (Abg. Peinhaupt: „Die Entwicklung der Falle!“) Ich weiß nicht, bist du informiert, was die Jägerschaft in letzter Zeit wirklich für eine Entwicklung betrieben hat? Daß sie gewisse Fallenbereiche aus dem Verkehr gezogen hat? Daß sie geprüft hat, daß sie letzten Endes sozusagen auch nachweisen kann, daß sie in der Auswirkung effizient ist? Wir können das Thema ruhig öffentlich abhandeln. Dann ist die nicht effiziente Ausübung der Jagd auch in Diskussion, damit das auch ganz klar ist. Und dann kannst du die Jagd abschreiben in dieser Form, weil heute bereits von den Tierschützern extreme Positionen eingenommen werden und die Jagd in Frage gestellt wird. (Abg. Peinhaupt: „Herr Landesrat, was habe ich Ihnen bei den Parteienverhandlungen immer gesagt?“) Wir haben die Aufgabe, in voller Verantwortung um dieses Kulturgut und um diese Form jene Wege zu beschreiten, wo wir aus der Diskussion, aus der öffentlichen Auseinandersetzung eine echte Chance haben, vor allem ein Miteinander zu leben. Das ist eine wesentliche Position. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben dich ganz gut zum Gackern gebracht!“) Nein, nein, ich kann es schon. Ihr braucht nicht glauben, wenn ich Zeit habe, bin ich jederzeit in der Lage, Eier, die gelegt sind, auch zu verkünden. Da habe ich im Grunde überhaupt kein Problem.

Ich möchte mich nur trotzdem nicht irritieren lassen, weil die Gesamtumweltfrage zu ernst ist, daß ich mich mit dem Bereich zu stark auseinandersetze. Nur, eines steht fest, wenn hier bezweifelt wird, daß die Steiermark kein Musterland in der Frage der umweltrelevanten Maßnahmen, in der konkreten Umsetzung auch in Partnerschaft mit jenen, die unmittelbar an und mit und von der Natur leben, das ist die steirische Land- und Forstwirtschaft, wo wir vor allem sehr lange falsch verstanden worden sind, als wir gesagt haben, wir brauchen eine Ökosteuer, so stimmt das nicht. Wir brauchen attraktivere Möglichkeiten für regenerierbare Energie, hat man geglaubt, man will sozusagen wieder buhlen, um Möglichkeiten für Land- und Forstwirtschaft, sozusagen Einkommen zu sichern. Heute wissen wir ganz konkret, ich sage ein steirisches Beispiel, wenn diese Klimaveränderung weiter anhält, der Kollege Kinsky hat angesprochen die Frage der Schadh Holzleistungen, 36 Prozent steirisch, bis zu 60 Prozent in jenen Gebieten, wo der Borkenkäfer auf Grund der Klimaveränderung bereits gewütet hat oder wir jetzt ein stilles Förderungsprogramm für jene Bauern zu entwickeln haben, wo die Engerlinge 10, 20, 30, 50 Hektar steile Wiesen, vom Biobauern bewirtschaftet zum Großteil, das ist das nächste Ufer, jetzt entschädigen müssen, weil ihnen die ganze Erde herunterrutscht, weil die Tierwelt sich auf Grund dieser Klimaverhältnisse massiv verändert hat, dann wird uns in der Steiermark bewußt, was wichtig auch die Entscheidung war, dem Klimabündnis beizutreten und auch diese globale Betrachtung in die Tat umzusetzen.

Die Förderung für diese Energie- und Bioenergieentwicklung oder bis hin zur Speiserestverwertung, was die Fritttöle betrifft, sollte ebenfalls um-

gesetzt werden. Karl Schwarzl hat bei der Präsentation gesagt, als wir mit dem Floß zu den Journalisten hinausgefahren sind: „Meine Damen und Herren, im Sommer, wenn es 30 Grad hat und wir mit dem Floß hinausfahren, wollen die Leute alle neben dem Auspuff sitzen, weil es nach Grammeln riecht.“ Das schmeckt wirklich so. Daß sie bei 30 Grad dort neben dem Auspuff sitzen, das habe ich bezweifelt. Ich habe ihn gefragt, ob er ein Jäger ist. Aber das ist eben auch die Kunst der Sprache.

Die Frage der Solarenergie wurde auch angesprochen. Das ist deshalb passiert, weil wir mit minimalster Mitunterstützung einer Initiative in Gleisdorf, mit um die 4 bis 4,5 Millionen Schilling, dieser Gruppe eine Basis mitgegeben haben. Es bestand dort aber selbstverständlich auch eine sehr starke Eigendynamik, bei der sich diese Solarentwicklung in der Form explosiv entwickelt hat und heute bereits mitten in der Photovoltaikschiene liegt. Diese Möglichkeit wird heute auch von der E-Wirtschaft akzeptiert und dort für 6000 Schilling, zum Beispiel bei den Feistritzwerken Gleisdorf, ein Anteil erworben werden kann. Das sind dynamische Entwicklungen, die im Keim eine sehr starke Dimension haben.

Meine Damen und Herren! Vielleicht auch noch einige Worte zur Frage des Flugverkehrs und der atmosphärischen Beeinträchtigung, die die Frau Abgeordnete Dr. Karisch angesprochen hat. Wir haben diese Veränderungen über Sonneneinstrahlungen und Abgasauswirkungen, diese Photooxidantien, wo chemisch fast nicht mehr feststellbar ist, was das alles für Mittel sind und welche langfristigen Auswirkungen das hat. Es gibt heute Modelle, die ich mir im Landtag gar nicht offen referieren getraue, damit nicht irgendwer Platzangst bekommt. Es gibt aber bereits Konzepte. Wenn diese Entwicklung sich weltweit weiterentwickelt, daß die sogenannten Regionen der Bevölkerungsexplosion, ob das Afrika, ob das Indien, ob das China oder andere Regionen der Welt sind, dann wird es Eingriffe geben, die wir uns noch gar nicht vorstellen können. Ich war bei einem Vortrag, bei dem offen gesagt wurde, daß es uns zu Ende des Jahrtausends passieren kann, daß es Regelungen geben wird, wonach man erst ab 500 Kilometer in ein Flugzeug hinein darf und man den privaten Verkehr erst mit einem Radius von 100 Kilometer akzeptieren wird. Das ist für uns nicht vorstellbar in dieser Streusiedlung und diesen weitreichenden Gebieten, und daß vor allem zwischen 100 und 500 Kilometer wahrscheinlich die Schiene die Hauptverkehrsachse sein wird. Das sind Horror-szenarien bei unserer Freiheitsliebe, sind aber Fakten. Man sollte auch die ganze Entwicklung im fossilen Energiebereich in den Raum stellen. In 50 Jahren haben wir die Erdlackerln oder die Öllackerln ausgesoffen. Das ist praktisch zu Ende. Wir haben heute zu Mittag mit dem Kollegen Vesko gesprochen, wie sich Gott sei Dank unsere Autos schon auf Verbraucher und vor allem Qualitätsverbrennung entwickelt haben, die mit 4, 5 oder 6 Liter spielend auch größere Autos bewegen können. Wir haben heute bei Audi und VW Versuchsprogramme laufen, andere Marken kenne ich nicht direkt, die mit 1,9 Liter Rapsrohöl 100 Kilometer fahren. So sind das wahrscheinlich schon die Ausblicke, wo man mit Sonnen-

energie ganz locker Autofahren kann. Das sind heute Positionen, die nicht mehr utopisch sind, sondern die im Grunde bereits laufen.

Ich habe einen breiten Bogen gespannt, möchte aber trotzdem eine Position einnehmen, wo es vielleicht ein bißchen konträr sein kann. Das gehört auch dazu. Wir haben gute Entsorgungsschienen, zum Beispiel im Plastikbereich. Wenn ich diese grünen Augen hier betrachte, so habe ich persönlich eine Antiposition, weil diese Werbeaktion an und für sich unserer Vermeidungsstrategie und der vernünftigen Verbraucherkultur entgegenläuft. Das haben wir auch ganz offen ausgesprochen. Das macht aber auch gar nichts, das sage ich ganz offen. Nur, unsere Position ist in dem Fall eine andere, das heißt, mit der Abfallvermehrung eine wirtschaftliche Vermehrung zu entwickeln und für wichtige Dinge, zum Beispiel für den Abwasserbereich, dann überhaupt keine Luft mehr habe vom Einkommen her. Das ist nicht der vernünftige Weg. Wir haben gerade die Diskussionen in unserem Land bei Budgetstellungen erlebt, wo an und für sich einige Dinge nicht ganz einfach abzuwickeln sind. Ich spreche hier ganz direkt vor allem die Frage der Abwasserwirtschaft an, weil das nach wie vor ein sehr zentrales Thema ist. Ich muß hier noch einmal wiederholen und stelle fest, daß wir sehr klar mit unserem Abwasserkonzept für die Steiermark eine Prioritätenreihung über die zukünftigen Schwerpunktmaßnahmen in der Abwasserwirtschaft positioniert haben. Wir haben in weiterer Folge mit diesem Merkblatt zur Variantenuntersuchung, das ist wahrscheinlich noch nicht bekannt, eine Voraussetzung geschaffen, wo offen mit Bürgerbeteiligung auch diese dezentrale Pflanzenkläranlagen, Kleinkläranlagen und Gruppenanlagenstrategie klar verstärkt und vor allem weitergetrieben wird, auch wenn es Schwierigkeiten in der Umsetzung gibt, weil das ist ja nicht unüblich, genauso stur, wie der Kollege Chibidziura immer das gleiche herunterdreht. Ich habe gestern mit einem Journalisten gesprochen, der hat gesagt, ich weiß schon, was er sagen wird. Genauso stur sind manche bei der Umsetzung, wenn sie glauben, wenn das 20 Jahre gemacht wurde, dann muß es die nächsten 20 Jahren passen. Es gibt ein schönes Gebet: „Wie es war am Anfang, so auch jetzt und alle Zeit.“ (Abg. Trampusch: „Es muß eine Wiederverwertung der Argumente geben!“) Da bin ich sehr dankbar, solange sie richtig sind. Daher möchte ich sagen, was richtig und gut ist, haben wir schon längst vorher betrieben, bevor wir das jetzt diskutieren. Wir haben das ja massiv gefördert. Wir haben die ÖKAB gefördert. Alle Gruppierungen. Ich habe vor 25 Jahren mit Prof. Kikut das schon abgehandelt. Da habe ich überhaupt keine Probleme. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Überzeugt warst du nicht!“) Moment, ich komme noch auf das Thema, wo du locker die Frohbotschaft verkündest. Ich brauche nur mein Abwasser auf das Feld zu führen, und alles frohlockt. Das mußst du dir anschauen beim weißgrünen Diskussionsforum im ORF, was dort betroffene Konsumenten für Fragen stellen oder was Kollege Getzinger heute gesagt hat im Umweltbereich. Ich habe den Landeshygieniker in der Zuschauergalerie gesehen. Normal müßte er ans Pult treten und seine Position auch einmal sagen können. Ich verstärke das aber gerne, denn ich akzeptiere, respektiere und benütze den Prof. Deutsch außer-